



VIB Verband
Internationaler
Banken



PER SPEK TIVEN

2



2

6





Verband Internationaler Banken in Deutschland e. V.
Association of International Banks in Germany
Weißfrauenstr. 12-16 | 60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 975850 0 | Fax: +49 69 975850 10
Web: www.vib.network | E-Mail: verband@vib.network



INHALT

Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden Tobias Vogel	4
Grußwort von Lars Klingbeil, Bundesminister der Finanzen, Vizekanzler, Mitglied des Deutschen Bundestages	6
Der VIB als Plattform für internationale Banken	8
Sommerfest des Verbandes in Zeiten des Wandels	10
Rückblick und Ausblick Teil I	12
Bürokratieabbau – Widerstände, aber erstmals auch Erfolge und Fortschritte!	14
EU-Marktzugang für Banken aus Drittstaaten gemäß CRD VI und deren Umsetzung in Deutschland	16
Das künftige Aufsichtsregime für Drittstaatenstellen	18
Ein Jahr großer Veränderungen im Verbraucherschutz	20
Wie Generative KI interne Untersuchungen neu definiert	22
Sound Compensation: Entgelttransparenz und BRUBEG	24
Neue ESG-Vorgaben als Herausforderung – und Chance – für Banken	26
Chancen und Herausforderungen für FinTechs: Was bringt das Aufsichtsrecht in 2026	28
ESG-Risikomanagement nach Umsetzung der CRD VI	30
MiCAR und AI Act: Umsetzungsschwerpunkt 2025 und regulatorischer Ausblick 2026	32
Der Entwurf der MaRisk für Wertpapierinstitute	34
VIB-Mitgliedsinstitute	36
Rückblick und Ausblick Teil II	40
Zukunft im Fokus des VIB-Bereichs Steuern	42
Investmentfonds: Booster für die Energiewende und Unternehmensfinanzierung	44
Zum umsatzsteuerlichen Vermittlungsbegriff im Zusammenhang mit M&A-Transaktionen	46
Rückblick und Ausblick Teil III	48
DORA, Cybersecurity Act und Cyber Resilience Act im Zusammenspiel	50
FIDA und die Auswirkungen auf internationale Banken und Finanzinstitute in Deutschland	52
Das EU-AML-Paket: praktische Erwägungen bei der Umsetzung bis Juli 2027	54
Statistiken – Die Bedeutung und Rolle der internationalen Banken in Deutschland	56
VIB-Service	63
Seminare und Veranstaltungen	64
Informationen und Updates	68
Publikationen	70
Expertenbeirat	72
Tax Policy Group	78
Team der Geschäftsstelle	79
Vorstand	80
Impressum	82

Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzenden Tobias Vogel



Tobias Vogel
Vorstandsvorsitzender,
Verband Internationaler Banken
in Deutschland e. V. (VIB)

Vorstandsvorsitzender,
UBS Europe SE &
Leiter Wealth Management Europe
UBS Europe SE

Liebe Leserinnen und Leser,

mit Freude präsentiere ich Ihnen die Jahresbroschüre 2026 des Verbandes Internationaler Banken in Deutschland (VIB). Sie führt die Reihe fort, die wir noch unter dem alten Vereinsnamen begonnen haben, und die bei unseren Mitgliedern sowie in Politik und Verwaltung sehr gute Aufnahme gefunden hat.

Die „Perspektiven“ fassen die wichtigsten Ereignisse und Entwicklungen des letzten Jahres für internationale Banken und Finanzdienstleister in Deutschland zusammen.

Außerdem zeigen sie, welche Chancen und Herausforderungen im Jahr 2026 – und darüber hinaus – in einem immer komplexeren Umfeld auf uns zukommen.

Die Wettbewerbsfähigkeit der internationalen Banken in Deutschland einerseits sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland andererseits prägen weiterhin die Agenda unseres Verbandes. Die Autoren der in den „Perspektiven“ zusammengestellten Beiträge zeigen dazu aus regulatorischer, steuerlicher und Marktinfrastruktursicht wertvolle und aktuelle Aspekte auf.



Es heißt: „Wer den Blick hebt, sieht keine Grenzen“. Leider bleibt der Blick auf den deutschen Finanz- und Kapitalmarkt noch zu häufig gesenkt. Ein Blick, der auf regionale Interessen fokussiert ist, und damit fast immer ein Blick von innen, statt von außen, bleibt. Der VIB will dies ändern. Wir wollen dazu beitragen, dass wir vermehrt die Außenperspektive einnehmen, damit wir vor lauter Details die Schlüsselfaktoren nicht aus dem Blick verlieren.

Aus diesem Grund beteiligt sich der VIB aktiv an der Finanzplatzinitiative Frankfurt, die dem Hessischen Finanzplatzkabinett zuarbeitet. Ziel ist die Stärkung des Standorts Deutschland als international wettbewerbsfähiger Finanzplatz, auch um die Entscheidungsträger der internationalen Banken für Deutschland – und damit häufig für Frankfurt – zu gewinnen. Aus deren Sicht steht klar im Fokus, was ihre Geschäftsfelder unmittelbar betrifft, sie an unser Land bindet oder überhaupt erst dazu bewegen könnte, sich hierzulande niederzulassen. Namentlich sind dies die Förderung des Kapitaltransfers in der EU durch eine Stärkung und Umsetzung der Spar- und Investitionsunion sowie der Ausbau der privaten, steuerlich begünstigten Altersvorsorge in Deutschland.

Politik, Staatsapparat, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Klimapolitik und Verteidigung bedürfen der Finanzierung.

Im Falle Deutschlands als drittgrößter international vernetzter Volkswirtschaft wird dies nur mit international vernetzten, aber im Land aktiven Banken gelingen. Diese in Deutschland zu halten und für Deutschland zu gewinnen, ihre Finanzkraft und ihr Know How für unser Wohlergehen, unsere wirtschaftliche Stärke und unsere Sicherheit einzusetzen, muss 2026 noch stärker im Fokus von Politik, Regulatoren und Aufsichtsbehörden stehen. Deshalb setzt sich der VIB dafür ein, gemeinsam mit der Politik einen Entwicklungsplan für den Finanzplatz zu schaffen, damit Deutschland seine Spitzenposition in Europa und weltweit behalten kann.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß und Gewinn beim Lesen und danke meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen und dem VIB-Team für die Arbeit, die in diesem Jahrbuch reflektiert ist.

Grußwort des Bundesministers der Finanzen



Lars Klingbeil
Bundesminister der Finanzen
Vizekanzler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Leserinnen und Leser,

2025 war ein intensives Jahr: Bundestagswahl, der Start der neuen Bundesregierung und das Aufsetzen des größten öffentlichen Investitionspaketes in der Geschichte unseres Landes – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Wir machen Tempo in der neuen Bundesregierung, um den Standort Deutschland und Europa für private Investitionen, für Innovationen und zur Steigerung der Produktivität zu stärken. Wir haben erste Reformen angestoßen, lassen aber nicht locker, denn die internationale Lage fordert das Wirtschaftsmodell Deutschland in seinen Grundfesten heraus. Der internationale Standortwettbewerb hat zugenommen, der Krieg Russlands gegen die Ukraine dauert an und Handelskonflikte belasten unsere Wirtschaft und hemmen das Wachstum.

Auch die ersten Entwicklungen in 2026 lassen annehmen, dass in diesem Jahr die internationale Lage herausfordernd bleibt. Das zeigt: Wir müssen uns viel stärker auf unsere eigenen Stärken besinnen und unser ungenutztes Potential ausschöpfen. Aber es gibt auch positive Entwicklungen, die Europas Rolle in der Welt stärken. Der Abschluss des Handelsabkommens Mercosur ist da nur ein Beispiel.

Das Ziel der Bundesregierung ist seit Tag eins klar: Wir wollen Deutschland auf den Wachstumspfad und zu wirtschaftlicher Stärke zurückführen. Während Unsicherheiten international zunehmen, machen wir deutlich: Deutschland und Europa sind ein sicherer Hafen für Investitionen aus aller Welt. Wir wollen Europa souveräner aufstellen und als einflussreichen, eigenständigen Akteur auf der internationalen Bühne stärken.

Investitionsoffensive für ein modernes Deutschland

Dafür hat die Bundesregierung bereits einiges angestoßen: Mit der Investitionsoffensive nehmen wir 500 Milliarden Euro für eine bessere Infrastruktur in die Hand. Wir investieren wie nie zuvor in Schulen, Schienen, Straßen, digitale Netze und treiben so die Modernisierung unseres Landes voran. Darüber hinaus investieren wir massiv in unsere Sicherheit.

Öffentliche Investitionen sind aber nur ein kleiner Teil der Modernisierungsagenda.

Wir brauchen vor allem eine starke Privatwirtschaft, die in den Standort Deutschland investiert.

Damit dies gelingt, arbeiten wir in der Bundesregierung an den richtigen Anreizen und Standortbedingungen.

Wir haben das Standortfördergesetz und auch den Deutschlandfonds auf den Weg gebracht. Mit letzterem wollen wir private Investitionen von insgesamt rund 130 Milliarden Euro hebeln. Der Energiesektor, Schlüsseltechnologien, Start-ups und Scale-ups und Industrie und Mittelstand stehen im Fokus. Wir wollen, dass die Arbeitsplätze von morgen in Deutschland entstehen, dass die besten Ideen hier auch wachsen können und dass wir bei kritischen Rohstoffen unabhängiger werden. Investoren, die weltweit großes Interesse an Deutschland zeigen, finden mit dem Fonds eine passende Andockstelle.

Bessere Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen Finanzplatz

Eine konkurrenzfähige Finanzwirtschaft ist dafür unerlässlich. Sie bietet Unternehmen vielfältige Finanzierungslösungen, zieht ausländisches Kapital an und schafft Vertrauen.

Deutschland gehört zu den führenden Finanzplätzen in Europa. Die Größe unseres Marktes, vielseitige Geschäftsmodelle und stabile Banken liefern die besten Voraussetzungen, diese Position weiter auszubauen. Gerade Auslandsbanken sichern nicht nur tausende Arbeitsplätze in Deutschland. Sie sind vor allem das Scharnier zwischen ausländischen Investoren, die am deutschen Markt Fuß fassen wollen, und deutschen Unternehmen, die Geschäftsbeziehungen in andere Länder pflegen. Über diesen Weg holen wir auch Finanzinnovationen aus aller Welt zu uns.



Das Bundesfinanzministerium arbeitet daran, die Arbeitsgrundlagen für Banken in Europa einfacher und bürokratieärmer auszugestalten – ohne grundlegende Standards und die Finanzstabilität zu gefährden. Zum Beispiel setzen wir mit dem Bankenrichtlinien- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRU-BEG) europäische Vorgaben 1:1 um, statt zusätzliche bürokratische Pflichten zu schaffen. Überbordende Pflichten, die nur in Deutschland gelten, schwächen unseren Finanzplatz im europäischen Wettbewerb. Es ist höchste Zeit, unnötige Regeln abzubauen. Damit stärken wir den Finanzstandort Deutschland.

Integrierter Kapitalmarkt für ein stärkeres Europa

Ein wirtschaftlich starker Investitions- und Finanzstandort Deutschland ist nicht denkbar ohne eine wettbewerbsfähige Europäische Union. Wir brauchen dafür einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt.

Es wird schon lange über die Kapitalmarktunion geredet und viele Maßnahmen wurden bereits ergriffen. Es bestehen aber weiterhin zahlreiche Hürden.

Deshalb freue ich mich, dass die EU-Kommission das Ziel einer Spar- und Investitionsunion nun mit hoher politischer Priorität verfolgt.

Ich unterstütze das ausdrücklich und treibe das voran. Für die Bundesregierung sind insbesondere drei Bereiche von besonderer Bedeutung: bessere Finanzierungsbedingungen für junge Wachstumsunternehmen, die Stärkung der privaten Altersvorsorge über den Kapitalmarkt und der Bürokratieabbau im Finanzmarktbereich.

Zuversichtlich in die Zukunft

Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Wir sind ein hochrespektierter und verlässlicher Handelspartner. Wir sind ein Land mit einer enormen Innovationskraft und hochqualifizierten Arbeitskräften. Dieses enorme Potenzial ermöglicht uns, zuversichtlich die Zukunft zu gestalten.

Die Aufgaben, die vor uns liegen, können wir lösen. Wir können die Dinge zum Besseren verändern. 2026 werden wir die positiven wirtschaftlichen Impulse unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik, insbesondere unserer Investitionen, hoffentlich schon spüren. Die bisherigen Errungenschaften sind aber kein Grund, sich zurückzulehnen. Wir werden weiter Tempo machen – für sichere Arbeitsplätze, für ein gerechtes Land, für einen zukunftsfähigen Sozialstaat. Die grundlegenden Reformen dazu bringen wir auf den Weg. Sie werden unserem Land einiges abverlangen. Ich bin mir jedoch sicher: Gemeinsam werden wir Deutschland wieder nach vorne bringen.

Der VIB als Plattform für internationale Banken



Dr. Andreas Prechtel
Geschäftsführer

Verband Internationaler Banken
in Deutschland e. V. (VIB)

Nach über 40 Jahren hat sich der „Verband der Auslandsbanken in Deutschland e. V.“ im Juni 2025 in „Verband Internationaler Banken in Deutschland e. V.“ umbenannt. Der neue Verbandsname unterstreicht, dass viele unsere Mitglieder inzwischen deutsche Institute sind, die sich nur dadurch unterscheiden, dass sie ganz oder mehrheitlich zu international agierenden Bankengruppen gehören, oder sie sind EU- oder Drittstaatenniederlassungen, die sich nicht durch ihre ausländische Prägung, sondern durch ihre Einbindung in die mächtigsten Finanzinstitute der Welt auszeichnen und tiefgreifende internationale Expertise in ihren Geschäftsfeldern und enorme Kapitalkraft mitbringen.

Ihre Bedeutung wird in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung häufig noch unterschätzt. Während nur wenige große Namen bekannt sind, bleibt die wahre Größe und oft auch die komplexe Struktur vieler dieser Banken – selbst bei Unternehmen, die von ihren spezialisierten Dienstleistungen profitieren – oftmals unbekannt.

Diese Institute haben bewusst eine Bank oder eine Niederlassung in Deutschland eröffnet, um lokale und globale Geschäfte ihrer Kunden aus Deutschland oder in Deutschland zu unterstützen. Sie stammen aus mehr als 30 Ländern und sind an den wichtigsten Finanzplätzen Deutschlands wie Frankfurt/Main, Düsseldorf, Hamburg und München vertreten. Mit mehr als 30.000 hochqualifizierten Mitarbeitern – häufig

auch deutschen Fachkräften mit internationaler Erfahrung – leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftskraft Deutschlands. Sie sind die Gruppe von Banken, die weiterhin Arbeitsplätze aufbaut statt zu reduzieren. Sie zahlen Steuern und Abgaben, sind seit Jahrzehnten fest in Deutschland verankert und bereichern besonders den Finanzplatz Frankfurt, der nicht nur der größte, sondern auch der internationalste Finanzstandort des Landes ist.

Als fester Bestandteil der deutschen Wirtschaft dominieren die Mitgliedsbanken des VIB inzwischen viele Bereiche des deutschen Finanzmarktes, wie auch die Statistiken in diesem Jahrbuch zeigen.

Nur mit der Finanzkraft und Expertise internationaler Banken und Finanzinstitute wird die deutsche Wirtschaft den „Turn-around“ schaffen und die Marktteilnehmer das Kapital für die staatlichen und privaten Investitionen aufbringen, deren spätere Erträge die sich derzeit aufbauende Schuldenlast finanzieren und tilgen sollen.

Breit diversifizierte Tätigkeitsfelder

VIB-Mitglieder sind insbesondere in folgenden Geschäftsfeldern führend:

- Handelsfinanzierung und Factoring (Trade Finance),
- Projektfinanzierung für deutsche Unternehmen im Ausland oder ausländische Unternehmen in Deutschland,
- Mergers & Acquisitions,
- Direktbank- und Hypothekengeschäft,
- Wertpapieremission und Handel,
- Asset Management sowie
- Wertpapierabwicklung und -verwahrung.

Als engagierte Interessenvertretung der internationalen Banken entwickelt und präsentiert der VIB gegenüber Politik und Verwaltung konstruktive Stellungnahmen und Vorschläge für faire und zukunftsfähige Rahmenbedingungen.

Im Jahr 2025 hat der VIB besonders mit seinen Vorschlagspaketen zum Bürokratieabbau in der Bankenregulierung sowie mit seinen Steuervorschlägen eine Vielzahl konkreter Änderungen angestoßen.

Dank unserer Kommunikation mit Ministerien und Behörden und der Kooperation mit Förderern des Finanzplatzes leistet der VIB einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung und



zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Finanzplatzes, u. a. im Rahmen der Arbeitsgruppen für das Hessische Finanzplatzkabinett. Details hierzu finden Sie in den nachfolgenden Artikeln dieses Jahrbuchs.

Maßgeschneiderte Dienstleistungen und starke Interessenvertretung

Der VIB bietet seinen Mitgliedern ein auf die Bedürfnisse internationaler Banken abgestimmtes Dienstleistungs- und Netzwerkangebot. Zu den Leistungen gehören:

- hochkarätig besetzte Seminare mit Experten aus Mitgliedsinstituten, der Regulierung, Aufsicht und Beratung,
- Arbeitsgruppen zu aktuellen Themen, die gezielt Mitarbeiter der Mitgliedsinstitute ansprechen,
- individuelle Inhouse-Schulungen und Webinare,
- zweisprachige tagesaktuelle Berichte sowie monatliche Newsletter mit praxisnahen Informationen zu rechtlichen, steuerlichen und organisatorischen Änderungen, und
- Veröffentlichungen über zentrale Themen wie Compliance, Steuern und Meldewesen.

Zusätzlich bieten Netzwerkveranstaltungen wie das VIB-Sommerfest, die Management-Foren als After-Work-Events und die jährliche Mitgliederversammlung wichtige Gelegenheiten zum Austausch.

Ein starkes Team an Ihrer Seite

Das VIB-Team steht den Mitgliedsinstituten und ihren Führungskräften, deren Mitarbeitenden sowie politischen und regulatorischen Ansprechpartnern als kompetenter und erfahrener Partner zur Seite. Mit kurzen Kommunikationswegen und tiefem Fachwissen sorgt der VIB für eine effektive Beratung und Interessenvertretung, die den internationalen Banken in Deutschland eine starke Stimme gibt.





Sommerfest des Verbandes in Zeiten des Wandels

Das Sommerfest des Verbandes in der "Frankfurter Botschaft" am Westhafen fand auch im Jahr 2025 wieder unmittelbar nach den Sommerferien in Hessen statt und ist zu einer neuen Tradition und einer attraktiven Bereicherung des Eventkalenders der Finanzszene in Frankfurt geworden.

Es ist das besondere Event, bei dem sich die Mitglieder des Verbandes mit Vertretern aus Bundes- und Landespolitik, der Stadt Frankfurt/Main und der Aufsichtsbehörden treffen. Auch Rechtsanwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater, die den VIB und seine Mitglieder häufig schon seit vielen Jahren unterstützen und als VIB-Experten noch enger mit dem Verband verbunden sind, gehören zu der „VIB-Familie“, die wieder gemeinsam diesen Abend verbringen durften.

Offizielle Vorstellung des neuen Namens des Verbandes

Tobias Vogel, CEO der UBS Europe SE und Vorstandsvorsitzender des Verbandes, präsentierte den Gästen in seiner Begrüßungsrede den von den Mitgliedern beschlossenen Wandel des Verbandes der Auslandsbanken in Deutschland e.V. (VAB) zum Verband Internationaler Banken in Deutschland e. V. (VIB). Er erläuterte den Gästen, dass der neue Name, der sich in einem modernisierten Logo widerspiegelt, sowohl die Internationalität der Mitglieder und ihrer Mitarbeitenden als auch die hinter ihnen stehenden globalen Ressourcen besser repräsentiert.

Inhaltlich legte Tobias Vogel in seiner Begrüßung den Fokus auf drei aktuelle Kernthemen des VIB. Er forderte zunächst die 1:1-Umsetzung der CRD VI-Richtlinie der EU in deutsches Recht, die besonders die VIB-Mitglieder aus Nicht-EU-Staaten, also sog. Drittstaatenbanken, betrifft.



Das VIB-Team

Die inzwischen erfolgte Umsetzung dieser Forderung ist mitentscheidend für deren künftigen regulatorischen Aufwand und damit auch für die Entscheidung zum Verbleib der Einheiten in Deutschland.

Zudem machte er auf die 59 konkreten Vorschläge zum Bürokratieabbau in der Bankenregulierung und für die Besteuerung von Bankprodukten und -dienstleistungen aufmerksam, die der VIB der Politik vor der Sommerpause unterbreitet hatte. Der VIB trete damit in Vorleistung und fordere die Politik und Verwaltung auf, gemeinsam zügig zu handeln und den Anfang zu machen, um den Instituten im Korsett der Bankenregulierung endlich wieder Luft für ihren eigentlichen Zwecke zu verschaffen, nämlich Bankgeschäfte abzuwickeln.

Tobias Vogel wies dann auf die dringende Notwendigkeit hin, dass die Bundespolitik die Weichen für eine Kapitalmarktorientierung aller drei Säulen der Altersvorsorge stellt.

Die Modelle hierfür seien lange bekannt, diskutiert und in anderen Ländern bereits erprobt. Und besonders die internationalen Banken und Asset Manager hätten jahrzehntelange Erfahrung damit gesammelt, die sie in den deutschen Kontext einbringen möchten. Diese könne nicht nur die Altersbezüge der Rentner von Morgen erhöhen, sondern auch positive Effekte auf Marktbreite und -tiefe des deutschen und europäischen Kapitalmarktes haben und damit in den Bereichen Innovation, Start-ups, bei Börsengängen oder in Anleihemärkten entscheidende Impulse setzen.



Begrüßung und Keynote von Nancy Faeser

Eine besondere Freude für die anwesenden Gäste war, dass die ehemalige Bundesministerin des Innern, Mitglied des Bundestages und vorher langjährige Landesvorsitzende der SPD in Hessen, Nancy Faeser, am VIB-Sommerfest teilnahm und die Gäste begrüßte. Sie betonte die globalen, aber auch die nationalen Herausforderungen, vor denen die Bundespolitik derzeit stehe und in welchem Spannungsfeld sich die Wirtschaftspolitik befinde. Sie erläuterte, dass die Notwendigkeit, die geplanten immensen Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben zusätzlich durch private Mittel zu finanzieren, dringend die Freisetzung wirtschaftlicher Kraft von Unternehmen aller Industriezweige erfordere.

Das könne aber nur gelingen, wenn auch Banken als Unternehmen und als Kreditgeber und Begleiter von Kapitalmaßnahmen in den richtigen Rahmenbedingungen arbeiten können. Die Entbürokratisierung der Bankenregulierung sowie die Steuervorschläge des VIB wären dabei ein guter Einstieg in die Diskussion und den Politikprozess. Die Berliner Koalitionsparteien seien sich der Dringlichkeit bewusst, hierauf den Fokus zu setzen. Die Arbeit von Verbänden wie dem VIB werde benötigt, um dabei zu



praktikablen rechtlichen Lösungen zu kommen, die sowohl die Institute als auch die Aufsicht zügig umsetzen könnten.

Begrüßung und zweite Keynote von Florian Rentsch

Florian Rentsch, der frisch gekürte Sonderbeauftragte für den Finanzplatz Frankfurt und Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Sparda-Banken sowie ehemaliger Staatsminister im Hessischen Wirtschaftsministerium, begrüßte anschließend die Gäste mit Einblicken in die Hintergründe und die Arbeit der Finanzplatzinitiative des Hessischen Ministerpräsidenten Boris Rhein, die als „Hessisches Finanzplatzkabinett“ bekannt ist. Er erläuterte, dass seine neue Rolle als Sonderbeauftragter für den Finanzplatz Frankfurt darin bestehe, die vielen Institute, die Landes- und die Lokalpolitik, die Verwaltungen, die Wissenschaft und die Wirtschaftsverbände an einen Tisch zu bringen, um in verschiedenen Arbeitsgruppen die Ideen und Maßnahmen zu erarbeiten, die notwendig seien, um die von den Vorrednern bereits angesprochenen Themenfelder zu bearbeiten.

Ziel sei es, die Position von Frankfurt als internationalen Finanzplatz in Europa und der Welt zu stärken,

damit letztlich die Finanzindustrie in Deutschland die Rolle spielen und die Dienstleistungen anbieten könne, die für die weitere Entwicklung Deutschlands gebraucht werde. Durch die Zusammenarbeit von fast 60 Instituten, Institutionen und Unternehmen sei es bereits jetzt gelungen, erstmalig die wesentlichen in der Stadt und im Raum Frankfurt ansässigen Akteure auf dieses Ziel und die Arbeit daran einzuschwören, und der VIB habe mit seinen Beiträgen einen großen Anteil daran geleistet.

Networking vor der Abendkulissee des Mains

Nach diesen zur Diskussion anregenden Beiträgen gingen die Gäste zum Networking und Austausch vor der Kulisse des Mains in der Abendsonne über. Die familiäre, aber professionelle Atmosphäre des VIB-Sommerfestes ließ viele Gäste noch bis in den späten Abend hinein neue Verbindungen knüpfen und bot Raum für anregende Unterhaltungen über die gemeinsamen Herausforderungen und die weiteren Aufgaben für den VIB.

RÜCKBLICK UND AUSBLICK TEIL I





Bürokratieabbau – Widerstände, aber erstmals auch Erfolge und Fortschritte!

EU-Marktzugang für Banken aus Drittstaaten gemäß CRD VI und deren Umsetzung in Deutschland

Das künftige Aufsichtsregime für Drittstaaten-Zweigstellen

Ein Jahr großer Veränderungen im Verbraucherschutz

Wie Generative KI interne Untersuchungen neu definiert

Sound Compensation: Entgelttransparenz und BRUBEG

Neue ESG-Vorgaben als Herausforderung – und Chance – für Banken

Chancen und Herausforderungen für FinTechs: Was bringt das Aufsichtsrecht in 2026

ESG-Risikomanagement nach Umsetzung der CRD VI

MiCAR und AI Act: Umsetzungsschwerpunkt 2025 und regulatorischer Ausblick 2026

Der Entwurf der MaRisk für Wertpapierinstitute

Bürokratieabbau – Widerstände, aber erstmals auch Erfolge und Fortschritte!



Wolfgang Vahldiek
Stellv. Geschäftsführer
Direktor Recht
Leiter Geschäftsentwicklung

Verband Internationaler Banken
in Deutschland e. V. (VIB)

Im vergangenen Jahr wurde an dieser Stelle das Ziel des VIB, sich für Bürokratieabbau einzusetzen, thematisiert. In den vergangenen zwölf Monaten, und – wie gleich zu schildern sein wird – vielleicht nicht ganz ohne unseren konstruktiven Beitrag, erfuhr das Thema eine Dynamik, die schwer vorauszusagen war.

Gesellschaftlicher Konsens zum Abbau von Bürokratie

Inzwischen dürfte sich als gesellschaftlicher Konsens herausgebildet haben, dass es nicht weitergehen kann wie bisher. Bürokratie in ihrer extremen Ausprägung durch viele kleine Maßnahmen eines detailverliebten Staates hat das Potential, die Gesellschaft fundamental auf die Probe zu stellen.

Die Auswirkungen der deutschen und europäischen Politik der vergangenen Jahre können nicht mehr unberücksichtigt bleiben. Die Regulierungs-Tsunamis der Jahre 2010 bis 2024 und deren Ergebnisse in der Praxis führten leider zu ernstzunehmenden Folgen, die inzwischen hinlänglich durch die Wirtschaftsforschung, Zentralbanken, aber auch regierungsnahe Stellen wie z. B. im Draghi-Report festgestellt und analysiert wurden.

Die Experten wissen sich dabei mit der Wahrnehmung der interessierten Öffentlichkeit einig.

Fehler sollten nicht wiederholt werden, und um das zu erreichen, hilft ein Blick auf die Ursache. Leider ließen sich die politischen Entscheider viele Jahre lang durch hübsch klingende Zielbeschreibungen überzeugen, den Vorschriften-Dschungel wuchern zu lassen. Der Aufbau von Bürokratie erfolgte gerne mit klangvoller Wohlfühl-Rhetorik. Wer kann schon widersprechen, wenn die Gesetzgebung mit positiven Werten verknüpft wird? Das Branding hilft bei der Organisation von Mehrheiten, verstellt leider aber auch den Blick auf eine nüchterne Betrachtung von realen Auswirkungen. Beispiele folgen sogleich.

Widerstände und weiterer Bürokratie-Aufbau

Wenn diejenigen hinzulernen wollen, die für den Bürokratieaufbau der vergangenen 15 Jahre verantwortlich sind, dann wäre diese Erkenntnis ein wichtiger Schritt: Die Plausibilität von Zielbeschreibungen rechtfertigt nicht jede Einzelmaßnahme, und seien die Absichten noch so gut gemeint. Es ist nicht die Aufgabe des Staates und seiner Exekutive, jedes Detail des täglichen Lebens zu analysieren, durchzuregulieren und zu kontrollieren. Man muss den Menschen mehr Eigenverantwortung zugestehen; letzten Endes heißt dies Freiheit. Hierfür braucht es einen echten Bewusstseinswandel.

Den Akteuren des politischen Betriebes fällt allerdings das Umdenken schwer.

Immer noch werden Zielbeschreibungen und vor allem Schlagworte formuliert, um neue Regulierungswellen zu rechtfertigen.

Die wichtigsten aktuellen Treiber des Bürokratie-Aufbaus in der Finanzwirtschaft, die die Regulierungstätigkeit auch in den kommenden Jahren weiter motivieren werden, wenn Entscheider nicht dazulernen, heißen im aktuellen EU-Sprech beispielsweise „Customer Journey“, „Value for Money“, „Equal Pay“, „Instant Payments“, natürlich der Evergreen „ESG“, und die Liste ließe sich um noch einige weitere verlängern. Das Branding birgt das Risiko, fragwürdige Details und Zumutungen zu übersehen, die sich in Regelwerken verstecken, welche wiederum hunderte Seiten umfassen. Zum anderen muss aber unbedingt die Frage erlaubt sein: Was ist in diesen Themenfeldern eigentlich genau die Aufgabe des Staates, und müssen die Menschen wirklich reguliert und von der aufsichtlichen Exekutive überwacht werden, weil sie alleine nicht zurechtkommen?

Erfolge der deutschen Finanzpolitik

Doch genug der Problembeschreibung. Es gibt inzwischen nicht mehr nur Licht am Ende des Tunnels, sondern – um im Bild zu bleiben – der Zug findet seinen Weg bereits unter freiem Himmel und stoppt nicht mehr. Der obigen Diagnose ist nämlich insbesondere im Bereich der Finanzwirtschaft der



Beginn einer Therapie in Form von Bürokratieabbau gefolgt. Die deutsche Politik und die deutschen Aufsichtsbehörden sind hierbei lobend zu erwähnen, denn sie haben den Anfang gemacht und werben hier lokal in Deutschland, aber auch auf EU-Ebene für ernstzunehmende Ansätze und Lösungen.

Ist das zu viel Optimismus? Ich glaube nicht, und ich würde das mit folgenden Beispielen bereits erreichter Fortschritte untermauern:

- BaFin und Bundesbank haben Vorschläge für eine sehr deutliche Vereinfachung von Regularien für kleinere Institute gemacht – im Jargon auch „Small Banking Box“ genannt – und teilweise auch schon umgesetzt.
- Das Register für Anlageberater und Anlegerbeschwerden wurde abgeschafft, weil es neben den ohnehin bereits bestehenden Möglichkeiten der Aufsicht keinen weiteren Nutzen stiftet.
- Das Millionenkredit-Meldewesen wird abgeschafft, weil es entbehrlich erscheint.
- Der Dokumentationsaufwand nach § 15 und § 18 KWG für Kreditunterlagen und Organkredite wurde deutlich reduziert, indem die Schwellenwerte angehoben wurden.
- Zweigstellen von Instituten aus Drittstaaten werden in vielerlei Hinsicht der Aufsicht und der Regulierung der Herkunftsstaaten anvertraut, während deutsche Vorschriften spiegelbildlich zum Teil entfallen.
- Die Aufsichtsbehörden sind auf einem glaubhaften Pfad, um weiteres Vereinfachungspotential im Bereich der Gesetze und der Verwaltungsvorschriften zu identifizieren und umzusetzen.

Die Liste ließe sich noch fortsetzen. Wir haben als Verband umfangreiche Vorschläge für weitere Einzelmaßnahmen zusammengestellt und fühlen uns als Ansprechpartner wahr- und ernstgenommen. Es besteht also begründeter Anlass zu Optimismus, zumal die o.g. Liste nur eine Auswahl neben einer Reihe von Maßnahmen ist, die noch in der Vorbereitung sind und den Akteuren des Finanzsystems – nicht nur Banken und Wertpapierfirmen, sondern auch Kunden und Anlegern – gut tun werden.

Was macht die EU?

Aufmerksamen Leserinnen und Lesern fällt auf, dass der Bereich der EU in der obigen Erfolgsliste noch nicht vorkommt. Das liegt daran, dass sich die Erfolge auf EU-Ebene bisher vor allem darauf beschränken, dass von den teilweise überbordenden Vorschlägen, die die EU-Aufsichtsbehörden zusammen

mit der EU-Kommission für die Savings and Investment Union (SIU) und die Retail Investment Strategy (RIS) entwickelt hatten, momentan nur noch ein verhandelbarer Kern übrig ist.

Vermeidung ist zwar schon ein Fortschritt, der Schritt hin zu einer aktiven Verringerung der Bürokratie muss in der EU für die Finanzwirtschaft aber erst noch folgen.

Als Anekdote mit Bezug auf wertpapierrechtliche Themen bleibt in Erinnerung, dass unlängst von prominenter Seite die Bemerkung fiel, man könne 40% der MiFID von heute auf morgen streichen, und kein Marktteilnehmer würde etwas davon merken. Ich würde das ohne Zögern auch für CRD und CRR für richtig halten. Bis sich diese Art des Nachdenkens über Ziel und Zweck existierender EU-Regelungswerke durchsetzt, ist es vermutlich noch ein sehr weiter Weg. Insbesondere ESMA und EBA sind wohl noch im Prozess, überhaupt ernsthaft die Notwendigkeit dafür anzuerkennen.

Noch ausgelöst durch das vorherige EU-Parlament muss außerdem erst einmal die CRD VI umgesetzt werden, welche in weiten Teilen erneut gezielt Bürokratie-Aufbau betreibt.

Sie schafft vor allem neues Meldewesen, Dokumentation und Notifizierungsverfahren in den Bereichen Cross-Border-Dienstleistungen, Erwerbskontrolle, Key Function Holders sowie ESG.

Fazit und Ausblick

Aber wie gesagt, der Anfang ist gemacht. Wir werden als Verband die weitere Entwicklung konstruktiv begleiten. Wir sehen unsere Aufgabe darin, tatsächliche Auswirkungen von geplanten Maßnahmen klar zu benennen, sowie mögliche unerwünschte Nebeneffekte aufzuzeigen. Und zwar nicht nur im eigenen Interesse. Wir sind der festen Überzeugung, dass der unermüdliche Einsatz für pragmatische und praxisgerechte Lösungen einen aktiven Beitrag leistet zum Erhalt eines kundenfreundlichen und stabilen Finanzsystems, das die wirtschaftliche Entwicklung unterstützen und finanzieren kann.

EU-Marktzugang für Banken aus Drittstaaten gemäß CRD VI und deren Umsetzung in Deutschland



Dr. Alexander Behrens
VIB-Expertenbeirat
Bankenaufsicht und Governance

Partner
Allen Overy Shearman Sterling LLP

Während die EU in den letzten Jahrzehnten ein immer detaillierteres System zur Bankenregulierung geschaffen hat, regelte das EU-Regime bislang nicht, ob und unter welchen Bedingungen Banken aus Drittstaaten Zugang zu den EU-Märkten erhalten können. Dies änderte sich mit dem Inkrafttreten der CRD VI im Juli 2024, die unter anderem eine Mindestharmonisierung hinsichtlich des EU-Marktzugangs aus Drittstaaten im Wege des grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehrs und über Zweigstellen vorsieht. Im Wesentlichen legt Art. 21c CRD VI diesbezüglich fest, dass die EU-Mitgliedstaaten sicherstellen müssen, dass Banken aus Drittstaaten sog. Kernbankdienstleistungen, d. h. das Einlagen-, Kredit- und Garantiegeschäft, in EU-Mitgliedstaaten nur mittels einer Zweigstelle im jeweiligen EU-Mitgliedstaat erbringen dürfen. Die grenzüberschreitende Erbringung solcher Kernbankdienstleistungen ist insofern nur noch zulässig, wenn eine Ausnahme von der Zweigstellenpflicht greift, insbesondere die Gruppenausnahme (Intra Group-Ausnahme), die Ausnahme für Interbankgeschäfte, die Ausnahme in Verbindung mit der passiven Dienstleistungsfreiheit (sog. Reverse Solicitation) oder die eng gefasste Ausnahme aufgrund Bestandschutz (sog. Grandfathering). Gleichzeitig legen die Art. 47 ff. CRD VI ein spezifisches Mindestregime für Drittstaaten-zweigstellen, die Kernbankdienstleistungen betreiben, fest.

Umsetzung durch das BRUBEG

Am 22. August 2025 veröffentlichte das Bundesministerium der Finanzen den Referentenentwurf für das Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG), mit dem insbesondere CRD VI umgesetzt wird. Das BRUBEG hat inzwischen einen Teil des parlamentarischen Verfahrens durchlaufen; es wird erwartet, dass das BRUBEG im März 2026 (d. h. nach dem offiziellen Umsetzungsdatum vom 10. Januar 2026) veröffentlicht wird.

Was den Inhalt des BRUBEG betrifft, lässt sich funktional zwischen dem grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr und dem Drittstaatenregime unterscheiden, wobei Ausgangspunkt stets die aktuellen deutschen Regelungen vor der Umsetzung durch das BRUBEG sein sollten.

Änderungen in Bezug auf den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr beschränken sich im Allgemeinen auf das Freistellungsregime (sog. Waiver).

Was den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr betrifft, so bedarf nach geltendem deutschen Recht jeder einer Erlaubnis, der regulierte Tätigkeiten (dieser Begriff umfasst die Kernbankdienstleistungen im Sinne der CRD VI) „in Deutschland“ ausübt. Anbieter, die nicht in Deutschland ansässig sind, aber regulierte Tätigkeiten für Kunden mit Sitz in Deutschland anbieten, gelten ebenfalls als Betreiber von Bankdienstleistungen „in Deutschland“, wenn sie sich „zielgerichtet an den deutschen Markt wenden“, also nicht auf der Grundlage von Reverse Solicitation agieren. Mit anderen Worten: Die derzeitige deutsche Regelung unterwirft Betreiber von Bankgeschäften mit Sitz in Drittstaaten, die sich zielgerichtet an den deutschen Markt wenden, bereits einer Erlaubnispflicht. Daher bestand grundsätzlich (zu Ausnahmen sogleich unten) keine Notwendigkeit, zur Umsetzung von CRD VI „strukturelle Änderungen“ am Kreditwesengesetz (KWG) vorzunehmen. Folglich enthält das BRUBEG nur sehr wenige Änderungen an den bestehenden Vorschriften zu Erlaubnispflichten. Hieraus folgt wiederum, dass der Anwendungsbereich für eine Bestandsschutzregelung sehr begrenzt ist.

Von dem Grundsatz, dass das Kreditwesengesetz keine strukturellen Änderungen erforderte, besteht allerdings eine praxisrelevante Ausnahme: Derzeit sieht § 2 Abs. 5 KWG vor, dass die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einzelfall Institute mit Sitz in einem Drittstaat, der – vereinfacht gesprochen – über ein gleichwertiges Regulierungssystem verfügt, von der Erlaubnispflicht in Deutschland freistellen kann. Das derzeitige Freistellungsregime wäre allerdings in dieser Form nicht mit Art. 21c Abs. 1 CRD VI vereinbar, da es faktisch in bestimmten Konstellationen die fortwährende grenzüberschreitende Erbringung von Kernbankdienstleistungen ermöglichen würde. Daher schlägt der BRUBEG-Entwurf



Änderungen hinsichtlich der Befugnis der BaFin zur Gewährung zukünftiger Freistellungen und hinsichtlich der bereits von der BaFin gemäß § 2 Abs. 5 KWG gewährten Freistellungen vor: Die BaFin muss bestehende Freistellungen (teilweise) widerrufen, soweit CRD VI die Errichtung einer inländischen Zweigstelle verlangt (vgl. § 2 Abs. 5 Satz 2 des neuen KWG-Entwurfs), also faktisch soweit Kernbankdienstleistungen umfasst sind. Entsprechend dürfen neue Freistellungen nur unter dieser Einschränkung gewährt werden.

Das BRUBEG lässt eine Reihe von Auslegungsfragen offen, die wahrscheinlich in der Zukunft Gegenstand von Diskussionen sein werden:

Die BaFin hat in der Vergangenheit eine eigene Verwaltungspraxis für die Auslegung von Begriffen des KWG entwickelt. Es erscheint wahrscheinlich, dass die BaFin diese Verwaltungspraxis zunächst auch dann weiter anwenden wird, wenn Begriffe in den Anwendungsbereich von Art. 21c CRD VI fallen, z. B. in Bezug auf das Kredit- und Einlagengeschäft, aber auch in Bezug auf Reverse Solicitation. Gleichzeitig ist zu erwarten, dass die BaFin ihre Praxis ändern wird, wenn und soweit die EBA spezifische Ausgangsregelungen veröffentlichen wird – was wiederum die Frage aufwirft, ob eine solche Auslegung auch die Verwaltungspraxis der BaFin in Rechtsbereichen „overrulen“ wird, die nicht in den Anwendungsbereich von Art. 21c CRD VI fallen, oder ob es zu einer „geteilten Auslegung“ durch die BaFin kommen wird, je nachdem, ob eine Regelung ihren Ursprung im EU-Recht hat oder nicht. Ein weiteres Diskussionsthema dürfte werden, wie mit Ausnahmen gemäß Art. 21c CRD VI umgegangen wird, die nicht 1:1 ins deutsche Recht umgesetzt wurden, wie z. B. die Gruppenausnahme und die Ausnahme für Interbankgeschäfte, da in der Gesetzesbegründung des BRUBEG ausdrücklich festgehalten wird, dass das deutsche Recht eine 1:1-Umsetzung anstrebt und daher wohl in diesem Sinne auszulegen ist.

Regelungen für Drittstaaten-zweigstellen

Änderungen für Drittstaaten-zweigstellen sind vor allem für „privilegierte Jurisdiktionen“ relevant. Das Kreditwesengesetz folgt traditionell einem recht strengen Regime in Bezug auf Drittstaaten-zweigstellen, da es mit einigen Ausnahmen die Anwendung des für Tochterunternehmen geltenden Regimes vorschreibt (d. h. vollständige Anwendung der CRR und des KWG). Für solche Zweigstellen, auf die heute die CRR und das KWG vollständig Anwendung finden, werden künftig weniger strenge Anforderungen gelten.

Allerdings sieht das KWG in Verbindung mit Durchführungsbestimmungen erhebliche Ausnahmen für Institute aus bestimmten privilegierten Drittländern vor, nämlich den USA, Japan und Australien. Dieses derzeitige „privilegierte Regime“ entspricht nicht den nach Art. 47 ff. CRD VI vorgegebenen Mindestanfor-

derungen. Daher ändert das BRUBEG die derzeitige Regelung insofern, als Zweigstellen Kernbankdienstleistungen erbringen, und gleicht sie insoweit weitgehend an die neuen Anforderungen der CRD VI an. Infolgedessen müssen privilegierte Drittstaaten-zweigstellen ein erneutes Zulassungsverfahren durchlaufen und künftig strengere Anforderungen erfüllen.

Es ist zu betonen, dass Drittstaaten-zweigstellen auch in Zukunft nur in dem Mitgliedstaat Dienstleistungen erbringen dürfen, in dem sie niedergelassen sind, d. h. die Nutzung des Europäischen Passes ist in diesem Fall nicht möglich. Insbesondere dies dürfte dazu führen, dass es wahrscheinlich innerhalb der gesamten EU nur eine sehr begrenzte Anzahl neuer Drittstaaten-zweigstellen geben dürfte.

Praktische Relevanz

Die praktischen Auswirkungen des BRUBEG auf Drittstaaten-institute hängen von ihrem jeweiligen Geschäftsmodell ab: Im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen dürfte sich die Rechtslage grundsätzlich nicht wesentlich ändern – außer allerdings für Gruppen, die derzeit in erheblichem Maße von einer Freistellung Gebrauch machen und daher ihr Geschäft umstrukturieren müssen. Dagegen müssen Zweigstellen aus Drittstaaten, die derzeit eine privilegierte Behandlung genießen, ein erneutes Zulassungsverfahren durchlaufen und werden in Zukunft strengeren Anforderungen unterliegen.

Bei der Betrachtung der Relevanz der CRD VI „in Deutschland“ sollte ein weiterer Aspekt nicht unberücksichtigt bleiben: Während die unmittelbaren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit von Drittstaateninstituten mit deutschen Kunden aus den eben genannten Gründen eher begrenzt sein dürften, wird CRD VI in einigen anderen Rechtsordnungen je nach Umsetzung wahrscheinlich erhebliche Auswirkungen haben, insbesondere in Rechtsordnungen, die bisher ein liberaleres Zugangsregime für Drittstaateninstitute hatten. Diese Rechtsordnungen müssen ihre Vorschriften verschärfen, so dass Drittstaatsgruppen bestimmte (zusätzliche) Geschäftsbereiche auf ihre „EU-Hubs“ verlagern müssen. Da sich einige dieser Hubs in Deutschland befinden, dürfte CRD VI zu einem (weiteren) Wachstum auch der in Deutschland ansässigen „EU-Hubs“ von Drittstaaten-Banken führen.

A&O SHEARMAN

Allen Overy Shearman Sterling LLP
Große Gallusstr. 14 | 60315 Frankfurt am Main
alexander.behrens@aoshearman.com
www.aoshearman.com

Das künftige Aufsichtsregime für Drittstaaten-zweigstellen



Dr. Jens H. Kunz, LL.M. (UT Austin)
VIB-Expertenbeirat
Bankenaufsicht und Governance

Partner
Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB

Auch wenn jüngst die Deregulierung oder jedenfalls die Betonung der Verhältnismäßigkeit bei der Regulierung zu den Themen gehören, die im politischen Diskurs und auch von den deutschen Aufsichtsbehörden gerne propagiert werden, stehen demnächst weitere Anpassungen des KWG bevor, die insbesondere für Institute aus Drittstaaten, die grenzüberschreitend oder mit einer deutschen Niederlassung in Deutschland Bankgeschäfte betreiben, andere Anforderungen mit sich bringen werden. Dies sieht das Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz („BRUBEG“) vor, dessen Entwurf sich gegenwärtig noch im Gesetzgebungsprozess befindet und das wohl zu Beginn des Jahres 2026 verabschiedet werden wird. Eile ist auch geboten, da mit dem BRUBEG insbesondere die Vorgaben der Richtlinie (EU) 2024/1619 („CRD VI“) eigentlich bis zum 10. Januar 2026 umzusetzen sind.

Mit der CRD VI soll das bislang fragmentierte aufsichtsrechtliche Regime für die Erbringung von Kernbankdienstleistungen aus Drittstaaten in EU-Mitgliedstaaten und damit verbunden die Vorgaben für Drittstaaten-zweigstellen in der EU neu geregelt und harmonisiert werden. Nicht zuletzt die Erfahrungen aus dem Brexit und der daraus resultierenden Neuordnung der Marktpräsenz internationaler Bankengruppen haben aus Sicht des Gesetzgebers den Bedarf nach einem EU-weit konsistenten Regelwerk deutlich gemacht. Zentrales Ziel der Neuregelungen ist die risikoadäquate,

einheitliche Aufsicht über unselbständige Zweigstellen aus Drittstaaten.

Eigenständiges Erlaubnisregime für CRD-Drittstaaten-zweigstellen

Die Umsetzung der in der CRD VI enthaltenen Vorgaben zu den Drittstaaten-Zweigstellen durch das BRUBEG wird zu zwei wesentlichen Änderungen des gegenwärtig geltenden KWG führen. Zum einen wird für Institute aus Drittstaaten die Möglichkeit, eine Freistellung insbesondere von der Erlaubnispflicht nach § 2 Abs. 4 und 5 KWG zu erlangen, für die Erbringung von bestimmten Kernbankdienstleistungen ausgeschlossen. Zum anderen – und damit eng verbunden – wird ein eigenständiges Erlaubnisregime für sog. CRD-Drittstaaten-zweigstellen eingeführt, das den bestehenden Rechtsrahmen für Zweigstellen aus Drittstaaten maßgeblich modifizieren wird. Insoweit ist zu vergegenwärtigen, dass in Deutschland bereits nach geltendem Recht Zweigniederlassungen von Unternehmen aus Drittstaaten, die in Deutschland grundsätzlich erlaubnispflichtiges Geschäft betreiben, nach § 53 KWG als Institute behandelt werden und damit jedenfalls grundsätzlich – anders als Zweigstellen von Instituten aus EWR-Staaten, die von dem EU-Pass profitieren – auch dem Erlaubniserfordernis unterliegen. Zwar wird § 53 KWG durch das BRUBEG nicht abgeschafft, doch mit einer Vielzahl von Regelungen (§§ 53c bis 53cq KWG-E) ergänzt, die speziell für CRD-Drittstaaten-zweigstellen gelten.

CRD-Drittstaaten-zweigstelle – Begriff und Unterscheidungen

Was ist nun unter einer CRD-Drittstaaten-zweigstelle zu verstehen? Als CRD-Drittstaaten-zweigstellen werden solche Niederlassungen definiert, die entweder selbst das Einlagengeschäft erbringen oder zu einem Unternehmen gehören, das bei einem Sitz innerhalb der EU ein CRR-Kreditinstitut wäre, sofern im letzteren Fall die Niederlassung das Kredit- oder das Garantiegeschäft erbringt (§ 53c Abs. 1 KWG-E). Von dieser allgemeinen Definition gibt es allerdings eine durchaus wesentliche Ausnahme für Zweigstellen, die lediglich Wertpapierdienstleistungen oder Nebendienstleistungen wie die damit verbundene Entgegennahme von Einlagen oder die Gewährung von Krediten für die Zwecke der Erbringung von Wertpapierdienstleistungen erbringen.

Die CRD-Drittstaaten-zweigstellen werden indes nicht als eine einheitliche Kategorie behandelt, für die vollumfänglich die gleichen aufsichtsrechtlichen Anforderungen gelten.

Vielmehr werden sie einem risikoorientierten Aufsichtsregime unterliegen, das nach zwei Risikoklassen unterscheidet (§ 53ca KWG-E). Zu der Risikoklasse 1 zählt eine CRD-Drittstaaten-zweigstelle insbesondere dann, wenn der Gesamtwert



der von ihr verbuchten oder initiierten Vermögenswerte im Inland mindestens EUR 5 Milliarden beträgt, sie das Einlagengeschäft mit Privatkunden in signifikantem Umfang (5 % ihrer Gesamtverbindlichkeiten oder mehr als EUR 50 Millionen) betreibt oder sie nicht als sog. qualifizierte CRD-Drittstaaten-zweigstelle gilt. Eine solche qualifizierte CRD-Drittstaaten-zweigstelle setzt – vereinfacht ausgedrückt – voraus, dass in dem Sitzstaat des Unternehmens dem EU-Standard entsprechende finanzaufsichtsrechtliche Vorgaben gelten und der Sitzstaat nicht als Drittstaat mit hohem Risiko für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung eingestuft ist. Die EBA ist dazu berufen, ein öffentliches Register mit den Herkunftsländern zu führen, die eine Einstufung als qualifizierte CRD-Drittstaaten-zweigstelle zulassen.

Auswirkungen der Unterscheidungen auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen

Entsprechend dem risikoorientierten Ansatz gelten für die unterschiedlichen Risikoklassen abgestufte Anforderungen an die Kapitalausstattung, Liquidität, Unternehmensführung und das Risikomanagement (§§ 53ce bis 53cg KWG-E). Zudem wird die BaFin qualifizierte CRD-Drittstaaten-zweigstellen von Anforderungen an das Liquiditätsmanagement oder bestimmten Anzeigepflichten ausnehmen dürfen (§§ 53cf Abs. 4, 53cl Abs. 3 KWG-E). Wie nicht anders zu erwarten ist, wird die Erlaubnis für eine CRD-Drittstaaten-zweigstelle nur erteilt, wenn die für die Niederlassung jeweils geltenden regulatorischen Mindestanforderungen eingehalten werden (§§ 53cc ff. KWG-E). Insoweit werden gerade bestehende Zweigniederlassungen aus Drittstaaten i.S.v. § 53 KWG im Einzelnen zu prüfen haben, welche zusätzlichen Anforderungen sie künftig einhalten müssen. Denn diese Anforderungen sind deutlich andere als die bisherigen Anforderungen – und gehen teilweise auch über die in der CRD VI enthaltenen Mindestanforderungen für CRD-Drittstaaten-zweigstellen hinaus.

Die Erlaubnis als CRD-Drittstaaten-zweigstelle wird grundsätzlich nur für die Tätigkeit innerhalb Deutschlands gelten.

Das bedeutet, dass – ähnlich der gegenwärtigen Rechtslage für Niederlassungen aus Drittstaaten nach § 53 KWG – grundsätzlich nicht aus der CRD-Drittstaaten-zweigstelle heraus erlaubnispflichtige Leistungen für Kunden in anderen Ländern erbracht werden dürfen. Allerdings sind insofern gruppeninterne Finanzierungstransaktionen mit anderen CRD-Drittstaaten-zweigstellen desselben Unternehmens sowie Dienstleistungen privilegiert, die auf ausschließliche Veranlassung eines Kunden erbracht werden (§ 53cc Abs. 5 S. 2 KWG-E). Wann indes ein solcher Fall der ausschließlichen Kundenveranlassung vorliegt, wird – ebenso wenig wie in der CRD VI – nicht konkretisiert.

Entsprechend dem risikoorientierten Ansatz beim Umgang mit CRD-Drittstaaten-zweigstellen wird der BaFin das Recht eingeräumt, die Gründung eines Tochterunternehmens mit einer herkömmlichen Erlaubnis nach § 32 KWG zu verlangen, wenn eine CRD-Drittstaaten-zweigstelle bestimmte Geschäftsvolumina entweder alleine (Vermögenswerte von mindestens EUR 10 Milliarden) oder zusammen mit anderen CRD-Drittstaaten-zweigstellen innerhalb der EU (Vermögenswerte von mindestens EUR 40 Milliarden) erreicht, sie in anderen EU-Mitgliedstaaten tätig oder sie anderweitig systemrelevant wird (§ 53ci KWG-E).

Übergangszeitraum und mögliche Fortgeltung vorhandener Erlaubnisse

Den durch die Neuerungen zu den CRD-Drittstaaten-zweigstellen betroffenen Unternehmen soll durch eine Übergangsfrist bis zum 11. Januar 2027 Zeit gegeben werden, sich auf die neuen Erlaubnisanforderungen einzustellen (§ 64c Abs. 6 KWG-E). Diese Übergangsfrist soll jedoch nicht für die Meldepflichten gelten, denen CRD-Drittstaaten-zweigstellen künftig unterliegen werden. Für Zweigniederlassungen aus Drittstaaten, denen bis zum Inkrafttreten des neuen Erlaubnisregimes eine KWG-Erlaubnis erteilt wurde, kann die BaFin im Übrigen die Fortgeltung dieser Erlaubnisse beschließen, sofern die betroffenen CRD-Drittstaaten-zweigstellen die neuen materiellen Anforderungen erfüllen (§ 53cc Abs. 7 KWG-E).

Fazit

Anders als der Name des BRUBEG vermuten lässt, kommt auf die Niederlassungen von in Drittstaaten ansässigen Instituten mit dem neuen Aufsichtsregime ein Umstellungsaufwand zu. Allerdings ist dies dem im Grundsatz begrüßenswerten Ziel auf EU-Ebene geschuldet, in den Mitgliedstaaten einheitliche Bedingungen für die Aufsicht über CRD-Drittstaaten-zweigstellen und damit ein level-playing-field zu schaffen. Ob das durch das BRUBEG in Deutschland vollends gelingen wird, wird freilich im Hinblick auf bestimmte Anforderungen, die das KWG künftig für CRD-Drittstaaten-zweigstellen vorsehen wird und die sich so nicht unmittelbar aus der CRD VI ableiten lassen, noch abzuwarten sein.

||| NOERR

Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB
Börsenstr. 1 | 60313 Frankfurt am Main
jens.kunz@noerr.com
www.noerr.com

Ein Jahr großer Veränderungen im Verbraucherschutz



Nina Weidinger
Abteilungsleiterin Recht
Rechtsanwältin
(Syndikusrechtsanwältin)

Verband Internationaler Banken
in Deutschland e. V. (VIB)

Das Jahr 2025 markiert einen Wendepunkt für die Kreditwirtschaft: Nie zuvor standen Institute so sehr im Fokus eines grundlegenden Verbraucherschutz-Regulierungsprozesses. Die neue EU-Verbraucherkreditrichtlinie sowie die geänderte EU-Verbraucherrechterichtlinie haben das regulatorische Fundament im europäischen Kreditgeschäft deutlich verschoben. Ihre Umsetzung ins deutsche Recht verlangt von Finanzinstituten nicht nur die Anpassung etablierter Abläufe, sondern den vollständigen Umbau vieler Geschäftsmodelle. Der Reformkurs zielt auf eine verbraucherfreundlichere, digitalisierte Kreditwelt. Für die Bankenbranche bedeutet dies erhebliche operative, technische und strategische Herausforderungen.

Erweiterter Anwendungsbereich und neue Informationspflichten

Eines der Kernelemente der EU-Verbraucherkreditrichtlinie ist die deutliche Ausweitung des Geltungsbereichs: Kreditformen, die bislang häufig außerhalb der klassischen Verbraucherkreditregulierung standen, werden nun explizit einbezogen. Dazu zählen Kleinstkredite bis zu 200 Euro, gebühren- oder zinsfreie Finanzierungen, sehr kurzfristige Darlehen (unter drei Monaten Laufzeit) sowie moderne Buy-Now-Pay-Later (BNPL) Modelle. Gerade Letztere haben in den letzten Jahren in Onlineshops, bei Online-Händlern und Plattformen ein rasantes Wachstum erfahren. Zugleich haben Verbraucherinnen und Verbraucher zunehmend darauf verzichtet, solche Zahlungen

als „klassische Kredite“ wahrzunehmen – der Gesetzgeber reagiert nun mit einem klaren Verbraucherschutzrahmen.

Damit geht eine erhebliche Erweiterung der Informationspflichten einher: Kreditgeber müssen vor Vertragsabschluss zukünftig noch umfassender und transparenter über alle wesentlichen Vertragsbestandteile, Kosten, Risiken und die Möglichkeit des Widerrufs informieren.

In der Praxis bedeutet das für die Institute, dass sämtliche Kommunikationskanäle, ob digital über Webseiten oder Apps, aber auch in Filialen und in Beratungsgesprächen, überarbeitet werden müssen.

Gleichzeitig muss die Customer Journey, insbesondere online, so gestaltet sein, dass alle relevanten Informationen klar strukturiert, leicht auffindbar und vergleichbar sind.

Diese Informationspflichten sind zunächst einmal vor allem regulatorischer Aufwand. Jedoch können sich Kreditinstitute, die bereits über besonders transparente, gut gestaltete digitale Prozesse verfügen, hier positiv hervortun. Ein durchdachtes Informationsdesign kann das Vertrauen der Kundinnen und Kunden stärken und zu besseren Entscheidungen führen, was langfristig sicherlich auch die Rückzahlungsqualität verbessert.

Verschärfte Kreditwürdigkeitsprüfung und modernisierte Vertragsform

Ein weiterer zentraler Pfeiler der Richtlinie ist die deutlich strengere Kreditwürdigkeitsprüfung. Während in der Vergangenheit insbesondere bei Kleinkrediten oder BNPL-Angeboten oft vereinfachte oder automatisierte Modelle zum Einsatz kamen, fordert die neue Regelung eine fundierte Risikoanalyse. Die Kreditgeber müssen belegen, dass ihre Scoring-Modelle, Entscheidungsstrukturen und Datenquellen belastbar und aktuell sind, sodass solide Einschätzungen der Rückzahlungsfähigkeit möglich sind. Dabei orientieren sich die Anforderungen zunehmend an denen des Immobiliendarlehensrechts, was insbesondere für Institute, die bisher auf schlanke Prüfprozesse gesetzt haben, einen massiven Anpassungsdruck bedeutet.

Parallel hierzu bringt die Richtlinie eine wichtige Modernisierung in der Vertragsform:

Für Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge genügt künftig die Textform, das heißt, ein Vertrag kann per E-Mail, Klick, Online-Bestätigung oder über eine digitale Schnittstelle abgeschlossen werden.

Damit entfällt das bislang oft als Hemmschuh empfundene Schriftformerfordernis. Diese Änderung erlaubt Kreditinstitu-



ten, vollständig digitalisierte Prozesse zu etablieren und beschleunigt Vertragsabschlüsse erheblich.

Neues Widerrufsrecht und elektronischer Widerrufsbutton

Eine der markantesten Vorgaben der geänderten EU-Verbraucherrechtlicherichtlinie betrifft das Widerrufsrecht bei einem Allgemein-Verbraucherdarlehensvertrag. Bisher war unter bestimmten Umständen ein sogenanntes „ewiges Widerrufsrecht“ möglich, wenn das Unternehmen vor Vertragsschluss seinen Informationspflichten nicht vollständig nachgekommen ist. Dies stellte Banken häufig vor erhebliche Unsicherheiten und hohe potenzielle Kosten und führte insbesondere dann zu unbilligen Ergebnissen, wenn ein Belehrungsfehler nebensächlich war.

Mit der Neuregelung wird das Widerrufsrecht bei Verbraucherverträgen über Finanzdienstleistungen nun auf maximal 12 Monate und 14 Tage ab Vertragsabschluss begrenzt, vorausgesetzt, der Darlehnsnehmer wurde über sein Widerrufsrecht informiert. Damit wird eine angemessene Grenze gezogen. Verbraucherschutz bleibt gewährleistet, während gleichzeitig das langfristige Risiko für Institute sinkt.

Darüber hinaus führt die Richtlinie eine digitale und verbraucherfreundliche Neuerung ein: den elektronischen Widerrufsbutton.

Bei online abgeschlossenen Verbraucherverträgen muss ein klar sichtbarer, eindeutig beschrifteter Button („Vertrag widerrufen“ oder ähnlich) vorhanden sein, über den der Widerruf mit einem einzigen Klick ausgeübt werden kann. Dieser Mechanismus soll den Widerruf so einfach machen wie den Vertragsabschluss selbst.

Für die Kreditinstitute bringt dies erhebliche Herausforderungen. Ihre IT-Systeme müssen den Button technisch abbilden und alle dahinterliegenden Prozesse rechtssicher dokumentieren. Gleichzeitig müssen Compliance- und Dokumentationsprozesse entsprechend angepasst und gewährleistet werden.

Fazit

Die neue EU-Verbraucherkreditrichtlinie sowie die geänderte EU-Verbraucherrechtlicherichtlinie und deren Umsetzung in deutsches Recht bedeuten einen Paradigmenwechsel. Die Einbeziehung bisher ausgenommener Kreditformen, die moderne Textform, strengere Prüfpflichten und der digitale Widerrufsbutton sind Meilensteine einer verbraucherfreundlicheren, digitaleren Finanzwelt. Für die Kreditwirtschaft entstehen dadurch zunächst erhebliche Umsetzungsaufwände, und zwar strukturell, technisch und regulatorisch.

Der VIB ist sich der Tragweite dieser Veränderungen bewusst und steht seinen Mitgliedern aktiv zur Seite. Wir werden Arbeitsgruppen einrichten, in denen wir zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern aus unseren Mitgliedsinstituten gemeinsam die Praxislösungen erarbeiten. Außerdem planen wir weitere Veranstaltungen, Seminare und Roundtables, um den Erfahrungsaustausch zu fördern und regulatorische Unsicherheiten zu adressieren.



Wie Generative KI interne Untersuchungen neu definiert



Dr. Moritz Pellmann, LL.M. (London)
VIB-Expertenbeirat
Datenschutz und Investigations

Rechtsanwalt | Partner
Freshfields PartG mbB

Das Jahr 2025 stand unverkennbar im Zeichen der künstlichen Intelligenz (KI). Ausgehend von ChatGPT lag der Fokus insbesondere auf Generativer KI (GenAI), die in der Lage ist, auf Basis gelernter Muster völlig neue Inhalte eigenständig zu erzeugen. Dementsprechend wird in fast allen Lebensbereichen derzeit mit GenAI experimentiert – natürlich auch im Bereich der internen Untersuchungen.

Seit Jahren stehen interne Untersuchungen vor einer doppelten Herausforderung: Während die zu analysierenden Datenmengen schier explodieren und die aufzuklärenden Sachverhalte immer komplexer werden, erwarten Staatsanwaltschaften, Gerichte, Aufsichtsbehörden und Abschlussprüfer weiterhin zügige, umfassende, richtige und nachvollziehbare Ergebnisse.

Der Datenflut versuchte man daher schon vor dem ChatGPT-Moment mit technischen Lösungsansätzen Herr zu werden.

Aber auch diese Ansätze kamen und kommen an ihre Grenzen, insbesondere dann, wenn es um das für interne Untersuchungen essentielle Verständnis komplexer Kommunikationszusammenhänge und das Erkennen verborgener Kontexte geht.

Hier setzt nunmehr eine Untergruppe der GenAI an: die Large Language Models (LLMs). Hierbei handelt es sich um komple-

xe Algorithmen, die mit enormen Mengen an Textdaten trainiert wurden. Sie können menschliche Sprache nicht nur statistisch vorhersagen, sondern auch Nuancen, Kontexte und semantische Zusammenhänge erfassen. Folglich sind mit der Integration von LLMs in interne Untersuchungsprozesse revolutionäre Zukunftsversprechen, aber auch völlig neue Fragestellungen und Herausforderungen verbunden.

Bisherige technologische Ansätze

Technologiegestützte Untersuchungen sind nicht neu. Seit Jahren nutzen Forensiker und Rechtsexperten digitale Tools, um relevante Informationen zu filtern. Klassische Ansätze umfassen semantische Suchen (Suchen nach Sinnzusammenhängen statt nur nach Schlagworten) sowie herkömmliche KI-basierte Methoden wie Clustering (automatische Gruppierung ähnlicher Dokumente) und Technology-Assisted Review (TAR) mittels Predictive Coding (maschinelle Klassifizierung von Dokumenten auf der Grundlage von Mustererkennung).

Grenzen der bisherigen Ansätze

Die bisherigen Ansätze können der Komplexität der menschlichen Sprachverwendung und der immer größeren Dokumentenvielfalt nicht vollumfänglich gerecht werden und erfordern einen umfassenden manuellen Aufwand. Gleichzeitig liefern sie viele sog. False Positives, also fälschlicherweise als relevant bewertete Dokumente, und sind bei wachsender Datenmenge und -komplexität nur eingeschränkt skalierbar. Letztlich fehlt diesen Methoden ein Sprach- und Kontextverständnis. Dementsprechend scheitern klassische Tools beispielsweise an Sarkasmus, spezifischem Branchen-Jargon oder verschleiender Sprache.

Das Versprechen der LLMs

Im Kontrast dazu sollen LLMs nicht nur repetitive Aufgaben beschleunigen, sondern auch komplexe inhaltliche Zusammenhänge (besser) erfassen und so fundierte Entscheidungsgrundlagen schaffen können. Gleichzeitig können diese Modelle inzwischen auch Bilder, Audio- und Videodateien immer besser verarbeiten. LLMs könnten demnach an genau den bestehenden „Pain Points“ ansetzen.

Was ist bereits heute möglich?

Derzeit steht die Integration von LLMs in bestehende Untersuchungsprozesse noch am Anfang. Bisher haben sich insbesondere die folgenden Anwendungsfälle für LLMs etabliert:

- **Übersetzungen:** Übersetzungen großer, mehrsprachiger Dokumentenmengen ermöglichen einen schnellen Einblick in die maßgeblichen Inhalte.
- **Early Case Assessment:** Ausgehend von der schnellen Muster- und Kontexterkenntnis in großen Datenmengen ermöglichen es LLMs, sich schnell einen ersten (grobe)



thematischen Überblick zu verschaffen. Gleichzeitig unterstützen sie bei der Erstellung erster Sachverhalts-Chronologien.

- **Extraktion von Inhalten:** Relevante Inhalte, Entitäten oder Ereignisketten können zuverlässig extrahiert und prägnant zusammengefasst werden.
- **Quality Control:** Anknüpfend an eine klassische Dokumentenauswertung können LLMs automatisiert die Konsistenz menschlicher Review-Entscheidungen prüfen und Abweichungen frühzeitig detektieren.

Wo können LLMs künftig zusätzlichen Mehrwert stiften?

Die genannten Anwendungsbereiche veranschaulichen, dass sich der tatsächliche Einsatz von LLMs in internen Untersuchungen bisher auf konkrete Einzelaufgaben beschränkt.

Gleichzeitig schreitet die Integration in bestehende Review-Plattformen und damit eine zunehmend automatisierte Risikoanalyse rasant voran.

Die Entwicklung zielt darauf ab, kurz- und mittelfristig die Erstauswertung der Datenbasis weitgehend technologiegesteuert – mithin auf Grundlage LLM-gestützter Tools, die speziell für investigative „Legal Use Cases“ und kontextsensitive Aufgaben trainiert sind – durchzuführen. Auf diese Weise könnten LLMs zu einer erheblichen Beschleunigung und Vereinfachung der Erstauswertung großer, komplexer Datenmengen beitragen.

Herausforderungen

Bei aller Euphorie verbleiben erhebliche Herausforderungen. Der Einsatz von LLMs ist kein Selbstläufer, sondern erfordert eine sorgfältige Governance, die mit teils gänzlich neuen Fragestellungen umgehen muss:

- **Erklärbarkeit:** Wie können wir die Ergebnisse einer „Black Box“ gegenüber Staatsanwaltschaften, Gerichten, Aufsichtsbehörden oder Abschlussprüfern erklären? Die aktuelle Lösung ist technischer Natur: Mittels eines „Citation-based Approach“ muss jede Tatsachenbehauptung mit einem Verweis auf die Originalfundstelle belegt sein.
- **Rechtliche Schranken:** Wie kann man den Einsatz von LLMs mit dem Datenschutz, dem Bankgeheimnis, anwaltlichen Verschwiegenheitspflichten sowie dem EU AI Act in Einklang bringen, setzen diese doch klare rechtliche Grenzen und ziehen umfangreiche Compliance-Pflichten nach sich?
- **Technologische Risiken:** Wie können „Halluzinationen“ und Biases, also eine Voreingenommenheit der LLMs,

vermieden oder zumindest frühzeitig erkannt und mitigiert werden? Insoweit nimmt insbesondere der Themenkomplex „Datenqualität“ eine immer wichtigere Rolle ein.

- **Datenverfügbarkeit & Infrastruktur:** Wie kann man die oft unterschätzte Hürde von sog. Datensilos meistern? Datenschutz und Bankgeheimnis verhindern oft die Zentralisierung von Daten. „Bring the Model to the Data“ statt „Bring the Data to the Model“ wird hier zum neuen Paradigma der IT-Infrastruktur.
- **Organisation & Haftung:** Wie viel Mensch ist noch erforderlich? Klare Antwort: „AI Won't Replace Humans – But Humans With AI Will Replace Humans Without AI“. Die Human Oversight ist die primäre Verteidigungslinie in Haftungsfragen. Die Letztentscheidung muss menschlich bleiben.

Ausblick 2026

Trotz dieser Herausforderungen und teils noch offener Fragestellungen lässt sich bereits heute resümieren, dass sich LLMs 2025 als zentrales Hilfsmittel für Bereiche wie (multilingualer) Übersetzungen, Early Case Assessment und Quality Control etabliert haben. Mit zunehmender Reife werden sie 2026 tendenziell immer mehr Aspekte der klassischen Dokumentenauswertung übernehmen.

Klar ist aber auch: Gerade im hochsensiblen Umfeld interner Untersuchungen bleibt die menschliche Expertise unersetzlich. Die Verantwortung für den End-to-End Process, die finale (rechtliche) Bewertung und die prüfungssichere Dokumentation kann und darf nicht an eine Maschine delegiert werden.

Wer 2026 effizient und erfolgreich interne Untersuchungen führen will, darf LLMs nicht nur als optionales Tool verstehen. Es gilt, diese Technologie als strategischen Vorteil einer modernen Rechtsverteidigung zu begreifen und gleichzeitig die rechtlichen, ethischen und regulatorischen Leitplanken richtig zu setzen.

Mitautor:

Diogo Borges, LLM (Principal Associate bei Freshfields)

FRESHFIELDS

Freshfields PartG mbB

Große Gallusstr. 14 | 60315 Frankfurt am Main

moritz.pellmann@freshfields.com

www.freshfields.com

Sound Compensation: Entgelttransparenz und BRUBEG



Dr. Lars Hinrichs
VIB-Expertenbeirat
HR, Arbeitsrecht und Vergütung

Rechtsanwalt |
Fachanwalt für Arbeitsrecht | Partner
Deloitte Legal
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Das Sound Compensation-Karussell brachte im Jahr 2025 weitere Neuerungen für die Vergütungssysteme und die Vergütungsgovernance von Instituten und wird sich auch im Kalenderjahr 2026 weiterdrehen. Im Fokus stehen aktuell die Gesetzgebungsverfahren zu den Umsetzungen der Entgelttransparenzrichtlinie (RL 2023/970/EU, EUPTD) und der CRD VI (RL 2024/1619/EU) in das inländische Recht, deren Abschluss jeweils im ersten Halbjahr 2026 zu erwarten ist.

Entgelttransparenz: Erweiterter Auskunftsanspruch und erweiterte Berichtspflichten

Die erweiterten Anforderungen der EUPTD an den Entgelt-auskunftsanspruch des Stellenbewerbers und des Arbeitnehmers sowie an die Berichtspflichten des Arbeitgebers über das geschlechtsbezogene Entgeltgefälle (Pay Gap) werden weitgehend im Entgelttransparenzgesetz (EntgTG 2.0) umgesetzt werden. Ein erster Entwurf des EntgTG 2.0 ist im ersten Quartal 2026 zu erwarten.

Er wird viele Vorschläge der vom Gesetzgeber hierfür eingesetzten Kommission (zur bürokratiearmen Umsetzung der EUPTD) in ihrem Abschlussbericht vom 24.10.2025 berücksichtigen.

Inhaltliche Kernfragen zum Entgelt-auskunftsanspruch

Für die Vergütungspraxis stellen sich zur Implementierung der erweiterten Vorgaben der EUPTD zum Entgelt-auskunftsanspruch in die Vergütungssysteme u. a. folgende Kernfragen:

- **Vergleichsgruppen:** Die Kommission empfiehlt eine nachvollziehbare Erläuterung der Vergleichsgruppenbildung in der Beantwortung des Auskunftsanspruchs zur Minimierung von Nachfragen des Stellenbewerbers/Arbeitnehmers. Institute haben dies bereits bei der Validierung und Festlegung der Vergleichsgruppen (anhand der Kriterien der gleichen bzw. gleichwertigen Tätigkeit) und bei der Pay Gap-Analyse zu berücksichtigen. Viele Institute haben in der im Kalenderjahr 2025 erstmals vorgenommenen bzw. fortgeschriebenen Stellen-Systematisierung (Job Grading) bereits die erweiterten Vorgaben der EUPTD an die Personengruppen der vergleichbaren Arbeitnehmer berücksichtigt.
 - **Inhalt der Auskunft:** Die Kommission schlägt (mehrheitlich) eine Fokussierung auf die Mitteilung des im Vorjahreszeitraum gezahlten Bruttogesamtentgelts vor. Eine (vergütungspraktisch oft schwierige) Aufschlüsselung in einzelne Entgeltbestandteile soll unterbleiben können. Arbeitgeber haben zugleich generell alle relevanten Vergütungsbestandteile bei der Entgeltermittlung zu berücksichtigen.
 - **Entgelt-auskunft und Schutz personenbezogener Daten:** Die Kommission schlägt (mehrheitlich) vor, die bereits aktuell in § 12 Abs. 3 EntgTG für die Auskunftserteilung geregelte Mindestschwelle von mindestens sechs Mitarbeitern des anderen Geschlechts, die die relevante Vergleichstätigkeit ausüben, beizubehalten.
 - **Zeitbezogene Ausübung des Auskunftsanspruchs:** Die Kommission schlägt eine zeitliche Fokussierung vor mit der möglichen jährlichen Ausübung des Auskunftsanspruchs.
- ## Erweiterte Berichtspflichten
- Die erweiterten Berichtspflichten inkludieren folgende Kern-themen:
- **Berichtspflichtige Arbeitgeber und zu berücksichtigende Arbeitnehmer:** Die Berichtspflicht erfasst rechtsform-unabhängig alle Arbeitgeber mit mindestens 100 regelmä-ßig beschäftigten Arbeitnehmern. Betroffen ist der einzelne Arbeitgeber als Rechtsperson (Rechtsträger-Prinzip). Ein-zubeziehen sind alle im Inland und im Ausland beschäftigten Arbeitnehmer. Eine konsolidierte Konzernberichterstattung ist gesetzlich nicht vorgesehen.
 - **Berichtsinhalt:** Der Berichtsinhalt inkludiert die in Art. 7 Abs. 1 EUPTD bestimmten Daten (u. a. geschlechtsspezifi-sche Entgeltgefälle für die Gesamtvergütung, für die Grund-



vergütung und für die variablen Vergütungsbestandteile). Der Gesetzgeber hat im EntgTG 2.0 u. a. noch festzulegen, ob für die Ermittlung des jeweiligen Entgeltgefälles

- 1) sämtliche Vergütungsbestandteile zu berücksichtigen sind oder – vergleichbar mit dem aufsichtsrechtlichen Vergütungsbegriff des § 2 Abs. 1 InstitutsVergV – eine quantitative Bagatellgrenze für relevante Sachleistungen angewendet werden kann,
 - 2) auch von Dritten gewährte Vergütungen (z. B. vom übergeordneten Unternehmen gewährte LTI-Vergütungsbestandteile) einzubeziehen sind, sowie
 - 3) auf das Ziel-Entgelt oder auf das Ist-Entgelt abzustellen ist.
- **Berichtszyklus:** Dieser ist, abhängig von der Anzahl der regelmäßig beschäftigten Arbeitnehmer, jährlich (mindestens 250 Arbeitnehmer) oder dreijährig (mindestens 100 Arbeitnehmer).

Anwendbares Recht bei Instituten mit grenzüberschreitenden Geschäftsaktivitäten

Der Auskunftsanspruch beurteilt sich nach dem auf das Arbeitsverhältnis anwendbare Recht. Enthält der Arbeitsvertrag keine Rechtswahlklausel, ist das anwendbare Recht nach Maßgabe des Art. 8 Abs. 2 bis 4 VO 593/2008/EU (Rom I-VO) zu bestimmen.

Nicht-EWR-Staaten unterliegen nicht dem Anwendungsbereich der EUPTD haben daher deren Vorgaben zum Auskunftsanspruch nicht umzusetzen.

Die Berichtspflicht beurteilt sich nach dem gesetzlichen Territorialprinzip. Maßgeblich sind die am (Satzungs-)Sitz des Arbeitgebers anwendbaren gesetzlichen Regelungen.

EntgTG 2.0-konforme Vergütungssystematik und aufsichtsrechtlich geschlechtsneutrale Ausgestaltung des Vergütungssystems

Die zur Umsetzung des EntgTG 2.0 fortgeschriebene Vergütungssystematik dürfte in der Vergütungspraxis regelmäßig die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die geschlechtsneutrale Ausgestaltung des Vergütungssystems (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 InstitutsVergV) erfüllen. Institute können dies u. a. in der Prüfung der Vergütungssysteme im Rahmen der jährlichen Abschlussprüfung (§ 12 PrüfBV) berücksichtigen.

Vergütung im BRUBEG – InstitutsVergV 5.0

Institute werden sich bei der Umsetzung des BRUBEG u. a. mit folgenden Kernthemen zu befassen haben:

- **Vergütungssysteme – Inhaltliche Ausgestaltung der Vergütungsparameter:** Nach dem BRUBEG sind ESG-Risiken in der Vergütungsstrategie zu berücksichtigen und ist die variable Vergütung (auch) auf der Grundlage von finanziellen und nichtfinanziellen Kriterien (inklusive ESG-Kriterien) zu ermitteln. Der Gesetzgeber verlautbart zu den ESG-Risiken in der Gesetzesbegründung, dass die fortgeschriebenen gesetzlichen Regelungen (nur) die bisherige Aufsichtspraxis abbilden. Hierzu können u. a. die Verlautbarungen der BaFin in ihren „Fragen und Antworten zur Institutsvergütungsverordnung“ (FAQ IVV) vom 13.06.2024 herangezogen werden, demnach die BaFin die Berücksichtigung der ESG-Risiken primär in der Geschäfts- und Risikostrategie des Instituts verortet. Institute dürften daher auch nach dem BRUBEG die relevanten ESG-Kriterien aus den strategischen Vorgaben ableiten können und keine eigenständigen ESG-Vergütungsparameter zu bilden haben. Sie haben zugleich zu dokumentieren, dass die relevanten ESG-Risiken in den Vergütungsparametern berücksichtigt sind.
- **Vergütungsgovernance – Aufsichtsorgan der Drittstaaten-Zweigstellen:** Viele Institute mit einer inländischen Drittstaaten-Zweigstelle haben bisher die Funktion des Aufsichtsorgans beim Management-Organ des Kopfunternehmens verortet. Der aktuelle BRUBEG-Entwurf bestimmt, dass zukünftig das Aufsichtsorgan des Kopfunternehmens für die Vergütung der Geschäftsleiter und die Überwachung der Vergütungssysteme der Mitarbeiter zuständig sein soll. Der Gesetzgeber hat die hierzu im Gesetzgebungsverfahren u. a. auch vom Bundesrat geäußerte Kritik (und den Vorschlag der Streichung dieser Neuregelung) im BRUBEG (bisher) nicht berücksichtigt.

Deloitte.
Legal

Deloitte Legal Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Dammtorstr. 12 | 20354 Hamburg
lhinrichs@deloitte.de
www.deloitte.de

Neue ESG-Vorgaben als Herausforderung – und Chance – für Banken



Dr. Leonie Dietrich
Referentin Recht
Rechtsanwältin
(Syndikusrechtsanwältin)

Verband Internationaler Banken
in Deutschland e. V. (VIB)

Das vergangene Jahr hat im Bereich Nachhaltigkeit zahlreiche regulatorische Veränderungen eingeleitet, mit deren Auswirkungen sich Institute auch in diesem Jahr weiter auseinandersetzen werden müssen. Während andere Staaten, wie bspw. die USA, das „grüne“ Zeitalter zu verabschieden scheinen, setzt man in Brüssel zu dem Versuch einer Vereinfachung mit Augenmaß an, um den Spagat zwischen einem attraktiven Finanzstandort Europa und Maßnahmen zur Förderung von Umwelt-, Sozial- und Unternehmensführungsthemen zu vollziehen. Dabei erstrecken sich die geplanten Neuerungen über die ganze Bandbreite ESG-bezogener Themen. Von der Nachhaltigkeitsberichterstattung über das Risikomanagement der Banken bis hin zu den Vorschriften für nachhaltige Finanzprodukte – Institute werden in 2026 gefordert, ihre ESG-Prozesse zu überprüfen und anzupassen.

Omnibus-Vereinfachungspaket

Bereits zu Beginn des letzten Jahres – Februar 2025 – hat die EU-Kommission ihr Omnibus-Vereinfachungspaket vorgestellt, mit dem sie insbesondere die Nachhaltigkeitsberichterstattung für die betroffenen Unternehmen vereinfachen will. Damit einher geht das Ziel, den Verwaltungsaufwand für berichtspflichtige Unternehmen um mindestens 25 % zu verringern. Um dieses ambitionierte Ziel zu erreichen, sind eine Reihe von Änderungen an bereits bestehenden EU-Rechtsakten vorgesehen.

Sowohl die Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) als auch die europäische Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) sollen hinsichtlich ihres Anwendungsbereichs verschlankt werden.

So ist für die Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der CSRD eine Anhebung des Anwendungsschwellenwerts von 500 auf 1.000 Beschäftigte plus einem Nettoumsatzerlös von über 450 Millionen Euro vorgesehen. Für den Anwendungsbereich der CSDDD ist eine Anhebung des Schwellenwerts von bisher 1.000 auf 5.000 Beschäftigte geplant sowie die Anhebung des erforderlichen Nettoumsatzerlöses von 450 Millionen Euro auf 1,5 Milliarden Euro. Durch diese Anpassungen wird das Ziel verfolgt, dass nur noch große bzw. sehr große Unternehmen überhaupt in den Anwendungsbereich einer der zwei Richtlinien fallen und mit dem zusätzlichen Verwaltungsaufwand der Berichterstattung belastet werden.

Auch der Übergang bis zum Inkrafttreten der potenziellen Vereinfachungen wurde im vergangenen Jahr geregelt. So wurde im Rahmen der „Stop-the-Clock“-Rechtsakte der Beginn der Berichtspflichten nach CSRD und CSDDD für viele Unternehmen bereits um zwei weitere Jahre nach hinten verschoben. Dadurch soll sichergestellt werden, dass Unternehmen in der Übergangszeit bis zur Implementierung der Maßnahmen aus dem Omnibus-Vereinfachungspaket keine internen Prozesse vorantreiben und Systeme zur Berichterstattung aufbauen müssen, auf die sie nach der Umsetzung wieder verzichten können.

ESG-Risiken im Risikomanagement von Banken nach der Umsetzung der CRD VI

Auch die Umsetzung der Capital Requirements Directive VI (CRD VI) in nationales Recht durch das Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) wird für die Institute im Jahr 2026 eine Reihe von Neuerungen hinsichtlich ihres ESG-Risikomanagements mit sich bringen. Im Zentrum dieser Neuerungen stehen die neu eingeführten §§ 26c und 26d KWG, die sich mit den ESG-spezifischen Anforderungen an das Risikomanagement befassen und insbesondere das Erfordernis eines spezifischen Plans zur Überwachung und Steuerung der ESG-Risiken (sogenannter ESG-Risikoplan) festlegen.

ESG-Risikopläne werden in Zukunft einen wesentlichen Bestandteil des ESG-Risikomanagements von Banken darstellen.

Diese ESG-Risikopläne sollen dazu dienen, die finanziellen Risiken, die sich für Institute aus ESG-Faktoren ergeben, auf kurze, mittlere und lange Sicht zu erfassen. Welche Anforderungen dabei an das jeweilige Institut gestellt werden, hängt maßgeblich von der Größe des Instituts ab. So sieht § 26d



KWG Erleichterungen für kleine und nicht komplexe Institute im Sinne der CRR und für solche Institute vor, die nach Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt der Geschäftstätigkeit mit diesen vergleichbar sind.

Neben der Umsetzung der Vorschriften aus der CRD VI wurden auf europäischer Ebene zudem mehrere Level-2-Maßnahmen erlassen, welche sich mit dem Thema Nachhaltigkeit befassen. Besonderes Augenmerk dürfte derzeit auf den EBA-Leitlinien zum ESG-Risikomanagement liegen. Diese werden von der BaFin nicht umfassend angewendet, auch weil es der Aufsicht insbesondere an der aus ihrer Sicht notwendigen Proportionalität für kleinere Institute mangelt. Es ist daher auch davon auszugehen, dass das Thema ESG-Risikomanagement von der Aufsicht im Rahmen der für 2026 angekündigten MaRisk-Novelle aufgegriffen werden wird.

Überarbeitung der EU-Offenlegungsverordnung (SFDR)

Ende November 2025 wurde seitens der EU-Kommission zudem der Entwurf einer Überarbeitung der EU-Offenlegungsverordnung (SFDR) veröffentlicht. Auch hier steht das Thema „Vereinfachung“ im Vordergrund. So soll ein grundlegend neues System von Produktkategorien etabliert werden.

„Grüne“ Finanzprodukte sollen in Zukunft in drei Produktkategorien eingeteilt werden: Nachhaltig, Transition oder ESG-Basic.

Während es sich bei den Produkten der Kategorie „Nachhaltig“ um solche handelt, die in Unternehmen oder Assets investieren, die bereits nachhaltig sind, investieren Produkte der Kategorie „Transition“ in Unternehmen oder Assets, die zwar noch nicht nachhaltig sind, aber sich auf dem Weg zur Nachhaltigkeit befinden. Die Kategorie „ESG Basic“ deckt darüber hinaus Produkte ab, die anderweitige Nachhaltigkeitsfaktoren berücksichtigen.

Voraussetzung für eine Kategorisierung wird zudem voraussichtlich sein, dass mindestens 70 % der Investition die Nachhaltigkeitsstrategie der jeweils gewählten Kategorie unterstützen müssen und Investitionen in „schädliche“ Branchen und Aktivitäten ausgeschlossen werden.

In diesem Jahr werden die Verhandlungen zwischen EU-Kommission, EU-Parlament und dem Rat der EU zu der finalen Ausgestaltung der Überarbeitung der EU-Offenlegungsverordnung weitergeführt werden. Es bleibt somit abzuwarten, inwieweit auch das vorgeschlagene System der drei Produktkategorien weiteren Anpassungen unterzogen wird und welche Regelungen in Zukunft auf nachhaltige Finanzprodukte anzuwenden sind.

Fazit

Das Thema Nachhaltigkeit ist aufgrund der genannten Regelungsvorhaben nach wie vor auch für Banken und Unternehmen aus der Finanzbranche von besonderem Interesse. Zwar dürfen sie auf Erleichterungen und Vereinfachungen der Regulierung aus Brüssel hoffen, doch nichtsdestotrotz kommen durch die Änderungen an verschiedenen EU-Rechtsakten sowie der Umsetzung der Regelungen zum ESG-Risikomanagement aus der CRD VI in nationales Recht eine Vielzahl von neuen Herausforderungen auf sie zu. Diese zu implementieren und den aufsichtlichen Vorgaben nachzukommen, wird auch in diesem Jahr eine zentrale Aufgabe sein. Es bleibt daher abzuwarten, ob das Ziel der EU, das Thema Nachhaltigkeit einfacher und somit zukunftsfähig zu machen, auch in der Praxis Bestand haben wird.



Chancen und Herausforderungen für FinTechs: Was bringt das Aufsichtsrecht in 2026



Dr. Verena Ritter-Döring
VIB-Expertenbeirätin
ESG - Nachhaltige Kapitalanlagen

Partnerin
Taylor Wessing
Partnerschaftsgesellschaft mbB

Auch in 2026 müssen die fortschreitende Digitalisierung und die regulatorischen Rahmenbedingungen miteinander in Einklang gebracht werden. Das gilt auch für FinTechs, die im Finanzmarkt entweder neu Fuß fassen wollen, oder bereits erfolgreich Geschäftsmodelle entwickelt haben. Welche Trends zeichnen sich ab?

Alternative Finanzierungsformen

Alternative Finanzierungsformen werden auch in 2026 weiter an Bedeutung zunehmen.

• Zugang zu Finanzierung:

Peer-2-Peer Funding und Kreditplattformen

Crowdfunding als alternative Finanzierungsform wird auch in 2026 eine Möglichkeit für junge Unternehmen oder KMUs sein, relativ unbürokratisch Anlagemittel einzuwerben. Je nach Form der angestrebten Finanzierung (P2P, C2B, B2C oder B2B) gelten unterschiedliche regulatorische Vorgaben. Werden Verbraucherprojekte über eine öffentlich zugängliche Plattform finanziert, sind die SchwarmfinanzierungsVO und die dazugehörigen delegierten Verordnungen zu beachten. Bei B2B kann die Vermittlungsplattform auch unter § 34d Abs. 1 Nr. 2 GewO aufgesetzt werden. Durch den Einsatz von KI können sich die Kreditvermittlungsplattformen effizienter aufstellen, müssen dabei aber die Transparenzregelungen des EU AI Acts beachten. Es wird in 2026 eine Zunahme branchen-

spezifischer Plattformen erwartet. Insgesamt wächst der Crowdfunding-Markt.

Hier wird es weiterhin Einsatzmöglichkeiten für FinTechs entweder als Plattformanbieter oder als Anbieter technischer Dienstleistungen, etwa beim Datenaustausch, für Plattformanbieter geben. Auch beim Einsatz von KI können FinTechs sich mit ihrer Expertise einbringen.

• Zusätzlich neue Regelungen

durch die EU-Verbraucherkreditrichtlinie

Sobald Verbraucher auf der Darlehensnehmerseite sind, gelten künftig neue Regelungen auch für bislang unregulierte Darlehen. Die EU-Verbraucherkreditrichtlinie, die u. a. im BGB und in einem neuen Absatzfinanzierungsaufsichtsgesetz (AbsFinAG) ab 20. November 2026 umgesetzt werden soll, wird den Verbraucherschutz bei digitalen Kleinkrediten („Buy Now Pay Later“ (BNPL), kurzfristige Kredite), stärken. Auch schreibt das AbsFinAG strengere Bonitätsprüfungen vor und verlangt mehr Transparenz bei Kosten und Werbung. Diese neuen Vorgaben sind auch von entsprechenden Kreditplattformen zu beachten. Die Vermittlung von Verbraucherkrediten wird künftig durch einen neuen § 34k GewO gedeckt sein.

Die Umsetzung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie wird auch Auswirkungen auf den Onlinehandel haben, in dem BNPL-Modelle oder Verbraucherkreditvermittlung im Rahmen der Absatzfinanzierung gängige Praxis sind.

Hier könnten FinTechs technische Anwendungen für Compliance mit der Verbraucherkreditrichtlinie einbringen, die dem Online-Händler das Geschäft erleichtern kann.

• Kreditweitmarktgesetz für NPLs

Im Rahmen des Kreditweitmarktgesetzes (KrZwMG) werden 2026 keine wesentlichen Änderungen erwartet. Auch dieses Gesetz hat den Schutz des Darlehensnehmers zum Gegenstand, etwa durch die Einhaltung verbraucherschutzbezogener Organisationspflichten der Kreditdienstleistungsinstitute, und schließt sich bei fehlender Liquidität des Darlehensnehmers in die Abwicklung der Finanzierung an.

• Leichter Zugang zu Finanzdienstleistungen

Ein weiterer Markttrend, der 2026 erwartet wird, ist die sog. Embedded Finance. Diese wird weiter voranschreiten, d. h. Dienstleistungen, deren Angebot per se den regulierten Instituten vorbehalten sind, – wie Kreditvergabe, Sparoptionen, real-time Zahlungen und real-time Erstattungen oder auch die Vermittlung von Versicherungen – werden über orchestrierte IT-Architekturen in nicht-finanzielle Plattformen eingebettet. Ein gezielter Einsatz von KI kann hier zudem zu einer positiveren Kundenerfahrung führen. Für FinTechs ist



dies eine Chance, durch Anbieten technischer Lösungen am regulierten Finanzmarkt teilzuhaben. In der Praxis werden diese FinTechs als Auslagerungsunternehmen für die regulierten Institute agieren und in dieser Eigenschaft auch die Vorgaben der Verordnung über digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA) einhalten müssen, was insbesondere für kleine und junge FinTechs eine Herausforderung darstellen wird. Allerdings werden die traditionellen Institute bei der Einbindung ihrer Dienstleistungen in Online-Handelsplattformen oder in Kundenportale großer Unternehmen Unterstützung durch die FinTech-Branche beanspruchen müssen.

Ein weiteres Beispiel für einen leichteren Zugang für Kunden, etwa zu Anlageberatungsleistungen, werden auch in 2026 digitale Robo-Advisor und digitale Vermögensverwaltungs-Apps bieten.

Auch diese sind nicht neu, doch gibt es hier noch Bedarf nach mehr Individualisierung durch auf spezielle Zielgruppen zugeschnittene Angebote. Kosteneinsparung für alle Beteiligten und eine individuellere Kundenansprache (etwa durch einen effizienten Einsatz von KI-Agenten) wird immer noch angestrebt. Dabei sind insbesondere regulatorische Transparenzpflichten des EU AI Acts einzuhalten.

2026 wird voraussichtlich die Financial Data Access Verordnung (FiDA) verabschiedet werden. Diese wird mit Zustimmung der Kunden Zugang durch Dritte zu Finanzdaten über die Zahlungsdaten hinaus, die seit PSD2 bereits zugänglich sind, gewähren. Die Möglichkeit zu einem regulierten Datenaustausch im gesamten Finanzsektor soll Innovation, Wettbewerb und bessere, personalisierte Kundenprodukte fördern. Diese Dritten, die für den Kunden ihre Finanzdaten im weitesten Sinne aufbereiten können, werden künftig als Financial Data Service Provider ebenfalls reguliert. Hier bieten sich für FinTechs zum einen Zugang zu eigener Regulierung mit neuen Geschäftsmodellen, aber auch als Anbieter technischer Infrastruktur können FinTechs hier ein Marktsegment erobern.

Tokenisierung/Crypto

Erwartet wird 2026 im Markt eine steigende Tokenisierung realer Vermögenswerte (RWAs) wie etwa Staatsanleihen und Immobilien. Gleichzeitig wird 2026 im Anschluss an die Verordnung über Märkte für Kryptowerte (MiCAR) eine stärkere steuerrechtliche Regulierung und Transparenz durch die EU-Richtlinie DAC8 erfolgen, wodurch Krypto-Plattformen detaillierte Meldepflichten an Steuerbehörden erhalten sollen. FinTechs als Anbieter von Blockchainediensten und technischer Unterstützung bei der Tokenisierung von Assets werden hier ein Marktsegment mit Wachstumspotential vorfinden.

Ab 1. Juli 2026 dürfen ausschließlich vollständig nach MiCAR autorisierte Plattformen Dienstleistungen anbieten. Alle an-

deren Anbieter sind verpflichtet, ihre Tätigkeit einzustellen, bestehende Kundenbeziehungen zu beenden und sowohl Gelder als auch Krypto-Assets an die Nutzer zurückzugeben. Damit wird die MiCAR-Verordnung 2026 in Gänze EU-weit anwendbar.

Durch das Passporting der Crypto Asset Service Provider-Lizenz wird eine europaweite Skalierung des Kryptomarkts ermöglicht, was insgesamt Rechtssicherheit schafft und Innovation fördern soll. Erwartet werden im neuen Jahr auch weitere Auslegungshinweise der BaFin zu MiCAR. Das sollte insgesamt für mehr Rechtssicherheit sorgen, kann ggf. aber auch einen Anpassungsbedarf für die bestehende Compliance erfordern.

Insgesamt scheint der Markt für FinTechs einiges an Möglichkeiten bereit zu halten, wenn auch die regulatorischen Rahmenbedingungen keine Selbstläufer sind.

TaylorWessing

Taylor Wessing Partnerschaftsgesellschaft mbB
Thurn-und-Taxis-Platz 6 | 60313 Frankfurt am Main
v.ritter-doering@taylorwessing.com
www.taylorwessing.com

ESG-Risikomanagement nach Umsetzung der CRD VI



Dr. Lars Röh
VIB-Expertenbeirat
ESG - Nachhaltige Kapitalanlagen

Partner
lindenpartners PartmbB

Die Regulierung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Aspekten (ESG) hat sich in den vergangenen Jahren zu einem zentralen Bestandteil der europäischen Finanzmarktordnung entwickelt. Was zunächst als politisches Projekt zur Unterstützung der Nachhaltigkeitsziele der Europäischen Union begann, ist inzwischen tief in die aufsichtliche Praxis, die Geschäftsmodelle von Kreditinstituten und die Erwartungen von Investoren und Kunden eingebettet.

Gleichzeitig ist die ESG-Regulierung spätestens seit 2024/2025 erheblich unter rechtspolitischen Druck geraten. Angesichts geopolitischer Spannungen, eines sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs und wachsender Kritik an Bürokratie und Regulierungslast wird die Nachhaltigkeitsagenda zunehmend hinterfragt. ESG wird dabei nicht selten als Kostentreiber, Innovationshemmnis oder Wettbewerbsnachteil wahrgenommen.

Vor diesem Hintergrund entsteht leicht der Eindruck, die ESG-Regulierung befinde sich auf dem Rückzug.

Ein näherer Blick zeigt indes, dass die europäischen Regulatoren nicht mit einem grundsätzlichen Abbau von ESG-Anforderungen reagieren, sondern mit einer bewussten Differenzierung. Während die Nachhaltigkeitsberichterstattung deutlich zurückgeschnitten und vereinfacht wird, bleiben die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an das ESG-Risikomanagement

der Institute sowie an ESG-bezogene Finanzprodukte unverändert hoch. Die Umsetzung der CRD VI (Richtlinie (EU) 2024/1619) durch das Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieentlastungsgesetz (BRUBEG) macht deutlich, dass es in diesem Bereich nicht bei bloßen Erwartungen der Aufsichtsbehörden bleibt – sei es in Form von EBA-Leitlinien oder den Mindestanforderungen der BaFin an das Risikomanagement (MaRisk). Das ESG-Risikomanagement wird vielmehr mit Wirkung zum 11. Januar 2026 zu „hart“ kodiertem Recht im Kreditwesengesetz (KWG). Die ESG-bezogenen Anforderungen der CRD VI (dort vor allem in Art. 76) setzt der deutsche Gesetzgeber mit einem dreistufigen Ansatz um:

Das Management von ESG-Risiken als Bestandteil der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation (Stufe 1)

Zentraler Anknüpfungspunkt der CRD VI-Umsetzung, soweit sie das Thema ESG betrifft, sind §§ 25a und c KWG. Der BRUBEG-Entwurf konkretisiert die Pflicht zur ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation dahingehend, dass Institute ESG-Risiken ausdrücklich in ihre internen Steuerungs- und Kontrollverfahren einzubeziehen haben. ESG-Risiken werden dabei – wie bisher – nicht als eigenständige Risikokategorie ausgestaltet, sondern als Faktoren, die sich auf die bekannten Risikoarten – insbesondere Kredit-, Markt-, Liquiditäts- und operationelle Risiken – auswirken können. Damit folgt der nationale Gesetzgeber dem unionsrechtlichen Leitbild der CRD VI.

Präzisiert werden ferner die Anforderungen an die Risikostrategie (§ 25a Abs. 1 Satz 3 KWG). Institute müssen künftig sicherstellen, dass ESG-Risiken in der Risikostrategie sowie in den internen Risikomanagementprozessen angemessen berücksichtigt werden. Dies umfasst sowohl die Risikoidentifikation als auch die Bewertung, Steuerung und Überwachung von ESG-bedingten Risiken. Die bislang nur in den MaRisk vorgesehene Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten wird damit in eine gesetzliche aufsichtsrechtliche Pflicht überführt.

Auffächerung der ESG-Risikomanagement-Anforderungen (Stufe 2)

Das BRUBEG widmet dem ESG-Risikomanagement sodann eine neue Spezial-Vorschrift (§ 26c KWG). Hieraus ergeben sich von den Instituten zu beachtende Details dazu, auf welche Art und Weise ESG-Risiken zu berücksichtigen sind (u.a. mit Hilfe eines ESG-Risikoplane), und dass sämtliche Strategien, Prozesse, Verfahren, Funktionen und Konzepte ESG-Risiken auf aktuelle, kurze, mittlere und lange Sicht zu betrachten haben. Und „lang“ meint hier einen Betrachtungszeitraum von mindestens 10 Jahren.

Der ESG-Risikoplan als neues Instrument (Stufe 3)

Gleichsam als weitere Auskoppelung aus der Spezialvorschrift des § 26c KWG konkretisiert das BRUBEG in § 26d KWG die Pflicht zur Erstellung eines ESG-Risikoplane. Der



ESG-Risikoplan soll systematisch darlegen, welche ESG-Risiken für das jeweilige Institut wesentlich sind, welche Zeithorizonte zugrunde gelegt werden und welche Maßnahmen zur Risikominderung vorgesehen sind. Der Plan ist regelmäßig zu überprüfen und fortzuschreiben.

Anders als bei Transitionsplänen nach der CSRD oder der CSDDD haben die Institute beim ESG-Risikoplan eine outside-in-Perspektive einzunehmen.

Es geht also um physische und transitorische Risiken, die das Institut von außen treffen. ESG-Auswirkungen, die von der Geschäftstätigkeit des Instituts selbst ausgehen, bleiben außer Betracht – zumindest, soweit sie nicht wiederum Risiken für das Institut selbst bergen.

Bei der Frage, wie genau ein ESG-Risikoplan auszusehen hat, geben die Aufsichtsbehörden den normunterworfenen Instituten noch einige Rätsel auf. Die European Banking Authority (EBA) hat zwar in ihren Leitlinien zum Management von ESG-Risiken (EBA/GL/2025/01) konkrete Hinweise zu den wesentlichen Planinhalten gegeben. Die BaFin hat jedoch die EBA-Leitlinien nicht in ihre Aufsichtspraxis übernommen, zugleich allerdings eigene Regelungen angekündigt. Weiterführenden Hinweisen der BaFin, wie ihre Erwartungen an die Gestaltung von ESG-Risikoplänen ausgestaltet sind, werden die von der BaFin beaufsichtigten Institute deshalb mit Spannung entgegensehen.

Proportionalität

Der deutsche Gesetzgeber wahrt bei alledem das Proportionalitätsprinzip, das bereits im KWG verankert und durch entsprechende Optionsrechte in der CRD VI unionsrechtlich abgesichert ist. Kleine und nichtkomplexe Institute dürfen z. B. ihren ESG-Risikoplan auf wesentliche Umwelt- und Klimarisiken beschränken und vereinfachte Verfahren anwenden. Zudem dürfen sie ihre Ziele und Kennzahlen lediglich qualitativ beschreiben, wenn die Festlegung von quantitativen Zielen und Kennzahlen nicht möglich ist oder einen unzumutbaren Aufwand für das Institut bedeutet und eine angemessene Steuerung und Überwachung der ESG-Risiken kurz-, mittel- und langfristig weiterhin gewährleistet ist – allerdings bedarf es zur Inanspruchnahme dieser Erleichterung einer Anzeige bei BaFin und Bundesbank.

Fazit und Ausblick

Mit der Umsetzung der CRD VI durch das BRUBEG verankert der deutsche Gesetzgeber das ESG-Risikomanagement fest im Kernbereich des KWG und unterstreicht damit, dass die Berücksichtigung von ESG-Faktoren nicht als politisch-programmatische Zusatzanforderung, sondern als notwendiger Bestandteil der Risikosteuerung zu verstehen ist: ESG-bezogene Entwicklungen können sich als finanzielle Risikotreiber materialisieren und damit die Risikolage von Instituten unmittelbar beeinflussen.

Die neuen Anforderungen führen zu einer inhaltlichen Verdichtung der ESG-bezogenen Organisationspflichten nach § 25a KWG. Hierfür steht auch das neue Instrument des ESG-Risikoplans, dessen Konturen in der Aufsichtspraxis noch ausbuchstabiert werden müssen.

Bereits erfolgte aufsichtliche Prüfungen und der von der EBA vorgelegte Entwurf der neuen SREP-Leitlinien zeigen, dass Defizite im ESG-Risikomanagement inzwischen konkrete aufsichtliche Konsequenzen nach sich ziehen können. Die Umsetzung der CRD VI durch das BRUBEG wird dieser Entwicklung zusätzlichen Nachdruck verleihen.

lindenpartners
PartmbB

lindenpartners PartmbB
Friedrichstr. 95 | 10117 Berlin
roeh@lindenpartners.eu
www.lindenpartners.eu

MiCAR und AI Act: Umsetzungsschwerpunkt 2025 und regulatorischer Ausblick 2026



Sebastian Emmel-Müller
Referent Recht
Rechtsanwalt
(Syndikusrechtsanwalt)

Verband Internationaler Banken
in Deutschland e. V. (VIB)

Mit dem Inkrafttreten der Markets in Crypto-Assets Regulation (MiCAR) und des Artificial Intelligence Act (AI Act) ist die europäische Digitalregulierung im Finanzsektor in eine neue Phase eingetreten. Beide Verordnungen markieren einen Paradigmenwechsel von sektorspezifischer Einzelregulierung hin zu horizontal wirkenden, technologiebasierten Aufsichtsregimen, die unmittelbar in Geschäftsmodelle, Prozesse und Governance-Strukturen von Finanzinstituten eingreifen. Nach Abschluss der legislativen Arbeiten und der grundlegenden Normsetzung bis Ende 2024 verschiebt sich der regulatorische Fokus seit 2025 von der inhaltlichen Ausgestaltung der Regelwerke hin zu deren konkreter Umsetzung, Auslegung und aufsichtsrechtlicher Durchsetzung. Für Finanzinstitute bedeutet dies den Übergang von regulatorischer Vorbereitung hin zu einer operativen Bewährungsphase im laufenden Geschäftsbetrieb, in der MiCAR und AI Act den bestehenden aufsichtsrechtlichen Rahmen erweitern und die Anforderungen an Governance, Dokumentation sowie interne Kontroll- und Risikomanagementsysteme spürbar erhöhen. Die eigentliche Belastungsprobe begann damit erst mit der praktischen Anwendung und der aufsichtsrechtlichen Überprüfung der compliancekonformen Einbindung in das Tagesgeschäft – und somit insbesondere im Jahr 2025.

MiCAR: Umsetzungspraxis 2025 und Übergang zur Vollanwendung

Die rechtlichen Grundlagen der MiCAR waren den Marktteilnehmern seit ihrer Veröffentlichung im Jahr 2023 und spätestens mit der nationalen Umsetzung zum Jahresende 2024 bekannt und formal festgelegt. Prägend wurde jedoch erst das Jahr 2025, in dem sich die Verordnung erstmals spürbar in der operativen Umsetzung niederschlug. Der regulatorische Fokus verlagerte sich damit von der abstrakten Auslegung der Normen hin zur konkreten Vorbereitung von Zulassungsverfahren, zu organisatorischen Anpassungen sowie zur praktischen Ausrichtung an der aufsichtlichen Erwartungshaltung.

Bedeutung der Level 2- und Level 3-Konkretisierung

Das Jahr 2025 war geprägt von Konsultationen und Veröffentlichungen von Level 2- und Level 3-Maßnahmen der ESMA und der EBA. Regulatorische technische Standards, Leitlinien und Q&A-Dokumente entwickelten sich dabei zu zentralen Umsetzungstreibern. Die hierdurch erfolgten Konkretisierungen betrafen vor allem die Zulassungsvoraussetzungen für Crypto-Asset-Service-Provider (CASPs), organisatorische Mindestanforderungen sowie Governance-, Risiko- und Transparenzpflichten.

Fortbestehende Auslegungsunsicherheiten und zögerliche Antragstellung

Gleichzeitig zeigte sich, dass die fortlaufenden Konkretisierungen auf Level 2- und Level 3-Ebene nicht zu durchgängiger Rechtssicherheit führten. In der Praxis bestanden und bestehen insbesondere Auslegungsfragen bei der Abgrenzung einzelner kryptobezogener Dienstleistungen, bei der Qualifikation und Klassifizierung von Token sowie bei hybriden Geschäftsmodellen.

Fachbeiträge aus Kanzleien und Beratungsgesellschaften verweisen insoweit regelmäßig auf Unsicherheiten an den Schnittstellen zu MiFID II, zum Zahlungsdiensterecht und zu bestehenden Erlaubnistatbeständen.

Diese Abgrenzungsfragen wirkten sich auch auf die Umsetzungspraxis aus: Die erwartete Zahl der MiCAR-Lizenzanträge blieb im Jahr 2025 hinter den ursprünglichen Erwartungen der nationalen Aufsichtsbehörden zurück.

Perspektive einer stärkeren Zentralisierung der MiCAR-Aufsicht

Erste größere Änderungen der Aufsichtsarchitektur zeichnen sich mit dem Market Integration Package (MIP) bereits ab, das im Rahmen der Savings and Investments Union veröffentlicht wurde. Diskutiert wird insbesondere eine stärkere Zentralisierung der MiCAR-Aufsicht auf europäischer Ebene, etwa durch eine Ausweitung direkter Zuständigkeiten der ESMA für systemrelevante oder grenzüberschreitend tätige CASPs.



Für Marktteilnehmer entsteht hieraus Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Ausrichtung nationaler Zulassungs- und Prüfungspraxis.

Vollanwendung 2026 als Belastungstest

Mit dem Übergang in das Jahr 2026 tritt die MiCAR in ihre erste Phase der Vollanwendung ein und damit in einen Belastungstest für Marktteilnehmer und Aufsicht gleichermaßen. Es wird sich nun zeigen, ob der erreichte Grad an regulatorischer Präzisierung ausreichende Planungssicherheit bietet, um die bislang zurückhaltende Antragstellung in eine breitere Lizenzbeantragung zu überführen. Ob sich die MiCAR damit als tragfähiger Rahmen für stabile und wettbewerbsfähige Kryptomärkte etabliert oder ob regulatorische Dichte, aufsichtspraktische Dynamik und fortbestehende Unsicherheiten weiterhin dämpfend auf Markteintritt und Innovation wirken, wird sich maßgeblich im Jahr 2026 entscheiden.

AI Act: Erste Umsetzungsschritte 2025 und aufsichtsrechtlicher Test ab 2027

Auch beim AI Act verlagerte sich der Schwerpunkt im Jahr 2025 von der bloßen Kenntnis der Regelungsinhalte hin zur operativen Vorbereitung erster Pflichten. In der Umsetzung zeigte sich, dass der Anwendungsbereich des AI Act sehr weit gefasst ist und eine isolierte oder rein technische Betrachtung nicht ausreicht. Vielmehr erfordert der AI Act eine institutsweite, governance-übergreifende Auseinandersetzung, insbesondere an den Schnittstellen von IT, Compliance und Datenschutz.

KI-Bestandsaufnahme und Aufbau von AI-Literacy als Governance-Aufgabe

Im Jahr 2025 traten erstmals konkrete operative Anforderungen in den Vordergrund. Bereits ab Februar 2025 mussten Institute prüfen, ob bestehende KI-Anwendungen unter die ausdrücklich verbotenen Praktiken fallen oder ob Anpassungsbedarf besteht. Auch wenn dies für Finanzinstitute regelmäßig nur in Ausnahmefällen einschlägig ist, führte diese Pflicht zu einer strukturierten KI-Bestandsaufnahme, die Transparenz über Einsatzbereiche, Abhängigkeiten und den Einsatz externer Anbieter schuf.

Parallel dazu begann der Aufbau von AI-Literacy als dauerhafte Governance-Aufgabe. Finanzinstitute mussten Qualifizierungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen über IT-Funktionen hinaus auch in Fach-, Risiko- und Kontrollbereichen verankern und damit KI-Kompetenz organisatorisch absichern. Im Vordergrund stand dabei weniger die punktuelle Schulung als vielmehr die nachhaltige Integration von Verantwortlichkeiten, Entscheidungsprozessen und Kontrollmechanismen.

Ab August 2025 rückten zusätzliche Governance-Fragen im Zusammenhang mit General Purpose AI-Modellen in den Fokus,

insbesondere im Hinblick auf Drittanbietersteuerung, vertragliche Absicherung und Abhängigkeiten von externen Modellen. Bekannte Anforderungen aus dem Outsourcing- und IKT-Management wurden damit um eine neue regulatorische Dimension ergänzt, ohne dass bereits auf eine konsolidierte aufsichtsrechtliche Prüfungspraxis zurückgegriffen werden konnte.

Anwendbarkeit 2026 und Diskussion um den Digital Omnibus on AI

Für das Jahr 2026 ist nach dem AI Act grundsätzlich die Anwendbarkeit eines Großteils der verbleibenden Regelungen vorgesehen, insbesondere für Hochrisiko-KI-Systeme.

Zugleich wird jedoch im Rahmen des Digital Omnibus on AI diskutiert, diese Pflichten stärker an die Verfügbarkeit harmonisierter Standards zu koppeln und ihre praktische Durchsetzung zeitlich weiter zu strecken.

Vor diesem Hintergrund würde sich die eigentliche aufsichtsrechtliche Wegmarke des AI Act voraussichtlich weiter nach hinten verschieben, sodass die Jahre 2025 und 2026 vor allem als verlängerte Übergangs- und Konsolidierungsphase zu verstehen wären, in der Governance, Klassifizierung, Dokumentation und Drittanbietersteuerung weiter zu professionalisieren wären, ohne bereits einer flächendeckenden aufsichtsrechtlichen Prüfung zu unterliegen.

Fazit und regulatorischer Ausblick 2026

Für MiCAR und AI Act war das Jahr 2025 vor allem eine Phase der operativen Annäherung, in der Finanzinstitute begannen, abstrakte Vorgaben in tragfähige Governance- und Kontrollstrukturen zu überführen. Mit Blick auf 2026 tritt die Regulierung in eine Bewährungsphase ein: Unter MiCAR wird sich zeigen, ob der erreichte Konkretisierungsgrad eine breitere Lizenzbeantragung ermöglicht, während der AI Act voraussichtlich noch Teil einer verlängerten Übergangsphase bleibt.

Der Entwurf der MaRisk für Wertpapierinstitute



Dr. Hendrik Pielka
VIB-Expertenbeirat
Wertpapierinstitute und Marktintegrität

Rechtsanwalt | Partner
Waldeck Rechtsanwälte PartmbB

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat im August 2025 – gut vier Jahre nach Inkrafttreten des Wertpapierinstitutsgesetzes (WpIG) am 27. Juni 2021 – einen ersten Entwurf des neuen Rundschreibens „Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Wertpapierinstituten“ (Wpl-MaRisk) zur Konsultation gestellt. Hiermit unternimmt die Bundesanstalt einen weiteren Versuch zur Präzisierung ihres Verständnisses und ihrer Verwaltungspraxis und damit zur praktischen Auskleidung der gesetzlichen Vorschriften des WpIG. Auch dieser Versuch bleibt nicht frei von Friktionen.

Die Wpl-MaRisk richten sich an kleine und mittlere Wertpapierinstitute, die bislang die in vielfacher Hinsicht nicht passgenauen „Mindestanforderungen an das Risikomanagement von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten“ (MaRisk) angewandt haben.

Die auf dem Kreditwesengesetz (KWG) aufsetzenden MaRisk orientieren sich primär an den Geschäftsmodellen von Banken und haben – bei Lichte betrachtet – bereits mit Inkrafttreten des WpIG in 2021 ihre Gültigkeit für Wertpapierinstitute verloren. Nicht erst seit dem 27. Juni 2021, sondern im Rahmen einer vorausschauenden Aufsicht bereits zuvor, bestand daher die Notwendigkeit zur sektorspezifischen Ausgestaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen unter Herauslösung aus dem bankaufsichtlichen Rahmen. Diesen Schritt vollzieht

die Bundesanstalt jedoch nicht konsequent. Vielmehr hat die für die Erstellung der Wpl-MaRisk verantwortliche Wertpapieraufsicht mit dem vorgeblichen Ziel, bisherige Aufsichtspraktiken fortzuführen, über weite Strecken Regelungen der MaRisk übernommen. Der Entwurf gerät dadurch mitunter zu einem verkleinerten Abbild der MaRisk und trägt entsprechend wenig zur Ausformung des eigenständigen Regelungsrahmens bei, den sich der Gesetzgeber vorgestellt hat.

Inhalt und Zielrichtung

Der Entwurf der Wpl-MaRisk orientiert sich an der Systematik der MaRisk und umfasst somit sämtliche Elemente einer risikoorientierten Governance: von der detaillierten Ausgestaltung des Risikosteuerungs- und -controllingsystems über interne Kontrollmechanismen bis zu klar definierten Anforderungen an Auslagerungen, Berichterstattung und organisatorischen Vorkehrungen. Die Bundesanstalt verfolgt das erkennbare Ziel, ein kohärentes, einheitlich interpretierbares Gerüst zu schaffen, das den Besonderheiten von Wertpapierinstituten Rechnung trägt, zugleich aber die Anschlussfähigkeit an die Bankenaufsicht sicherstellt.

Konsequent umgesetzt wurden die in der IFR verankerten Prinzipien der Risikomessung und Eigenkapitalunterlegung sowie die eröffneten Möglichkeiten der Bündelung von Funktionen in der Geschäftsleitung. Das hinterlegte Konzept der Risikotragfähigkeit ist ebenfalls gelungen. Der Schwerpunkt des Entwurfs liegt indes in der Übernahme oder besser (teilweise wortgleichen) Wiederverwertung bekannter Inhalte der MaRisk. Das gilt etwa für die Interne Revision, Stresstests, Risikoinventuren und allgemeine Governance-Pflichten. Unterschiede zwischen Banken und Wertpapierinstituten werden insoweit häufig nur unzureichend abgebildet, in weiten Teilen die Logik des KWG fortgeschrieben. Die Zielsetzung des WpIG, einen eigenständigen Aufsichtsrahmen namentlich für kleinere und mittlere Wertpapierinstitute zu schaffen, gerät dabei aus dem Blick.

Deutliche Kritik der Verbände

Vor dem geschilderten Hintergrund kann es nicht verwundern, dass die Konsultationsfassung der Wpl-MaRisk eine bemerkenswert einheitliche und auch deutliche Kritik der Branchenverbände erfahren hat. Vielfach findet sich insoweit die grundlegende Beanstandung, der Entwurf werde weder dem Grundsatz der Proportionalität gerecht noch verfolge er einen prinzipienbasierten Ansatz entsprechend dem Regelungskonzept des WpIG. Die Bundesanstalt versuche durch eine Verwaltungsanweisung, Wertpapierinstitute faktisch einem der Logik des KWG folgenden Regelungsregime zu unterwerfen, obwohl der europäische Gesetzgeber mit der Verordnung EU/2019/2033 (IFR) und dem die Richtlinie EU/2019/2034 (IFD) umsetzenden WpIG eine eigenständige, weniger belastende und vor allem passgenaue Regulierungsarchitektur



schaffen wollte. Im Fokus der Kritik steht dabei die mangelnde Differenzierung zu den MaRisk durch unveränderte Übernahme von – so die Kritik aus den Verbänden – mehr als zwei Dritteln der Inhalte.

Von daher wenig überraschend ist der weitere wesentliche Kritikpunkt, einzelnen Anforderungen der Wpl-MaRisk fehle die rechtssystematische Anbindung an das Gesetz.

So böten weder WplG/IFD noch die IFR eine Grundlage für bestimmte Vorgaben, etwa für die verpflichtende Durchführung von Stresstests, regelmäßige umfassende Risikoinventuren oder die Ausgestaltung von ESG-bezogenen Risikoprozessen. Überdies wird beanstandet, verschiedene Passagen stünden in Widerspruch zum MiFID II-Regime oder zu den durch DORA geschaffenen Regelungen zum IKT-Risikomanagement.

Deutlich fällt die Kritik auch in Bezug auf Governance-Anforderungen aus. Art. 25 IFD befreit kleine Wertpapierinstitute explizit von bestimmten regulatorischen Vorgaben; nationale Verschärfungen sind im Sinne der Harmonisierung systematisch ausgeschlossen. Dies sehen die Verbände im Entwurf der Wpl-MaRisk nicht hinreichend berücksichtigt, etwa bei der Pflicht zur Einrichtung einer Internen Revision oder eines eigenständigen Risikomanagements, die nicht europäischen Standards entsprechen. Hier drohe „Gold-Plating“, das in diesem Fall nicht nur unnötige regulatorische Belastungen begründe, sondern auch gegen Unionsrecht verstoße und die vom Gesetzgeber beabsichtigte Entlastung konterkariere.

Aktueller Status und Ausblick:

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Bundesanstalt hat angekündigt, die Anwendung der Wpl-MaRisk zunächst vom ursprünglich vorgesehenen 1. Januar 2026 auf den 1. Januar 2027 zu verschieben. Dies diene der Synchronisation mit der für Q1/2026 geplanten Überarbeitung der MaRisk und schaffe Raum für eine Anpassung an den bereits laufenden IFD/IFR-Review. Die Verschiebung mag auch eine Reaktion auf die Kritik aus der Praxis sein. Die Verbände haben die Entscheidung jedenfalls als sachgerecht begrüßt, da sie Gelegenheit biete, den Entwurf einer grundlegenden Überprüfung und Korrektur zu unterziehen.

Das Spannungsfeld zwischen gesetzgeberischem Anspruch und aufsichtsbehördlicher Auslegung bleibt jedoch auf Sicht bestehen. Denn die Bundesanstalt betont, dass eine gewisse Kohärenz innerhalb der deutschen Aufsicht, unabhängig vom sektoralen Regelwerk, gewährleistet bleiben müsse, was die Nähe zur MaRisk rechtfertige. Ein grundlegendes Umdenken ist hier folglich nicht zu erwarten.

*„Wir brauchen starke Wertpapierinstitute.“
(Mark Branson, Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht)*

BaFin-Präsident Mark Branson formulierte erst am 3. November 2025 mit diesen Worten seinen Anspruch. Dies nimmt nicht nur die Institute, sondern vor allem auch die eigene Behörde in die Pflicht. Dass der vorliegende Entwurf der Wpl-MaRisk diesem Anspruch bereits gerecht wird, darf bezweifelt werden. Es bleibt abzuwarten, ob der jüngsten Formulierung des Anspruchs der Bundesanstalt durch ihren Präsidenten nun auch spürbare Erleichterungen für Wertpapierinstitute folgen und ob Aufsicht und Institute künftig dasselbe Verständnis von „leistungsstarken Wertpapierinstituten“ und den hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen haben werden. Hierzu gehört sicher eine gründliche Überarbeitung der Wpl-MaRisk.

WALDECK
RECHTSANWÄLTE

Waldeck Rechtsanwälte PartmbB
Eschersheimer Landstr. 14 (TurmCenter)
60322 Frankfurt am Main
hendrik.pielka@waldeck.eu
www.waldeck.eu

VIB-Mitgliedsinstitute





ASIEN

30

3

AUSTRALIEN

AFRIKA

Ägypten **1** | Marokko **2**

ASIEN

Bahrain **1** | China **5** | Indien **2** | Iran **5**
Japan **10** | Korea **4** | Taiwan **2** | Vietnam **1**

AUSTRALIEN

Australien **3**

EUROPA

Belgien **1** | Dänemark **1** | Frankreich **41**
Griechenland **1** | Großbritannien **16**
Irland **1** | Italien **4** | Liechtenstein **1**
Luxemburg **2** | Niederlande **9**
Norwegen **1** | Österreich **10** | Polen **2**
Schweden **2** | Schweiz **11** | Spanien **4**
Tschechien **1** | Türkei **7** | Zypern **1**

NORDAMERIKA

Bermuda **3** | USA **31**

SÜDAMERIKA

Brasilien **1**

Zuordnung nach Herkunftsland des
Instituts bzw. der Institutsgruppe

Stand 01.01.2026

VIB-Mitgliedsinstitute

AFRIKA

Ägypten

- Misr Bank - Europe GmbH

Marokko

- Attijariwafa Bank Europe
- Chaabi Bank
Zweigniederlassung Deutschland

ASIEN

Bahrain

- Arab Banking Corporation SA,
Zweigniederlassung Frankfurt

China

- Agricultural Bank of China Ltd.,
Frankfurt Branch
- Bank of China Limited,
Zweigniederlassung Frankfurt am Main
- Bank of Communications Co., Ltd.,
Frankfurt Branch
- China Construction Bank Corporation,
Niederlassung Frankfurt
- Industrial and Commercial
Bank of China Limited, Frankfurt Branch

Indien

- ICICI Bank UK PLC, Germany Branch
- State Bank of India,
Zweigniederlassung Frankfurt am Main

Iran

- Bank Melli Iran
- Bank Sepah-Iran, Filiale Frankfurt
- Europäisch-Iranische Handelsbank AG
- Middle East Bank, Munich Branch
- Saman Bank Niederlassung Frankfurt

Japan

- Daiwa Capital Markets Deutschland GmbH
- Instinet Germany GmbH
- Mizuho Bank Europe N.V. Germany Branch
- MUFG Bank (Europe) N.V. Germany Branch
- MUFG Europe Lease
(Deutschland) GmbH i.L.
- MUFG Securities EMEA plc
- Nomura Asset Management
Europe KVG mbH
- Nomura Financial Products Europe GmbH
- SMBC Bank EU AG
- Sumitomo Mitsui Banking Corporation,
Filiale Düsseldorf

Korea

- KEB Hana Bank (Deutschland) AG
- SHINHAN Bank Europe GmbH
- The Korea Development Bank,
Frankfurt Branch
- Woori Bank Europe GmbH

Taiwan

- Bank of Taiwan,
Frankfurt Representative Office
- First Commercial Bank, Ltd.,
Frankfurt Branch

Vietnam

- Vietinbank Filiale Deutschland

AUSTRALIEN

- Australia and New Zealand
Banking Group Ltd.,
Niederlassung Frankfurt am Main
- Macquarie Capital France SA,
Niederlassung Deutschland
- Westpac Europe GmbH

EUROPA

Belgien

- KBC Bank N.V., Niederlassung Deutschland

Dänemark

- Syd Fund Management A/S

Frankreich

- Amundi Deutschland GmbH
- ARVAL Deutschland GmbH
- Bank Deutsches Kraftfahrzeug-
gewerbe GmbH
- BDK Leasing und Service GmbH
- BGL BNP Paribas
- BNP Paribas Asset Management
- BNP Paribas Factor GmbH
- BNP Paribas Lease Group S.A.,
Zweigniederlassung Deutschland
- BNP Paribas S.A.
Niederlassung Deutschland
- CACEIS Bank S.A., Germany Branch
- CACEIS Fonds Service GmbH
- CIC Repräsentanz für Deutschland
- CLAAS FINANCIAL SERVICES S.A.S.,
Zweigniederlassung Deutschland
- CNH Industrial Capital Europe S.A.S.,
Zweigniederlassung Deutschland
- Coface Debitorenmanagement GmbH
- Coface Deutschland,
Niederlassung der Coface S.A.
- Coface Finanz GmbH
- Coface Rating GmbH
- Consors Finanz BNP Paribas
- CreditPlus Bank AG
- Crédit Agricole Merca
Leasing GmbH & Co. KG
- Crédit Agricole, Corporate
and Investment Bank Deutschland
- Crédit Mutuel Leasing GmbH
- GEFA BANK GmbH
- Hanseatic Bank GmbH & Co. KG
- IC Financial Services S.A.,
Zweigniederlassung Heilbronn

- JCB Finance SAS
Zweigniederlassung Deutschland
- Natixis Investment Managers S.A.,
Zweigniederlassung Deutschland
- NATIXIS Pfandbriefbank AG
- NATIXIS Zweigniederlassung Deutschland
- ODDO BHF Asset Management GmbH
- ODDO BHF SE
- SG Equipment Finance SA & Co. KG
- Société Générale S.A. Frankfurt am Main
- Société Générale Securities Services GmbH
- Stellantis Bank S.A.,
Niederlassung Deutschland
- TARGO Deutschland GmbH
- TARGO Factoring GmbH
- TARGO Leasing GmbH
- TARGOBANK AG
- Treezor SAS

Griechenland

- PIRAEUS BANK S.A.

Großbritannien

- Barclays Bank Ireland PLC,
Frankfurt Branch
- CMC Markets Germany GmbH
- FNZ Bank SE
- IG Europe GmbH
- Invesco Management S.A.
- Lloyds Bank Corporate Markets,
Wertpapierhandelsbank GmbH
- Lloyds Bank GmbH
- Lloyds Bank plc Niederlassung Berlin
- Lynx B.V. Germany Branch
- National Westminster Bank Plc,
Niederlassung Deutschland
- NatWest Bank Europe GmbH
- NatWest Markets N.V.,
Niederlassung Deutschland
- NatWest Markets Plc,
Niederlassung Frankfurt
- RBC Capital Markets (Europe) GmbH
- Revolut Bank UAB,
Zweigniederlassung Deutschland
- Standard Chartered Bank AG

Irland

- Bank of Ireland,
Zweigniederlassung Frankfurt

Italien

- CA Auto Bank S.p.A.
Niederlassung Deutschland
- finAPI GmbH
- Intesa Sanpaolo S.p.A.,
Filiale Frankfurt am Main
- Südtiroler Sparkasse AG Niederlassung
München – Cassa di Risparmio
di Bolzano S.p.A.

Liechtenstein

- LGT Bank AG,
Zweigniederlassung Deutschland

Luxemburg

- Banking Circle S.A. – German Branch
- Fortis Lease Deutschland GmbH

Niederlande

- ABN AMRO Asset Based Finance N.V., Niederlassung Deutschland
- ABN AMRO Bank N.V., Frankfurt Branch
- De Lage Landen International B.V., Deutsche Niederlassung
- De Lage Landen Leasing GmbH
- DHB Bank N.V., Filiale Düsseldorf
- ING Bank, eine Niederlassung der ING-DiBa AG
- NIBC Bank N.V., Zweigniederlassung Frankfurt
- Rabobank Frankfurt, Coperatieve Rabobank U. A., Zweigniederlassung Frankfurt am Main
- Triodos Bank N.V. Deutschland

Norwegen

- DNB Bank ASA, Filiale Deutschland

Österreich

- activ factoring AG
- Austria Leasing Gesellschaft mbH, Mitglied der Raiffeisen-Bankengruppe Österreich
- BAWAG AG Niederlassung Deutschland, Hamburg Branch
- Oberbank AG, Niederlassung Deutschland
- Raiffeisen Bank International AG, Niederlassung Frankfurt
- Raiffeisen Kapitalanlage GmbH
- Raiffeisen-IMPULS Finance & Lease GmbH
- Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG
- Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG
- Raiffeisenlandesbank Österreich AG, Zweigniederlassung Süddeutschland

Polen

- PKO Bank Polski S.A., Niederlassung Deutschland
- XTb SA German Branch

Schweden

- Ikano Bank AB (publ), Zweigniederlassung Deutschland
- SEB AB Frankfurt Branch

Schweiz

- Bank Julius Bär Deutschland AG
- Bank Pictet & Cie (Europe) AG
- Bank Vontobel Europe AG
- Leonteq Securities (Europe) GmbH
- Pictet Asset Management (Europe) S.A., Niederlassung Deutschland
- SECB Swiss Euro Clearing Bank GmbH
- St. Galler Kantonalbank Deutschland AG
- UBS Asset Management (Deutschland) GmbH
- UBS Europe SE
- Vontobel Financial Products GmbH
- VZ VermögensZentrum Bank AG

Spanien

- Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A., Niederlassung Deutschland
- Banco Santander, S.A., Filiale Frankfurt am Main
- CaixaBank, S.A., Zweigniederlassung Deutschland
- Open Bank, S.A.

Tschechien

- J&T BANKA, a.s., Zweigniederlassung Deutschland

Türkei

- Akbank AG
- İşbank AG
- KT Bank AG
- OYAK ANKER Bank GmbH
- VakıfBank International AG, Wien, Zweigniederlassung Deutschland
- Yapi Kredi Bank Deutschland GmbH & Co. OHG
- Ziraat Bank International AG

Zypern

- RoboMarkets Deutschland GmbH

NORDAMERIKA

Bermuda

- FIL Finance Services GmbH
- FIL Fondsbank GmbH
- FIL Investment Services GmbH

USA

- American Express Europe S.A. (Germany branch)
- American Express International, Inc., Niederlassung Deutschland, Frankfurt a.M.
- American Express Payments Europe, Service Limited, (Germany Branch)
- Bank of America Europe Designated Activity Company, Zweigniederlassung Frankfurt am Main
- BNY Mellon Service Kapitalanlage-Gesellschaft mbH
- Citibank Europe plc, Germany Branch
- Citicorp Leasing (Deutschland) GmbH
- Citigroup Global Markets Europe AG
- Citigroup Global Markets Finance Corporation & Co. beschränkt haftende KG
- Evercore GmbH
- Gamma Trans Leasing Verwaltungs-GmbH
- Goldman Sachs Bank Europe SE
- Goldman Sachs International, Zweigniederlassung Frankfurt
- IKB Deutsche Industriebank AG
- J.P. Morgan SE
- J.P. Morgan Securities plc, Frankfurt Branch
- Jefferies GmbH
- JPMorgan Asset Management (Europe) S.à r.l., Frankfurt Branch

- Morgan Stanley Bank AG
- Morgan Stanley Europe SE
- Navy Federal Credit Union Military Banking Overseas Division
- Nuveen Asset Management Europe S.à r.l., Germany
- PayPal Limited, German Branch
- Raisin Bank AG
- State Street Bank International GmbH
- State Street Global Advisors Europe Limited, Zweigniederlassung Deutschland
- The Bank of New York Mellon SA/NV, Asset Servicing, Niederlassung Frankfurt am Main
- The Bank of New York Mellon, Filiale Frankfurt
- Threadneedle Management Luxembourg S.A. (Germany Branch)
- Wells Fargo Bank International UC, Niederlassung Frankfurt
- Western Union International Bank GmbH

SÜDAMERIKA

Brasilien

- Banco do Brasil S.A., Zweigniederlassung Frankfurt/Main

INTERNATIONALER STREUBESITZ

- ProCredit Bank AG
- ProCredit Holding AG & Co. KGaA

 Zuordnung nach Herkunftsland des Instituts bzw. der Institutsgruppe

Stand: 01.01.2026

RÜCKBLICK UND AUSBLICK TEIL II





Zukunft im Fokus des VIB-Bereichs Steuern

Investmentfonds: Booster für die Energiewende und Unternehmensfinanzierung

Zum umsatzsteuerlichen Vermittlungsbegriff im Zusammenhang mit M&A-Transaktionen

Zukunft im Fokus des VIB-Bereichs Steuern



Markus Erb
Prokurist
Direktor Steuern & Finanzen

Verband Internationaler Banken
in Deutschland e. V. (VIB)



Daniel Beckert
Mitglied der
VIB Tax Policy Group

Head of Tax Germany |
Steuerberater
J.P. Morgan SE



Das Jahr 2025 war steuerlich geprägt von politischer Uneinigkeit und knappen Ressourcen in den Behörden. Der Föderalismus wirkt vielerorts bremsend, das Steuerrecht bleibt komplex und die Digitalisierung in der Finanzverwaltung schreitet nur langsam voran. Praxisnahe Sichtweisen werden häufig nicht rechtzeitig einbezogen, was mitunter zu herausfordernden Vorschriften und technischen Richtlinien führt. Insbesondere Themen wie die Kapitalertragsteuer sorgen regelmäßig für Reibungspunkte im Austausch zwischen Finanzverwaltung und Banken. Allen Beteiligten fällt es nicht immer leicht, mit der Dynamik aktueller Entwicklungen Schritt zu halten.

VIB-Bereich Steuern – Dienstleister für Mitglieder

Dieser Bereich bietet ein breites Spektrum an Dienstleistungen: Von aktuellen Steuerinformationen auf der Mitglieder-Website und Tax News auf LinkedIn über den Podcast „Tax is in the Air“, Adhoc-Mailings, Monatsinformationen, das neue Tax Bulletin bis hin zum Jahrbuch „retrospective“. Ferner wurde die bilinguale Kapitalertragsteuer-Broschüre des VIB im Jahr 2025 publiziert. Die Veranstaltungen reichen von Tax Luncheon Meetings über Arbeitsgruppen und Seminare bis zu Inhouse-Schulungen, etwa zu Kapitalertragsteuer-Themen, und zum Betriebsprüfungssymposium. Das Kapitalertragsteuer-Update wird inzwischen als Master Class und Info-Runde angeboten. Im Jahr 2025 fand erstmals ein Neujahrsempfang des Bereichs Steuern statt und das Sommerfest „Tax &

Drinks“ ist mittlerweile fest etabliert. Dank dieser Vielfalt an Angeboten können sich die Mitglieder gezielt und effizient informieren sowie sich kontinuierlich weiterbilden.

Der VIB-Bereich Steuern steht für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Behörden und für schnelle, praxisnahe Unterstützung. Die Petitenliste wurde finalisiert und bleibt ein zentrales Arbeitsinstrument. 20 steuerliche VIB Expertenbeiräte aus Top-Kanzleien und Steuerberatungsgesellschaften engagieren sich. Drei Bankpraktiker wurden in die VIB Tax Policy Group berufen. Die enge Zusammenarbeit mit der neuen Tax Policy Group fördert innovative Ansätze und nachhaltige Verbesserungen. Insgesamt verdeutlicht die Vielzahl an Aktivitäten und Publikationen das hohe Engagement sowie die Innovationskraft des Bereichs Steuern.

Kleine und große Erfolge des VIB-Bereichs Steuern

Trotz der herausfordernden Rahmenbedingungen konnte der VIB auch im vergangenen Jahr zahlreiche Erfolge für seine Mitglieder erzielen. So wurden beispielsweise die Verlustverrechnungsbeschränkungen im § 20 EStG gestrichen, eine Kulanzübergangszeit bei der Kapitalertragsteuer-Erstattung nach § 50c EStG eingeräumt und die Verschiebung von MiKaDiv erreicht. Die Ausnahme für Inhaberschuldverschreibungen im Steueroasen-Abwehrgesetz und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe mit BMF, BZSt und Bankpraktikern zur Datenübermittlung nach §§ 45b und 45c EStG sind weitere Erfolge. Die zeitnahe Veröffentlichung einer englischen Version des BMF-Schreibens zur Datenübermittlung und einer Synopse zum 9. StBerG-Änderungsgesetz ist eine positive Entwicklung. Schnelle Rückmeldungen von BMF und BZSt liefern wichtige Antworten für die Praxis. Diese Erfolge unterstreichen die Bedeutung eines kontinuierlichen Dialogs zwischen Verband, Verwaltung und Praxis.

Im Jahr 2025 standen wir Banken einmal mehr vor der Herausforderung der Implementierung von steuerrechtlichen Änderungen. Der VIB dient uns hierbei als unverzichtbare Informationsquelle. Zudem dient der VIB unter enger Zusammenarbeit bei nicht tragbaren bzw. auslegungsbedürftigen Vorgaben als Instrument, während des Gesetzgebungsverfahrens auf die Finanzverwaltung einzuwirken. Hierbei wurde auch 2025 gemeinsam wieder vieles erreicht.

Andrea Helm, ING Diba AG

Kapitalertragsteuer 2026

Auch im Jahr 2026 bleibt die Kapitalertragsteuer ein zentrales Thema. Die EU-FASTER-Richtlinie erfordert nationale Umsetzungen, und es ist mit weiteren Steuergesetzesvorhaben zu rechnen, die häufig nur kurze Fristen für Stellungnahmen vorsehen. Der VIB-Bereich Steuern ist hierfür gut aufgestellt und bereit, die Mitglieder bei der Bewältigung neuer Herausforde-



rungen tatkräftig zu unterstützen. Entscheidend bleiben dabei die enge Zusammenarbeit mit den Mitgliedsinstituten sowie der kontinuierliche Austausch mit den Behörden.

Die Verbandsthemen im Steuerrecht zeigen eindrucksvoll, wie vielfältig und dynamisch die bekannten wie auch neuen steuerlichen Fragestellungen und Projekte sind – ein Kosmos, den man allein kaum durchdringen kann. Umso wertvoller ist die gebündelte Expertise des VIB, die uns Auslandsbanken einen starken und verlässlichen Partner für alle steuerrelevanten Themen an die Seite stellt.

Helge Kramer, Agricultural Bank of China Ltd., Frankfurt Branch

Zwischen Reformen und Regulierung – Steuerliche Kursbestimmung für Banken

2025 war für Banken in Deutschland von zahlreichen steuerlichen Neuerungen und regulatorischen Anpassungen geprägt. Die Komplexität des Steuerrechts bleibt hoch, und die Anforderungen an Banken steigen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen die Institute flexibel auf neue Vorgaben reagieren und ihre Prozesse kontinuierlich anpassen.

Steuerliche Neuerungen und Herausforderungen 2025

Internationale Kreditinstitute mussten sich auf neue Meldepflichten und die Harmonisierung im Rahmen des Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetzes einstellen. Das BZSt hat die technischen Spezifikationen Ende 2025 zur Verfügung gestellt. Die Institute hoffen auf möglichst große Überschneidungen mit den EU-FASTER-Berichtsstandards, um eine effiziente Umsetzung zu ermöglichen. Entsprechend haben die Institute bereits mit der Vorbereitung auf die neuen Berichtspflichten begonnen.

Im Bereich Verrechnungspreise wurden die Dokumentationspflichten durch das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz ab 2025 erweitert. Eine Transaktionsmatrix ist nun verpflichtend und muss innerhalb von 30 Tagen vorgelegt werden. Bei Verstößen drohen empfindliche Zuschläge. Diese neuen Anforderungen führen zu einem erhöhten administrativen Aufwand und machen eine enge Abstimmung zwischen Steuerabteilungen und Fachbereichen unerlässlich.

Das Anwendungsschreiben zu § 4k EStG konkretisiert die Anforderungen bei hybriden Besteuerungskongruenzen. Für Banken mit internationalen Strukturen steigen die Anforderungen an Prüfung und Dokumentation grenzüberschreitender Transaktionen. Die differenzierte Behandlung von Gruppenbesteuerungssystemen, etwa im Hinblick auf US-GILTI, verdeutlicht die Komplexität. Vor diesem Hintergrund sind die Institute gefordert, Risiken frühzeitig zu identifizieren und Prozesse kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Zukunft im Fokus:

Steuerliche Herausforderungen am Horizont

Mit § 342h HGB wird das neue Public Country-by-Country-Reporting erstmals in der Praxis anzuwenden und umzusetzen sein. Besonders internationale Banken mit Konzernspitze in Drittstaaten stehen damit vor neuen Transparenz- und Offenlegungspflichten. Die Berichterstattung ist ab 2026 für das Geschäftsjahr 2025 verpflichtend und erfordert erhebliche Anpassungen bei Datenerhebung und Abstimmung mit den Konzernzentralen. Die neuen Vorgaben bringen einen erhöhten Abstimmungsbedarf mit sich und stellen die Institute vor zusätzliche Herausforderungen.

Kreditinstitute stehen vor tiefgreifenden Änderungen, etwa bei der Umsatzsteuer und der möglichen Umsetzung der Skandia- und Danske-Rechtsprechung. Die verpflichtende Einführung von E-Invoicing ab 2027 wird die Rechnungsstellungsabläufe grundlegend verändern. Bereits jetzt sind die Steuerabteilungen intensiv mit der Vorbereitung und Umsetzung dieser Neuerungen beschäftigt und arbeiten dabei eng mit den Bereichen Technologie und Operations zusammen.

Mit der Umsetzung der CRD VI ergeben sich für Drittstaatenbankbetriebsstätten Änderungen bei der Kapitalausstattung und der steuerlichen Dotationskapitalbestimmung. Die neuen Vorgaben erfordern eine sorgfältige Überprüfung und Anpassung der Verrechnungspreismodelle. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Aufsichts- und Finanzbehörden sowie erweiterte Transparenzpflichten erhöhen die Anforderungen an Dokumentation und Datenkonsistenz. Die Institute müssen ihre internen Prozesse und Kontrollsysteme entsprechend anpassen.

Steuerliche Weichenstellungen und die Bedeutung von Tax Compliance

Die aktuellen Entwicklungen verdeutlichen, dass Banken in Deutschland auch künftig vor vielschichtigen und anspruchsvollen Herausforderungen stehen werden. Um Risiken zu minimieren und die eigene Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig zu sichern, sind eine kontinuierliche Anpassung an neue regulatorische Vorgaben, die Implementierung effizienter Prozesse sowie eine proaktive Vorbereitung auf kommende Anforderungen unerlässlich. Dabei bleiben ein konstruktiver Dialog mit den Aufsichts- und Fiskalbehörden sowie die fortlaufende Überprüfung interner Abläufe ebenso essenziell wie eine gelebte Compliance-Kultur und eine vorausschauende Steuerstrategie.

J.P.Morgan

J.P. Morgan SE

Taunus Turm | Taunustor 1 | 60310 Frankfurt am Main

daniel.beckert@jpmorgan.com

www.jpmorgan.com

Investmentfonds: Booster für die Energiewende und Unternehmensfinanzierung



Dr. Steffen Neumann
VIB Expertenbeirat
Investmentsteuerrecht

Partner
WTS GmbH

In Deutschland herrscht ein erheblicher Investitionsstau, der zahlreiche Bereiche gleichermaßen betrifft und die Ziele der Energiewende sowie das allgemeine Wirtschaftswachstum negativ beeinflusst. Dabei ist das Problem nicht neu. Vielmehr wird bereits seit Jahren darüber diskutiert, wie z.B. die kapitalkräftige und grds. investitionswillige deutsche Investmentfondsbranche zur Lösung des Problems beitragen kann. Bisher gelang es jedoch nicht, den hierfür aus regulatorischer und steuerlicher Sicht erforderlichen rechtssicheren Rahmen zu schaffen. Dies wird sich durch das Fondsrisikobegrenzungs-gesetz und das Standortförderungsgesetz hoffentlich bald ändern.

Öffnung des KAGB für die Bewirtschaftung erneuerbarer Energien

Insbesondere die sehr zahlreichen Immobilienfonds deutscher Provenienz bzw. die von diesen gehaltenen Immobilien bieten sich für den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien an. Regulatorisch verbietet das KAGB jeglichen Investmentvermögen jedoch eine operative Tätigkeit außerhalb des Finanzsektors, womit der Verkauf von selbst produziertem Strom, und sei es nur ein nicht selbst nutzbarer Produktionsüberhang, durch Investmentfonds nicht rechtssicher möglich ist. Zudem ist nicht zweifelsfrei geklärt, ob bzw. unter welchen Voraussetzungen Anlagen zur Bewirtschaftung von erneuerbaren Energien für Immobilienfonds zulässigerweise erwerbbarer Vermögensgegenstände darstellen. Diese Rechtsunsicherheiten sollen durch das Standortförderungsgesetz

beseitigt werden, insbesondere zur schnelleren Umsetzung der Energiewende.

Immobilienfonds soll es aus regulatorischer Sicht ausdrücklich gestattet sein, Gegenstände, die der Bewirtschaftung von erneuerbaren Energien dienen und die für den Betrieb von Landstationen erforderlich sind (unmittelbar oder mittelbar über diesem Zweck dienende Gesellschaften) zu erwerben; zudem soll auch der Betrieb dieser Anlagen explizit gestattet werden. Aber auch investmentsteuerlich sollen klare und verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Insbesondere für investmentsteuerliche Spezial-Investmentfonds besteht das Risiko, durch die Bewirtschaftung erneuerbarer Energien, z. B. den Verkauf des produzierten Stroms, eine sog. aktive unternehmerische Bewirtschaftung zu begründen, was bei Überschreiten bestimmter de-minimis-Grenzen zum Verlust des investmentsteuerlichen Status als Spezial-Investmentfonds führen würde. Einnahmen aus der Bewirtschaftung erneuerbarer Energien (sei es unmittelbar oder mittelbar über diesem Zweck dienende Gesellschaften) sollen künftig nicht mehr zu einer Überschreitung dieser de-minimis-Grenze führen können. Das Damoklesschwert des steuerlichen Statusverlustes würde sich dadurch in Luft auflösen. Allerdings sollen die Erträge aus einer Bewirtschaftung der erneuerbaren Energien auf Ebene des Immobilienfonds (sofern diese zu einer aktiven unternehmerischen Bewirtschaftung führen) dann ausnahmslos sowohl der Körperschaftsteuer als auch der Gewerbesteuer unterliegen, was vor dem Hintergrund der zusätzlichen Renditechancen verkraftbar sein sollte.

Deutschland erhält erstmals ein wettbewerbsfähiges Regime für Kreditfonds

Die Umsetzung soll durch das Fondsrisikobegrenzungs-gesetz erfolgen, wobei es sowohl zu manager- als auch produktbezogenen Änderungen des KAGB kommen wird. Produktseitig ist hervorzuheben, dass zwar nur geschlossene Publikums-AIF, aber alle Arten von Spezial-AIF, sowohl offene als auch geschlossene, Kredite vergeben werden dürfen. Der Leverage wird bei offenen AIF auf 175 % und bei geschlossenen AIF auf 300 % begrenzt sein. Insbesondere zum Zwecke der Unternehmensfinanzierung könnten Kreditfonds das Produktportfolio von Kreditinstituten sinnvoll ergänzen, da sie mehr Flexibilität bieten und insbesondere über Spezial-AIF mit geringeren Anlegerschutzanforderungen auch Risiken eingegangen werden können, die einer Kreditvergabe durch Kreditinstitute aufgrund der regulatorischen Vorgaben im Wege stehen. Möglicherweise könnte durch Kreditfonds auch die Markteintrittsbarriere für ausländische Kreditinstitute herabgesetzt werden, indem diese sich als ausgelagerter Asset-Manager an einen durch sie initiierten und durch eine Service-KVG verwalteten Kreditfonds anbinden lassen.



Ohne begleitende Änderung der steuerlichen Rahmenbedingungen wird sich jedoch kein wettbewerbsfähiges Umfeld für Kreditfonds deutscher Provenienz entwickeln können.

Hintergrund ist insbesondere die nicht abschließend geklärte Rechtsfrage, ob die Tätigkeit eines Kreditfonds mit dem Geschäftsbetrieb eines Kreditinstituts in dem Umfang vergleichbar ist, das diese aus allgemeiner ertragsteuerlicher Sicht als originär gewerblich und aus investmentsteuerlicher Sicht als aktive unternehmerische Bewirtschaftung qualifiziert. Die Folge wäre, dass die Erträge eines Kreditfonds in der Rechtsform eines Sondervermögens oder einer Investmentaktiengesellschaft sowohl der deutschen Körperschaftsteuer als auch der Gewerbesteuer unterlägen, wohingegen Kreditfonds ausländischer Provenienz typischerweise von sämtlichen Ertragsteuern befreit wären. Zudem würde eine aktive unternehmerische Bewirtschaftung dazu führen, dass Kreditfonds nicht die Voraussetzungen eines investmentsteuerlichen Spezial-Investmentfonds erfüllen könnten.

Diese steuerlichen Wettbewerbsnachteile sollen durch das Standortförderungsgesetz weitestgehend beseitigt werden. Im InvStG soll ausdrücklich normiert werden, dass die Vergabe von Krediten an Personen, die keine Verbraucher im Sinne des § 13 BGB sind, nicht zu einer aktiven unternehmerischen Bewirtschaftung führt. Dadurch wird zumindest das erforderliche Umfeld für eine steuerlich effiziente Finanzierung von Unternehmen oder z. B. Infrastrukturprojekten durch Kreditfonds geschaffen. Denn die Negierung einer aktiven unternehmerischen Bewirtschaftung führt dazu, dass die erzielten Zinserträge grundsätzlich weder der Körperschaftsteuer noch der Gewerbesteuer unterliegen, der Kreditfonds diese also vollständig steuerfrei vereinnahmen kann, wie es auch bei Kreditfonds ausländischer Provenienz üblich ist. Nur in bestimmten Konstellationen könnten Zinsen der Körperschaftsteuer unterliegen, z. B. wenn Kredite unmittelbar durch inländischen Grundbesitz besichert sind. Zu beachten ist jedoch, dass sich dieses zu begrüßende und steuerlich wettbewerbsfähige Umfeld nur auf solche AIF bezieht, die in den Anwendungsbereich des InvStG fallen, aus deutscher Sicht also das Sondervermögen und die Investmentaktiengesellschaft (oder nur registrierte AIF in der Rechtsform anderer Kapitalgesellschaften). Kreditfonds in der Rechtsform einer Personengesellschaft werden daher weiterhin einem latenten Gewerbesteuerisiko unterliegen, sofern sie über eine Betriebsstätte in Deutschland verfügen.



WTS GmbH
Brüsseler Str. 1-3 | 60327 Frankfurt am Main
steffen.neumann@wts.de
www.wts.de

Zum umsatzsteuerlichen Vermittlungsbegriff im Zusammenhang mit M&A-Transaktionen



Sebastian Kratz
VIB-Expertenbeirat Umsatzsteuer

Partner
EY Tax GmbH
Steuerberatungsgesellschaft

Die umsatzsteuerliche Behandlung von Leistungen, die im Rahmen von M&A-Transaktionen erbracht werden, stellt Steuerpflichtige in der Praxis regelmäßig vor Herausforderungen. Im Falle von Share Deals stehen diese im Spannungsverhältnis zwischen steuerbefreiter Vermittlungsleistung nach § 4 Nr. 8 Buchst. e) oder f) UStG einerseits und steuerpflichtiger Beratungsleistung andererseits. Die umsatzsteuerlichen Folgen können für sämtliche Beteiligten erheblich sein, weshalb eine rechtssichere Abgrenzung – auch in Anbetracht der teils erheblichen Vergütungen, die dabei im Raum stehen – von immenser praktischer Bedeutung ist. Jüngere Entwicklungen in der Rechtsprechung zum umsatzsteuerlichen Vermittlungsbegriff können hier möglicherweise helfen.

Der Vermittlungsbegriff des § 4 Nr. 8 UStG

Allgemein setzen die in § 4 Nr. 8 UStG bezeichneten Vermittlungsleistungen die Tätigkeit einer Mittelsperson voraus, die nicht die Stellung einer der Parteien des zu vermittelnden Vertragsverhältnisses über einen Finanzumsatz einnimmt und deren Tätigkeit sich von den typischen vertraglichen Leistungen, die von den Parteien dieses Vertrages erbracht werden, unterscheidet. Dabei ist die Vermittlungstätigkeit eine Dienstleistung, die einer Vertragspartei erbracht und von dieser als eigenständige Mittlertätigkeit vergütet wird. Zweck der Vermittlungstätigkeit ist, das Erforderliche zu tun, damit zwei Parteien einen Vertrag schließen, an dessen Inhalt der Vermittler kein Eigeninteresse hat. Eine Mittlertätigkeit in diesem Sinne

kann u. a. darin bestehen, einer Vertragspartei die Gelegenheiten zum Abschluss eines Vertrags nachzuweisen, mit der anderen Partei Kontakt aufzunehmen oder im Namen und für Rechnung des Kunden über die Einzelheiten der gegenseitigen Leistungen zu verhandeln.

Entscheidend ist, dass die Tätigkeit des Vermittlers ein im Großen und Ganzen eigenständiges Ganzes darstellt, das die spezifischen und wesentlichen Funktionen einer Vermittlungsleistung erfüllt.

Die Vermittlungstätigkeit muss sich dabei stets auf konkrete einzelne Abschlüsse beziehen, also eine einzelfallbezogene Vermittlungstätigkeit vorliegen. Allerdings ist für die Befreiung nicht erforderlich, dass es tatsächlich zum Abschluss des zu vermittelnden Finanzumsatzes gekommen ist.

Umgekehrt sind Leistungen, die keinen spezifischen und wesentlichen Bezug zu einzelnen Vermittlungsgeschäften aufweisen, nicht von der Befreiung erfasst. Dies kann der Fall sein, wenn ein Dienstleister lediglich mit einem Teil der Sacharbeit betraut ist, die sich aus oder im Zusammenhang mit einem zu vermittelnden Vertragsverhältnis ergibt, wie etwa die Erteilung von Informationen, allgemeine Beratungsleistungen oder die Annahme und Bearbeitung von Anträgen zum Abschluss von Finanzumsätzen.

Typische Tätigkeiten im Rahmen der M&A-Beratung

Im Rahmen der M&A-Beratung wird typischerweise die Ausübung folgender Tätigkeiten vertraglich vereinbart (nicht abschließend):

- **Identifizierung potenzieller Käufer oder Zielunternehmen**
(Marktanalyse, Auswahl geeigneter Kandidaten)
- **Kontaktaufnahme und Herstellung der Verbindung zwischen den Parteien**
(Einleitung von Gesprächen, Organisation von Erstkontakten)
- **Due-Diligence-Unterstützung**
(Bereitstellung von Informationen, Eröffnen und Pflegen von Datenräumen, Koordination der Prüfung, aber ohne eigene rechtliche oder steuerliche Beratung)
- **Verhandlung einzelner Vertragsbedingungen**
(Mitwirkung an der Abstimmung von Kaufpreis, Garantien, Zahlungsmodalitäten – soweit auf den Abschluss gerichtet)
- **Koordination des Transaktionsprozesses**
(Zeitpläne, Kommunikation zwischen den Parteien, Abstimmung von Dokumenten)
- **Beratung zu strategischen Optionen**
(z. B. Strukturierung der Transaktion)



Regelmäßig ausgeschlossen werden rechtliche oder steuerliche Beratungsleistungen sowie aus regulatorischen Gründen die Anlageberatung oder Anlagevermittlung. Diese Vereinbarungen können daher je nach tatsächlicher Ausgestaltung der konkreten Tätigkeiten im Einzelfall die Grundlage sowohl für steuerfreie Vermittlungsleistungen als auch für steuerpflichtige Beratungsleistungen darstellen.

Umsatzsteuerliche Herausforderungen in der Praxis – Abhilfe durch die Rechtsprechung?

In der Praxis stellt die trennscharfe Abgrenzung steuerpflichtiger Beratungsleistungen von steuerfreien Vermittlungsleistungen regelmäßig eine Herausforderung dar. Sie wird umso komplexer, je mehr verschiedene Leistungselemente z. B. im Rahmen einer einheitlichen Leistung zusammenkommen. Oft stellt sich erst im Verlauf eines Projekts oder kurz vor dessen Abschluss heraus, wie die Leistung umsatzsteuerlich zu qualifizieren ist. Die Auswirkungen können für die Leistungsempfänger erheblich sein, zumal für sie ein Verzicht auf die Steuerbefreiung oftmals nicht in Betracht kommt (z. B. bei reinen Finanzholdings). Aber auch bei den Beratern stellt sich mit Blick auf deren Gebühren sowie auf deren Vorsteuerposition regelmäßig die Frage nach der zutreffenden Qualifikation der eigenen Leistungen.

Die jüngere Rechtsprechung von BFH, verschiedenen FGs sowie kürzlich des EuG bietet nun für eine große Zahl an Fällen zumindest ein in der Praxis recht brauchbares Indiz, mit dem sich steuerpflichtige Beratungsleistungen von steuerfreien Vermittlungsleistungen abgrenzen lassen: Soweit die Tätigkeiten des Beraters als Mittelsperson sowohl Vermittlungselemente im Sinne der Befreiungsnormen wie auch Beratungselemente enthalten, kann die Vereinbarung eines (weit überwiegend) erfolgsabhängigen Honorars für eine steuerfreie einzelabschlussbezogene Vermittlungsleistung des Beraters sprechen.

Stellt somit das erfolgsabhängige Honorar ein hinreichend rechtssicheres Abgrenzungskriterium dar?

Die Antwort ist wie so oft: Es kommt darauf an.

In Zweifelsfällen wird ein erfolgsabhängiges Honorar in der Regel ein starkes Indiz für eine steuerfreie Vermittlungsleistung sein. Maßgeblich für die umsatzsteuerliche Beurteilung ist und bleibt aber nicht das Entgelt, sondern die jeweils tatsächlich erbrachte Leistung. Dies gilt auch, wenn die im Vertrag festgelegten Leistungen zwar eine Steuerfreiheit nahelegen, die Tätigkeiten im Rahmen der Mandatsbearbeitung jedoch davon abgewichen sind. Ergibt sich demnach aus der Beurteilung der Tätigkeiten im Zusammenhang mit dem jeweiligen Vertrag, dass im Wesentlichen eine steuerpflichtige Beratungsleistung vorliegt, vermag eine erfolgsabhängige Vergütung an der Steuerpflicht der zugrundeliegenden Leistung

nichts zu ändern. Die Rechtsprechung ist dennoch zu begrüßen, da sie gerade für die Zweifelsfälle eine gewisse Orientierung und eine grundsätzlich handhabbare Lösung anbietet.

Fazit

Auch nach der jüngsten Rechtsprechung gilt, dass M&A-Beratungsleistungen im Einzelfall auf ihre umsatzsteuerliche Behandlung hin zu prüfen sind. Die erbrachten Leistungen sowie die tragenden Erwägungen zur umsatzsteuerlichen Behandlung sollten darüber hinaus sorgfältig und möglichst umfassend dokumentiert werden. Die Vereinbarung eines erfolgsabhängigen Honorars kann hier ein wesentliches Indiz für die Annahme einer steuerfreien Vermittlungsleistung darstellen. Gegebenenfalls lohnt es sich, in Hinblick auf eine erleichterte Abgrenzung von steuerfreier Vermittlung zu steuerpflichtiger Beratung im Falle von Share Deals die entsprechenden Vertragsmuster, Vergütungsmodelle sowie Prozessanforderungen anzupassen.



EY Tax GmbH Steuerberatungsgesellschaft
Graf-Adolf-Platz 15 | 40213 Düsseldorf
sebastian.kratz@de.ey.com
www.de.ey.com

RÜCKBLICK UND AUSBLICK TEIL III





DORA, Cybersecurity Act und Cyber Resilience Act im Zusammenspiel

FIDA und die Auswirkungen auf internationale Banken und Finanzinstitute in Deutschland

Das EU-AML-Paket: praktische Erwägungen bei der Umsetzung bis Juli 2027

DORA, Cybersecurity Act und Cyber Resilience Act im Zusammenspiel



Andreas Kastl
Direktor
Finanzkriminalitätsbekämpfung
und Bankinfrastruktur

Verband Internationaler Banken
in Deutschland e. V. (VIB)

Die digitale Transformation des Finanzsektors hat die Abhängigkeit von informations- und kommunikationstechnologischen Systemen strukturell vertieft und zugleich neue systemische Verwundbarkeiten geschaffen. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Europäische Union seit einigen Jahren einen kohärenten Regulierungsansatz, der sektorale Resilienzanforderungen mit horizontalen Produktsicherheits- und Marktinstrumenten verbindet. Die seit diesem Jahr anzuwendende Verordnung über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (DORA), der EU Cybersecurity Act (CSA) und der Cyber Resilience Act (CRA) bilden aus Sicht des Finanzsektors dabei ein Regelungsgefüge, das unterschiedliche Ebenen desselben Risikoraums adressiert.

DORA etabliert für Finanzunternehmen einen geschlossenen, sektorspezifischen Rahmen zur Steuerung von IKT-Risiken und zur Sicherstellung der operativen Widerstandsfähigkeit kritischer Finanzdienstleistungen. Ergänzend dazu werden Kreditinstitute, und andere Finanzunternehmen als Betreiber kritischer Anlagen, als Einrichtungen des Sektors Bankwesen von der Richtlinie (EU) 2022/2555 (NIS2) erkannt, die einen horizontalen Ansatz zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Cybersicherheitsniveaus in der EU verfolgt. Mit der Umsetzung der NIS2 in deutsches Recht Anfang Dezember 2025 wurde für Kreditinstitute und andere Finanzunternehmen nun verbindlich festgeschrieben, dass die DORA-Vorschriften bezüglich Risikomanagement, den Mel-

de-, Nachweis- und Unterrichtungspflichten entsprechend den Regelungen der NIS2 vorgehen; alleine die Registrierungspflicht und ggf. Benennung einer Kontaktstelle gegenüber dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) sind als ergänzende Anforderungen durch Kreditinstitute und andere Finanzunternehmen, sofern diese Finanzunternehmen als Betreiber kritischer Anlagen qualifizieren, zu beachten.

Neben DORA stärkt der Cybersecurity Act das Vertrauen in digitale Produkte und Dienste durch unionsweite Zertifizierungsmechanismen, während der Cyber Resilience Act verbindliche Sicherheitsanforderungen unmittelbar auf der Ebene von Hardware- und Softwareprodukten mit digitalen Elementen verankert.

Zusammengefasst verschieben diese Rechtsakte den regulatorischen Fokus von einer rein organisationsbezogenen Compliance hin zu einem integrierten Ansatz entlang der gesamten digitalen Wertschöpfungskette.

Für Kredit- und Wertpapierinstitute entsteht daraus ein konsistenter, wenn auch anspruchsvoller Ordnungsrahmen: Die operationale Resilienz wird nicht mehr allein durch interne Kontrollen und Prozesse bestimmt, sondern zunehmend auch durch die inhärente Sicherheit der eingesetzten Technologien und Produkte. Die Interaktion von DORA, CSA und CRA zielt damit auf eine nachhaltige Stärkung der Stabilität des Finanzsystems ab, ohne die sektorale Aufsichtssystematik aufzulösen, und reflektiert den Anspruch der Union, Cybersicherheit als gemeinsames öffentliches Gut des Binnenmarkts zu verankern. Ergänzend fügt sich der Rechtsrahmen des EU-KI-Acts in die Architektur der digitalen Resilienz des Finanzsektors ein. KI-Systeme, die in zentralen Bankprozessen wie Kreditvergabe, Handelsüberwachung, Betrugserkennung oder Risikomodellierung eingesetzt werden, unterliegen zugleich den organisationsbezogenen Resilienzanforderungen von DORA und – sofern als Hochrisiko-KI qualifiziert – den produktspezifischen Pflichten des KI-Acts.

Auswirkungen des EU Cybersecurity Act auf den Finanzsektor

Die Verordnung (EU) 2019/881 (EU Cybersecurity Act, CSA) begründete einen unionsweiten Rahmen für die Cybersicherheitszertifizierung von IKT-Produkten, -Diensten und -Prozessen. Wenngleich für CRR-Institute und Wertpapierfirmen daraus keine unmittelbaren organisationsbezogenen Compliance-Pflichten im Sinne eines eigenständigen Aufsichtsregimes entstanden sind, entfaltet sich die Wirkung des CSA über die Nutzung zertifizierungspflichtiger oder -fähiger Produkte und Dienste, etwa in den Bereichen Cloud-Computing, Identitätsmanagement oder Netzwerksicherheit. Institute müssen im Rahmen ihres IKT-Risikomanagements nach DORA berücksichtigen, ob eingesetzte Produkte und Dienste



über einschlägige Zertifizierungen verfügen und welches Vertrauensniveau diese abdecken.

Auswirkungen des EU Cyber Resilience Act auf den Finanzsektor

Die Verordnung (EU) 2024/2847 (Cyber Resilience Act, CRA) verfolgt einen produktbezogenen Ansatz und adressiert Hersteller und Inverkehrbringer von Hardware- und Softwareprodukten mit digitalen Elementen. Auch hier entstehen für CRR-Institute und Wertpapierfirmen keine neuen regulatorischen Pflichten als beaufsichtigte Unternehmen, sofern sie nicht selbst als Hersteller oder Anbieter solcher Produkte auftreten. Die direkte Wirkung entfaltet sich jedoch über den Einsatz CRA-konformer Produkte im operativen Betrieb. Für den Finanzsektor ist insbesondere relevant, dass der CRA verbindliche Anforderungen an „Security by Design“ und „Security by Default“ sowie an das Schwachstellenmanagement und die Bereitstellung von Sicherheitsupdates festlegt.

Institute können bei der Beschaffung und Nutzung von Software und IKT-Systemen künftig davon ausgehen, dass CRA-konforme Produkte ein unionsweit definiertes Mindestmaß an Cybersicherheit aufweisen.

Dies erleichtert die Erfüllung der DORA-Anforderungen an Prävention und Resilienz, ersetzt jedoch nicht die Pflicht zur Durchführung eigener Tests, Überwachungs- und Notfallmaßnahmen.

Denkbar ist es aber auch, dass Kredit- oder Wertpapierinstitute Hersteller bzw. Inverkehrbringer von Hardware- und Softwareprodukten mit digitalen Elementen i. S. d. CRA sein können, was anhand der skizzierten Beispiele angedacht werden kann:

• Banking- und Investment-Apps für Endkunden

Mobile- und Web-Applikationen für Zahlungsverkehr, Wertpapierhandel oder Vermögensverwaltung stellen eigenständige Softwareprodukte dar. Sofern Institute diese Apps selbst entwickeln oder unter eigener Marke vertreiben, treten sie als Hersteller und Inverkehrbringer auf, mit unmittelbaren Pflichten in Bezug auf sichere Entwicklung, Schwachstellenmanagement und Updates.

• Hardwarenahe Sicherheits- oder Authentifizierungslösungen

Institute geben mitunter eigene Hardware-Token, Smartcards oder kombinierte Hard-/Software-Lösungen zur starken Kundenauthentifizierung oder zum Signaturmanagement aus. Werden diese unter eigener Verantwortung konzipiert und bereitgestellt, gelten sie als Hardwareprodukte mit digitalen Elementen und können den Herstellerpflichten des Cyber Resilience Act unterfallen.

• Plattformen für digitale Vermögenswerte oder Marktinfrastrukturdienste

Betreibt ein Institut eigenentwickelte Distributed-Ledger-Plattformen, Wallet-Software oder Handels- und Abwicklungssysteme für digitale Vermögenswerte und stellt diese anderen Marktteilnehmern zur Verfügung, kann es als Hersteller und Inverkehrbringer komplexer Softwareprodukte mit digitalen Elementen qualifizieren, auch wenn der Ursprung im eigenen Geschäftsmodell liegt.

In der Gesamtschau bilden DORA, NIS2, der Cybersecurity Act und der Cyber Resilience Act ein kohärentes, sich ergänzendes Regelungsgefüge. Für Unternehmen des Finanzsektors bildet DORA den zentralen und abschließenden Rechtsrahmen für digitale operationale Resilienz. Die beiden produkt- und marktbezogenen Verordnungen stärken flankierend die Sicherheit der eingesetzten Technologien und tragen so mittelbar zur Stabilität des europäischen Finanzsystems bei.



FIDA und die Auswirkungen auf internationale Banken und Finanzinstitute in Deutschland



Alexander Kregiel
VIB-Expertenbeirat
Banksteuerung und Meldewesen

Executive Partner
Management & Business Consulting
msg for banking ag

Mit der Financial Data Access Regulation (FIDA) schafft die Europäische Union einen einheitlichen, sektorübergreifenden Rahmen für den Zugriff auf Finanzdaten – und setzt damit einen Wendepunkt für die europäische Finanzindustrie. Während Open Banking bislang auf Kontoinformations- und Zahlungsdaten beschränkt war, öffnet FIDA den Datenraum nun vollständig: Kredite, Versicherungen, Investmentdepots, Altersvorsorgeverträge und auch unternehmensbezogene Daten fallen in den Geltungsbereich. Damit ist FIDA weit mehr als ein weiteres Compliance-Thema: Es ist der Startschuss für einen offenen, europäischen Finanzdatenraum, der Innovationen und neue Geschäftsmodelle ermöglicht – und jeder Bank und Versicherung Chancen bietet, Prozesse zu optimieren, die Kundenbindung zu stärken oder Neukunden zu gewinnen.

Ein neuer Ordnungsrahmen für Europa – und ein strategischer Prüfstein für internationale Player

Die FIDA-Verordnung verpflichtet Banken, Versicherer und weitere Finanzakteure, auf Wunsch der Kundinnen und Kunden ihre Daten standardisiert, sicher und in Echtzeit mit anderen Instituten oder zertifizierten Dienstleistern zu teilen – selbstverständlich unter strengen Datenschutz- und Sicherheitsvorgaben. Ihr Ziel ist es, Verbraucher in ihrer Datensouveränität zu stärken, Innovation zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Finanzbranche zu sichern. Für internationale Institute in Deutschland bedeutet dies: Al-

lein die Präsenz im deutschen oder europäischen Markt zieht umfassende regulatorische Anforderungen nach sich – unabhängig davon, wo das Headquarter sitzt oder welche nationalen Standards gelten.

FIDA ist kein optionales Regulierungsprojekt, sondern eine strukturelle Veränderung des Marktes, der sich kein internationaler oder nationaler Akteur entziehen kann. Der Zeitplan ist ambitioniert – die Regulierung soll voraussichtlich im ersten Halbjahr 2026 nach Abschluss der Verhandlungen zwischen Parlament und Rat in Kraft treten. Die Anwendbarkeit/Umsetzungspflicht wird etwa 24 Monate betragen.

Chancen und Risiken für internationale Banken

Internationale Banken stehen in Deutschland vor einer doppelten Herausforderung. Einerseits müssen sie FIDA-Regeln vollumfänglich implementieren, andererseits müssen sie sicherstellen, dass ihre globalen IT-Architekturen die europäischen Standards erfüllen. Gerade global agierende Institute besitzen häufig heterogene Datensilos oder Systemlandschaften, die nicht ohne Weiteres harmonisiert werden können.

Doch FIDA ist nicht nur eine Pflicht, sondern bietet auch eine Vielzahl strategischer Potenziale:

• Wettbewerbsvorteil durch datenbasierte Produkte

Die Kombination institutseigener und externer Kundendaten ermöglicht neue datengetriebene Angebote – etwa automatisierte Produktvergleiche, Kredite mit sofortiger Risikoanalyse, individualisierte Vorsorgeplanung oder „die eine private Finanzübersicht“, welche alle Finanzprodukte des Kunden aggregiert.

So können z. B. länderübergreifende Services für die Kundinnen und Kunden in Deutschland geschaffen werden, um sich vom lokalen Wettbewerb zu differenzieren.

• Kundenzugänge über neue Touchpoints

Viele internationale Institute besitzen bisher nur indirekten Zugang zum Endkunden – beispielsweise als Produktgeber im Hintergrund. Durch FIDA erhalten sie nun die Möglichkeit, konsolidierte Finanzdaten als Grundlage für eigene digitale Angebote zu nutzen und sich stärker an der Kundenschnittstelle zu positionieren.

• FIDA-basierte Kundenansprache:

Das richtige Angebot im richtigen Moment

Auch bei der Kundenansprache eröffnen sich durch Nutzung von FIDA-Daten neue Möglichkeiten. Banken, Versicherungen und Vermittler profitieren von Effizienzgewinnen durch standardisierte Schnittstellen und digitale Antragsprozesse. Darüber hinaus können sie mit einem vollständigen und jederzeit aktuellen Bild der finanziellen Situation



ihrer Kunden eine personalisierte und datengetriebene Beratung anbieten. Mit intelligenten Analysen von Finanz- und Versicherungsdaten werden passende Lebensereignisse und Anlässe für eine proaktive Ansprache erkannt. Individuelle Angebote werden dem Kunden genau dann unterbreitet, wenn sie relevant sind. Das steigert die Abschlusswahrscheinlichkeit und intensiviert die Kundenbeziehung.

- **Einstieg in die Nutzung von KI-Modellen**

Banken können – nach Zustimmung der Kunden – über eine standardisierte API auf alle relevanten Finanzdaten ihrer Kundinnen und Kunden auch bei anderen Instituten zugreifen: Kontoinformations- und Transaktionsdaten, aber auch Daten zu laufenden Krediten, Versicherungen und geführten Depots und Investments bei Fremdbanken. Diese dienen im zweiten Schritt modernen KI-Modellen als Grundlage für präzise Analysen, Bonitäts- und Risikobewertung, etc.

Im Ergebnis werden Banken stark personalisierte (Kredit)-Angebote unterbreiten und die zugehörigen Prozesse automatisieren.

Kundinnen und Kunden können zukünftig somit nicht nur durch ein auf sie abgestimmtes Angebot profitieren, sondern genießen zusätzlich die Vorzüge des deutlich effizienteren Prozesses für alle Beteiligten.

- **Effizienzpotenziale durch automatisierte Prozesse**

Gerade bei der Risikoprüfung, im KYC/AML-Bereich oder bei Kreditantragsprozessen/Kreditentscheidungen entfalten FIDA-Daten ihr Potenzial: Antragsprozesse können reduziert, Risiken präziser bewertet und manuelle Prüfungen ersetzt werden.

Neue Wettbewerbsrealität:

Transparenz zwingt zu Qualitäts- und Preiswettbewerb

Die Öffnung des Finanzdatenraums erhöht gleichzeitig den Druck auf etablierte nationale und internationale Player. Banken und Versicherer müssen künftig damit rechnen, dass Kundinnen und Kunden auf Basis vollständiger Daten in Echtzeit günstigere Kredite, effizientere Versicherungsprodukte oder attraktivere Anlageangebote finden können. Die Wechselbarrieren sinken erheblich – ein Faktor, der besonders Institute mit wenig ausgeprägter Kundenbindung herausfordern kann oder neue Potenziale für weitere Beziehungen bietet.

Fazit: FIDA als europäischer Gamechanger – und als Bewährungsprobe für traditionelle Geschäftsmodelle

FIDA verändert den deutschen und europäischen Markt strukturell. Nationale und internationale Banken und Finanzdienstleister müssen nicht nur regulatorisch reagieren, sondern strategisch gestalten. Während FIDA den Wettbewerb verschärft, schafft die Verordnung gleichzeitig enorme Chan-

cen: Zugang zu umfassenden Kundendaten, neue digitale Geschäftsmodelle und effiziente Prozesse sind ein Wettbewerbsvorteil – aber nur für Institute, die sich frühzeitig mit dem Thema beschäftigen und in ihre IT-Infrastruktur investieren.

Erste Schritte dafür können Innovationsworkshops zur Generierung und Priorisierung von institutsspezifischen Use Cases sein, um darauf aufbauend die Weichen für neue datengetriebene Geschäftsmodelle, Partnerschaften und Kundenzugänge frühzeitig stellen zu können.

Wer die Chancen von FIDA rechtzeitig erkennt und nutzt, kann sich einen klaren Wettbewerbsvorteil und entsprechend Marktanteile sichern – oder riskiert, von agileren Wettbewerbern überholt zu werden.



msg for banking ag
Amelia-Mary-Earhart-Str. 14 | 60549 Frankfurt am Main
alexander.kregiel@msg.group
www.msg.group

Das EU-AML-Paket: praktische Erwägungen bei der Umsetzung bis Juli 2027



Michael Peters
VIB-Expertenbeirat
Bekämpfung von Geldwäsche
und Finanzkriminalität

Senior Managing Director
FTI Consulting Deutschland GmbH

Mit dem EU-AML-Paket entsteht erstmals ein weitgehend harmonisiertes europäisches Regelwerk zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die AML-Verordnung (AMLR), die AMLA-Verordnung, die 6. Geldwäscherichtlinie sowie die Geldtransferverordnung bilden gemeinsam ein „Single Rulebook“, das nationale Besonderheiten zunehmend ablöst.

Ein wesentlicher Baustein ist die neue europäische Geldwäscheaufsicht (AMLA) mit Sitz in Frankfurt, die ab 2028 risikoreiche Institute direkt beaufsichtigt und die Arbeit nationaler Behörden europaweit koordiniert. Die Aufsichtspraxis wird damit deutlich einheitlicher und zugleich anspruchsvoller. Für Institute rückt nun die operative Umsetzung der technischen Vorgaben in den Mittelpunkt.

Erweiterter Verpflichtetenkreis, höhere Transparenz und integriertes Sanktionsrisiko

Das Paket erweitert den Kreis der Verpflichteten, verschärft die Transparenzanforderungen und verändert wesentliche Definitionen. Die Neudefinition des künftig als „wirtschaftlicher Eigentümer“ bezeichneten Begriffs, verkürzte und nun harmonisierte KYC-Zyklen und zusätzliche Kundendaten führen zu erheblichen Anpassungsbedarfen.

Zentral ist zudem die Integration des Sanktionsrisikos in die unternehmensweite Risikoanalyse sowie die verpflichtende

Sanktionsprüfung im KYC-Prozess. Viele Institute müssen historisch gewachsene Strukturen harmonisieren, Datenmodelle standardisieren und technische Plattformen anpassen.

Technische Standards als operatives Fundament

Die AMLR verweist auf über fünfzig technische Standards (RTS, ITS, Guidelines), die zentrale Bereiche wie Risikofaktoren, Customer Due Diligence, Modell-Governance und gruppenweite Verfahren konkretisieren werden. Da viele Vorgaben noch im Entwurfsstadium sind, müssen Institute ihre Strukturen und Systeme bereits jetzt so ausrichten, dass sie spätere Anforderungen flexibel aufnehmen können. Die finalen Standards werden verbindliche Mindestvorgaben setzen, die die Aufsichtspraxis prägen und operativ häufig über den Wortlaut der AMLR hinausgehen.

Herausforderung für Drittstaatenbanken mit Zweigstellen in der EU – ein Stresstest für das neue Regime

Während EU-Banken ihre gruppenweiten Standards meist bereits am europäischen Regelwerk ausrichten und daher vor allem interne Harmonisierungsschritte bewältigen müssen, trifft das neue AML-Paket Banken mit Hauptsitz außerhalb der EU deutlich stärker. Für eine einheitliche Umsetzung empfiehlt sich hier eine europäische Federführung, die die Implementierung der EU-Standards konzernweit koordiniert.

Der Vorrang des europäischen Rechts ist klar: Für alle EU-Niederlassungen gilt die AMLR unmittelbar und verdrängt abweichende Vorgaben des Drittstaats.

Ein globales Mindestniveau ist daher unzulässig, wenn es unterhalb der EU-Standards liegt.

Zweigstellen in der EU müssen im Zweifel strenger regulieren als der Heimatmarkt. Abweichungen sind daher nicht nur zu dokumentieren und risikoorientiert zu begründen, sondern auch in der Governance eindeutig zu verankern. All dies stellt eine besondere Herausforderung dar, wenn das Herkunftsland weniger granular ausgeprägte AML-Mechanismen kennt.

Zugleich verschärft die AMLR die Governance-Anforderungen. Jede Niederlassung benötigt einen lokalen Compliance Manager, der für die Umsetzung der AMLR verantwortlich ist. Die Verantwortung des Mutterhauses bleibt bestehen, darf EU-Vorgaben aber nicht abschwächen, sodass in der Praxis oft Kompetenzzentren, neue Eskalationswege oder hybride Governance-Modelle geschaffen werden. Auch in der technischen Umsetzung entstehen erhebliche Belastungen.

Viele Drittstaatenbanken betreiben globale IT-Systeme, deren Datenmodelle und Monitoring-Logiken nicht ohne Weiteres mit europäischen Anforderungen vereinbar sind.



Die AMLR verlangt jedoch einheitliche Datenfelder, hohe Datenqualität und eine lückenlose Datenherkunft. Monitoring-Modelle müssen EU-Standards erfüllen, selbst wenn sie global betrieben werden.

Schließlich wird das künftige Risikoprofil einer Bank maßgeblich bestimmen, wie intensiv sie beaufsichtigt wird. Drittstaatenbanken, die in mehr als sechs EU-Mitgliedstaaten tätig sind oder ein erhöhtes Risiko aufweisen, können ab 2028 zu den Selected Obligated Entities zählen und damit direkt unter die AMLA-Aufsicht fallen.

Dies führt zu einer deutlich engeren, datenintensiveren Überwachung mit tiefen Analysen und Peer-Vergleichen.

Für internationale Gruppen wird die europäische Geldwäscheprävention damit zu einem eigenständigen strategischen Steuerungsfeld.

Datenqualität als Grundlage der neuen Aufsicht

Die AMLR verlangt vollständige, konsistente und nachverfolgbare Datenbestände. Besonders relevant sind klare Verantwortlichkeiten („Data Ownership“), standardisierte Datenmodelle und dokumentierte Datenherkunft („Data Lineage“).

Die AMLA wird künftig Peer Reviews durchführen und Datenqualitätsprüfungen vergleichend bewerten. Dies ist ein Paradigmenwechsel, der die Datenqualität zu einem zentralen Aufsichtsthema macht.

Strukturierter Umsetzungsansatz

Bis Ende 2025 sollten grundlegende Vorarbeiten abgeschlossen sein, etwa eine erste Bestandsaufnahme der Kundendaten, eine grobe Bewertung der AMLR-Anforderungen und ein vorläufiges Erhebungskonzept. Ab 2026 werden diese Grundlagen konkretisiert, indem Gap-Analysen vertieft, Arbeitsstrukturen etabliert und neue Prozesse technisch vorbereitet werden. Bis Mitte 2027 rückt die Umsetzung in den Vordergrund, denn Systeme müssen stabil laufen und die Dokumentation prüfungssicher bereitstehen. Zum 10. Juli 2027 sind die zentralen AMLR-Pflichten produktiv zu erfüllen, gefolgt von der vollständigen Aktualisierung aller Hochrisikokunden bis Juli 2028. Entscheidend bleibt eine flexible Systemlandschaft, da die finalen technischen Standards nach ihrer Veröffentlichung regelmäßig operative Nachjustierungen erfordern.

Einordnung und Ausblick: Umsetzungserfordernisse im Spannungsfeld unvollständiger Vorgaben

Die Herausforderungen des EU-AML-Pakets liegen weniger in der juristischen Analyse als in der praktischen Umsetzung seiner operativen Detailvorgaben. Datenqualität, belastbare Governance und ein nachvollziehbares Monitoring sind dabei zentrale Elemente. Besonders für Drittstaatenbanken

mit Zweigstellen in der EU entstehen erhebliche Transformationsanforderungen, weil europäische Mindeststandards künftig unabhängig von globalen Konzernstrukturen einzuhalten sind.

Zusätzliche Einflussfaktoren erschweren die Umsetzung: Die Möglichkeiten einer vorgezogenen Datenerhebung sind durch datenschutzrechtliche Vorgaben eingeschränkt, das Transparenzregister bleibt im Übergang nur eingeschränkt zuverlässig, die neue Logik der Kontenabrufdatei wirft methodische Fragen auf, und der Einsatz von KI erfordert rechtzeitige technische und organisatorische Vorbereitung. Eine Vorabimplementierung birgt somit Risiken, bietet aber zugleich die Chance, zentrale Systeme frühzeitig zu modernisieren.

Das AML-Paket definiert mit Single Rulebook, AMLA-Aufsicht und den weiteren angekündigten technischen Standards einen klaren Rahmen, doch viele operative Anforderungen befinden sich noch im Entstehen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage „Quo vadis AML?“ weniger als Richtungsfrage denn als Umsetzungsfrage: Entscheidend wird sein, wie Institute den Übergang unter Bedingungen unvollständiger Detailvorgaben meistern.

Ich bedanke mich bei Tim Philip Kuhl für die Mitarbeit an diesem Beitrag.



FTI Consulting Deutschland GmbH
Tausenanlage 9-10 | 60329 Frankfurt am Main
michael.peters@fticonsulting.com
www.fticonsulting.com

STATISTIKEN

Die Bedeutung und Rolle der internationalen Banken in Deutschland

Einige der in Deutschland aktiven internationalen Banken, die hier Geschäft mit deutschem oder mit europäischem Bezug abwickeln und von hier aus ihre Kunden in Deutschland oder Europa betreuen, sind in eine Größenordnung hineingewachsen, die sie zu tragenden Säulen des Finanzplatzes Deutschland gemacht haben. Ihre Bilanzsummen reichen an die größten deutschen oder als deutsch wahrgenommenen Banken heran. Sie spielen insbesondere in den Bereichen des Wertpapierhandels und des Investmentbankings, aber auch im Verwahrgeschäft und im Konsortialkreditgeschäft ganz wichtige Rollen für deutsche und europäische Unternehmen und haben damit signifikante Marktanteile gewonnen, schon über Jahre behauptet und bauen diese weiter aus. Sie schaffen damit gegen den Trend bei vielen deutschen Banken auch weiterhin Arbeitsplätze in der deutschen Finanzbranche.

Die nachfolgenden Statistiken basieren auf öffentlich zugänglichen Daten, insbesondere der Deutschen Bundesbank, sowie auf durch den VIB durchgeführten Erhebungen und zeichnen ein Bild von der wirtschaftlichen Bedeutung und der tiefen Verankerung internationaler Banken im deutschen Finanzsystem.

Da es nicht einfach ist, verlässliche und vergleichbare Daten zu weiteren Geschäftsfeldern oder -aktivitäten oder gar Detailangaben zur Beschäftigung zu erhalten, beschränken wir uns hier auf einige wenige mit Daten belegbare Kernaussagen.

Die Initiative zum Finanzplatz Frankfurt/Deutschland, an der der VIB sich aktiv beteiligt, arbeitet auch daran, weitere belastbare Zahlen zu erheben und zu verarbeiten, um ein noch umfassenderes Bild zu erzeugen. Dies wird die Stärke der internationalen Banken im deutschen Markt sicher noch eindrucksvoller aufzeigen.

Bedeutung durch Zusammenarbeit und Engagement

Die Relevanz internationaler Banken für den Finanzplatz Deutschland bemisst sich jedoch nicht allein an Marktanteilen oder wirtschaftlicher Größe. Für den Verband von entscheidender Bedeutung ist auch ihr aktives Engagement für einen leistungsfähigen, stabilen und international wettbewerbsfähigen Finanzplatz. Dieses Engagement entfaltet seine Wirkung insbesondere im engen, kooperativen aber auch kritischen Austausch zwischen Marktakteuren, Politik und Aufsichtsbehörden. Der VIB bietet seinen Mitgliedern hierfür eine zentrale Plattform. Er bündelt die Expertise internationaler Banken, fördert den fachlichen Austausch und vertritt gemeinsame Anliegen zur Weiterentwicklung des Finanzplatzes gegenüber den Entscheidungsträgern.

Internationale Banken begleiten regulatorische Initiativen auf Ebene von Basel und der Europäischen Union von Beginn an und leisten dadurch einen wichtigen Beitrag zur Qualität und Praxistauglichkeit regulatorischer Entscheidungen. Die frühzeitige Einbindung ihrer Expertise auch in Deutschland mit dem VIB als Transmissionsriemen trägt dazu bei, dass Regelwerke nicht nur international konsistent, sondern auch effizient und umsetzbar in den deutschen Kontext integriert werden. Die Umsetzung der CRD VI-Richtlinie in Deutschland ist hierfür ein prominentes Beispiel. Der VIB als verlässliches Sprachrohr seiner Mitglieder brachte deren Perspektiven frühzeitig in politische und aufsichtsrechtliche Diskussionen ein.

Zusammengefasst:

Internationale Banken sind weit mehr als bedeutende Marktteilnehmer. Mit ihrer Expertise, ihrer internationalen Vernetzung und ihrem Engagement leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Weiterentwicklung des Finanzplatzes Deutschland. Ihr Erfolg ist zugleich ein Erfolg des Standorts – getragen von einem engen und durch den VIB gebündelten Austausch zwischen Markt, Politik und Aufsicht.

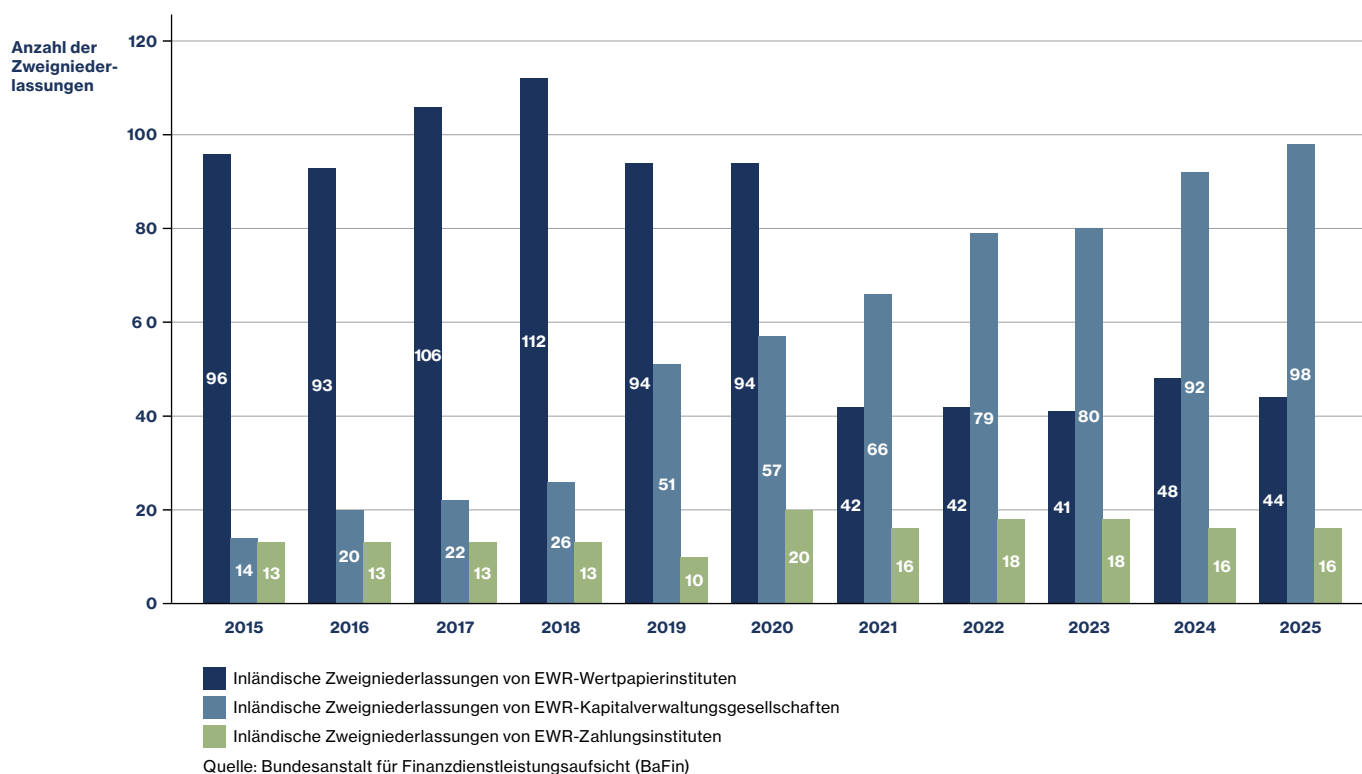
Internationale Banken in Deutschland

Die Anzahl der internationalen Banken in Deutschland ist nochmals leicht gesunken.



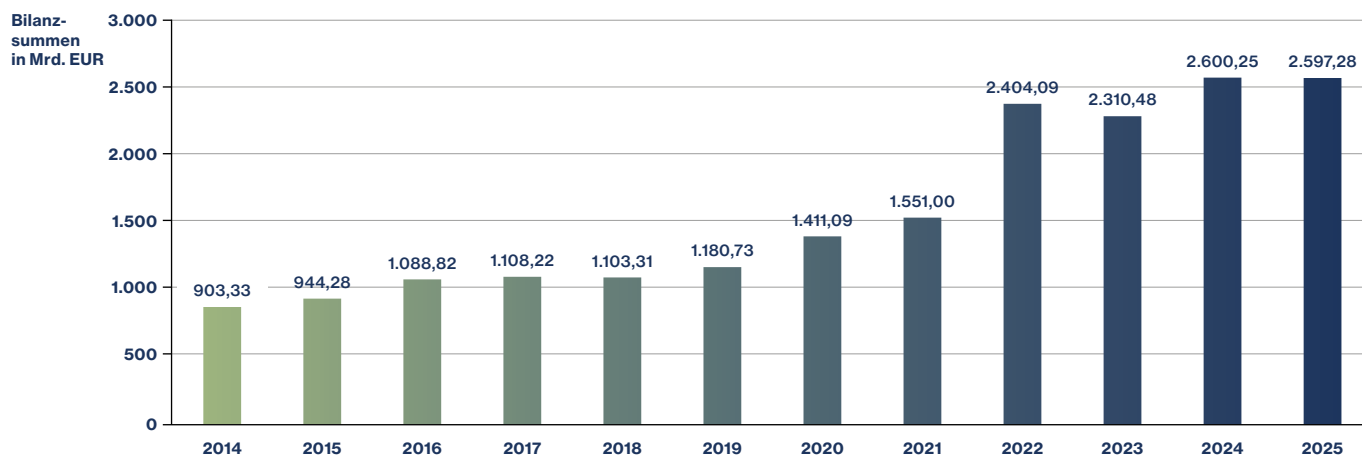
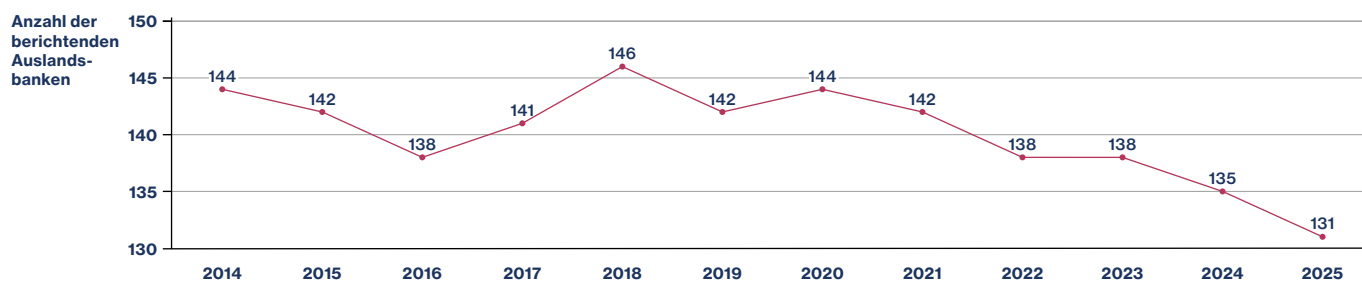
Anzahl der Zweigniederlassungen von EWR-Finanzdienstleistern (Nicht-Banken) in Deutschland

Die Anzahl der inländischen Zweigniederlassungen von EWR-Wertpapierinstituten verbleibt auf dem Post-Brexit-Niveau. Die Anzahl der Zweigniederlassungen von EWR-Kapitalverwaltungsgesellschaften setzt ihren Wachstumskurs fort.



Anzahl der BISTA-Meldungen und BISTA-Bilanzsummen der internationalen Banken in Deutschland zum Meldemonat Dezember

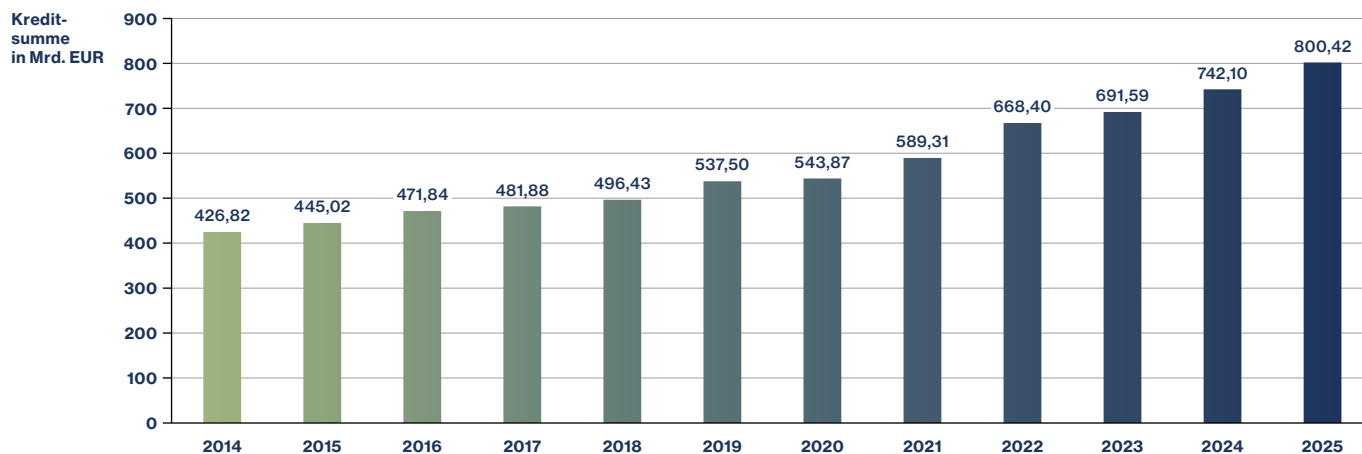
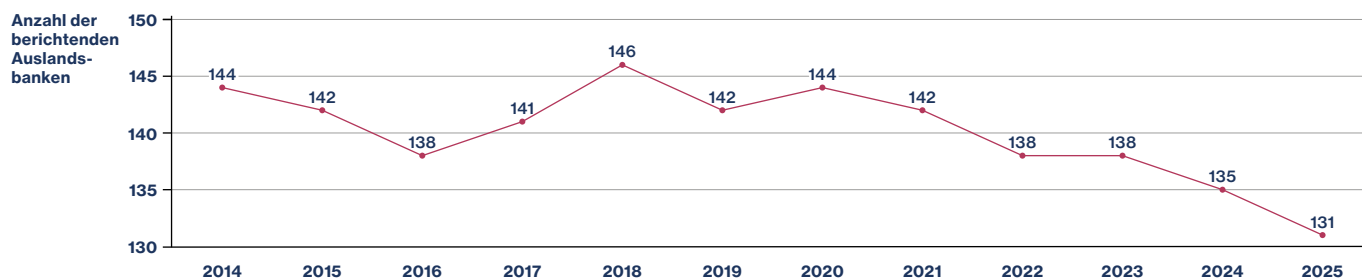
Die Anzahl der meldenden internationalen Banken ist leicht gesunken; das Wachstum der aggregierten Bilanzsummen hat sich fortgesetzt.



Quelle: Deutsche Bundesbank

Anzahl der BISTA-Meldungen und Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) der internationalen Banken in Deutschland zum Meldemonat Dezember

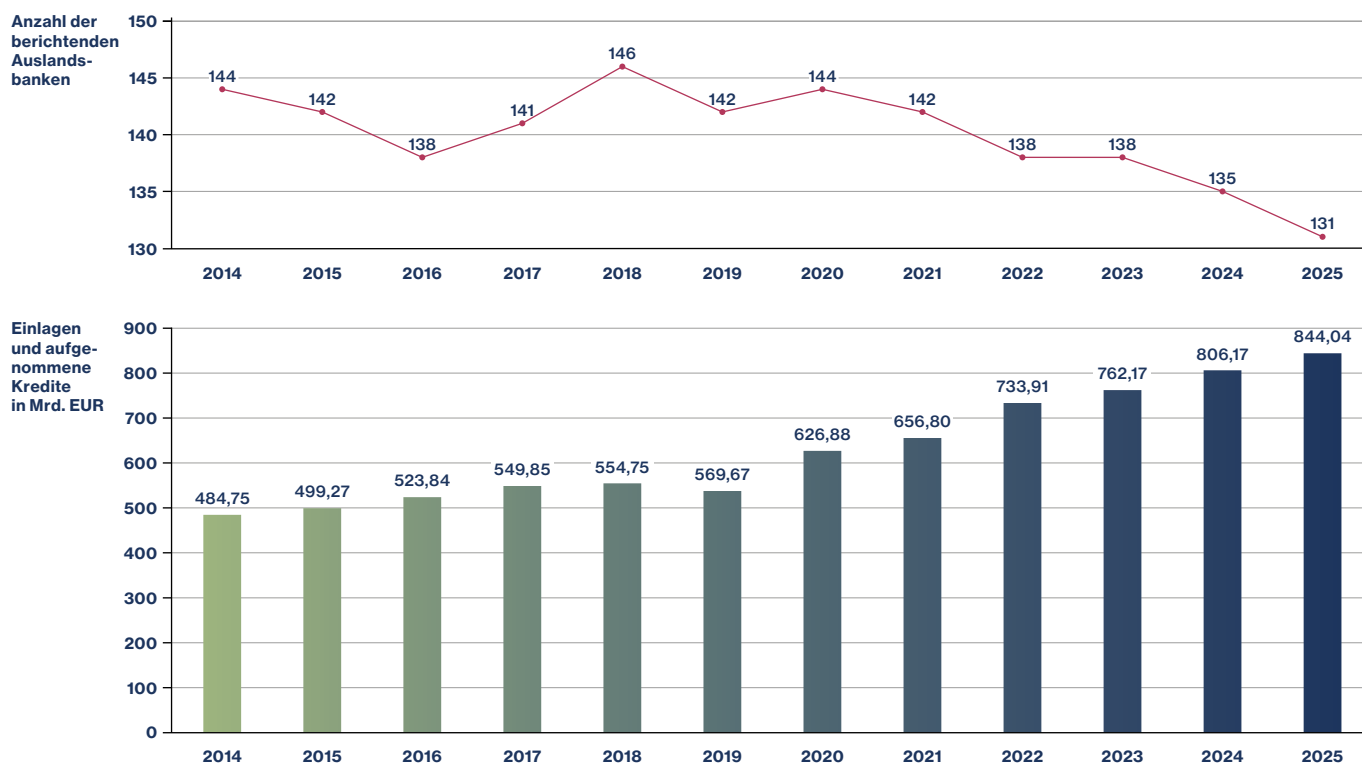
Die Kredite der meldenden internationalen Banken an Nichtbanken sind zuletzt weiterhin angestiegen und setzen damit einen langjährigen Trend fort.



Quelle: Deutsche Bundesbank

Anzahl der BISTA-Meldungen der internationalen Banken im Vergleich mit Einlagen und aufgenommenen Krediten von Nicht-Banken zum Meldemonat Dezember

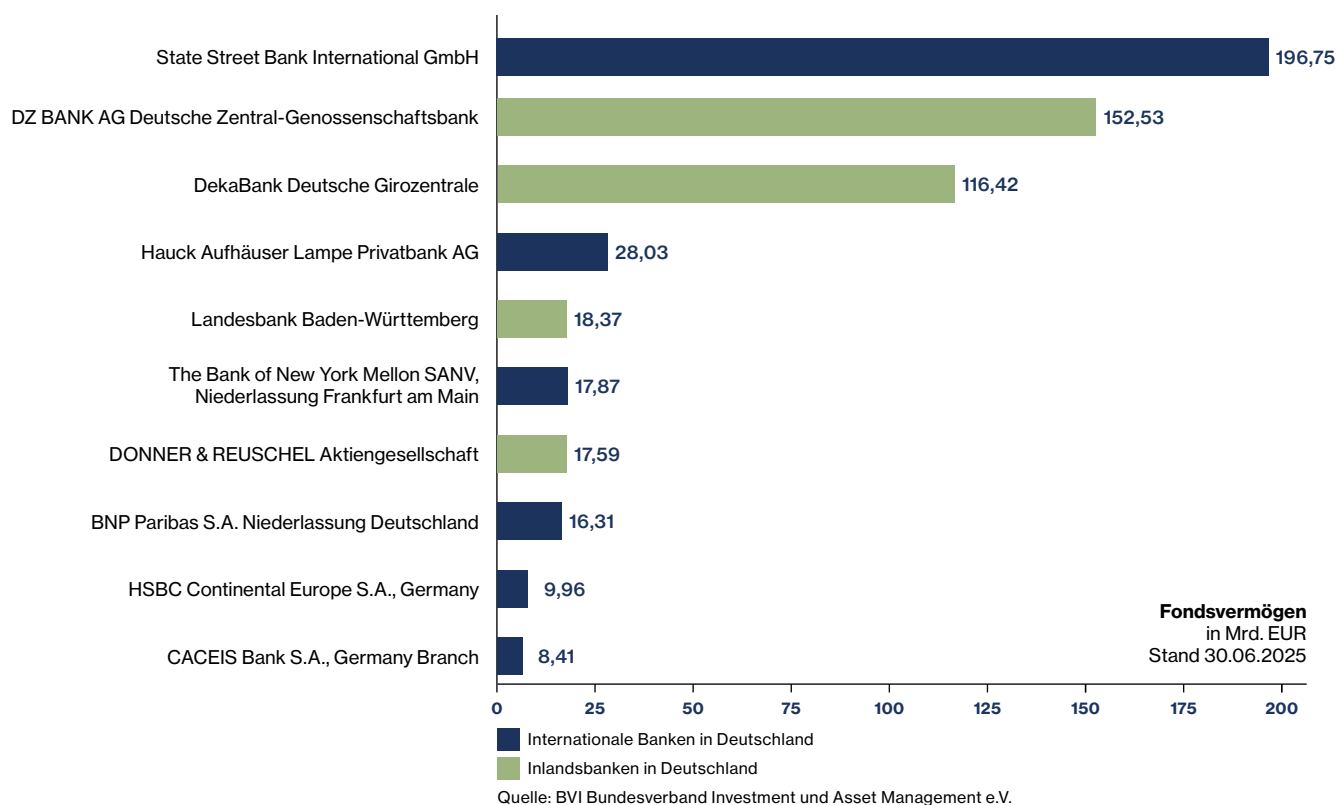
Das stabile Wachstum auf der Passivseite der internationalen Banken in Deutschland hat sich in den letzten Jahren fortgesetzt.



Quelle: Deutsche Bundesbank

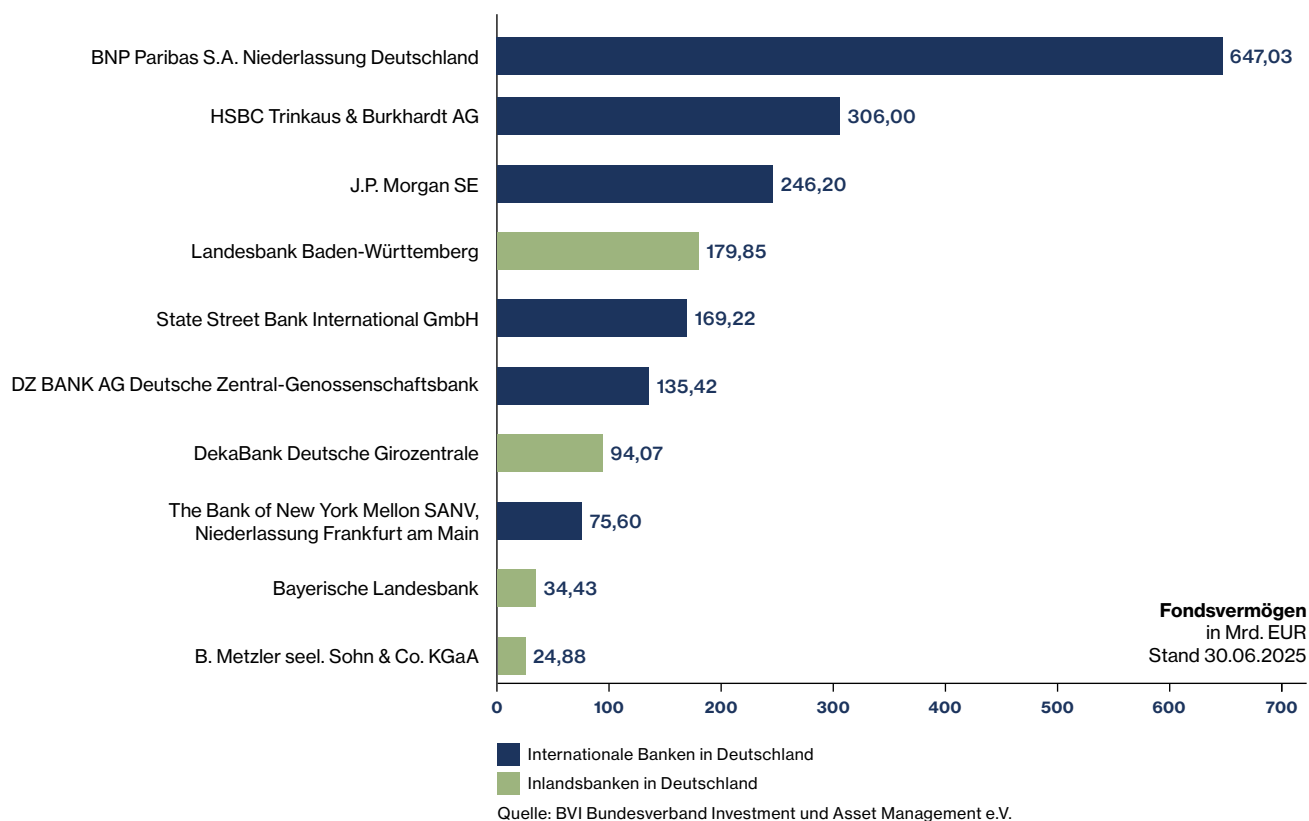
Verwahrstellen Wertpapier-Publikumsfonds

Im Bereich des Verwahrgeschäfts für Wertpapier-Publikumsfonds besetzt eine internationale Bank wie in den vergangenen Jahren die Spitzenposition.



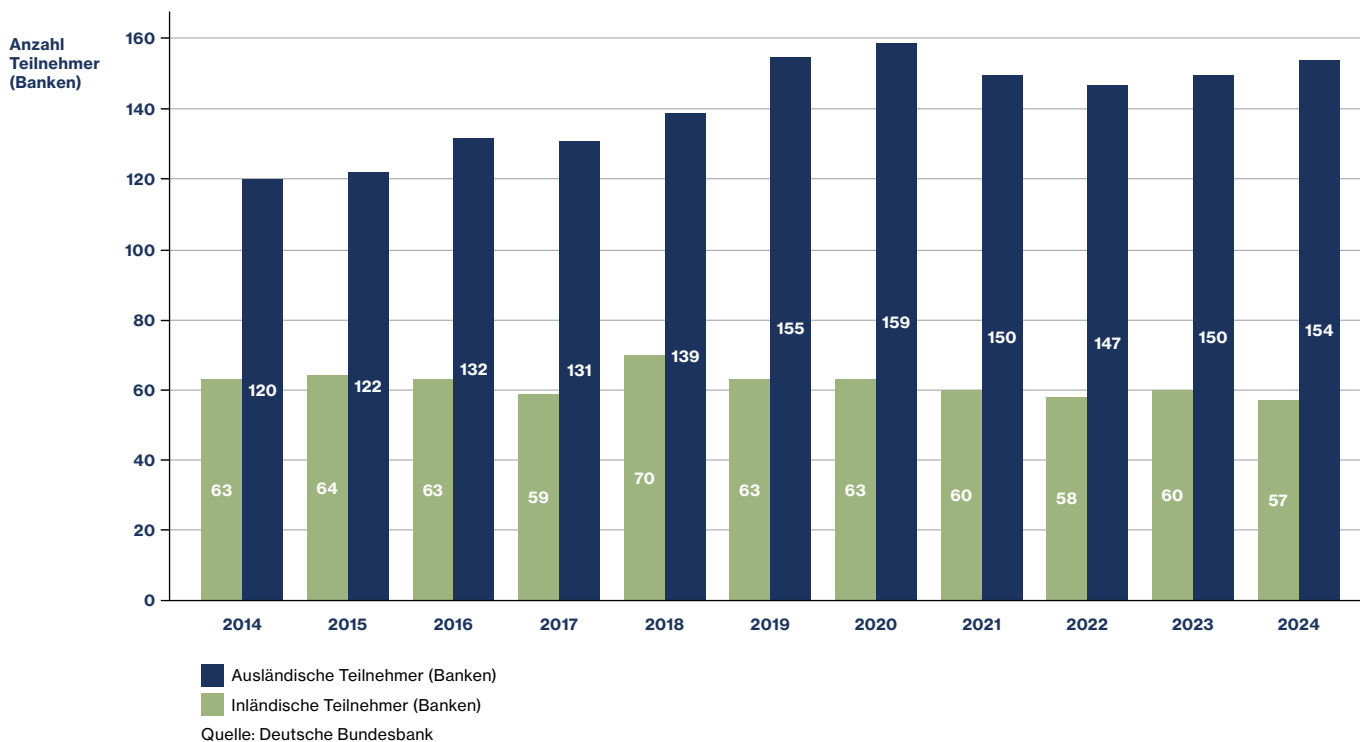
Verwahrstellen Wertpapier-Spezialfonds

Im Bereich des Verwahrgeschäfts für Wertpapier-Spezialfonds dominieren wie in den Vorjahren internationale Banken die Top Ten.



Teilnehmer am Clearing des zentralen Kontrahenten (CCP) Eurex Clearing AG

Die Internationalität des hiesigen Finanzplatzes zeigt sich an der stets hohen Anzahl ausländischer Teilnehmer (Banken) bei Eurex Clearing.



Teilnehmer beim Zentralverwahrer (CSD) Clearstream Banking AG

Das Verhältnis inländischer zu ausländischer Teilnehmer (Banken) ist in den letzten Jahren ausgewogen geblieben.





VIB- SERVICE

Seminare und Veranstaltungen

Informationen und Updates

Publikationen

Expertenbeirat

Tax Policy Group



Wissenstransfer und Austausch auf höchstem Niveau

Im Jahr 2025 hat der Verband Internationaler Banken in Deutschland e. V. (VIB) erneut ein vielfältiges Angebot an Seminaren für seine Mitglieder bereitgestellt. Insgesamt wurden 16 Seminare organisiert, die in verschiedenen Formaten – als Online- oder Präsenzseminar – durchgeführt wurden.

Maßgeschneiderte Inhalte für internationale Finanzinstitute

Die VIB-Seminare sind gezielt auf die Anforderungen und Fragestellungen von in Deutschland tätigen internationalen Finanzinstituten ausgerichtet. Besonders hervorzuheben ist die hohe Qualität der Referierenden, die der VIB regelmäßig gewinnen kann:

- **Erstklassige Experten**, u. a. aus dem VIB-Expertenbeirat, von Aufsichts- und Steuerbehörden sowie Ministerien
- **Praktiker und Fachleute** aus renommierten Kanzleien, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Beratungs- und IT-Dienstleistern

Diese hochkarätigen Referierenden vermitteln aktuelles und praxisrelevantes Wissen und stehen den Teilnehmenden für Diskussionen und den direkten Austausch zur Verfügung. Seminarhandouts, Aufzeichnungen von Online-Seminaren zum erneuten Anschauen im Nachgang, eine durchdachte Organisation sowie eine professionelle Betreuung – sowohl online als auch vor Ort – runden das Angebot ab.

Die Seminare bieten nicht nur eine Plattform für Wissensvermittlung, sondern fördern auch den Dialog innerhalb der Branche:

- Aktuelle Themen, die viele Institute betreffen, werden – selbstverständlich unter Berücksichtigung von Vertraulichkeit und kartellrechtlichen Vorgaben – diskutiert.
- Teilnehmende haben die Möglichkeit, Verbesserungsvorschläge und kritische Anmerkungen zum geltenden regulatorischen Rahmen einzubringen, die das Team des VIB dann aufnehmen kann.

Zusätzlich ergänzen VIB-Schulungen und die informellen „Management Foren“ das Seminarangebot. Sie schaffen Raum für Gespräche zwischen Mitgliedsinstituten, externen Fachleuten und VIB-Referenten.

Themenvielfalt und gezielte Weiterbildung

Ein Schwerpunkt der Seminare liegt darauf, die Weiterbildungsanforderungen der Mitgliedsinstitute zu erfüllen – insbesondere für Mitarbeitende in besonderen Funktionen.

Zu den Seminarthemen des Jahres 2025 gehörten u. a.:

- Human Resources – Update 2025
- International Banks in Germany (auf Englisch)
- The Implementation of CRD VI in Germany (auf Englisch)
- Betriebsprüfungssymposium
- Datenschutz-Update 2025
- Update Zahlungsverkehr

Fachwissen ausbauen

Eine Auswahl der für 2026 geplanten Seminarthemen:

- **Human Resources - Update 2026**
- **ESG-Forum 2026**
- **International Banks in Germany (auf Englisch)**
- **Jahrestagung zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Sanktionsumgehung in international tätigen Banken und Finanzinstituten**
- **KESSt Update**
- **MaRisk-Novelle**
- **Bankenaufsicht 2027**
- **Dormant Accounts**

Flexibles Buchungssystem

- **Tagesaktuelle Übersicht:**
Alle Seminare, Einladungen, Programme und Anmeldemöglichkeiten finden Sie unter <https://vib.network/seminare/>
- **Kostenlose Platzreservierung:**
Reservieren Sie Ihre Teilnahme frühzeitig – unverbindlich und ohne Verpflichtung
- **Automatische Benachrichtigung:**
Sobald die genauen Programmpunkte feststehen, erhalten Sie eine Einladung per E-Mail



Melden Sie sich zudem für den allgemeinen Seminar-Verteiler an, um regelmäßig über aktuelle Veranstaltungen informiert zu werden.

Nutzen Sie die VIB-Seminare, um Fachwissen auszubauen, Best Practices auszutauschen und von der Expertise führender Experten zu profitieren!

Praxisorientiertes Wissen für Führungskräfte und Mitarbeitende

Im Jahr 2025 haben die Referenten des Verbandes Internationaler Banken in Deutschland (VIB) mehrere individuelle Inhouse-Schulungen durchgeführt. Diese richteten sich an Einzelpersonen oder kleinere Gruppen, darunter Geschäftsleiter, Aufsichtsräte und Mitarbeitende der Mitgliedsinstitute.

Besonders hilfreich waren diese Schulungen in Situationen, in denen neue Mitarbeitende aus dem Ausland in deutsche Institute eingetreten sind und einen schnellen Überblick über den deutschen Finanzmarkt benötigten. Zudem wurden kompakte und praxisnahe Weiterbildungen angeboten, die stets aktuell und auf die individuellen Anforderungen der Institute zugeschnitten waren.

Basierend auf den bisherigen Erfahrungen entwickelt der VIB sein Angebot kontinuierlich weiter:

Flexibles Format und individuelle Anpassung

Die Schulungen können sowohl in deutscher als auch englischer Sprache durchgeführt werden. Je nach Bedarf finden sie als Präsenzveranstaltungen in Ihrem Hause oder online statt.

Die Schulungen des VIB decken eine breite Palette an praxisrelevanten Themen ab. Nachfolgend finden Sie eine Auswahl:

1. **Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung**
2. **Banking in Germany (für Expatriates und Geschäftsleiter)**
3. **Corporate Governance Training für Geschäftsleiter**

Kontakt

Das VIB-Team steht Ihnen jederzeit für Rückfragen oder Anregungen zur Verfügung.

Kontaktieren Sie uns per E-Mail:

verband@vib.network

Nutzen Sie die Schulungen des VIB, um sich und Ihre Mitarbeitenden optimal auf die Anforderungen der Branche vorzubereiten.



Austausch für Lösungen im Finanzsektor

Der Verband Internationaler Banken in Deutschland e. V. (VIB) organisiert regelmäßig Arbeitsgruppen zu einer Vielzahl von Themen sowie themenbezogene ad hoc-Arbeitsgruppen. Diese setzen sich aus Vertretern der Mitgliedsunternehmen des VIB zusammen. Bei Bedarf werden externe Experten mit spezifischem Fachwissen sowie Vertreter der zuständigen Regulierungs- und Aufsichtsbehörden oder der Steuerverwaltung hinzugezogen. Ziel ist es, im konstruktiven Austausch komplexe regulatorische und steuerliche Fragestellungen zu analysieren, Lösungsansätze zu entwickeln und diese unter Berücksichtigung der gemeinsamen Interessen der VIB-Mitglieder in die Entscheidungsprozesse von Politik und Verwaltung einzubringen.



Hier finden Sie eine Übersicht der Arbeitsgruppen und ihrer Themen.
<https://vib.network/anmeldung-zu-den-arbeitsgruppen-und-verteilern>

Mit dem Passwort **AGUe-Verteiler-VIB** können Sie das Anmeldeformular ausfüllen und die für Sie relevanten Arbeitsgruppen auswählen.

Der VIB erweitert sein Angebot an Arbeitsgruppen bedarfsgerecht, um neue Themen zeitnah aufzugreifen. Selbstverständlich stellen wir sicher, dass alle Arbeitsgruppen wettbewerbsneutral und in Übereinstimmung mit dem Kartellrecht arbeiten.

Übersicht der bestehenden Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppen im Bereich Compliance und Recht

- Asset Management
- Compliance
- Datenschutz
- Global Custodians/Verwahrstellen
- Kapitalmarkt/Börse
- MaRisk
- Personal
- Recht/Aufsichtsrecht
- Wertpapierinstitute

Arbeitsgruppen im Bereich Finanzkriminalität & Infrastruktur

- Administration, Meldewesen und Revision (AMR)
- CRS/FATCA
- Geldwäschebekämpfung
- IT- und Informationssicherheit
- Rechnungslegung
- Zahlungsverkehr

Arbeitsgruppen im Bereich Steuern

- Investmentsteuerrecht
- Lohnsteuer
- Steuern

Wir laden Sie herzlich ein, Teil dieser Plattform für den Austausch von Wissen und Erfahrung zu werden, um gemeinsam die Herausforderungen des Finanzmarktes zu gestalten.



Ihr Überblick zu aktuellen Entwicklungen im Bankenwesen

Der Newsletter „**VIB-Monatsinfo**“ informiert monatlich über die neuesten Entwicklungen in den Bereichen Aufsichtsrecht, Steuerrecht sowie Bankbetrieb und Meldewesen. Das Online-Format erscheint zu Beginn jedes Monats und bietet Ihnen eine übersichtliche und intuitive Navigation, um gezielt auf die für Sie relevanten Themen zuzugreifen.



Die „VIB-Monatsinfo“ steht sowohl Mitgliedern des Verbandes als auch Nicht-Mitgliedern zur Verfügung. Sie können die aktuellen Ausgaben jederzeit auf der VIB-Website einsehen:

<https://vib.network/gesamtuebersicht-monatsinfo/>



Abonnement der VIB-Monatsinfo

Sie möchten regelmäßig über die neuesten Entwicklungen informiert werden? Abonnieren Sie die Monatsinfo kostenfrei über den folgenden

<https://vib.network/anmeldung-zur-monatsinfo>

Exklusiv für Mitglieder: Vertiefende Erläuterungen

Als besonderen Service für VIB-Mitglieder bieten die verantwortlichen Referenten des Verbandes kurz nach Erscheinen der Monatsinfo eine exklusive Video-Konferenz an. In diesem Format erläutern sie die Inhalte detaillierter, ordnen die Entwicklungen ein und stehen Ihnen für Fragen und Diskussionen zur Verfügung.

Die Einladungen zu diesen Video-Konferenzen erhalten VIB-Mitglieder automatisch, wenn sie für die Monatsinfo registriert sind.

Nutzen Sie die **VIB-Monatsinfo**, um stets bestens informiert zu bleiben und wertvolle Einblicke in die aktuellen Herausforderungen und Chancen der Branche zu erhalten.

Effizienz und Präzision für Ihre Compliance-Abteilung

Das „**VIB-Compliance-Update**“ ist eine exklusive Serviceleistung für VIB-Mitglieder und steht sowohl in deutscher als auch in englischer Sprache zur Verfügung. Diese umfassende Datenbank enthält Compliance-relevante Rechtsquellen wie Gesetze, Verordnungen, Rundschreiben, Richtlinien und Guidelines. Sie wird monatlich durch die Referenten des Verbands aktualisiert und unterstützt die Compliance-Abteilungen der Mitgliedsinstitute bei der Überwachung und Umsetzung des anwendbaren Rechtsrahmens gemäß MaRisk.

Das VIB-Compliance-Update ist auf die spezifischen Anforderungen von internationalen Banken in Deutschland ausgerichtet. Damit entfällt für Anwender das zeitintensive und fehleranfällige Durchsuchen von nicht-bankspezifischen Datenquellen, die häufig von einem Überangebot irrelevanter Informationen geprägt sind. Der VIB übernimmt diese Aufgabe und stellt ausschließlich die wesentlichen und relevanten Informationen bereit, sodass Sie sich auf die eigentlichen Kernaufgaben Ihrer Compliance-Abteilung konzentrieren können. Dieses Tool hilft Ihnen, den hohen regulatorischen Anforderungen im Bankenwesen effizient und präzise gerecht zu werden.

Zusätzlich bietet der VIB in Zusammenarbeit mit der **Focus DV GmbH** eine technische Lösung, mit der die Daten direkt importiert und die weiteren Arbeitsschritte vollständig und prüfungssicher dokumentiert werden können.

Interessiert?

Für weitere Informationen oder zur Anmeldung für das VIB-Compliance-Update kontaktieren Sie bitte die Geschäftsstelle per E-Mail unter

verband@vib.network.

Nach der Eintragung in den Verteiler erhalten Sie monatlich ein Passwort, mit dem Sie Zugang zu dieser wertvollen Ressource erhalten.

Ihre Interessen im Fokus

Die Referenten des Verbandes der Internationalen Banken in Deutschland (VIB) erstellen jährlich zahlreiche Stellungnahmen zu Gesetzgebungsvorschlägen und Änderungen der Verwaltungspraxis sowohl auf EU-Ebene als auch auf Bundesebene. Dabei fließen die Meinungen und Positionen der Mitgliedsinstitute aktiv in die Ausarbeitung ein.

Zusätzlich verfasst der VIB Stellungnahmen zu Änderungen und Anhörungen seitens der Aufsichtsbehörden und Steuerverwaltungen. Diese Dokumente spiegeln die Expertise und Interessen der Mitglieder wider und tragen dazu bei, die Perspektiven der Branche in politische und regulatorische Prozesse einzubringen.



Eine stets aktuelle und transparente Übersicht aller Stellungnahmen finden Sie im öffentlich zugänglichen Bereich auf der VIB-Website:
[https://vib.network/gesamtuebersicht-stellungnahmen](https://vib.network/gesamtuuebersicht-stellungnahmen)

Handbücher des VIB – Praxiswissen für die Bankenbranche

Der VIB bietet seinen Mitgliedern und extern Interessierten umfassende Fachpublikationen, die wertvolle Einblicke in komplexe regulatorische und steuerliche Themen liefern.

Banking Business in Germany

Im Oktober 2023 erschien die 7. Auflage des Standardwerks „**Banking Business in Germany**“, herausgegeben in Zusammenarbeit mit PricewaterhouseCoopers GmbH. Dieser Leitfaden richtet sich an Kreditinstitute, die in Deutschland Bank- und Finanzgeschäfte betreiben oder planen. Die Ausgabe 2023 wurde komplett überarbeitet und um folgende Themen erweitert:

- **ESG-Berichterstattung**
- **Zahlungsvorschriften der PSD2-Richtlinie**
- **Krypto-Assets**

Das Buch, auf Englisch verfasst von Experten des VIB und PwC, ist einzigartig auf dem Markt und bietet wertvolle Informationen zu Registrierungsprozessen sowie rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen in Deutschland. Eine Printversion stellen wir Ihnen auf Anfrage gerne zur Verfügung.

Weitere Publikationen des VIB

Das VIB-Referententeam hat in Zusammenarbeit mit renommierten Partnern weitere Werke erstellt, die sich durch ihre Praxisnähe und Themenvielfalt auszeichnen:

- **„Remote Work bei Auslandsbanken“**
in Kooperation mit Deloitte, Flyer, August 2022
- **„Umsatzsteuer in Auslandsbanken in Deutschland“**,
Erstauflage, Dezember 2022
- **„Einfluss von ESG-Faktoren und ESG-Risiken auf Kreditinstitute und Wertpapierinstitute“**
in Kooperation mit GSK Stockmann, Erstauflage, April 2023
- **„Vergütungssysteme“**, in Kooperation
mit Allen & Overy, 4. Auflage, September 2024
- **„Kapitalertragsteuer bei internationalen Banken in Deutschland“**, Erstauflage, Dezember 2025

Diese Publikationen stehen sowohl VIB-Mitgliedern als auch Dritten zur Verfügung. Der VIB unterstützt mit diesen Werken die Branche dabei, komplexe Themen effizient und fundiert zu bewältigen.

Für weitere Informationen oder zur Bestellung wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle des Verbandes.

Ihre Interessen im Fokus mit LinkedIn & Podcasts



Der Verband Internationaler Banken in Deutschland e.V. (VIB) ist auch auf der Social-Media-Plattform **LinkedIn** aktiv. Dort informieren wir regelmäßig über unsere Veranstaltungen, Aktivitäten und aktuelle Themen aus der Banken- und Finanzwelt.

Bleiben Sie auf dem Laufenden und folgen Sie uns unter folgendem Link:

<https://linkedin.com/company/verband-internationaler-banken>



Wir freuen uns, Sie auch dort in unserem Netzwerk willkommen zu heißen!

Im Bereich **Bankenregulierung** haben wir im Jahr 2025 eine Serie von Podcasts von Dr. Andrea Fechner fortgeführt, die Interviews mit ausgewählten Experten aus dem VIB-Expertenbeirat führt. Sie finden diese Podcasts auf unserer VIB-Website unter:



<https://vib.network/podcasts-bankenregulierung/>

Im Bereich Steuern bieten wir mit dem Podcast „**Tax is in the Air**“ eine tiefere Auseinandersetzung mit steuerlichen Einzelthemen, wie z. B. Tax Compliance, an, ergänzt durch Praxisberichte ausgewählter externer Experten. Diese Podcasts finden Sie auf unserer VIB-Website unter:



<https://vib.network/podcasts-steuern/>

Wir laden Sie herzlich ein, die Inhalte zu entdecken, und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, Anregungen und Verbesserungsvorschläge!



Expertenbeirat

Der VIB-Expertenbeirat, bestehend aus externen Beraterinnen und Beratern, unterstützt die Arbeit des VIB. Die Expertinnen und Experten bringen ihre Erfahrung aus der Praxis ein und stehen mit dem VIB im fachlichen Dialog. Die Expertise sämtlicher Stakeholder am Finanzplatz ist unverzichtbar, um die VIB-Mitgliedsinstitute jederzeit zutreffend über aktuelle Entwicklungen informieren zu können.

Weitere Informationen zum VIB-Expertenbeirat finden Sie auf unserer Website:



Banken, Märkte, Compliance und Recht

https://vib.network/experten_bmcr



Steuern bei internationalen Banken

https://vib.network/experten_stbk

Bankenaufsicht und Governance



Dr. Alexander Behrens
Allen Overy Shearman Sterling LLP



Dr. Andreas Dehio
Linklaters LLP



Dr. Anna Izzo-Wagner
LL.M. Eur.
Waldeck Rechtsanwälte
PartmbB



Dr. Jens H. Kunz, LL.M. (UT Austin)
Noerr
Partnerschaftsgesellschaft mbB



Banksteuerung und Meldewesen



Alexander Kregiel
msg for banking ag



Sebastian Glaab
Annerton
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Michael Peters
FTI Consulting Deutschland GmbH



Dr. Richard Reimer
Hogan Lovells International LLP



Datenschutz und Investigations



Dr. Julia Sophia Habbe
White & Case LLP



Dr. Moritz Pellmann,
LL.M. (London)
Freshfields PartG mbB



Dr. Verena Ritter-Döring
Taylor Wessing
Partnerschaftsgesellschaft mbB



Dr. Lars Röh
lindenpartners
PartmbB



ESG – Nachhaltige Kapitalanlagen

Finanzmärkte und Wertpapiergeschäft



Woldemar Häring
White & Case LLP



Dr. Caroline Herkströter
DLA Piper UK LLP



Dr. Jochen Seitz
Hogan Lovells International LLP



Rafik Ahmad
Flick Gocke Schaumburg



HR, Arbeitsrecht und Vergütung



Dr. Hans-Hermann Aldenhoff
Simmons & Simmons LLP



Dr. Michael R. Fausel
BLUEDEX Labour Law



Dr. Lars Hinrichs
Deloitte Legal
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Dr. Hans-Peter Löw
DLA Piper UK LLP



Michael Magotsch,
LL.M. (Georgetown)
RIMÓN FALKENFORT



Kredit, Syndizierungen und Zweitmärkte



Dr. Simon G. Grieser
Deloitte Legal
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Dr. Martin Heuber, LL.M. (London)
Mayer Brown LLP



Wertpapierinstitute und Marktintegrität



Dr. Tobias Bauerfeind
Ashurst LLP



Dr. Hendrik Pielka
Waldeck Rechtsanwälte PartmbB



Zahlungsdienste und Zahlungsverkehr



Christian Bruck
BearingPoint GmbH



Dr. Mario Reichel
PPI AG



Internationale Mitarbeiterbesteuerung



Ludmilla Maurer
Baker McKenzie
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Internationales Steuerrecht



Dr. Christian Hundeshagen
Linklaters LLP



Marc Roth-Lebeau
EY Tax GmbH
Steuerberatungsgesellschaft



Investmentsteuerrecht



Dr. Stephan Georg Behnes
Baker McKenzie
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Alexander Hagen
Clifford Chance Partnerschaft
mit beschränkter Berufshaftung



Dr. Jann Jetter
Morgan, Lewis & Bockius LLP



Dr. Steffen Neumann
WTS GmbH



Kapitalertragsteuer



Dr. Sebastian Adam
Hengeler Mueller Partnerschaft
von Rechtsanwälten mbB



Florian Lechner
Allen Overy Shearman Sterling LLP



**Dr. Matthias Link,
LL.M. (Columbia Univ.)**
PricewaterhouseCoopers GmbH
WPG



Tobias Michaelis
WTS GmbH



Steuern für Immobilien u. Alternative Investments



Dr. Petra Eckl
GSK STOCKMANN
Partnerschaftsgesellschaft mbB



Tax Compliance und Steuerstrafrecht



Dr. Markus Adick
ADICK LINKE Rechtsanwälte
PartG mbB



Dr. Marcus Geuenich
EY Law GmbH



Martin Seevers
ADVANT Beiten



Umsatzsteuer



Benjamin Bergau
Grant Thornton Wirtschafts-
prüfungsgesellschaft AG



Nils Bleckmann
WTS GmbH



Sebastian Kratz
EY Tax GmbH
Steuerberatungsgesellschaft



Dr. Tanja Walter-Yadegardjam
Freshfields PartG mbB



Verrechnungspreise



Andreas Persch
EY Tax GmbH
Steuerberatungsgesellschaft



Tax Policy Group

Die Mitglieder der VIB Tax Policy Group unterstützen die Arbeit unseres Verbandes. Sie bringen ihre Erfahrung aus der Praxis ein und stehen mit uns in einem engen fachlichen Dialog. Sie unterstützen uns bei den laufenden Projekten der Steuerabteilung und bei der Mitgliederwerbung des Verbandes. Sie fördern die Vernetzung der Steuerabteilung und steigern die Sichtbarkeit der Verbandsaktivitäten im Steuerrecht.



Jan Becher

Global Tax Advisory Germany |
Steuerberater (Syndikus)
The Bank of New York Mellon SA/
NV Niederlassung Frankfurt



Daniel Beckert

Head of Tax Germany | Steuerberater
J.P. Morgan SE



Franz Schober

Tax Manager Wealth & Products
BNP Paribas S.A. Niederlassung
Deutschland



Weitere Informationen zur Tax Policy Group finden
Sie auf unserer Website unter folgendem Link:

<https://vib.network/tax-policy-group>

Team der Geschäftsstelle

Das Team der Geschäftsstelle steht VIB-Mitgliedern und an den Themen des VIB Interessierten jederzeit gerne zur Verfügung. Kontaktieren Sie uns zentral über die Geschäftsstelle oder per E-Mail.



Dr. Andreas Prectel
Geschäftsführer
andreas.prectel@vib.network



Wolfgang Vahldiek
Stellv. Geschäftsführer
Direktor Recht
Leiter Geschäftsentwicklung
wolfgang.vahldiek@vib.network



Markus Erb
Prokurist
Direktor Steuern & Finanzen
markus.erb@vib.network



Andreas Kastl
Direktor
Finanzkriminalitätsbekämpfung
& Bankinfrastruktur
andreas.kastl@vib.network



Nina Weidinger
Abteilungsleiterin Recht
Rechtsanwältin
(Syndikusrechtsanwältin)
nina.weidinger@vib.network



Dr. Leonie Dietrich
Referentin Recht
Rechtsanwältin
(Syndikusrechtsanwältin)
leonie.dietrich@vib.network



Sebastian Emmel-Müller
Referent Recht
Rechtsanwalt
(Syndikusrechtsanwalt)
sebastian.emmel-mueller@vib.network



Melanie Centner-Wappler
Managerin Operations
Leiterin Personal, IT & Innovation
melanie.centner-wappler@vib.network



Iris Meurers
Leiterin
Geschäftsführungsbüro
iris.meurers@vib.network



Fidan Capar
Fachassistentin
Steuern & Finanzen
fidan.capar@vib.network



Julia Balzer
Fachassistentin
Mitglieder & Marketing
julia.balzer@vib.network



Kim-Lea Sandhofen
Fachassistentin
Veranstaltungen & Publikationen
kim-lea.sandhofen@vib.network

Vorstand

Übersicht des VIB-Vorstands, der am 1. Juli 2025 von den Mitgliedern gewählt wurde.



Tobias Vogel
Vorstandsvorsitzender
Vorstandsvorsitzender,
UBS Europe SE & Leiter
Wealth Management Europe
UBS Europe SE



Jessica Kaffrén
Stellvertretende Vorsitzende
Member of the Management Board,
Head of Operations,
Outsourcing and Technology
J.P. Morgan SE



Guido H. Zoeller
Stellvertretender Vorsitzender
Mitglied des
General Management
Committee, Paris, und
Group Country Head
Deutschland & Österreich
Société Générale S.A.



Frank Schönherr
Schatzmeister
Group Senior Country Officer
Germany
Crédit Agricole Corporate and
Investmentbank Deutschland



Jürgen Baudisch
CEO & Country Head
SEB Germany
SEB AB Frankfurt Branch



Dr. Niklas Dieterich
Vorstandsmitglied,
COO, CFO
SMBC Bank EU AG



Dr. Carsten Esbach
Chief Operating Officer
Germany & Austria
BNP Paribas S.A.
Niederlassung Deutschland



Thomas Falk
Mitglied des Vorstands,
CFO, CRO
Bank Julius Bär
Deutschland AG



Stefan Hafke
Citi Country Officer &
Head Banking Germany/Austria
Citigroup Global Markets
Europe AG



Eddy Henning
Mitglied des Vorstands/
Head of Wholesale Banking
ING Germany



Michael Holmes
Vorstandsmitglied für Finanzen
Goldman Sachs
Bank Europe SE



Christopher F. Porter
Managing Director &
Regional Executive – Germany,
Switzerland, CEE & Israel
The Bank of New York Mellon –
Frankfurt Branch



Peter Rosenberger
Geschäftsleiter
China Construction
Bank Corporation
Niederlassung Frankfurt



Nicolo Salsano
Chief Executive Officer Europe
Vorsitzender des Vorstands
Standard Chartered
Bank AG



Gamze Yalçın
Vorsitzende des Vorstands
İşbank AG

Impressum



Verband Internationaler Banken in Deutschland e. V.
Weißfrauenstr. 12-16 | 60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 975850 0 | Fax: +49 69 975850 10
Web: www.vib.network | E-Mail: verband@vib.network



VIB@YouTube

<https://www.youtube.com/@internationalbanksingermany>



VIB@LinkedIn

<https://linkedin.com/company/verband-internationaler-banken>



Podcast Bankenregulierung

<https://vib.network/podcasts-bankenregulierung>



Podcast Steuern

<https://vib.network/podcasts-steuern>

Redaktionsschluss: 01.01.2026

Konzept

LUPENREIN DESIGN

Marc Roshan Khan

www.lupenrein.design

Bildnachweis:

AdobeStock – stock.adobe.com

Druck

Bulich Druck GmbH





VIB Verband
Internationaler
Banken



PER SPEC TIVES

2



2

6





Verband Internationaler Banken in Deutschland e. V.
Association of International Banks in Germany
Weißfrauenstr. 12-16 | 60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 975850 0 | Fax: +49 69 975850 10
Web: www.vib.network | E-Mail: verband@vib.network



CONTENT

Welcome by the Chairman of the Board, Tobias Vogel	4
Greetings from Lars Klingbeil, Federal Minister of Finance, Vice Chancellor, Member of the German Bundestag	6
VIB as a Platform for International Banks	8
The Association's Summer Party in Times of Change	10
Review and Outlook Part I	12
Bureaucracy Wind-Down: Resistance, but also First Successes and Progress!	14
Market Access into the EU for Third-Country Banks after CRD VI and its Implementation in Germany	16
The Future Supervisory Regime for Third-Country Branches	18
A Year of Major Changes in Consumer Protection	20
How Generative AI is Redefining Internal Investigations	22
Sound Compensation: Remuneration Transparency and BRUBEG	24
New ESG Requirements as a Challenge – and an Opportunity – for Banks	26
Opportunities and Challenges for FinTechs: Developments in Financial Regulatory Law in 2026	28
ESG Risk Management in the Wake of CRD VI Implementation	30
MiCAR and the AI Act: Implementation Focus in 2025 and Regulatory Outlook for 2026	32
Draft MaRisk for Investment Firms	34
VIB Member Institutions	36
Review and Outlook Part II	40
VIB's Tax Division: Future of Tax in Focus	42
Investment Funds: Boosters for the Energy Transition and Corporate Financing	44
On the Concept of Intermediation for VAT Purposes in Connection with M&A Transactions	46
Review and Outlook Part III	48
DORA, Cybersecurity Act and Cyber Resilience Act in interaction	50
FIDA and its Impact on International Banks and Financial Institutions in Germany	52
The EU AML Package: Practical Considerations for Implementation by July 2027	54
Statistics – The Importance and Role of International Banks in Germany	56
VIB Services	63
Seminars and Events	64
Information and Updates	68
Publications	70
Expert Panel	72
Tax Policy Group	78
Office Team	79
Board	80
Imprint	82

Welcome by the Chairman of the Board Tobias Vogel



Tobias Vogel
Chairman of the Board,
Association of International Banks
in Germany (VIB)

Chief Executive Officer,
UBS Europe SE &
Head of Wealth Management Europe
UBS Europe SE

Dear Readers,

It is with great pleasure that I present to you the 2026 year-book of the Association of International Banks in Germany (VIB). It continues a series that we launched under our former name and which has been very well received by our members as well as by policymakers and public administration.

The Perspectives summarise the key events and developments of the past year affecting international banks and financial service providers in Germany.

In addition, they highlight the opportunities and challenges that await us in 2026 – and beyond – in an increasingly complex environment.

The competitiveness of international banks operating in Germany on the one hand, and the international competitiveness of Germany as a financial centre on the other, continues to shape our Association's agenda. The authors of the contributions brought together in the Perspectives provide valuable and up-to-date insights from regulatory, tax and market infrastructure perspectives.



It is said that “those who lift their eyes see no borders”. Unfortunately, eyes on the German financial and capital markets too often remain lowered. The focus frequently lies on regional interests, and the viewpoint is almost always inward-looking rather than an external perspective. The VIB aims to change this. We want to help foster a stronger external perspective, ensuring that key success factors are not lost out of sight amid the details.

For this reason, the VIB actively participates in the Frankfurt Financial Centre Initiative, which supports the Hessian Financial Centre Cabinet. Its objective is to strengthen Germany as an internationally competitive financial centre, not least in order to convince decision-makers at international banks of Germany’s – and, in many cases, of Frankfurt’s - attractiveness. From their perspective, the decisive factors are those that directly affect their business activities, anchor them to Germany or encourage them to establish operations here in the first place. In particular, these include promoting capital flows within the EU through the strengthening and implementation of the Savings and Investments Union, as well as expanding private, tax-advantaged pension provision in Germany.

Politics, public administration, social cohesion, climate policy and defence all require financing.

For Germany, as the world’s third-largest internationally integrated economy, this can only be achieved with internationally connected banks that are active domestically. Retaining these institutions in Germany and attracting new ones, and deploying their financial strength and expertise in support of our prosperity, economic strength and security, must be an even greater priority for policymakers, regulators and supervisory authorities in 2026. Against this backdrop, the VIB is committed to working with policymakers to develop a strategic roadmap for the financial centre, ensuring that Germany maintains its leading position in Europe and globally.

I wish you an enjoyable and rewarding read and would like to thank my fellow Board members and the VIB team for the work reflected in this yearbook.

Greetings from the Federal Minister of Finance



Lars Klingbeil
Federal Minister of Finance
Vice-Chancellor
Member of the German Bundestag

Dear Readers,

2025 was an intensive year with the federal election, the formation of a new Federal Government, and the launch of the largest public investment package in our country's history, to name just a few examples. The new Federal Government is moving at pace to strengthen Germany and Europe as locations for private investment, innovation and productivity growth. We have initiated the first reforms and will persist, because the international environment is challenging Germany's economic model at its very foundations. International competition has intensified, Russia's war of aggression against Ukraine continues, and trade conflicts are weighing on our economy and holding back growth.

The first developments in 2026 also suggest that the international environment will remain challenging this year. This makes one thing clear: we must focus much more strongly on our own strengths and fully harness our untapped potential. At the same time, there are positive developments that are strengthening Europe's role in the world – the conclusion of the Mercosur trade agreement is just one example.

From day one, the Federal Government's objective has been clear: we want to bring Germany back to a path of growth and

economic strength. While international uncertainty is increasing, we are sending a clear signal that Germany and Europe are safe havens for investment from around the world. We want to make Europe more sovereign and strengthen its role as an influential, independent actor on the global stage.

Investment drive for a modern Germany

To achieve this, the Federal Government has already started a number of initiatives. Through our investment campaign, we are committing €500 billion to improving infrastructure. We are investing more than ever before in schools, railways, roads and digital networks, thereby driving forward the modernisation of our country. In addition, we are investing substantially in our security.

However, public investment is only a small part of the modernisation agenda.

Above all, we need a strong private sector that invests in Germany as a business location.

To make this happen, the Federal Government is working to put the right incentives and framework conditions in place.

We have launched the Location Promotion Act and the Germany Fund. With the latter, we aim to leverage private investment totaling around €130 billion. The focus is on the energy sector, key technologies, start-ups and scale-ups, as well as industry and the SME sector. We want the jobs of tomorrow to be created in Germany, the best ideas to grow here, and our dependence on critical raw materials to be reduced. Investors from around the world who show strong interest in Germany will find an effective point of entry through the Fund.

Better framework conditions for a competitive financial centre

A competitive financial sector is indispensable to this agenda. It offers companies a wide range of financing solutions, attracts foreign capital and builds trust.

Germany is one of Europe's leading financial centres. The size of our market, diverse business models and a stable banking sector provide an excellent basis for further strengthening this position. International banks, in particular, not only secure thousands of jobs in Germany. Above all, they act as a vital bridge between foreign investors seeking to enter the German market and German companies maintaining business relationships abroad. Through this channel, we also bring financial innovation from around the world to Germany.



The Federal Ministry of Finance is working to simplify and reduce bureaucracy in the operating framework for banks in Europe—without compromising fundamental standards or financial stability. For example, with the Banking Directive Implementation and Bureaucracy Reduction Act (BRUBEG), we are implementing European requirements on a one-to-one basis, rather than adding further administrative obligations. Excessive requirements that apply only in Germany weaken our financial centre in European competition. It is high time to dismantle unnecessary regulations. In doing so, we are strengthening Germany as a financial centre.

An integrated capital market for a stronger Europe

A strong investment and financial location in Germany is inconceivable without a competitive European Union. To this end, we need a single European capital market.

The Capital Markets Union has been discussed for a long time, and many measures have already been implemented. Nevertheless, numerous obstacles remain.

I am therefore pleased that the European Commission is now pursuing the objective of a Savings and Investments Union with high political priority.

I explicitly support this and am actively driving it forward. For the Federal Government, three areas are of particular importance:

improved financing conditions for young, high-growth companies, strengthening private pension provision via the capital markets, and reducing bureaucracy in financial market regulation.

Looking to the future with confidence

Germany is the world's third-largest economy. We are a highly respected and reliable trading partner. We are a country with enormous innovative capacity and a highly skilled workforce. This immense potential enables us to shape the future with confidence.

We can meet the challenges ahead of us. We can change things for the better. In 2026, we should already begin to feel the positive economic impact of our economic and financial policies, particularly our investments. However, the progress achieved so far is no reason for complacency. We will continue to move forward at pace for secure jobs, for a fair society and for a sustainable welfare state fit for the future. We are setting the necessary fundamental reforms in motion. They will demand a great deal from our country. Nevertheless, I am confident that, together, we will move Germany forward once again.

VIB as a Platform for International Banks



Dr Andreas Prechtel
Managing Director

Association of International Banks
in Germany (VIB)

After more than 40 years, the “Association of Foreign Banks in Germany” was renamed the “Association of International Banks in Germany” in June 2025. The new name reflects the fact that many of our members are now German institutions. They differ only in that they are wholly or majority-owned by internationally active banking groups, or they operate as EU or third-country branches. These institutions are distinguished not by their foreign origin, but by their integration into some of the world’s most powerful financial groups, bringing profound international expertise in their respective business areas and substantial capital strength.

Their importance is still frequently underestimated in the public and political perception. While only a few large names are widely recognised, the true scale and often the complex structures of many of these banks remain largely unknown – even among companies that benefit from their specialised services.

These institutions have made a deliberate decision to establish a bank or branch in Germany in order to support their clients’ local and global business activities from or within Germany. They originate from more than 30 countries and are represented at Germany’s key financial centres, including Frankfurt/Main, Düsseldorf, Hamburg and Munich. With more than 30,000 highly qualified employees – often German professionals with international experience – they make a significant contribution to Germany’s economic strength.

They are the group of banks that continues to create jobs rather than reduce them. They pay taxes and levies, have been firmly established in Germany for decades, and make a particular contribution to the financial centre of Frankfurt, which is not only the largest but also the most international financial hub in the country.

As an integral part of the German economy, VIB member banks now dominate many segments of the German financial market, as also demonstrated by the statistics presented in this yearbook.

Only with the financial strength and expertise of international banks and financial institutions will the German economy be able to achieve a turnaround, and market participants be able to raise the capital required for public and private investments, the future returns of which are intended to finance and repay the debt burden currently being built up.

Broadly diversified fields of activity

VIB members are market leaders in particular in the following areas:

- Trade finance and factoring,
- Project finance for German companies abroad or foreign companies in Germany,
- Mergers & Acquisitions,
- Direct banking and mortgage business,
- Securities issuance and trading,
- Asset management, and
- Securities clearing, settlement and custody.

As a committed representative of the interests of international banks, the VIB develops and presents constructive positions and proposals to policymakers and public authorities aimed at fair and future-oriented regulatory frameworks.

In 2025, the VIB initiated a wide range of concrete changes, particularly through its proposal packages on reducing bureaucracy in banking regulation and through its tax policy proposals.

Thanks to our communication with ministries and authorities and our cooperation with stakeholders supporting the financial centre, the VIB makes a substantial contribution to the further development and preservation of the competitiveness of Germany as a financial hub, including through its participation



in the working groups of the Hessian Financial Centre Cabinet. Further details can be found in the subsequent articles of this yearbook.

Tailor-made services and strong representation of interests

The VIB offers its members a range of services and networking opportunities tailored to the needs of international banks. These include:

- Seminars featuring top-class experts from member institutions, regulators, supervisory authorities and advisory firms,
- Working groups on current topics, specifically addressing employees of member institutions,
- Individual in-house training sessions and webinars,
- Bilingual, up-to-date daily briefings as well as monthly newsletters with practical information on legal, tax and organisational developments, and
- Publications on key topics such as compliance, taxation and regulatory reporting.

In addition, networking events such as the VIB Summer Reception, management forums organised as after-work events, and the annual general meeting provide valuable opportunities for professional exchange.

A strong team at your side

The VIB team supports member institutions, their senior management and employees, as well as political and regulatory stakeholders, as a competent and experienced partner. With direct communication channels and in-depth expertise, the VIB ensures effective advice and representation of interests, giving international banks in Germany a strong and credible voice.





The Association's Summer Party in Times of Change

The Association's summer party at the "Frankfurter Botschaft" at Westhafen took place again in 2025 immediately after the summer holidays in Hesse and has become a new tradition and an attractive addition to the event calendar of the financial scene in Frankfurt.

It is a special event at which the members of the Association meet with representatives from federal and state politics, the city of Frankfurt/Main, and the supervisory authorities. Lawyers, tax advisors, auditors, and management consultants who have often supported the VIB and its members for many years and who are even more closely associated with the Association as VIB Experts are also part of the "VIB family," which was once again able to spend this evening together.

Official presentation of the Association's new name

In his welcoming speech, Tobias Vogel, the Association's Chairman and CEO of UBS Europe SE, presented to the guests the transition from the Association of Foreign Banks (VAB) to the Association of International Banks (VIB) decided upon by the members. He explained that the new name, which is reflected in a modernized logo, better represents both the internationality of the members and their employees as well as the global resources behind them.

Tobias Vogel focused on three current core issues for VIB. He began by calling for the 1:1 implementation of the EU's

CRD VI Directive into German law, which particularly affects VIB members from non-EU countries, i.e., so-called third-country banks.



The VIB Team

The manner in which this demand has since been implemented is a key factor for their future regulatory burden and thus also for the decision on whether the entities will remain in Germany.

He also drew attention to the 59 specific proposals for reducing bureaucracy in banking regulation and for taxing banking products and services, which the VIB submitted to

politicians before the summer break. VIB is taking the initiative and calling on politicians and administrators to act swiftly and jointly to finally give institutions the breathing space they need to fulfill their actual purpose, namely to conduct banking business, within the constraints of banking regulation.

Tobias Vogel then pointed out the urgent need for federal policy to set the course for a capital market orientation of all three pillars of pension provision.

The models for this have long been known, discussed, and already tested in other countries. International banks and asset managers in particular have decades of experience in this area, which they would like to bring to bear in the German context. This could not only increase the retirement income of tomorrow's pensioners, but also have positive effects on the breadth and depth of the German and European capital markets, thereby providing decisive impetus in the areas of innovation, start-ups, IPOs, and bond markets.



Welcome and keynote speech by Nancy Faeser

It was particularly pleasant for the guests in attendance that the former Federal Minister of the Interior, member of the Bundestag, and long-standing chairwoman of the SPD in Hesse, Nancy Faeser, took part in the VIB summer party and welcomed the guests. She emphasized the global and national challenges currently facing federal politics and the tensions surrounding economic policy. She explained that the need to finance the planned immense infrastructure and defense expenditures with additional private funds, as well as the dependence of debt repayment on a positively developing economy, which is to be stimulated by these investments, urgently requires the release of economic power from companies in all branches of industry.

She outlined, that this can only succeed if banks, as companies and as lenders and facilitators of capital measures, are able to operate within the right framework conditions. The reduction of bureaucracy in banking regulation and the VIB's tax proposals would be a good starting point for discussion and the political process. The coalition parties in Berlin are aware of the urgency of focusing on this issue. The work of associations such as the VIB is needed to arrive at practicable legal solutions that can be implemented quickly by both the institutions and the supervisory authorities.



Welcome and second keynote speech by Florian Rentsch

Florian Rentsch, the newly appointed Special Representative for the Frankfurt Financial Center and Chairman of the Board of the Association of Sparda Banks, former Minister of State in the Hessian Ministry of Economics, then welcomed the guests with insights into the background and work of the Hessian Prime Minister Boris Rhein's financial center initiative, known as the "Hessian Financial Center Cabinet." He explained that his new role as Special Representative for the Frankfurt Financial Center consists of bringing together the many institutions, state and local politicians, administrations, academics, and business associations to work in various working groups to develop the ideas and measures necessary to address the issues already mentioned by the previous speakers.

The aim is to strengthen Frankfurt's position as an international financial center in Europe and the world

so that the financial industry in Germany can ultimately play the role and offer the services needed for Germany's further development. Through the cooperation of almost 60 institutions, organisations and companies, it has already been possible to commit the key players based in the city and the Frankfurt area to this goal and the work involved for the first time, and the VIB has made a major contribution to this with its efforts.

Networking against the sunset backdrop of the Main River

After these thought-provoking speeches, guests moved on to networking and conversation against the backdrop of the Main River in the evening sun. The family-like, yet professional, atmosphere of the VIB summer party allowed many guests to forge new connections late into the evening and provided space for stimulating conversations about common challenges and future tasks for the VIB.

REVIEW AND OUTLOOK PART I





Bureaucracy Wind-Down: Resistance, but also First Successes and Progress!

Market Access into the EU by Third-Country Banks after CRD VI and its Implementation in Germany

The Future Supervisory Regime for Third-Country Branches

A Year of Major Changes in Consumer Protection

How Generative AI is Redefining Internal Investigations

Sound Compensation: Remuneration Transparency and BRUBEG

New ESG Requirements as a Challenge – and an Opportunity – for Banks

Opportunities and Challenges for FinTechs: Developments in Financial Regulatory Law in 2026

ESG Risk Management in the Wake of CRD VI Implementation

MiCAR and the AI Act: Implementation Focus in 2025 and Regulatory Outlook for 2026

Draft MaRisk for Investment Firms

Bureaucracy Wind-Down: Resistance, but also First Successes and Progress!



Wolfgang Vahldiek
Deputy Managing Director
Director and Head of Legal Affairs
Head of Business Development

Association of International Banks
in Germany (VIB)

Last year, we discussed VIB's goal of working to reduce bureaucracy. Over the past twelve months, and – as will be described shortly – perhaps not entirely without our constructive contribution, the issue has gained momentum that was difficult to predict.

Societal consensus on reducing bureaucracy

By now, there should be a societal consensus that things cannot continue as they are. Extreme bureaucracy, in the form of numerous small measures imposed by a detail-oriented state, has the potential to fundamentally put society to the test.

The effects of German and European policy in recent years can no longer be ignored. Unfortunately, the regulatory tsunami of 2010 to 2024 and its practical consequences have led to serious effects which have now been sufficiently identified and analysed by economic research, central banks, and also government-related organisations such as in the Draghi Report.

The experts agree with the perception of the interested public, that mistakes should not be repeated, and to achieve this, it helps to look at the cause.

Unfortunately, for many years, political decision-makers allowed themselves to be persuaded by appealing-sounding descriptions of objectives to allow the jungle of regulations to proliferate. Bureaucracy was often built up with the aid of

impressive feel-good rhetoric. Who can disagree when legislation is linked to positive values? Branding helps to organise majorities, but unfortunately, it also obscures a sober view of the real effects. Examples are shown below.

Resistance and further bureaucratic build-up

If those responsible for the bureaucratic build-up of the past 15 years want to learn something, then the following insight would be an important step: the plausibility of target descriptions does not justify every individual measure, no matter how well-intentioned. It is not the task of the state and its executive branch to analyse, regulate and control every detail of daily life. People must be given more personal responsibility; ultimately, this means freedom. This requires a genuine change in mindset.

However, those involved in politics are finding it difficult to change their thinking.

Objectives and, above all, slogans are still being formulated to justify new waves of regulation.

The most important current drivers of bureaucracy in the financial sector, which will continue to motivate regulatory activity in the coming years if decision-makers do not learn from experience, are referred to in current EU jargon as 'customer journey', 'value for money', 'equal pay', 'instant payments', naturally the evergreen 'ESG', and the list could be extended by several more. The branding entails the risk of overlooking questionable details and unreasonable demands hidden in regulations that run to hundreds of pages. On the other hand, however, it is essential to ask the question: what exactly is the role of the state in these areas, and do people really need to be regulated and monitored by supervisory administrative powers because they cannot cope on their own?

Successes of German financial policy

But enough about the problem. There is now more than just light at the end of the tunnel; to stay with the metaphor, the train is already finding its way into the open air and is no longer stoppable. The above diagnosis has been followed by the start of a therapy in the form of bureaucracy reduction, particularly in the financial sector. German politicians and supervisory authorities deserve praise for this, as they have taken the first steps and are promoting serious approaches and solutions, both locally in Germany and at EU level.

Is that too optimistic? I don't think so, and I would back that up with the following examples of progress already made:

- BaFin and Bundesbank have made proposals for a significant simplification of regulations for smaller institutions – also known as a Small Banking Box in industry jargon – and



have already implemented some of these proposals.

- The register for investment advisers and investor complaints was abolished, because it does not provide any additional benefit beyond the existing supervisory powers.
- The reporting of credits of 1 mln euro or more will be abolished because it seems dispensable.
- The documentation requirements under Sections 15 and 18 of the German Banking Act for credit documents and institutional credit will be significantly reduced by raising the relevant thresholds.
- Branches of institutions from third countries will be entrusted to supervision and regulation of their home countries in many respects while the enforcement of German regulations is partially waived in return.
- The supervisory authorities are on a credible path to identifying and implementing further potential for simplification in the area of laws and administrative regulations.

The list could go on. Our Association has compiled extensive proposals for further individual measures and we feel that we are taken seriously and valued as a point of contact. There is therefore good reason for optimism, especially as the above list is only a selection of a series of measures that are still in preparation and will benefit all players in the financial system – not only banks and investment firms, but also customers and investors.

What about the EU level?

Attentive readers will notice that the EU does not yet feature in the above list of successes. This is because successes at EU level have so far been limited, mainly to the fact that only a negotiable core remains of the sometimes excessive proposals developed by the EU supervisory authorities together with the European Commission for the Savings and Investments Union (SIU) and the Retail Investment Strategy (RIS). Although avoidance of mistakes is already a step forward, the move towards actively reducing bureaucracy in the EU must still follow for the financial sector.

An anecdote relating to securities regulation that sticks in the mind is a recent comment made by a prominent source, that 40% of MiFID could be scrapped overnight and no market participant would notice. I would say without hesitation that this is also true for CRD and CRR. It will probably be a long time before such way of thinking about aim and purpose of existing regulations at EU level becomes mainstream. ESMA and EBA in particular are probably still in the process of seriously recognising the need for this.

Triggered by the previous European Parliament, CRD VI, which in large parts – again! – deliberately increases bureaucracy, must also first be implemented.

Above all, it creates new reporting, documentation and notification procedures in the areas of cross-border services, acquisition control, key function holders and ESG.

Conclusion and outlook

But as I said, the start has been made. Our Association will continue to support further developments in a constructive manner. We see it as our task to clearly identify the actual effects of planned measures and to highlight any possible undesirable side effects. And not just in our own interests. We firmly believe that our tireless commitment to pragmatic and practical solutions makes an active contribution to maintaining a customer-friendly and stable financial system that can support and finance economic development.

Market Access into the EU by Third-Country Banks after CRD VI and its Implementation in Germany



Dr Alexander Behrens
VIB Expert Panel
Banking Supervision and Governance

Partner
Allen Overy Shearman Sterling LLP

While the EU has over the last decades established a more and more granular regime for bank regulation, traditionally, this regime did not cover whether and under which conditions banks from third countries may access the EU markets. This changed with the entering into force of CRD VI in July 2024 which, amongst others, provides for a minimum harmonization as regards EU market access from third countries by way of cross-border provision of services and via branches. In essence, Art. 21c CRD VI establishes that EU Member States need to ensure that certain core banking services, i.e. deposit taking, lending and guarantee business, may only be provided if third-country banks set up a branch in the relevant Member State. The mere cross-border provision of such core banking services is essentially only allowed where an exemption to the branch requirement applies, in particular: the intra-group exemption, inter-bank exemption, reverse solicitation or if an institution may rely on the limited grandfathering regime. At the same time, Art. 47 et seq. CRD VI establish a specific minimum regime for such local branches of third-country institutions.

Implementation by BRUBEG

On 22 August 2025, the German Federal Ministry of Finance (Bundesministerium der Finanzen) published the draft bill (Referentenentwurf) for the Banking Directive Implementation and Bureaucracy Relief Act (Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratienteilastungsgesetz – BRUBEG), implementing,

in particular, CRD VI. The BRUBEG has in the meantime partly gone through the parliamentary process; it is expected that the BRUBEG will be published in March 2026 (i.e. after the official implementation date of 10 January 2026).

As regards the substance of the BRUBEG, it makes sense to differentiate between the cross-border provision of services and the third-country regime, starting always with the current “pre-BRUBEG” German regime.

Amendments to cross-border services are generally limited to the “waiver regime” (Freistellungsregime).

As regards the cross-border provision of services, under current German law, a license is required for anyone providing regulated activities (this term includes the core banking services within the meaning of CRD VI) “in Germany”. Providers not being based in Germany but providing regulated activities to clients based in Germany are also considered as providing banking services “in Germany” if they are seen as “actively targeting the German market”, which means that they do not act on a reverse solicitation basis. In other words: the current German regime already subjects providers of banking services based in third countries and intending to actively target the German market to a licensing requirement. Therefore, there was – in principle (see exemption below) – no need for any “structural amendments” of the German Banking Act (Kreditwesengesetz – KWG) in order to align it with CRD VI. Consequently, the BRUBEG does generally not amend the existing rules on licensable activities. As a further consequence thereof, there is very limited room for a grandfathering regime.

There is one relevant exemption to the previous statement that the German Banking Act required no structural amendments: Currently, Section 2(5) KWG provides that the German Federal Financial Supervisory Authority (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – BaFin) may, on a case-by-case basis, waive (freistellen) third-country institutions with, broadly speaking, an equivalent regulatory home state regime from the licensing requirement in Germany. Such current form of a waiver would not be in line with Article 21c(1) CRD VI. Therefore, the BRUBEG draft suggests changes to BaFin’s ability to grant such waivers and to the waivers that have already been granted by BaFin under Section 2(5) KWG: BaFin must (partly) revoke existing waivers insofar as CRD VI requires the establishment of a domestic branch (cf. Section 2(5) sent. 2 of the new KWG-draft). Similarly, new waivers may only be granted under such caveats.

The BRUBEG leaves a number of interpretation issues open which will likely be discussed in the future: BaFin has over the last years developed its own administrative practice for the interpretation of terms of the German Banking Act. It seems



likely that BaFin will initially continue applying such administrative practice even where terms fall “into the scope of application” of Art. 21c CRD VI, e.g. as regards lending and deposit taking business, but also as regards reverse solicitation; at the same time, one would expect that BaFin will change its approach when and to the extent specific EBA guidance is issued – which in turn will raise the question whether such interpretation will also “override” BaFin’s administration practice in areas of law not falling “into the scope of application” of Art. 21c CRD VI or whether there will be a “split interpretation” by BaFin depending on the EU law origin of a rule. Another topic for discussion will be how exemptions provided under Art. 21c CRD VI which are not 1:1 mirrored in German law, like the intra-group exemption and the inter-bank exemption, will be dealt with, given that the official reasoning of the BRUBEG explicitly states that German law aims for a 1:1 implementation.

Rules for third-country branches

Amendments to third-country branches are mainly relevant for “privileged jurisdictions”. The current German Banking Act in principle follows a quite strict regime as regards third-country branches as it, with some exemptions, requires application of the regime applicable to subsidiaries (i. e. full CRR and KWG application). Such branches to which CRR and KWG are fully applied today will enjoy less strict requirements in the future.

That said, the German Banking Act, in combination with implementing rules, provides for significant exemptions for institutions from certain privileged third countries, namely, US, Japan and Australia. Such current “privileged regime” does not meet the minimum standards foreseen by Art. 47 et seq. CRD VI. Therefore, the BRUBEG amends the current regime to the extent branches provide core banking services, aligning it very much with the requirements foreseen by CRD VI. As a consequence, privileged third-country branches will need to go through a re-authorisation process and will in the future need to meet stricter requirements.

It should be stressed that now and in the future third-country branches may only provide services in the Member State where they have been established, i.e. they may not “passport” their license.

This is probably a key reason why there will only be a very limited number of new third-country branches within the entire EU.

Practical relevance

The practical ramifications of the BRUBEG for third-country banks will depend on their business model: In the context of cross-border provision of services, the legal situation should not change significantly – other than for groups which currently significantly rely on the waiver and, therefore, will need

to restructure their business. In contrast, third-country branches currently relying on a privileged treatment will need to go through a re-authorisation process and will, in essence, be subject to stricter requirements.

When considering the relevance of CRD VI “in Germany”, one additional aspect should not be underestimated: While the immediate effects for the operation of third-country institutions with German clients should be rather limited, in some other jurisdictions CRD VI is, depending on its implementation, likely to have a more significant effect, namely in jurisdictions which so far had a more liberal third-country access regime. Such jurisdictions will have to tighten their rules, and third-country groups will therefore be required to transfer certain (additional) business lines to their “EU hubs”. As some of these hubs are in Germany, it is likely that CRD VI will result in a (further) increase of the balance sheet also of Germany based “EU hubs” of third-country banks.

A&O SHEARMAN

Allen Overy Shearman Sterling LLP
Große Gallusstr. 14 | 60315 Frankfurt am Main
alexander.behrens@aoshearman.com
www.aoshearman.com

The Future Supervisory Regime for Third-Country Branches



Dr. Jens H. Kunz, LL.M. (UT Austin)
VIB Expert Panel
Banking Supervision and Governance

Partner
Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB

Although deregulation – or at least the emphasis on proportionality in financial regulation – has recently been one of the topics propagated in political discourse and by the German supervisory authorities, further amendments to the German Banking Act (Kreditwesengesetz) are imminent which will result in different requirements. These will affect in particular institutions from third countries conducting banking business on a cross-border basis or through a German branch in Germany. These new requirements are contained in the draft of the German Banking Directive Implementation and Bureaucracy Relief Act (Bankenrichtlinienumsetzungs- und Bürokratieleistungsgesetz) (“BRUBEG”), which is still in the legislative process and might to be adopted early in 2026. This is a matter of urgency as the BRUBEG is supposed to implement the provisions of Directive (EU) 2024/1619 (“CRD VI”) by 10 January 2026.

CRD VI is intended to redefine and harmonise the current fragmented supervisory regime governing the provision of core banking services from third countries within EU Member States, including the requirements for third-country branches in the EU. The experience of Brexit and the resulting reorganisation of the market presence of international banking groups have highlighted, from the legislator’s perspective, the need for a consistent set of rules across the EU. The key aim of the new regulations is the risk-appropriate, standardised supervision of dependent branches from third countries.

Independent licensing regime for CRD third-country branches

The implementation of the CRD VI rules on third-country branches by BRUBEG will lead to two significant changes to the current German Banking Act (KWG). Firstly, the option for institutions from third countries to obtain an exemption, in particular from the license requirement pursuant to Section 2(4) and (5) KWG for the provision of certain core banking services will be excluded. Secondly, and closely related to this, a separate licensing regime will be introduced for so-called CRD third-country branches, which will significantly modify the existing legal framework for branches from institutions registered in third countries. In this respect, it should be borne in mind that branches of companies from third countries conducting business in Germany that generally requires a licence are already treated as institutions under Section 53 KWG and are therefore also subject to the licensing requirement (in contrast to branches of institutions from EEA states, which benefit from the EU passport). Although Section 53 KWG will not be abolished by the BRUBEG, a range of new provisions will be added (Sections 53c to 53cq of the Draft KWG) that apply specifically to CRD third-country branches.

CRD third-country branch – concept and distinctions

What does “CRD third-country branch” mean exactly? CRD third-country branches are defined as branches that either provide deposit-taking business themselves or belong to an undertaking that would be a CRR credit institution if it were located in the EU, provided that it in the latter case, the branch provides the lending or guarantee business (Section 53c(1) of the Draft KWG). There is yet a significant exception to this general definition for branches only providing investment services or ancillary services such as the related acceptance of deposits or the granting of loans for the purpose of providing investment services.

However, CRD third-country branches are not treated as a uniform category to which exactly the same set of regulatory requirements apply.

Instead, they will be subject to a risk-sensitive supervisory regime that distinguishes between two risk classes (Section 53ca Draft KWG). A CRD third-country branch belongs to risk class 1 in particular if the total value of the assets booked or originated by it in Germany amounts to at least €5 billion, if it conducts deposit taking business with retail clients to a significant extent (5% of its total liabilities or more than €50 million) or if it is not a so-called „qualified CRD third-country branch”. To be regarded as a qualified CRD third-country branch, the branch must, in simple terms, be subject to financial prudential rules comparable to EU standards under the law of its home country and the home country must not be



classified as a third country with a high risk of money laundering and terrorist financing. The EBA will maintain a public register of those home countries allowing the classification as a qualified CRD third-country branch.

Impact of the distinctions on regulatory requirements

In line with the risk-sensitive approach, each of the different risk categories is subject to graduated requirements for capitalisation, liquidity, corporate governance and risk management (Sections 53ce to 53cg KWG). In addition, BaFin will be able to exempt qualifying CRD third-country branches from liquidity management requirements or certain reporting requirements (Section 53cf(4) and Section 53cl(3) Draft KWG). The authorisation for a CRD third-country branch will only be granted if the branch meets the minimum regulatory requirements applicable to the branch (Section 53cc et seqq. Draft KWG). Against this background, especially existing branches from third countries within the meaning of Section 53 KWG will need to examine in detail which additional requirements they will have to meet in future. These differ from the current rules – and in some cases also go beyond the minimum requirements for CRD third-country branches contained in CRD VI.

Authorisation as a CRD third-country branch will generally only apply to activities within Germany.

This means that the CRD third-country branch will be prohibited from providing services requiring a licence for customers in other countries (which is similar to the current legal situation for branches from third countries under Section 53 KWG). However, intra-group financing transactions with other CRD third-country branches of the same undertaking and services supplied exclusively at the request of a customer will be privileged in this respect (Section 53cc(5), second sentence Draft KWG). Nevertheless, neither the CRD VI nor the BRUBEG defines the circumstances suggesting an exclusive request by a customer.

In line with the risk-sensitive approach when dealing with CRD third-country branches, BaFin will have the right to require the establishment of a subsidiary with a conventional licence according to Section 32 KWG if a CRD third-country branch reaches certain business volumes either alone (assets of at least €10 billion) or together with other CRD third-country branches within the EU (assets of at least €40 billion), if it operates in other EU Member States or otherwise becomes systemically relevant (Section 53ci Draft KWG).

Transitional period and possible continued validity of existing licences

Companies affected by the new rules for CRD third-country branches will be given time to adjust to the new licensing requirements during a transitional period until 11 January 2027

(Section 64c(6) Draft KWG). However, this transitional period does not apply to the reporting requirements to which CRD third-country branches will be subject in future. For branches from third countries already holding a KWG-licence before the new regime comes into force, BaFin may decide that these licences will still be valid provided that the branches concerned meet the new substantive requirements (Section 53cc(7) Draft KWG).

Conclusion

Although the name “German Banking Directive Implementation and Bureaucracy Relief Act” might suggest otherwise, the new supervisory regime will impose implementation burdens on German branches of institutions domiciled in third countries. Admittedly, this is due to the basically welcome objective at EU level of creating harmonized conditions for the supervision of CRD third-country branches across the Member States and thus a level playing field. Whether the BRUBEG will fully achieve this in Germany remains to be seen in view of certain requirements that the KWG will stipulate for CRD third-country branches and which cannot be derived directly from CRD VI.

NOERR

Noerr Partnerschaftsgesellschaft mbB
Börsenstr. 1 | 60313 Frankfurt am Main
jens.kunz@noerr.com
www.noerr.com

A Year of Major Changes in Consumer Protection



Nina Weidinger
Division Manager Legal Affairs
Attorney-at-Law
(In-house lawyer)

Association of International Banks
in Germany (VIB)

The year 2025 marks a turning point for the credit industry: never before have financial institutions been so strongly at the center of a fundamental consumer protection regulatory process. The new EU Consumer Credit Directive and the amended EU Consumer Rights Directive have significantly shifted the regulatory foundation of the European credit market. Their implementation into German law requires financial institutions not only to adapt established processes, but to fundamentally redesign many business models. The reform agenda aims at a more consumer-friendly, digitalized credit landscape. For the banking sector, this entails substantial operational, technical, and strategic challenges.

Expanded scope of application and new information obligations

One of the core elements of the EU Consumer Credit Directive is the significant expansion of its scope of application: credit products that previously often fell outside traditional consumer credit regulation are now explicitly included. These include micro-loans of up to 200 euros, fee-free or interest-free financing, very short-term loans (with a term of less than three months), as well as modern Buy Now, Pay Later (BNPL) models. The latter in particular have experienced rapid growth in online shops, among online retailers, and on platforms in recent years. At the same time, consumers have increasingly ceased to perceive such payment options as “traditional loans” –

a development to which the legislator is now responding with a clear consumer protection framework.

This expansion is accompanied by a substantial increase in information obligations: before concluding a contract, lenders will in future be required to provide even more comprehensive and transparent information on all essential contractual components, costs, risks, and the right of withdrawal.

In practice, this means that financial institutions must revise all communication channels – whether digital via websites or apps, as well as in branches and advisory meetings.

At the same time, the customer journey, particularly online, must be designed in such a way that all relevant information is clearly structured, easy to find, and comparable.

At first glance, these information obligations primarily represent additional regulatory effort. However, credit institutions that already have particularly transparent and well-designed digital processes may stand out positively. Thoughtful information design can strengthen customer trust and lead to better decision-making, which in the long term is also likely to improve repayment quality.

Stricter creditworthiness assessment and modernized contract form

Another central pillar of the directive is the significantly stricter creditworthiness assessment. While simplified or automated models were often used in the past, particularly for small loans or BNPL offers, the new regulation requires a well-founded risk analysis. Lenders must demonstrate that their scoring models, decision-making structures, and data sources are robust and up to date, enabling reliable assessments of borrowers' ability to repay. The requirements are increasingly aligned with those applicable to mortgage lending law, which places considerable pressure to adapt on institutions that have so far relied on lean assessment processes.

At the same time, the directive introduces an important modernization of the contractual form:

For general consumer loan agreements, text form will be sufficient in the future. This means that a contract can be concluded via email, click, online confirmation, or a digital interface.

The previously required written form, often perceived as an obstacle, will no longer apply. This change allows credit institutions to establish fully digitalized processes and significantly accelerates contract conclusions.



New right of withdrawal and electronic withdrawal button

One of the most notable provisions of the amended EU Consumer Rights Directive concerns the right of withdrawal for general consumer loan agreements. Previously, under certain circumstances, so-called “perpetual right of withdrawal” was possible if the company had not fully complied with its information obligations prior to contract conclusion. This often exposed banks to considerable uncertainty and high potential costs and led to disproportionate outcomes, particularly when the information error was of a minor nature.

Under the new regulation, the right of withdrawal for consumer contracts relating to financial services is now limited to a maximum of 12 months and 14 days from the conclusion of the contract, provided that the borrower has been informed of this right of withdrawal. This establishes an appropriate balance: consumer protection remains ensured, while the long-term risk for institutions is reduced.

In addition, the directive introduces a digital and consumer-friendly innovation: the electronic withdrawal button.

For consumer contracts concluded online, a clearly visible and unambiguously labeled button (“Withdraw contract” or similar) must be provided, allowing withdrawal to be exercised with a single click. This mechanism is intended to make withdrawal as easy as concluding the contract itself.

For credit institutions, this entails significant challenges. Their IT systems must technically implement the button and ensure that all underlying processes are documented in a legally compliant manner. At the same time, compliance and documentation processes must be adapted accordingly and reliably ensured.

Conclusion

The new EU Consumer Credit Directive and the amended EU Consumer Rights Directive, as well as their implementation into German law, represent a paradigm shift. The inclusion of previously exempt credit products, the modern text form, stricter assessment obligations, and the digital withdrawal button are milestones on the path toward a more consumer-friendly and digital financial world. For the credit industry, this initially results in substantial implementation efforts – structurally, technically, and regulatorily.

The VIB is fully aware of the significance of these changes and actively supports its members. We will establish working groups in which we will jointly develop practical solutions together with representatives from our member institutions. In addition, we are planning further events, seminars, and roundtables to promote the exchange of experience and address regulatory uncertainties.



How Generative AI is Redefining Internal Investigations



Dr Moritz Pellmann, LL.M. (London)
VIB Expert Panel
Data Protection and Investigations

Attorney-at-Law | Partner
Freshfields PartG mbB

The year 2025 was undeniably dominated by artificial intelligence (AI). Starting with ChatGPT, the focus was on generative AI (GenAI), which is capable of independently generating completely new content based on learned patterns. GenAI is currently being experimented with in almost all areas of life – including, of course, internal investigations.

For years, internal investigations have faced a two-fold challenge: while the amount of data to be analysed explodes and the issues to be investigated become increasingly complex, public prosecutors, courts, regulators and auditors continue to expect swift, comprehensive, accurate and comprehensible results.

Even before ChatGPT came along, attempts were being made to use technology to cope with the flood of data here.

However, these solutions have already reached their limits, especially when it comes to understanding complex communication structures and recognising hidden contexts, which are essential for internal investigations.

This is where a subgroup of GenAI comes in: large language models (LLMs). These are complex algorithms that have been trained using enormous amounts of text data. They can not only predict human language statistically, but also grasp

nuances, contexts and semantic relationships. Consequently, the integration of LLMs into internal investigation processes holds revolutionary promise for the future, while also raising completely new questions and challenges.

Previous technological approaches

Technology-assisted investigations are nothing new. Forensics specialists and legal experts have been using tech tools to filter relevant information for years. Classic approaches include semantic searches (searching for contextual meaning rather than just keywords) and conventional AI-based methods, such as clustering (automatic grouping of similar documents) and technology-assisted review (TAR) using predictive coding (automatic classification of documents based on pattern recognition).

Limitations of previous approaches

Previous approaches could not fully cope with the complexity of human language and the ever-increasing diversity of documents, thus requiring a great deal of manual effort. At the same time, they frequently produce false positives, i.e. documents that are incorrectly assessed as relevant, and are only scalable to a limited extent as data volumes and complexity increase. Ultimately, these methods lack an understanding of language and context. As a result, traditional tools fail when it comes to sarcasm, specific industry jargon, or obfuscating language, for example.

The promise of LLMs

In contrast, LLMs are not only intended to speed up repetitive tasks, but also to (better) grasp complex contextual relationships, thereby creating a sound basis for decision-making. At the same time, these models are now also becoming increasingly adept at processing images, audio and video files. This means that LLMs could be the answer to the previous problems and failures stated above.

What is already possible today?

The integration of LLMs into existing investigation processes is still in its infancy. So far, the following use cases for LLMs have become particularly well established:

- **Translations:** Translations of large, multilingual document volumes enable a quick insight into the relevant content.
- **Early case assessment:** Based on rapid pattern and context recognition in large amounts of data, LLMs make it possible to quickly obtain an initial (rough) thematic overview. At the same time, they assist in the creation of initial chronologies of events.
- **Content extraction:** Relevant content, entities, or chains of events can be reliably extracted and concisely summarised.



- **Quality control:** Following on from classic document review, LLMs can automatically check the consistency of human review decisions and detect deviations at an early stage.

Where can LLMs create additional value in the future?

The use cases summarised above illustrate that the actual use of LLMs in internal investigations has been limited to specific individual tasks so far.

At the same time, integration into existing review platforms and thus increasingly automated risk analysis is progressing rapidly.

The current trend is towards carrying out the initial review of the database in the short and medium term in a largely technology-driven manner – i.e. based on LLM-supported tools that are specially trained for investigative legal use cases and context-sensitive tasks. In this way, LLMs could contribute to a significant acceleration and simplification of the initial review of large, complex data sets.

Challenges

Despite all the euphoria, considerable challenges remain. The use of LLMs is not a sure-fire success, but requires careful governance that needs to deal with some entirely new issues:

- **Explainability:** How can we explain the results of a “black box” to prosecutors, courts, regulators and auditors? The current solution is technical in nature: using a “citation-based approach”, every factual claim must be substantiated by a reference to the original source.
- **Legal barriers:** How can the use of LLMs be reconciled with data protection, banking secrecy, lawyers’ duties of confidentiality, and the EU AI Act, given that all of these areas impose clear legal limits and entail extensive compliance obligations?
- **Technological risks:** How can “hallucinations” and biases, i.e. the prejudices of LLMs, be avoided or at least detected at an early stage and mitigated? The issue of “data quality” is becoming increasingly important in this respect.
- **Data availability & infrastructure:** How can the often underestimated hurdle of “data silos” be overcome? Data protection and banking secrecy often prevent the centralisation of data. “Bring the model to the data”, and not “bring the data to the model”, is becoming the new paradigm of IT infrastructure.
- **Organisation & liability:** How much human involvement is still necessary? The clear answer: “AI won’t replace humans – but humans with AI will replace humans without AI.”

Human oversight is the primary line of defence when it comes to liability. The final decision must remain in human hands.

Outlook for 2026

Despite these challenges and some unresolved issues, it can already be concluded today that LLMs are establishing themselves as a fundamental tool for areas such as (multilingual) translation, early case assessment, and quality control by 2025. As they mature, they will continue to take over more and more aspects of traditional document review in 2026.

However, it is also clear that human expertise remains irreplaceable, especially in the highly sensitive environment of internal investigations. Responsibility for the end-to-end process, the final (legal) assessment, and audit-proof documentation cannot and must not be delegated to a machine.

Anyone intending to conduct internal investigations efficiently and successfully in 2026 must not view LLMs as merely an optional tool. It is important to understand this technology as a strategic advantage of modern legal defence, while at the same time setting the right legal, ethical, and regulatory guidelines here.

Co-author:

Diogo Borges, LLM (Principal Associate at Freshfields)

FRESHFIELDS

Freshfields PartG mbB

Große Gallusstr. 14 | 60315 Frankfurt am Main

moritz.pellmann@freshfields.com

www.freshfields.com

Sound Compensation: Remuneration Transparency and BRUBEG



Dr Lars Hinrichs
VIB Expert Panel
HR, Labour Law and Remuneration

Attorney-at-Law | Specialist Attorney
for Labour Law | Partner
Deloitte Legal
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

The sound compensation carousel brought further impacts to the remuneration systems and remuneration governance of institutions in 2025 and will continue to turn in the 2026 calendar year. The focus is currently on the legislative process for the implementation of the Pay Transparency Directive (Directive 2023/970/EU, EUPTD) and CRD VI (Directive 2024/1619/EU) into German law, which is expected to be completed in the first half of 2026.

Pay transparency: Extended right to information and extended reporting obligations

The extended requirements of the EUPTD regarding the right of job applicants and employees to information on remuneration and the employer's reporting obligations on the gender pay gap will be largely implemented in the Remuneration Transparency Act (Entgelttransparenzgesetz, EntgTG 2.0). A first draft of the EntgTG 2.0 is expected in the first quarter of 2026.

It will take into account many of the proposals made by the commission appointed by the legislator for this purpose (for the low-bureaucracy implementation of the EUPTD) in its final report of 24 October 2025.

Key questions regarding the information right on remuneration

The following key questions arise for remuneration practices regarding the implementation of the extended EUPTD requirements on the right to remuneration information in remuneration systems:

- **Comparable groups:** The commission recommends a comprehensible explanation of the formation of comparable groups in the response to the right to information in order to minimise queries from job applicants/employees. Institutions must already take this into account when validating and defining comparable groups (based on the criteria of the same or equivalent job) and when conducting pay gap analyses. Many institutions have already taken into account the extended EUPTD requirements for groups of comparable employees in the job grading system, which was first implemented or updated in the 2025 calendar year.
- **Content of the information:** The Commission proposes (by majority vote) to focus on the disclosure of the total gross remuneration paid in the same period of the previous year. It should not be necessary to break down the remuneration into individual components (which is often difficult in practice). At the same time, employers must generally consider all relevant remuneration components when determining remuneration.
- **Remuneration information and protection of personal data:** The Commission proposes (by majority vote) to retain the minimum threshold of at least six employees of the opposite sex performing the relevant comparative activity, which is already regulated in Section 12 (3) EntgTG for the provision of information.
- **Time-related exercise of the right to information:** The Commission proposes a time-related focus with the possibility of exercising the right to information on an annual basis.

Extended reporting obligations

The extended reporting obligations include the following core topics:

- **Employers and employees to be taken into account:** The reporting requirement applies to all employers with at least 100 regularly employed employees, regardless of their legal form. Individual employers as legal entities (legal entity principle) are affected. All employees employed in Germany and abroad must be included. Consolidated group reporting is not provided for by law.



- **Report content:** The report content includes the data specified in Art. 7 (1) EUPTD (including gender-specific pay gaps for total remuneration, basic remuneration and variable remuneration components). In EntgTG 2.0, the legislator must still determine, among other things, whether

- 1) all remuneration components are to be taken into account when determining the respective pay gap or – comparable to the regulatory remuneration concept in Section 2 (1) InstitutsVergV – a quantitative de minimis limit can be applied for relevant benefits in kind,
- 2) remuneration granted by third parties (e.g. LTI remuneration components granted by the parent company) should also be included, and
- 3) whether the target remuneration or the actual remuneration should be used as a basis.

- **Reporting cycle:** Depending on the number of regularly employed staff, this is annual (at least 250 employees) or triennial (at least 100 employees).

Applicable law for institutions with cross-border business activities

The right to information is assessed according to the law applicable to the employment relationship. If the employment contract does not contain a choice of law clause, the applicable law is to be determined in accordance with Art. 8 (2) to (4) of Regulation 593/2008/EU (Rome I Regulation).

Non-EEA countries are not subject to the scope of the EUPTD and are therefore not required to implement its provisions on the right to information.

The reporting obligation is assessed according to the legal principle of territoriality. The legal regulations applicable at the employer's registered office (as specified in the articles of association) are decisive.

Remuneration system compliant with EntgTG 2.0 and gender-neutral design of the remuneration system in accordance with supervisory law

The remuneration system updated to implement EntgTG 2.0 should regularly meet the regulatory requirements for a gender-neutral design of the remuneration system (Section 5 (1) No. 6 InstitutsVergV) in remuneration practice. Institutions can take this into account, among other things, when reviewing remuneration systems as part of the annual audit (Section 12 PrüfBV).

Remuneration in BRUBEG – InstitutsVergV 5.0

Institutions will have to deal with the following core issues, among others, when implementing BRUBEG:

- **Remuneration systems – Content of remuneration parameters:** According to BRUBEG, ESG risks must be taken into account in the remuneration strategy and variable remuneration must (also) be determined on the basis of financial and non-financial criteria (including ESG criteria). With regard to ESG risks, the legislator states in the explanatory memorandum to BRUBEG that the updated legal provisions (only) reflect previous supervisory practice. Reference can be made, among other things, to the statements made by BaFin in its „Questions and Answers on the InstitutsVergV“ (FAQ IVV) dated 13 June 2024, according to which BaFin primarily locates the consideration of ESG risks in the business and risk strategy of the institution. Institutions should therefore also be able to derive the relevant ESG criteria from the strategic guidelines under the BRUBEG and do not have to establish separate ESG remuneration parameters. At the same time, they must document that the relevant ESG risks are taken into account in the remuneration parameters.

- **Remuneration governance – supervisory body of third-country branches:** Many institutions with a domestic third-country branch have so far placed the function of the supervisory body with the management body of the parent company. The current BRUBEG draft stipulates that in future, the supervisory body of the parent company will be responsible for the remuneration of managers and the monitoring of employee remuneration systems. The legislator has not (yet) taken into account the criticism expressed in the legislative process, including by the Federal Council (and the proposal to delete this new provision) in the BRUBEG.

Deloitte.
Legal

Deloitte Legal Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
Dammtorstr. 12 | 20354 Hamburg
lhinrichs@deloitte.de
www.deloitte.de

New ESG Requirements as a Challenge – and an Opportunity – for Banks



Dr Leonie Dietrich
Officer Legal Affairs
Attorney-at-Law
(In-house lawyer)

Association of International Banks
in Germany (VIB)

The past year has seen numerous regulatory changes in the area of sustainability, the impacts of which institutions will continue to have to address this year as well. While other countries, such as the United States of America, appear to be bidding farewell to the “green” era, Brussels is attempting a measured simplification in order to strike a balance between maintaining Europe as an attractive financial centre and implementing measures to promote environmental, social and governance (ESG) objectives. The planned reforms span the entire spectrum of ESG-related topics. From sustainability reporting and banks’ risk management to the rules governing sustainable financial products, institutions will be required in 2026 to review and adapt their ESG processes.

Omnibus Simplification Package

At the beginning of the year – in February 2025 – the European Commission presented its Omnibus Simplification Package, which is intended in particular to simplify sustainability reporting for the companies concerned. This is accompanied by the objective of reducing the administrative burden for companies subject to reporting obligations by at least 25%. To achieve this ambitious goal, a series of amendments to existing EU legal acts is envisaged.

Both the Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) and the European Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) are to be streamlined with regard to their scope of application.

With respect to sustainability reporting under the CSRD, it is planned to raise the application threshold from 500 to 1,000 employees, combined with net turnover exceeding EUR 450 million. For the scope of application of the CSDDD, the threshold is to be increased from the current 1,000 to 5,000 employees, and the required net turnover from EUR 450 million to EUR 1.5 billion. These adjustments are intended to ensure that only large or very large companies fall within the scope of one of the two directives and are therefore subject to the additional administrative burden of reporting.

The transitional period until the potential simplifications enter into force was also regulated in the past year. Under the so-called “stop-the-clock” legislative acts, the commencement of reporting obligations under the CSRD and the CSDDD for many companies was postponed by a further two years. This is intended to ensure that, during the transitional period until the implementation of the measures under the Omnibus Simplification Package, companies do not have to advance internal processes or establish reporting systems that they may have to abandon again after implementation.

ESG risks in banks’ risk management following the implementation of CRD VI

The transposition of the Capital Requirements Directive VI (CRD VI) into national law through the Banking Directives Implementation and Bureaucracy Reduction Act (BRUBEG) will also bring a number of innovations for institutions in 2026 with regard to their ESG risk management. At the centre of these changes are the newly introduced Sections 26c and 26d of the German Banking Act (Kreditwesengesetz – KWG), which address ESG-specific requirements for risk management and, in particular, establish the requirement for a specific plan to monitor and manage ESG risks (the so-called ESG risk plan).

In the future, ESG risk plans will constitute a key component of banks’ ESG risk management.

These ESG risk plans are intended to identify the financial risks arising for institutions from ESG factors in the short, medium and long term. The specific requirements imposed on each institution will depend largely on its size. Section 26d KWG provides for relief for small and non-complex institutions within the meaning of the Capital Requirements Regulation (CRR), as well as for institutions that are comparable to them in terms of the nature, scale, complexity and risk profile of their business activities.



In addition to the implementation of the CRD VI provisions, several Level 2 measures addressing sustainability have been adopted at European level. Particular attention is currently likely to be paid to the EBA Guidelines on ESG risk management. These are not being applied comprehensively by BaFin, in part because, from the supervisory authority's perspective, they lack the necessary proportionality for smaller institutions. It can therefore also be assumed that the topic of ESG risk management will be taken up by the supervisor in the context of the MaRisk amendment announced for 2026.

Revision of the EU Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR)

At the end of November 2025, the European Commission also published a draft revision of the EU Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR). Here too, the focus is on "simplification". A fundamentally new system of product categories is to be established.

In the future, "green" financial products are to be classified into three product categories: Sustainable, Transition or ESG Basic.

While products in the "Sustainable" category invest in companies or assets that are already sustainable, products in the "Transition" category invest in companies or assets that are not yet sustainable but are on a path towards sustainability. The "ESG Basic" category additionally covers products that take other sustainability factors into account.

A prerequisite for categorisation is also likely to be that at least 70% of the investment supports the sustainability strategy of the respective chosen category, and that investments in "harmful" sectors and activities are excluded.

Negotiations between the European Commission, the European Parliament and the Council of the EU on the final design of the revision of the SFDR will continue this year. It therefore remains to be seen to what extent the proposed system of three product categories will be subject to further adjustments and which rules will ultimately apply to sustainable financial products in the future.

Conclusion

Against this background, sustainability remains a matter of particular interest for banks and companies in the financial sector as a result of the regulatory initiatives outlined above. While they may hope for relief and simplification of regulation from Brussels, the amendments to various EU legal acts, as well as the transposition of the ESG risk management requirements under CRD VI into national law, will nonetheless confront them with a multitude of new challenges. Implementing these changes and complying with supervisory requirements will remain a central task this year as well. It therefore remains to be seen whether the EU's objective of making sustainability simpler and thus future-proof will also hold true in practice.



Opportunities and Challenges for FinTechs: Developments in Financial Regulatory Law in 2026



Dr Verena Ritter-Döring
VIB Expert Panel
ESG - Sustainable Investments

Partner
Taylor Wessing
Partnerschaftsgesellschaft mbB

In 2026, the continued digitalisation of the financial sector must remain aligned with the applicable financial regulatory framework. This applies equally to FinTechs seeking to establish a presence in the financial market as well as to those that have already developed and implemented successful business models. Against this background, several key regulatory and market trends can be identified.

Alternative financing model

Alternative financing models will continue gaining relevance in 2026.

• Access to financing:

Peer-to-peer funding and lending platforms

Crowdfunding, as an alternative financing model, will remain a viable option for start-ups and small and medium-sized enterprises (SMEs) to raise investment capital in a comparatively low-bureaucracy manner in 2026. Depending on the financing structure pursued (P2P, C2B, B2C or B2B), differing regulatory requirements apply. Where consumer projects are financed via publicly accessible platforms, compliance with the EU Crowdfunding Regulation (Regulation (EU) 2020/1503) and the related delegated regulations is required. In the B2B context, the intermediation platform may also be structured pursuant to Section 34d (1) no. 2 of the German Trade Regulation Act (Gewerbeordnung – “GewO”). The use of artificial intelligence may enable cred-

it intermediation platforms to operate more efficiently; however, such use must comply with the transparency requirements of the EU AI Act. An increase in sector-specific platforms is expected in 2026. Overall, the crowdfunding market continues to expand.

This development will continue to create opportunities for FinTechs, either in their capacity as platform operators or as providers of technical services to platform operators, including data exchange solutions. FinTechs may also contribute their expertise in the use of artificial intelligence within such platform structures.

• Additional regulatory requirements under the EU Consumer Credit Directive

Once consumers are involved on the borrower side, new regulatory requirements will apply in future also to previously unregulated loan products. The EU Consumer Credit Directive, which is to be implemented with effect from 20 November 2026, inter alia in the German Civil Code (Bürgerliches Gesetzbuch – “BGB”) and in a new Consumer Credit Supervision Act (Absatzfinanzierungsaufsichtsgesetz – “AbsFinAG”), is intended to further strengthen consumer protection, in particular with regard to digital small-scale consumer credit, including “Buy Now, Pay Later” (BNPL) models and short-term credit arrangements. The AbsFinAG provides, inter alia, for stricter creditworthiness assessments as well as enhanced transparency requirements concerning costs and advertising. These regulatory requirements must also be observed by relevant credit intermediation and lending platforms. In addition, the intermediation of consumer credit will in future be governed by a new Section 34k GewO.

The implementation of the EU Consumer Credit Directive is also expected to have a significant impact on online commerce, where BNPL models and consumer credit intermediation in the context of sales financing are widely used.

In this context, FinTechs may provide technical compliance solutions supporting compliance with the Consumer Credit Directive, thereby facilitating business operations for online merchants.

• Secondary Credit Market Act for non-performing loans (NPLs)

No material amendments are expected in 2026 in relation to the German Secondary Credit Market Act (Kreditzweitmarktgesetz – “KrZwMG”). This legislation likewise focuses on borrower protection, in particular through compliance with consumer-protection-related organisational requirements applicable to credit servicing institutions, and gov-



ens the continuation and handling of financing arrangements in situations where the borrower lacks liquidity.

Easier access to financial services

A further market trend expected to continue in 2026 is so-called embedded finance. In this context, financial services which, by their nature, are reserved to regulated institutions – such as credit provision, savings products, real-time payments and real-time refunds, as well as insurance intermediation – are increasingly integrated into non-financial platforms through orchestrated IT architectures. The targeted use of artificial intelligence within such architectures may contribute to an improved customer experience. For FinTechs, this development represents an opportunity to participate in the regulated financial market by providing technical solutions.

In practice, FinTechs operating in this area will typically act as outsourcing service providers for regulated institutions. In this capacity, they will be required to comply with the requirements of Regulation (EU) 2022/2554 on digital operational resilience for the financial sector (DORA). Compliance with DORA is expected to constitute a particular challenge for smaller and early-stage FinTechs. At the same time, traditional financial institutions will increasingly depend on the support of FinTechs when embedding their services into online retail platforms or customer portals of large corporate clients.

Another example of easier customer access to financial services, such as investment advisory services, will continue to be provided in 2026 by digital robo-advisors and digital asset management applications.

While these solutions are not new, there remains a need for greater individualisation through offerings tailored to specific target groups. Cost efficiency for all parties involved and a more individualised customer approach – for example through the efficient use of AI agents – remain key objectives. In this context, compliance with the regulatory transparency requirements of the EU AI Act is of particular importance.

The adoption of the Financial Data Access Regulation (FiDA) is expected in 2026. Subject to the consent of the customer, FiDA will grant third parties access to financial data beyond payment data, which has already been accessible under the Second Payment Services Directive (PSD2). The establishment of a regulated framework for data sharing across the financial sector is intended to promote innovation, competition and the development of improved and more personalised customer products. Third parties processing customers' financial data in a broad sense will in future be subject to regulatory oversight as Financial Data Service Providers. This creates opportunities for FinTechs both to obtain their own regulatory status in connection with new business models

and to enter the market as providers of technical infrastructure solutions.

Tokenisation and crypto-assets

In 2026, the market is expected to witness a growing degree of tokenisation of real-world assets (RWAs), including government bonds and real estate. At the same time, following the entry into force of the Regulation on Markets in Crypto-Assets (MiCAR), enhanced tax regulation and transparency requirements will apply pursuant to Council Directive (EU) 2023/2226 (DAC8). Under DAC8, crypto-asset service providers will be subject to comprehensive reporting obligations vis-à-vis tax authorities. In this context, FinTechs providing blockchain-based services and technical support for asset tokenisation are likely to benefit from a market segment with considerable growth potential.

With effect from 1 July 2026, only platforms that are fully authorised under the Regulation on Markets in Crypto-Assets (MiCAR) will be permitted to provide crypto-asset services. All other providers will be required to cease their activities, terminate existing customer relationships and return both funds and crypto-assets to users. As a result, MiCAR will become fully applicable across the European Union in 2026.

The passporting regime attached to the authorisation of crypto-asset service providers will enable EU-wide scaling of crypto-asset markets, thereby enhancing legal certainty and supporting innovation. In addition, further interpretative guidance on the application of MiCAR by the German Federal Financial Supervisory Authority (BaFin) is expected in 2026. While such guidance is likely to further increase legal certainty, it may also necessitate adjustments to existing compliance frameworks.

Overall, the market appears to offer a broad range of opportunities for FinTechs. However, these opportunities are accompanied by complex and demanding regulatory requirements, which will require careful legal and compliance planning.

TaylorWessing

Taylor Wessing Partnerschaftsgesellschaft mbB
Thurn-und-Taxis-Platz 6 | 60313 Frankfurt am Main
v.ritter-doering@taylorwessing.com
www.taylorwessing.com

ESG Risk Management in the Wake of CRD VI Implementation



Dr Lars Röh
VIB Expert Panel
ESG - Sustainable Investments

Partner
lindenpartners PartmbB

Over recent years, the regulation of environmental, social and governance (ESG) factors has become a defining pillar of the European financial regulatory architecture. What began as a political project aimed at advancing the European Union's sustainability objectives has since permeated supervisory practice, institutional business models, and the expectations of investors and clients alike.

At the same time, ESG regulation has been subject to growing political scrutiny since 2024/2025. Geopolitical tensions, intensifying global competition and mounting criticism of administrative burdens have led to a broader questioning of the sustainability agenda. In this environment, ESG is frequently portrayed as a cost driver, a constraint on innovation, or a competitive disadvantage.

This may suggest a regulatory retreat. Yet a closer examination reveals a more differentiated response.

While sustainability reporting obligations are being streamlined and simplified, supervisory expectations regarding ESG risk management and ESG related financial products remain demanding. The transposition of CRD VI (Directive (EU) 2024/1619) through the Banking Directive Implementation and Bureaucracy Relief Act (BRUBEG) demonstrates that ESG considerations are moving from soft supervisory expectations – such as EBA Guidelines or the BaFin's MaRisk – into

binding statutory law. As of 11 January 2026, ESG risk management will be formally anchored in the German Banking Act (KWG). The German legislator implements the CRD VI ESG provisions – primarily set out in Article 76 – through a three tiered framework.

ESG risk management as a component of proper business organisation (level 1)

The cornerstone of the CRD VI transposition with regard to ESG is found in Sections 25a and 25c KWG. The BRUBEG draft clarifies that institutions must explicitly integrate ESG risks into their internal governance and control systems. Consistent with EU law, ESG risks are not defined as a standalone category but as factors influencing established risk types—including credit, market, liquidity, and operational risks.

The requirements for risk strategy (Section 25a (1) sentence 3 KWG) are similarly refined. Institutions are now required to ensure that ESG risks are adequately reflected in their risk strategy and internal risk management processes. This includes the identification, assessment, management, and monitoring of ESG driven risks. What had previously been embedded only within MaRisk becomes a statutory supervisory obligation.

Further detailing of ESG risk management requirements (level 2)

BRUBEG introduces a dedicated provision on ESG risk management (Section 26c KWG), setting out in greater detail how institutions must incorporate ESG risks – for example, through an ESG Risk Plan. It also requires all strategies, processes, procedures, functions and frameworks to consider ESG risks across short, medium and long term horizons, with “long term” defined as a period of at least ten years.

The ESG risk plan as a new supervisory instrument (level 3)

Section 26d KWG further specifies the obligation to prepare an ESG Risk Plan. The plan must systematically set out which ESG risks are material to the institution, the time horizons applied, and the measures envisaged to mitigate those risks. It must be reviewed and updated on a regular basis.

In contrast to transition plans under the CSRD or CSDDD, the ESG Risk Plan requires an “outside in” perspective.

Its focus lies on physical and transition risks that may affect the institution externally. ESG impacts originating from the institution's own activities are excluded unless they translate into risks for the institution itself.

The precise contours of such a plan remain to be fully clarified. The European Banking Authority (EBA) provides guidance on key plan components in its Guidelines on the management of ESG risks (EBA/GL/2025/01). However,



BaFin has not incorporated these Guidelines into its supervisory practice and has instead announced its intention to set out its own expectations. Institutions under BaFin supervision therefore await further guidance with interest.

Proportionality

The German legislator expressly upholds the principle of proportionality, which is embedded in the KWG and reflected in the options provided under CRD VI.

Small and non complex institutions may, for example, limit their ESG Risk Plan to material environmental and climate related risks and apply simplified methodologies.

They may also use qualitative objectives and metrics where quantitative measures would be unfeasible or disproportionate, provided that effective ESG risk management is maintained across all time horizons. Making use of these simplifications requires prior notification to BaFin and the Bundesbank.

Conclusion and outlook

With the implementation of CRD VI via BRUBEG, ESG risk management becomes firmly embedded in the core regulatory framework of the KWG. The legislator underscores that the consideration of ESG factors is not a political add on, but a necessary component of sound risk management. ESG developments can materialise as financial risk drivers and directly influence institutions' risk profiles.

The new requirements reinforce and tighten the organisational obligations under Section 25a KWG – supported by the new ESG Risk Plan, the supervisory contours of which remain to be refined. Recent supervisory examinations and the EBA's draft SREP Guidelines already demonstrate that shortcomings in ESG risk management can lead to tangible supervisory consequences. The CRD VI implementation through BRUBEG will further accelerate this trend.

lindenpartners
PartmbB

lindenpartners PartmbB
Friedrichstr. 95 | 10117 Berlin
roeh@lindenpartners.eu
www.lindenpartners.eu

MiCAR and the AI Act: Implementation Focus in 2025 and Regulatory Outlook for 2026



Sebastian Emmel-Müller
Officer Legal Affairs
Attorney-at-Law
(In-house lawyer)

Association of International Banks
in Germany (VIB)

With the entry into force of the Markets in Crypto-Assets Regulation (MiCAR) and the Artificial Intelligence Act (AI Act), European digital regulation in the financial sector has entered a new phase. Both regulations mark a paradigm shift away, from sector-specific, fragmented regulation towards horizontally applicable, technology-based supervisory regimes that directly affect the business models, processes, and governance structures of financial institutions. Following the completion of the legislative process and the establishment of the core regulatory framework by the end of 2024, the regulatory focus has, since 2025, shifted from the substantive design of the rules to their concrete implementation, interpretation, and supervisory enforcement. For financial institutions, this represents a transition from regulatory preparation to an operational stress test in day-to-day business, in which MiCAR and the AI Act expand the existing supervisory framework and significantly increase requirements relating to governance, documentation, and internal control and risk management systems. The real test therefore began only with practical application and supervisory scrutiny of compliance-aligned integration into daily operations—most notably in 2025.

MiCAR: Implementation practice in 2025 and the transition to full application

The legal foundations of MiCAR had been known to market participants since its publication in 2023 and, at the latest,

were formally established with national implementation at the end of 2024. However, it was not until 2025 that the regulation became materially apparent in operational practice. The regulatory focus thus shifted from abstract interpretation of the provisions to the concrete preparation of authorisation procedures, organisational adjustments, and practical alignment with supervisory expectations.

Significance of level 2 and level 3 specification

The year 2025 was characterised by consultations and publications of Level 2 and Level 3 measures by ESMA and the EBA. Regulatory technical standards, guidelines, and Q&A documents emerged as key drivers of implementation. The resulting clarifications primarily concerned authorisation requirements for crypto-asset service providers (CASPs), minimum organisational requirements, as well as governance, risk, and transparency obligations.

Persistent interpretative uncertainty and cautious application activity

At the same time, it became apparent that the ongoing specification at Level 2 and Level 3 did not lead to comprehensive legal certainty. In practice, interpretative questions persisted, particularly with regard to the delineation of individual crypto-related services, the qualification and classification of tokens, and hybrid business models.

Publications by law firms and consulting firms regularly point to uncertainties at the interfaces with MiFID II, payments law, and existing licensing regimes.

These delineation issues also affected implementation practice: the expected number of MiCAR licence applications in 2025 fell short of the original expectations of national competent authorities.

Outlook for greater centralisation of MiCAR supervision

Initial indications of more substantial changes to the supervisory architecture are already emerging in the context of the Market Integration Package (MIP), published as part of the Savings and Investments Union initiative. In particular, a stronger centralisation of MiCAR supervision at the European level is under discussion, for example through an expansion of ESMA's direct supervisory competences for systemically relevant or cross-border CASPs. This development creates uncertainty for market participants regarding the future orientation of national authorisation and supervisory practices.

Full application in 2026 as a stress test

With the transition into 2026, MiCAR enters its first phase of full application and thus a stress test for both market participants and supervisors alike. It will now become evident whether the degree of regulatory specification achieved pro-



vides sufficient planning certainty to translate the previously cautious application behaviour into broader licensing activity. Whether MiCAR will establish itself as a robust framework for stable and competitive crypto markets, or whether regulatory density, supervisory dynamics, and persistent uncertainties will continue to dampen market entry and innovation, will be determined to a significant extent in 2026.

AI Act: Initial implementation steps in 2025 and supervisory testing from 2027

With respect to the AI Act, the focus in 2025 likewise shifted from mere awareness of regulatory content to the operational preparation of initial obligations. Implementation practice demonstrated that the scope of application of the AI Act is very broad and that an isolated or purely technical approach is insufficient. Instead, the AI Act required an institution-wide, cross-governance engagement, particularly at the interfaces between IT, compliance, and data protection.

AI inventory and the establishment of AI literacy as a governance task

In 2025, concrete operational requirements came to the fore for the first time. From February 2025 onwards, institutions were required to assess whether existing AI applications fell under explicitly prohibited practices or whether adjustments were necessary. Although this obligation is generally only relevant to financial institutions in exceptional cases, it nevertheless triggered a structured AI inventory, creating transparency regarding areas of use, dependencies, and the involvement of external providers.

In parallel, the development of AI literacy began as a permanent governance task. Financial institutions were required to embed qualification and awareness measures not only within IT functions, but also across business, risk, and control functions, thereby institutionally anchoring AI competence. The focus was less on isolated training measures and more on the sustainable integration of responsibilities, decision-making processes, and control mechanisms.

From August 2025 onwards, additional governance issues relating to general-purpose AI models moved into focus, particularly with regard to third-party management, contractual safeguards, and dependencies on external models. Established requirements from outsourcing and ICT management were thus complemented by a new regulatory dimension, without the benefit of an already consolidated supervisory review practice.

Applicability in 2026 and the debate on the Digital Omnibus on AI

For 2026, the AI Act in principle provides for the applicability of a large proportion of the remaining provisions, in particular those relating to high-risk AI systems.

At the same time, however, discussions within the framework of the Digital Omnibus on AI consider linking these obligations more closely to the availability of harmonised standards and further postponing their practical enforcement.

Against this background, the actual supervisory milestone of the AI Act is likely to be shifted further into the future, meaning that 2025 and 2026 would primarily be understood as an extended transition and consolidation phase. During this period, governance, classification, documentation, and third-party management would continue to be professionalised without yet being subject to comprehensive supervisory review.

Conclusion and regulatory outlook for 2026

For both MiCAR and the AI Act, 2025 was primarily a phase of operational approximation, during which financial institutions began translating abstract requirements into robust governance and control structures. Looking ahead to 2026, regulation enters a phase of practical testing: under MiCAR, it will become clear whether the achieved level of specification enables broader licensing activity, while the AI Act is likely to remain part of an extended transitional phase.

Draft MaRisk for Investment Firms



Dr Hendrik Pielka
VIB Expert Panel
Investment Firms and Market Integrity

Attorney-at-Law | Partner
Waldeck Rechtsanwälte PartmbB

In August 2025 – more than four years after the entry into force of the Investment Firm Act (Wertpapierinstitutsgesetz, WpIG) on 27 June 2021 – the Federal Financial Supervisory Authority (BaFin) published for consultation a first draft of the new circular on the Minimum Requirements for Risk Management of Investment Firms (Wpl-MaRisk). With this step, BaFin is making another attempt to clarify its supervisory understanding and administrative practice and, in doing so, to operationalise the statutory provisions of the WpIG. This attempt, too, is not free from friction.

The Wpl-MaRisk are addressed to small and medium-sized investment firms which, to date, have been required to apply the Minimum Requirements for Risk Management of Credit Institutions and Financial Services Institutions (MaRisk) – a framework that is, in many respects, ill-suited to their business models.

The MaRisk, which are based on the German Banking Act (Kreditwesengesetz, KWG), are primarily geared towards the business models of banks and, upon closer examination, effectively lost their applicability to investment firms with the entry into force of the WpIG in 2021. Accordingly, the need for a sector-specific calibration of supervisory requirements, disentangled from the banking supervisory framework, existed not only from 27 June 2021 onwards, but already beforehand as part of a forward-looking supervisory approach.

However, BaFin has not implemented this step consistently. Instead, the investment supervision division responsible for drafting the Wpl-MaRisk has, under the stated objective of maintaining existing supervisory practices, largely transposed provisions from the MaRisk. As a result, the draft at times resembles a scaled-down version of the MaRisk and contributes only marginally to shaping the autonomous regulatory framework envisaged by the legislator.

Content and regulatory focus

The draft Wpl-MaRisk follows the structure of the MaRisk and therefore covers all elements of risk-oriented governance: from the detailed design of risk management and risk controlling systems to internal control mechanisms, as well as clearly defined requirements regarding outsourcing, reporting and organisational arrangements. BaFin's apparent objective is to establish a coherent and consistently interpretable framework that takes account of the specific characteristics of investment firms while at the same time ensuring compatibility with banking supervision.

The principles of risk measurement and own funds requirements enshrined in the IFR, as well as the options for combining management functions at executive level, have been implemented consistently. The underlying concept of risk-bearing capacity is also well designed. The main focus of the draft, however, lies in the transposition – or rather the partial verbatim reuse – of familiar MaRisk content. This applies, for example, to internal audit, stress testing, risk inventories and general governance obligations. Differences between banks and investment firms are often insufficiently reflected, with the logic of the KWG largely being carried forward. In this respect, the WpIG's objective of establishing an autonomous supervisory framework, particularly for small and medium-sized investment firms, is losing visibility.

Clear criticism from industry associations

Against this background, it is hardly surprising that the consultation draft of the Wpl-MaRisk has been met with remarkably uniform and pronounced criticism from industry associations. A recurring core objection is that the draft neither adequately reflects the principle of proportionality nor follows a principles-based approach in line with the regulatory concept of the WpIG. According to the associations, BaFin is seeking, by way of an administrative circular, to subject investment firms de facto to a regulatory regime based on the logic of the KWG, despite the fact that the European legislator, through Regulation (EU) 2019/2033 (IFR) and the WpIG implementing Directive (EU) 2019/2034 (IFD), intended to establish an autonomous, less burdensome and, above all, more tailored regulatory architecture.



Criticism focuses in particular on the insufficient differentiation from the MaRisk, given the unchanged adoption of – as the associations argue – more than two thirds of their content.

It is therefore equally unsurprising that another major point of criticism concerns the lack of a clear legal basis for certain Wpl-MaRisk requirements. Neither the WplG/IFD nor the IFR provide a foundation for specific obligations, such as the mandatory performance of stress tests, regular comprehensive risk inventories or the design of ESG-related risk processes. In addition, several provisions are said to conflict with the MiFID II regime or with the ICT risk management requirements introduced by DORA.

Criticism is also particularly strong with regard to governance requirements. Article 25 IFD explicitly exempts small investment firms from certain regulatory obligations; national tightening measures are systematically excluded in the interest of harmonisation. In the view of the associations, this is not sufficiently taken into account in the draft Wpl-MaRisk – for example with respect to the obligation to establish an internal audit function or a stand-alone risk management function, which go beyond European standards. This gives rise to the risk of “gold-plating”, which in this case would not only create unnecessary regulatory burdens but would also contravene EU law and undermine the relief intended by the legislator.

Current status and outlook: between ambition and reality

BaFin has announced that it will postpone the application date of the Wpl-MaRisk from the originally envisaged 1 January 2026 to 1 January 2027. This is intended to align the Wpl-MaRisk with the revision of the MaRisk planned for Q1 2026 and to allow room for adjustments in light of the ongoing IFD/IFR review. The postponement may also be a response to the criticism voiced by market participants. Industry associations have welcomed the decision as appropriate, as it provides an opportunity for a fundamental review and correction of the draft.

Nevertheless, the tension between legislative intent and supervisory interpretation is likely to persist. BaFin emphasises that a certain degree of coherence within German supervision, irrespective of the sector-specific regulatory framework, must be maintained, which in its view justifies the close alignment with the MaRisk. A fundamental shift in approach therefore appears unlikely.

*“We need strong investment firms.”
(Mark Branson, President of the Federal Financial Supervisory Authority (BaFin))*

BaFin President Mark Branson formulated this ambition in these words as recently as 3 November 2025. This statement places an obligation not only on the institutions themselves, but above all on the supervisory authority. Whether the present draft of the Wpl-MaRisk already lives up to this ambition is open to doubt. It remains to be seen whether the President’s recent articulation of BaFin’s objective will be followed by tangible relief for investment firms and whether supervisors and institutions will, in future, share a common understanding of what constitutes “strong investment firms” and the regulatory framework required to support them. A thorough revision of the Wpl-MaRisk will undoubtedly be part of that process.

WALDECK
RECHTSANWÄLTE

Waldeck Rechtsanwälte PartmbB
Eschersheimer Landstr. 14 (TurmCenter)
60322 Frankfurt am Main
hendrik.pielka@waldeck.eu
www.waldeck.eu

VIB Member Institutions





ASIA

30

3

AUSTRALIA

AFRICA

Egypt **1** | Morocco **2**

ASIA

Bahrain **1** | China **5** | India **2** | Iran **5**
Japan **10** | Korea **4** | Taiwan **2** | Vietnam **1**

AUSTRALIA

Australia **3**

EUROPA

Austria **10** | Belgium **1** | Cyprus **1**
Czech Republic **1** | Denmark **1** | France **41**
Great Britain **16** | Greece **1** | Ireland **1**
Italy **4** | Liechtenstein **1** | Luxembourg **2**
Netherlands **9** | Norway **1** | Poland **2**
Spain **4** | Sweden **2** | Switzerland **11**
Türkiye **7**

NORTH AMERICA

Bermuda **3** | USA **31**

SOUTH AMERICA

Brasil **1**

Allocation by country of origin of the institute
or institute group

As of 01.01.2026

VIB Member Institutions

AFRICA

Egypt

- Misr Bank - Europe GmbH

Morocco

- Attijariwafa Bank Europe
- Chaabi Bank
Zweigniederlassung Deutschland

ASIEN

Bahrain

- Arab Banking Corporation SA,
Zweigniederlassung Frankfurt

China

- Agricultural Bank of China Ltd.,
Frankfurt Branch
- Bank of China Limited,
Zweigniederlassung Frankfurt am Main
- Bank of Communications Co., Ltd.,
Frankfurt Branch
- China Construction Bank Corporation,
Niederlassung Frankfurt
- Industrial and Commercial
Bank of China Limited, Frankfurt Branch

India

- ICICI Bank UK PLC, Germany Branch
- State Bank of India,
Zweigniederlassung Frankfurt am Main

Iran

- Bank Melli Iran
- Bank Sepah-Iran, Filiale Frankfurt
- Europäisch-Iranische Handelsbank AG
- Middle East Bank, Munich Branch
- Saman Bank Niederlassung Frankfurt

Japan

- Daiwa Capital Markets Deutschland GmbH
- Instinet Germany GmbH
- Mizuho Bank Europe N.V. Germany Branch
- MUFG Bank (Europe) N.V. Germany Branch
- MUFG Europe Lease
(Deutschland) GmbH i.L.
- MUFG Securities EMEA plc
- Nomura Asset Management
Europe KVG mbH
- Nomura Financial Products Europe GmbH
- SMBC Bank EU AG
- Sumitomo Mitsui Banking Corporation,
Filiale Düsseldorf

Korea

- KEB Hana Bank (Deutschland) AG
- SHINHAN Bank Europe GmbH
- The Korea Development Bank,
Frankfurt Branch
- Woori Bank Europe GmbH

Taiwan

- Bank of Taiwan,
Frankfurt Representative Office
- First Commercial Bank, Ltd.,
Frankfurt Branch

Vietnam

- Vietinbank Filiale Deutschland

AUSTRALIA

- Australia and New Zealand
Banking Group Ltd.,
Niederlassung Frankfurt am Main
- Macquarie Capital France SA,
Niederlassung Deutschland
- Westpac Europe GmbH

EUROPE

Austria

- activ factoring AG
- Austria Leasing Gesellschaft mbH,
Mitglied der Raiffeisen-Bankengruppe
Österreich
- BAWAG AG Niederlassung Deutschland,
Hamburg Branch
- Oberbank AG,
Niederlassung Deutschland
- Raiffeisen Bank International AG,
Niederlassung Frankfurt
- Raiffeisen Kapitalanlage GmbH
- Raiffeisen-IMPULS Finance & Lease GmbH
- Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG
- Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG
- Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG,
Zweigniederlassung Süddeutschland

Belgium

- KBC Bank N.V., Niederlassung Deutschland

Cyprus

- RoboMarkets Deutschland GmbH

Czech Republic

- J&T BANKA, a.s.,
Zweigniederlassung Deutschland

Denmark

- Syd Fund Management A/S

France

- Amundi Deutschland GmbH
- ARVAL Deutschland GmbH
- Bank Deutsches Kraftfahrzeug-
gewerbe GmbH
- BDK Leasing und Service GmbH
- BGL BNP Paribas
- BNP Paribas Asset Management
- BNP Paribas Factor GmbH
- BNP Paribas Lease Group S.A.,
Zweigniederlassung Deutschland

- BNP Paribas S.A.
Niederlassung Deutschland
- CACEIS Bank S.A., Germany Branch
- CACEIS Fonds Service GmbH
- CIC Repräsentanz für Deutschland
- CLAAS FINANCIAL SERVICES S.A.S.,
Zweigniederlassung Deutschland
- CNH Industrial Capital Europe S.A.S.,
Zweigniederlassung Deutschland
- Coface Debitorenmanagement GmbH
- Coface Deutschland,
Niederlassung der Coface S.A.
- Coface Finanz GmbH
- Coface Rating GmbH
- Consors Finanz BNP Paribas
- CreditPlus Bank AG
- Crédit Agricole Merca
Leasing GmbH & Co. KG
- Crédit Agricole, Corporate
and Investment Bank Deutschland
- Crédit Mutuel Leasing GmbH
- GEFA BANK GmbH
- Hanseatic Bank GmbH & Co. KG
- IC Financial Services S.A.,
Zweigniederlassung Heilbronn
- JCB Finance SAS
Zweigniederlassung Deutschland
- Natixis Investment Managers S.A.,
Zweigniederlassung Deutschland
- NATIXIS Pfandbriefbank AG
- NATIXIS Zweigniederlassung Deutschland
- ODDO BHF Asset Management GmbH
- ODDO BHF SE
- SG Equipment Finance SA & Co. KG
- Société Générale S.A. Frankfurt am Main
- Société Générale Securities Services GmbH
- Stellantis Bank S.A.,
Niederlassung Deutschland
- TARGO Deutschland GmbH
- TARGO Factoring GmbH
- TARGO Leasing GmbH
- TARGOBANK AG
- Treezor SAS

Great Britain

- Barclays Bank Ireland PLC,
Frankfurt Branch
- CMC Markets Germany GmbH
- FNZ Bank SE
- IG Europe GmbH
- Invesco Management S.A.
- Lloyds Bank Corporate Markets,
Wertpapierhandelsbank GmbH
- Lloyds Bank GmbH
- Lloyds Bank plc Niederlassung Berlin
- Lynx B.V. Germany Branch
- National Westminster Bank Plc,
Niederlassung Deutschland
- NatWest Bank Europe GmbH
- NatWest Markets N.V.,
Niederlassung Deutschland
- NatWest Markets Plc,
Niederlassung Frankfurt
- RBC Capital Markets (Europe) GmbH
- Revolut Bank UAB,
Zweigniederlassung Deutschland

- Standard Chartered Bank AG

Greece

- PIRAEUS BANK S.A.

Ireland

- Bank of Ireland,
Zweigniederlassung Frankfurt

Italy

- CA Auto Bank S.p.A.
Niederlassung Deutschland
- finAPI GmbH
- Intesa Sanpaolo S.p.A.,
Filiale Frankfurt am Main
- Südtiroler Sparkasse AG Niederlassung
München – Cassa di Risparmio
di Bolzano S.p.A.

Liechtenstein

- LGT Bank AG,
Zweigniederlassung Deutschland

Luxembourg

- Banking Circle S.A. – German Branch
- Fortis Lease Deutschland GmbH

Netherlands

- ABN AMRO Asset Based Finance N.V.,
Niederlassung Deutschland
- ABN AMRO Bank N.V., Frankfurt Branch
- De Lage Landen International B.V.,
Deutsche Niederlassung
- De Lage Landen Leasing GmbH
- DHB Bank N.V., Filiale Düsseldorf
- ING Bank,
eine Niederlassung der ING-DiBa AG
- NIBC Bank N.V.,
Zweigniederlassung Frankfurt
- Rabobank Frankfurt, Coperatieve
Rabobank U. A.,
Zweigniederlassung Frankfurt am Main
- Triodos Bank N.V. Deutschland

Norway

- DNB Bank ASA, Filiale Deutschland

Poland

- PKO Bank Polski S.A.,
Niederlassung Deutschland
- XTB SA German Branch

Spain

- Banco Bilbao Vizcaya Argentaria, S.A.,
Niederlassung Deutschland
- Banco Santander, S.A.,
Filiale Frankfurt am Main
- CaixaBank, S.A.,
Zweigniederlassung Deutschland
- Open Bank, S.A.

Sweden

- Ikano Bank AB (publ),
Zweigniederlassung Deutschland
- SEB AB Frankfurt Branch

Switzerland

- Bank Julius Bär Deutschland AG
- Bank Pictet & Cie (Europe) AG
- Bank Vontobel Europe AG
- Leonteq Securities (Europe) GmbH
- Pictet Asset Management (Europe) S.A.,
Niederlassung Deutschland
- SECB Swiss Euro Clearing Bank GmbH
- St. Galler Kantonalbank Deutschland AG
- UBS Asset Management
(Deutschland) GmbH
- UBS Europe SE
- Vontobel Financial Products GmbH
- VZ VermögensZentrum Bank AG

Türkiye

- Akbank AG
- İşbank AG
- KT Bank AG
- OYAK ANKER Bank GmbH
- VakıfBank International AG, Wien,
Zweigniederlassung Deutschland
- Yapi Kredi Bank
Deutschland GmbH & Co. OHG
- Ziraat Bank International AG

NORTH AMERICA

Bermuda

- FIL Finance Services GmbH
- FIL Fondsbank GmbH
- FIL Investment Services GmbH

USA

- American Express Europe S.A.
(Germany branch)
- American Express International, Inc.,
Niederlassung Deutschland, Frankfurt a.M.
- American Express Payments Europe,
Service Limited, (Germany Branch)
- Bank of America Europe Designated
Activity Company, Zweigniederlassung
Frankfurt am Main
- BNY Mellon Service Kapitalanlage-
Gesellschaft mbH
- Citibank Europe plc, Germany Branch
- Citicorp Leasing (Deutschland) GmbH
- Citigroup Global Markets Europe AG
- Citigroup Global Markets Finance
Corporation & Co. beschränkt haftende KG
- Evercore GmbH
- Gamma Trans Leasing
Verwaltungs-GmbH
- Goldman Sachs Bank Europe SE
- Goldman Sachs International,
Zweigniederlassung Frankfurt
- IKB Deutsche Industriebank AG
- J.P. Morgan SE

- J.P. Morgan Securities plc,
Frankfurt Branch
- Jefferies GmbH
- JPMorgan Asset Management (Europe)
S.à r.l., Frankfurt Branch
- Morgan Stanley Bank AG
- Morgan Stanley Europe SE
- Navy Federal Credit Union Military
Banking Overseas Division
- Nuveen Asset Management
Europe S.à r.l., Germany
- PayPal Limited, German Branch
- Raisin Bank AG
- State Street Bank International GmbH
- State Street Global Advisors Europe
Limited, Zweigniederlassung Deutschland
- The Bank of New York Mellon SA/NV,
Asset Servicing,
Niederlassung Frankfurt am Main
- The Bank of New York Mellon,
Filiale Frankfurt
- Threadneedle Management
Luxembourg S.A. (Germany Branch)
- Wells Fargo Bank International UC,
Niederlassung Frankfurt
- Western Union International Bank GmbH

SOUTH AMERICA

Brasil

- Banco do Brasil S.A.,
Zweigniederlassung Frankfurt/Main

INTERNATIONAL FREE FLOAT

- ProCredit Bank AG
- ProCredit Holding AG & Co. KGaA

 Allocation according to the country
of origin of institution or group
of institutions.

As of 01.01.2026

REVIEW AND OUTLOOK PART II





VIB's Tax Division: Future of Tax in Focus

Investment Funds: Boosters for the Energy Transition and Corporate Financing

On the Concept of Intermediation for VAT Purposes in Connection with M&A Transactions

VIB's Tax Division: Future of Tax in Focus



Markus Erb
Authorized Representative
Director Tax and Finance

Association of
International Banks
in Germany (VIB)



Daniel Beckert
Member of the
VIB Tax Policy Group

Head of Tax Germany |
Tax Advisor
J.P. Morgan SE



The year 2025 was marked by political disagreement and scarce resources in the authorities. Federalism often acts as a brake, tax law remains complex, and digitization in tax administration is progressing only slowly. Practical, real-world perspectives are often not incorporated early enough, which sometimes leads to challenging regulations and technical guidelines. In particular, issues such as German withholding tax regularly cause tension in the exchange between tax administration and banks. It is not always easy for all relevant parties to keep pace with the dynamics of current developments.

VIB's tax division – service provider for members

This division offers a wide range of services: from current tax information on the member website and tax news on LinkedIn to the “Tax is in the Air” podcast, ad hoc mailings, monthly information, the new Bulletin, and the “retrospective” yearbook. Furthermore, the VIB's bilingual withholding tax brochure was published in 2025. The series of events ranges from luncheon meetings to working groups and seminars to in-house training courses, for example on withholding tax issues, and the Audit Symposium. The withholding tax update is now offered as a master class and information session. The New Year's reception of the VIB tax division took place for the first time in 2025, and the “Tax & Drinks” summer party is now firmly established. Thanks to this wide range of services, members can obtain targeted and effi-

cient information and continue their education on an ongoing basis.

The tax division stands for partnership-based cooperation with authorities and fast, practical support. The list of proposals was finalized and remains a key working tool. 20 tax experts from leading law firms and tax consulting companies are involved in the VIB's tax division. Three banking practitioners have been appointed to the Tax Policy Group. Close cooperation with the new Tax Policy Group promotes innovative approaches and sustainable improvements. Overall, the wide range of activities and publications illustrates the high level of commitment and innovative strength of the VIB's tax division.

Small and large successes of VIB's tax division

Despite the challenging conditions, VIB was able to achieve numerous successes for its members again last year. For example, the loss offset restrictions in Section 20 of the German Income Tax Act were removed, a transitional grace period was granted for withholding tax refunds under Section 50c Income Tax Act, and the postponement of “MiKaDiv” was achieved. The exemption for bearer bonds in the Tax Haven Defense Act and the establishment of a working group with the Federal Ministry of Finance, Federal Central Tax Office, and banking practitioners on data transmission pursuant to Sections 45b and 45c Income Tax Act are further successes. The timely publication of an English version of the decree by the Federal Ministry of Finance on data transmission as well as a synopsis of the 9th Act to amend the Act Regulating the Profession of Tax Advisors is a positive development. Prompt responses from the Federal Ministry of Finance and the Federal Central Tax Office provide valuable guidance for practical implementation. These successes underscore the importance of continuous dialogue between the Association, the tax administration, and practitioners.

In 2025, we banks were once again faced with the challenge of implementing changes in tax law. The VIB serves as an indispensable source of information for us in this regard. In addition, the VIB works closely with us on requirements that are unacceptable or require interpretation, serving as a tool for influencing the tax authorities during the legislative process. Once again, we achieved a lot together in 2025.

Andrea Helm, ING Diba AG

Withholding tax 2026

Withholding tax will remain a key issue in 2026. The EU FASTER Directive requires national implementation, and further tax legislation projects are to be expected, often with only short deadlines for comments. The VIB's tax division is well positioned for this and ready to actively support its members in



overcoming new challenges. Close cooperation with member institutions and continuous dialogue with the authorities remain crucial to success.

The Association's tax law topics impressively demonstrate how diverse and dynamic both familiar and new tax issues and projects are – a universe that one can hardly navigate alone. This makes the combined expertise of the VIB even more valuable, providing us foreign banks with a strong and reliable partner for all tax-related issues.

Helge Kramer, Agricultural Bank of China Ltd., Frankfurt Branch

Between reforms and regulation – setting the tax course for banks

2025 was marked by numerous tax reforms and regulatory adjustments for banks in Germany. Tax law remains highly complex, and the requirements for banks are increasing. To meet these challenges, institutions must respond flexibly to new requirements and continuously adapt their processes.

Tax changes and challenges in 2025

International banks had to adapt to new reporting requirements and harmonization under the Withholding Tax Relief Modernization Act. The technical specifications of the Federal Central Tax Office have been provided at the end of 2025. Institutions hope for as much overlap as possible with the EU FASTER reporting standards to enable efficient implementation. Accordingly, institutions have already begun preparing for the new reporting requirements.

In the area of transfer pricing, the Fourth Bureaucracy Reduction Act (Viertes Bürokratieentlastungsgesetz) has expanded documentation requirements starting in 2025. A transaction matrix is now mandatory and must be submitted within 30 days. Violations are subject to substantial penalties. These new requirements lead to increased administrative effort and make close coordination between tax departments and specialist areas essential.

The application decree to Section 4k Income Tax Act specifies the requirements for hybrid taxation mismatches. For banks with international structures, the requirements for auditing and documenting cross-border transactions are increasing. The differentiated treatment of group taxation systems, for example regarding US GILTI, illustrates the complexity. Against this backdrop, institutions are required to identify risks at an early stage and to continuously develop their processes.

Focus on the future: Tax challenges on the horizon

Section 342h Commercial Code means that the new public country-by-country reporting will have to be applied and implemented in practice for the first time. Foreign banks with group headquarters in third countries in particular are thus facing new transparency and disclosure requirements. Reporting will be mandatory from 2026 for the 2025 financial year and will require significant adjustments to data collection and coordination with group headquarters. The new requirements will increase the need for coordination and pose additional challenges for institutions.

Banks are facing far-reaching changes, for example in relation to sales tax and the possible implementation of the Skandia and Danske court rulings. The mandatory introduction of e-invoicing from 2027 will fundamentally change invoicing processes. Tax departments are already working intensively to prepare for and implement these changes, in close collaboration with technology and operations teams.

The implementation of CRD VI will result in changes for third-country banking establishments in terms of capital adequacy and the determination of tax-deductible capital. The new requirements necessitate careful review and adjustment of transfer pricing models. Increased cooperation between supervisory and tax authorities and expanded transparency requirements will raise the bar for documentation and data consistency. Institutions will need to adapt their internal processes and control systems accordingly.

Tax policy decisions and the importance of tax compliance

Current developments make it clear that banks in Germany will continue to face multifaceted and demanding challenges going forward. In order to minimize risks and secure their own long-term competitiveness, it is essential that they continuously adapt to new regulatory requirements, implement efficient processes, and proactively prepare for future requirements. Constructive dialogue with supervisory and tax authorities and ongoing review of internal processes remain just as essential as a culture of compliance and a forward-looking tax strategy.

J.P.Morgan

J.P. Morgan SE
Taunus Turm | Taunustor 1 | 60310 Frankfurt am Main
daniel.beckert@jpmorgan.com
www.jpmorgan.com

Investment Funds: Boosters for the Energy Transition and Corporate Financing



Dr Steffen Neumann
VIB Expert Panel
Investment Tax Law

Partner
WTS GmbH

Germany is experiencing a significant investment backlog, which is affecting numerous sectors equally and having a negative impact on the goals of the energy transition and general economic growth. This problem is not new. In fact, there have been discussions for years about how e.g. the German investment fund industry, which is well-capitalized and fundamentally willing to invest, can contribute to solving the problem. However, it has not yet been possible to create the legally secure framework required for this from a regulatory and tax perspective. Hopefully, this will soon change with the Fund Risk Limitation Act (Fondsrisikobegrenzungsgesetz) and the Location Promotion Act (Standortförderungsgesetz).

Opening up the Capital Investment Code (KAGB) for the management of renewable energies

The numerous real estate funds of German origin, respectively the real estate they hold are particularly suitable for the operation of renewable energy generation plants. However, the KAGB prohibits any investment fund from engaging in operational activities outside the financial sector, which means that the sale of self-produced electricity, even if it is only a production surplus that cannot be used by the fund itself, is not possible for investment funds in a legally secure manner. Furthermore, it is not clear whether and, under which conditions, renewable energy management facilities constitute assets that can be legally acquired by real estate funds.

These legal uncertainties are to be eliminated by the Location Promotion Act, in particular to accelerate the implementation of the energy transition.

From a regulatory perspective, real estate funds shall be expressly permitted to acquire assets that serve the management of renewable energies and are necessary for the operation of charging stations (directly or indirectly via companies serving this purpose); in addition, the operation of these facilities shall also be explicitly permitted.

However, clear and reliable framework conditions are also to be created in terms of investment tax. Special investment funds in particular run the risk of establishing so-called active entrepreneurial management through the management of renewable energies, e.g., the sale of the electricity produced, which would lead to the loss of their investment tax status as special investment funds if certain de minimis limits are exceeded. In future, income from the management of renewable energies (whether directly or indirectly via companies serving this purpose) shall no longer be able to lead to this de minimis limit being exceeded. This would remove the threat of losing the tax status. However, income from the management of renewable energies at the level of the real estate fund (provided that this leads to active entrepreneurial management) would then be subject to both corporate income tax and trade tax without exception, which should be acceptable in view of the additional return opportunities.

Germany gets a competitive regime for credit funds for the first time

Germany must transpose the amendments to the AIFM Directive and the associated uniform European requirements for credit funds into national law by 16 April 2026. The transposition is to be carried out by means of the Fund Risk Limitation Act (Fondsrisikobegrenzungsgesetz), which will result in both manager- and product-related changes to the KAGB. On the product side, it should be noted that only closed-end public AIFs, but all types of special AIFs, both open-ended and closed-ended, will be allowed to grant loans. Leverage will be limited to 175% for open-ended AIFs and 300% for closed-ended AIFs. Credit funds could be a useful addition to the product portfolio of credit institutions, particularly for the purpose of corporate financing, as they offer greater flexibility and, especially through special AIFs with lower investor protection requirements, allow risks to be taken that would otherwise prevent credit institutions from granting loans due to regulatory requirements. Credit funds could also potentially lower the market entry barrier for foreign credit institutions by allowing them to act as outsourced asset managers for a credit fund initiated by them and managed by an external AIFM.



However, without accompanying changes to the tax framework, it will not be possible to develop a competitive environment for credit funds of German origin.

The background to this is, in particular, the unresolved legal question of whether the activities of a credit fund are comparable to the business operations of a credit institution to such an extent that they qualify as primarily commercial from a general income tax perspective and as active entrepreneurial management from an investment tax perspective. The consequence would be that the income of a credit fund set up in the legal form of a so called *Sondervermögen* (contractual-type investment fund) or a *Investmentaktiengesellschaft* (corporate-type investment fund) would be subject to both German corporation tax and trade tax, whereas credit funds of foreign origin would typically be exempt from all income taxes. In addition, performing an active entrepreneurial management would mean that credit funds would not be able to meet the requirements of a special investment fund for investment tax purposes.

The Location Promotion Act is intended to eliminate these tax disadvantages as far as possible. The *InvStG* is to expressly stipulate that the granting of loans to persons who are not consumers within the meaning of Section 13 of the German Civil Code (BGB) does not constitute active entrepreneurial management. This will at least create the necessary environment for tax-efficient financing of companies or, for example, infrastructure projects by credit funds. This is because the negation of active entrepreneurial management means that the interest income generated is generally not subject to either corporation tax or trade tax, so that the credit fund can receive it completely tax-free, as is customary with credit funds of foreign origin. Interest could only be subject to corporate income tax in certain circumstances, e.g., if loans are directly secured by domestic real estate. It should be noted, however, that this highly welcomed and tax-competitive environment only applies to AIFs that fall within the scope of the *InvStG*, i.e., from a German perspective, AIF set up in the legal form of a German *Sondervermögen* or a German *Investmentaktiengesellschaft* (or registered AIFs in the legal form of other corporations or companies). Credit funds in the legal form of a partnership will therefore continue to be subject to a potential trade tax risk if they have a permanent establishment in Germany.



WTS GmbH
Brüsseler Str. 1-3 | 60327 Frankfurt am Main
steffen.neumann@wts.de
www.wts.de

On the Concept of Intermediation for VAT Purposes in Connection with M&A Transactions



Sebastian Kratz
VIB Expert Panel
Value Added Tax

Partner
EY Tax GmbH
Steuerberatungsgesellschaft

The VAT treatment of services provided in the context of M&A transactions regularly poses challenges for taxpayers in practice. In the case of share deals, these are in the tension between a VAT-exempt brokerage service pursuant to Section 4 no. 8 letter e) or f) of the German VAT Act on the one hand and taxable advisory services on the other. The VAT consequences can be significant for all parties involved, which is why a legally secure delimitation – also in view of the sometimes considerable remuneration that is involved – is of immense practical importance. Recent developments in case law on the concept of intermediation for VAT purposes may be able to help here.

The concept of intermediation in Section 4 no. 8 of the German VAT Act

In general, the intermediary services referred to in Section 4 no. 8 of the German VAT Act presuppose the activity of an intermediary who does not occupy the position of one of the parties to the contractual relationship to be brokered over a financial transaction and whose activity differs from the typical contractual services provided by the parties to this contract. In this context, the intermediary activity is a service that is provided to a contracting party and remunerated by the contracting party as an independent intermediary activity. The purpose of the intermediary activity is to do what is necessary for two parties to conclude a contract in the content of which the intermediary has no self-interest. An intermediation ser-

vice in this sense may consist of, inter alia, demonstrating to one party the opportunity to conclude a contract, contacting the other party or negotiating the details of the reciprocal services in the name and on behalf of the customer.

What is decisive is that the activity of the intermediary constitutes, if viewed broadly, a distinct whole that fulfils the specific and essential functions of an intermediary service.

The brokerage activity must always relate to specific individual transactions, i.e. there must be a single-case-related brokerage activity. However, it is not necessary for the exemption to apply that the financial transaction to be brokered has actually been concluded.

Conversely, services that have no specific and substantial connection to individual brokerage transactions are not covered by the exemption. This may be the case if a service provider is entrusted with only part of the factual work arising from or in connection with a contractual relationship to be brokered, such as the provision of information, general advisory services or the acceptance and processing of applications for the conclusion of financial transactions.

Typical activities in the context of M&A advice

In the context of M&A advice, the performance of the following activities is typically contractually agreed (non-exhaustive):

- **Identification of potential buyers or target companies** (market analysis, selection of suitable candidates)
- **Establishing contact and establishing the connection between the parties** (initiation of talks, organization of initial contacts)
- **Due diligence support** (provision of information, opening and maintenance of data rooms, coordination of the audit, but without own legal or tax advice)
- **Negotiation of individual contractual terms** (participation in the coordination of purchase price, guarantees, payment modalities – if aimed at concluding the contract)
- **Coordination of the transaction process** (schedules, communication between parties, coordination of documents)
- **Advice on strategic options** (e.g. structuring the transaction)

Legal or tax advisory services are regularly excluded as well as investment advice or investment brokerage for regulatory reasons. Depending on the actual design of the specific activities, these agreements can therefore form the basis for both VAT-exempt



brokerage services and taxable advisory services in the individual case.

VAT challenges in practice – remedy through case law?

In practice, the clear distinction between taxable advisory services and VAT-exempt brokerage services is regularly a challenge. It becomes all the more complex the more different service elements come together, e.g. within a uniform single supply. Often, it is only in the course of a project or shortly before its completion that it becomes clear how the service is to be classified for VAT purposes. The effects can be considerable for the recipients of the service, especially since a waiver of the VAT exemption is often out of the question for them (e.g. in the case of pure financial holdings). However, the question of the correct qualification of their own services also regularly arises for advisors with regard to their fees and their input VAT recovery position.

The recent case law of the Federal Fiscal Court, various first-tier tax courts and, more recently, the European General Court now offers at least one indication that is quite useful in practice for a large number of cases, with which taxable advisory services can be distinguished from VAT-exempt brokerage services: Insofar as the activities of the advisor as an intermediary contain both intermediary elements within the meaning of the exemption provisions and advisory elements, the agreement of a (predominantly) success-based fee may arguably speak for a VAT-exempt single transaction-related brokerage service of the advisor.

*Does the success-based fee therefore constitute a sufficiently legally secure delimitation criterion?
The answer is, as is so often the case, that it depends.*

In cases of doubt, a success-based fee will usually be a strong indication of a VAT-exempt brokerage service. However, it is not the remuneration that is and remains decisive for the VAT assessment, but the service actually provided in each case. This also applies if the services specified in the contract suggest a VAT exemption, but the activities in the context of the ongoing project have deviated from this. Accordingly, if the assessment of the activities in connection with the respective contract shows that there is essentially a taxable advisory service, success-based remuneration cannot change the VAT liability of the underlying service. Nevertheless, the case law is to be welcomed, as it offers a certain orientation and a fundamentally manageable solution, especially for cases of doubt.

Result

According to the latest case law, M&A advisory services must still be examined on a case-by-case basis for their VAT treatment. In addition, the services provided as well as the fundamental considerations regarding their VAT treatment should

be documented carefully and as comprehensively as possible. The agreement of a success-based fee can be a significant indication of the assumption of a VAT-exempt brokerage service. If necessary, it is worthwhile to amend the corresponding contract templates, remuneration models and process requirements in the case of share deals with a view to making it easier to distinguish between tax-free brokerage and taxable advice.



**Shape the future
with confidence**

EY Tax GmbH Steuerberatungsgesellschaft
Graf-Adolf-Platz 15 | 40213 Düsseldorf
sebastian.kratz@de.ey.com
www.de.ey.com

REVIEW AND OUTLOOK PART III





DORA, Cybersecurity Act and Cyber Resilience Act in Interaction

FIDA and its Impact on International Banks and Financial Institutions in Germany

The EU AML Package: Practical Considerations for Implementation by July 2027

DORA, Cybersecurity Act and Cyber Resilience Act in Interaction



Andreas Kastl
Director
Anti-Financial Crime (AFC)
and Bank Infrastructure

Association of International Banks
in Germany (VIB)

The digital transformation of the financial sector has structurally deepened dependence on information and communication technology systems and at the same time created new systemic vulnerabilities. Against this backdrop, the European Union has been pursuing a coherent regulatory approach for several years that combines sectoral resilience requirements with horizontal product safety and market instruments. From the perspective of the financial sector, the Regulation on Digital Operational Resilience in the Financial Sector (DORA), which came into force this year, the EU Cybersecurity Act (CSA) and the Cyber Resilience Act (CRA) form a regulatory framework that addresses different levels of the same risk area.

DORA establishes a closed, sector-specific framework for financial companies to manage ICT risks and ensure the operational resilience of critical financial services. In addition, credit institutions and other financial companies as operators of critical assets are recognised as banking sector institutions by Directive (EU) 2022/2555 (NIS2) which pursues a horizontal approach to ensuring a high common level of cybersecurity in the EU. With the implementation of NIS2 into German law at the beginning of December 2025, it has now been made mandatory for credit institutions and other financial companies that the DORA regulations regarding risk management, reporting, evidence and notification obligations take precedence over the corresponding provisions of NIS2; only the registration re-

quirement and, where applicable, the designation of a contact point to the Federal Office for Information Security (BSI) are to be observed as supplementary requirements by credit institutions and other financial companies, provided that these financial companies qualify as operators of critical facilities.

In addition to DORA, the Cybersecurity Act strengthens confidence in digital products and services through EU-wide certification mechanisms, while the Cyber Resilience Act anchors binding security requirements directly at the level of hardware and software products with digital elements.

Taken together, these legal acts shift the regulatory focus from purely organisational compliance to an integrated approach along the entire digital value chain.

This creates a consistent, albeit demanding, regulatory framework for credit and securities institutions: operational resilience is no longer determined solely by internal controls and processes, but increasingly also by the inherent security of the technologies and products used. The interaction between DORA, CSA and CRA thus aims to strengthen the stability of the financial system in the long term without dismantling the sectoral supervisory system, and reflects the Union's ambition to establish cybersecurity as a common public good of the internal market. In addition, the legal framework of the EU AI Act fits into the architecture of digital resilience in the financial sector. AI systems used in core banking processes such as lending, trade monitoring, fraud detection or risk modelling are subject to both the organisational resilience requirements of DORA and, if classified as high-risk AI, the product-specific obligations of the AI Act.

Impact of the EU Cybersecurity Act on the financial sector

Regulation (EU) 2019/881 (EU Cybersecurity Act, CSA) established a Union-wide framework for the cybersecurity certification of ICT products, services and processes. Although this did not result in any immediate organisational compliance obligations for CRR institutions and investment firms in the sense of an independent supervisory regime, the CSA's impact is felt through the use of products and services that are subject to or eligible for certification, for example in the areas of cloud computing, identity management or network security. As part of their ICT risk management under DORA, institutions must consider whether the products and services they use have the relevant certifications and what level of trust these cover.

Impact of the EU Cyber Resilience Act on the financial sector

Regulation (EU) 2024/2847 (Cyber Resilience Act, CRA) takes a product-based approach and addresses manufacturers and distributors of hardware and software products with digital elements. Here, too, CRR institutions and invest-



ment firms are not subject to any new regulatory obligations as supervised entities, unless they themselves act as manufacturers or suppliers of such products. However, the direct impact is felt through the use of CRA-compliant products in operations. Of particular relevance to the financial sector is the fact that the CRA sets binding requirements for 'security by design' and 'security by default' as well as for vulnerability management and the provision of security updates.

When procuring and using software and ICT systems, institutions can assume that CRA-compliant products will meet a minimum level of cybersecurity defined across the EU.

This makes it easier to meet the DORA requirements for prevention and resilience, but does not replace the obligation to carry out their own tests, monitoring and emergency measures. However, it is also conceivable that credit or securities institutions could be manufacturers or distributors of hardware and software products with digital elements within the meaning of the CRA, as can be seen from the examples outlined below:

- **Banking and investment apps for end customers**

Mobile and web applications for payment transactions, securities trading or asset management are independent software products. If institutions develop these apps themselves or distribute them under their own brand, they act as manufacturers and distributors, with direct obligations in terms of secure development, vulnerability management and updates.

- **Hardware-related security or authentication solutions**

Institutions sometimes issue their own hardware tokens, smart cards or combined hardware/software solutions for strong customer authentication or signature management. If these are designed and provided under their own responsibility, they are considered hardware products with digital elements and may be subject to the manufacturer obligations of the Cyber Resilience Act.

- **Platforms for digital assets or market infrastructure services**

If an institution operates proprietary distributed ledger platforms, wallet software or trading and settlement systems for digital assets and makes these available to other market participants, it may qualify as a manufacturer and distributor of complex software products with digital elements, even if the origin lies in its own business model.

Taken together, DORA, NIS2, the Cybersecurity Act and the Cyber Resilience Act form a coherent, complementary regulatory framework. For companies in the financial sector, DORA forms the central and final legal framework for digital operational resilience. The two product- and market-related regulations reinforce the security of the technologies used and thus indirectly contribute to the stability of the European financial system.



FIDA and its Impact on International Banks and Financial Institutions in Germany



Alexander Kregiel
VIB Expert Panel
Bank Management and Reporting

Executive Partner
Management & Business Consulting
msg for banking ag

With the Financial Data Access Regulation (FIDA), the European Union is creating a uniform, cross-sector framework for access to financial data – marking a turning point for the European financial industry. Whereas open banking was previously limited to account information and payment data, FIDA now opens up the data space completely: loans, insurance, investment accounts, pension plans and even company-related data fall within its scope. This makes FIDA much more than just another compliance issue: It is the starting signal for an open, European financial data space that enables innovation and new business models – and offers every bank and insurance company opportunities to optimise processes, strengthen customer loyalty or win new customers.

A new regulatory framework for Europe – and a strategic touchstone for international players

The FIDA Regulation obliges banks, insurers and other financial players to share their data with other institutions or certified service providers in a standardised, secure and real-time manner at the request of their customers – naturally in accordance with strict data protection and security requirements. Its aim is to strengthen consumers' data sovereignty, promote innovation and ensure the competitiveness of the European financial sector. For international institutions in Germany, this means that their presence in the German or European market alone entails comprehensive regulatory requirements – regardless of where their headquarters are located or which national standards apply.

FIDA is not an optional regulatory project, but a structural change in the market that no international or national player can avoid. The timetable is ambitious – the regulation is expected to come into force in the first half of 2026, following the conclusion of negotiations between the Parliament and the Council. The transition period will be approximately 24 months.

Opportunities and risks for international banks

International banks in Germany face a double challenge. On the one hand, they must fully implement FIDA rules, and on the other hand, they must ensure that their global IT architectures meet European standards. Globally active institutions in particular often have heterogeneous data silos or system landscapes that cannot be easily harmonised.

However, FIDA is not only an obligation, but also offers a variety of strategic potential:

- **Competitive advantage through data-based products**

The combination of the institution's own and external customer data enables new data-driven offerings – such as automated product comparisons, loans with immediate risk analysis, individualised pension planning or 'the one private financial overview' that aggregates all of the customer's financial products.

For example, cross-border services can be created for customers in Germany to differentiate themselves from local competition.

- **Customer access via new touchpoints**

Many international institutions have so far only had indirect access to end customers – for example, as product providers in the background. FIDA now gives them the opportunity to use consolidated financial data as the basis for their own digital offerings and to position themselves more strongly at the customer interface.

- **FIDA-based customer approach: the right offer at the right moment**

Companies and brokers benefit from efficiency gains through standardised interfaces and digital application processes. In addition, with a complete and up-to-date picture of their customers' financial situation, they can offer personalised and data-driven advice. Intelligent analysis of financial and insurance data identifies suitable life events and occasions for proactive engagement. Individual offers are presented to customers exactly when they are relevant. This increases the likelihood of closing a deal and intensifies the customer relationship.



- **Getting started with AI models**

With their customers' consent, banks can use a standardised API to access all relevant financial data about their customers, even at other institutions: account information and transaction data, as well as data on current loans, insurance policies, and securities accounts and investments held at other banks. In a second step, this data serves as the basis for modern AI models for precise analyses, creditworthiness and risk assessments, etc.

As a result, banks will be able to make highly personalised (loan) offers and automate the associated processes.

In future, customers will not only benefit from offers tailored to their needs, but will also enjoy the advantages of a significantly more efficient process for all parties involved.

- **Efficiency potential through automated processes**

FIDA data really comes into its own in risk assessment, KYC/AML and credit application processes/credit decisions: application processes can be reduced, risks assessed more accurately and manual checks replaced.

New competitive reality:

transparency forces quality and price competition

The opening up of the financial data space also increases the pressure on established national and international players. In future, banks and insurers must expect customers to be able to find cheaper loans, more efficient insurance products or more attractive investment offers based on complete data in real time. The barriers to switching are falling significantly – a factor that can pose a particular challenge to institutions with low customer loyalty or offer new potential for further relationships.

Conclusion: FIDA as a European game changer – and a test for traditional business models

FIDA is structurally changing the German and European markets. National and international banks and financial service providers must not only respond to regulatory changes, but also shape them strategically. While FIDA intensifies competition, the regulation also creates enormous opportunities: access to comprehensive customer data, new digital business models and efficient processes are a competitive advantage – but only for institutions that address the issue early on and invest in their IT infrastructure.

The first steps in this direction could be innovation workshops to generate and prioritise institution-specific use cases, which can then be used as a basis for setting the course for new data-driven business models, partnerships and customer access at an early stage.

Those who recognise and exploit the opportunities offered by FIDA in good time can secure a clear competitive advantage and corresponding market share – or risk being overtaken by more agile competitors.



msg for banking ag
Amelia-Mary-Earhart-Str. 14 | 60549 Frankfurt am Main
alexander.kregiel@msg.group
www.msg.group

The EU AML Package: Practical Considerations for Implementation by July 2027



Michael Peters
VIB Expert Panel
Anti-Money Laundering
and Anti-Financial Crime

Senior Managing Director
FTI Consulting Deutschland GmbH

The EU AML package creates, for the first time, a largely harmonised European regulatory framework for combating money laundering and terrorist financing. The AML Regulation (AMLR), the AMLA Regulation, the 6th Money Laundering Directive and the Money Transfer Regulation together form a 'single rulebook' that is increasingly replacing national specificities.

A key component is the new European Anti-Money Laundering Authority (AMLA), based in Frankfurt, which will directly supervise high-risk institutions from 2028 and coordinate the work of national authorities across Europe. This will make supervisory practice much more uniform and, at the same time, more demanding. For institutions, the focus is now on the operational implementation of the technical requirements.

Expanded group of obliged parties, greater transparency and integrated sanction risk

The package expands the group of obliged parties, tightens transparency requirements and changes key definitions. The redefinition of the term 'beneficial owner', shortened and now harmonised KYC cycles and additional customer data, will require significant adjustments.

Another key aspect is the integration of sanctions risk into company-wide risk analysis and the mandatory sanctions check in the KYC process. Many institutions will have to har-

monise historically grown structures, standardise data models and adapt technical platforms.

Technical standards as an operational foundation

The AMLR refers to over fifty technical standards (RTS, ITS, guidelines) that will specify key areas such as risk factors, customer due diligence, model governance and group-wide procedures. As many of the requirements are still in the draft stage, institutions must already align their structures and systems so that they can flexibly accommodate future requirements. The final standards will set binding minimum requirements that will shape supervisory practice and often go beyond the wording of the AMLR in operational terms.

Challenge for third-country banks with branches in the EU – a stress test for the new regime

While EU banks already align their group-wide standards with European regulations in most cases and therefore mainly have to deal with internal harmonisation measures, the new AML package has a much greater impact on banks headquartered outside the EU. To ensure uniform implementation, it is advisable to have a European lead that coordinates the implementation of EU standards across the group.

The primacy of European law is clear: the AMLR applies directly to all branches in the EU and supersedes any deviating requirements of the third country. A global minimum level is therefore inadmissible if it falls below EU standards. In case of doubt, branches in the EU must regulate more strictly than the home market. Deviations must therefore not only be documented and justified on a risk-oriented basis, but also clearly anchored in governance. All this poses a particular challenge if the country of origin has less granular AML mechanisms.

At the same time, the AMLR tightens governance requirements. Every branch in the EU needs a local compliance manager who is responsible for implementing the AMLR. The parent company remains responsible, but may not weaken EU requirements, which means that in practice, competence centres, new escalation channels or hybrid governance models are often created. The technical implementation also poses considerable challenges.

Many third-country banks operate global IT systems whose data models and monitoring logic are not readily compatible with European requirements.

However, the AMLR requires uniform data fields, high data quality and complete data provenance. Monitoring models must meet EU standards, even if they are operated globally.

Ultimately, a bank's future risk profile will determine the intensity of its supervision. Third-country banks that operate in



more than six EU Member States or present an increased risk, may be classified as Selected Obligated Entities from 2028 onwards and thus fall directly under AMLA supervision.

This will lead to significantly closer, more data-intensive monitoring with in-depth analyses and peer comparisons.

For international groups, European money laundering prevention will thus become an independent strategic management area.

Data quality as the basis for new supervision

The AMLR requires complete, consistent and traceable data sets. Clear responsibilities (data ownership), standardised data models and documented data lineage are particularly relevant.

In future, the AMLA will conduct peer reviews and evaluate data quality checks comparatively. This is a paradigm shift that makes data quality a central supervisory issue.

Structured implementation approach

By the end of 2025, fundamental preparatory work should be completed, such as an initial inventory of customer data, a rough assessment of AMLR requirements and a preliminary survey concept. From 2026 onwards, these foundations will be consolidated by conducting in-depth gap analyses, establishing working structures and preparing new processes from a technical perspective.

By mid-2027, the focus will shift to implementation, as systems must be running smoothly and documentation must be available for audit purposes.

The central AMLR obligations must be fulfilled by 10 July 2027, followed by the complete update of all high-risk customers by July 2028. A flexible system landscape remains crucial, as the final technical standards will require regular operational adjustments after their publication.

Classification and outlook: Implementation requirements in the context of incomplete specifications

The challenges posed by the EU AML package lie less in legal analysis than in the practical implementation of its detailed operational requirements. Data quality, robust governance and transparent monitoring are key elements in this regard. Third-country banks with branches in the EU in particular face considerable transformation requirements, as European minimum standards will have to be complied with in future regardless of global corporate structures.

Additional factors complicate implementation: the possibilities for early data collection are limited by data protection regula-

tions, the transparency register remains only partially reliable during the transition, the new logic of the account retrieval file raises methodological questions, and the use of AI requires timely technical and organisational preparation. Early implementation therefore carries risks, but at the same time offers the opportunity to modernise central systems at an early stage. With its single rulebook, AMLA supervision and other announced technical standards, the AML package defines a clear framework, but many operational requirements are still in the process of being developed. Against this backdrop, the question 'Quo vadis AML?' is less a question of direction than one of implementation: the decisive factor will be how institutions master the transition under conditions of incomplete detailed specifications.

I would like to thank Tim Philip Kuhl for his contribution to this article.



FTI Consulting Deutschland GmbH
Taubusanlage 9-10 | 60329 Frankfurt am Main
michael.peters@fticonsulting.com
www.fticonsulting.com

STATISTICS

The Importance and Role of International Banks in Germany

Several international banks operating in Germany, conducting business here with a German or broader European focus and serving their clients in Germany or across Europe from this base, have grown to a scale that makes them key pillars of Germany as a financial centre. Their balance sheets are comparable in size to those of the largest German, or German-perceived, banks. They play particularly important roles in securities trading and investment banking, as well as in custody services and syndicated lending for German and European corporates. In doing so, they have gained significant market shares, sustained them over many years, and continue to expand them. In contrast to the prevailing trend among many German banks, they also continue to create employment within the German financial services sector.

The statistics set out below are based on publicly available data, in particular from Deutsche Bundesbank, as well as on surveys conducted by the VIB. They provide an overview of the economic significance and deep integration of international banks within the German financial system. As it is not straightforward to obtain reliable and comparable data on additional business lines, activities or detailed employment figures, we have confined ourselves to a limited number of core statements substantiated by available data. The initiative for the financial centre Frankfurt/Germany, in which the VIB is actively involved, is also working to collect and process further robust data in order to present an even more comprehensive picture. This will undoubtedly demonstrate the strength of international banks in the German market even more impressively.

Significance through collaboration and engagement

However, the importance of international banks for Germany as a financial centre cannot be measured solely by market share or economic size. For the Association, their active commitment to a high-performing, stable and internationally competitive financial centre is equally decisive. This commitment is reflected in close, cooperative – yet also constructively critical – dialogue between market participants, policy-makers and supervisory authorities. The VIB provides its members with a central platform for this purpose. It pools the expertise of international banks, fosters professional exchange and represents shared interests vis-à-vis decision-makers in the continued development of the financial centre.

International banks engage with regulatory initiatives at the level of Basel and the European Union from the outset, thereby making an important contribution to the quality and practical applicability of regulatory decisions. The early incorporation of their expertise in Germany as well – through the VIB as a transmission mechanism – helps to ensure that regulatory frameworks are not only internationally consistent but also efficiently and effectively implemented within the German context. The transposition of the CRD VI Directive into German law provides a prominent example. Acting as a reliable voice for its members, the VIB contributed their perspectives at an early stage to political and supervisory discussions.

In summary,

international banks are far more than significant market participants. Through their expertise, their international connectivity and their engagement, they make an indispensable contribution to the continued development of Germany as a financial centre. Their success is, at the same time, a success for the location itself – underpinned by close dialogue between market participants, policymakers and supervisors, coordinated through the VIB.

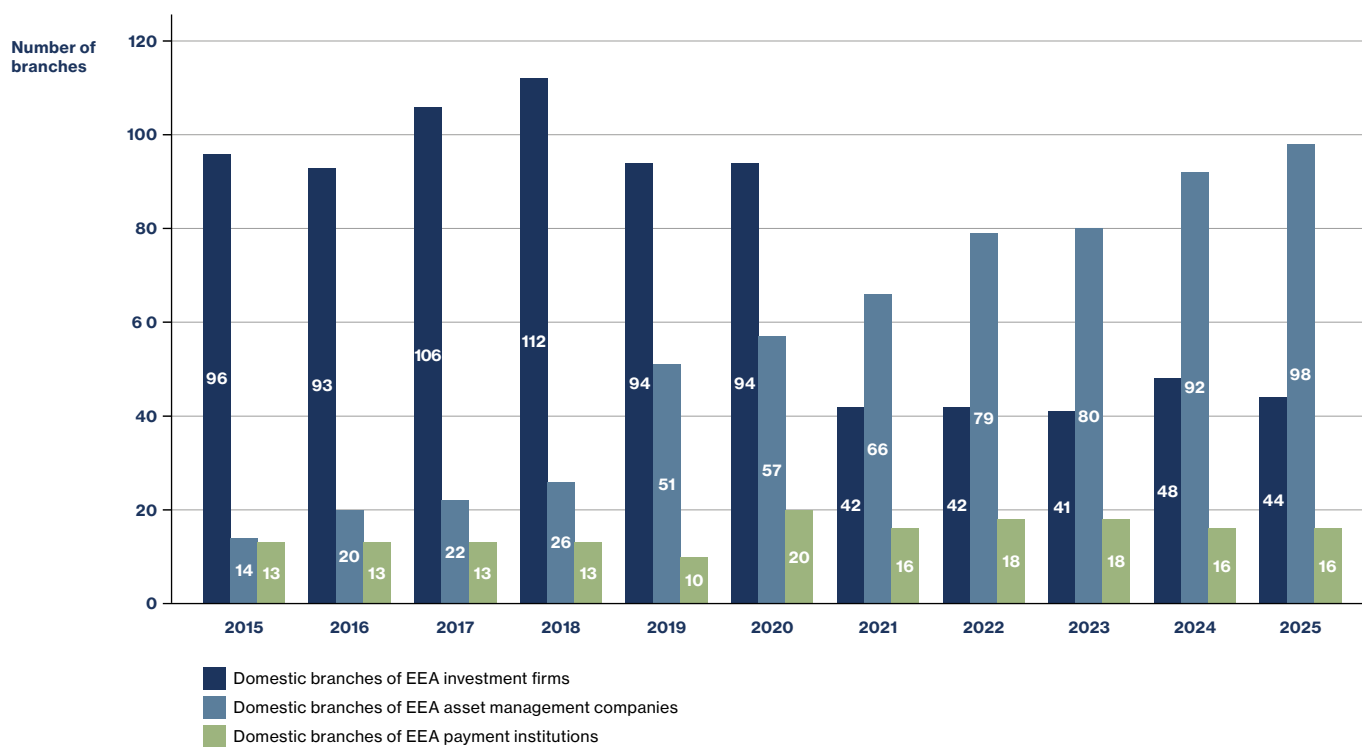
International Banks in Germany

The number of international banks in Germany has again fallen slightly.



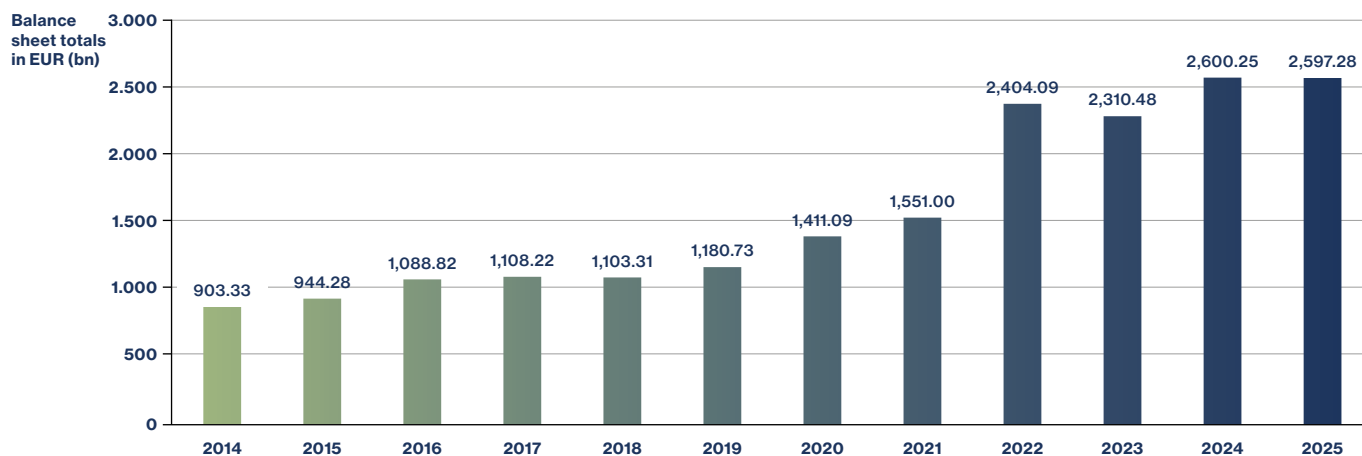
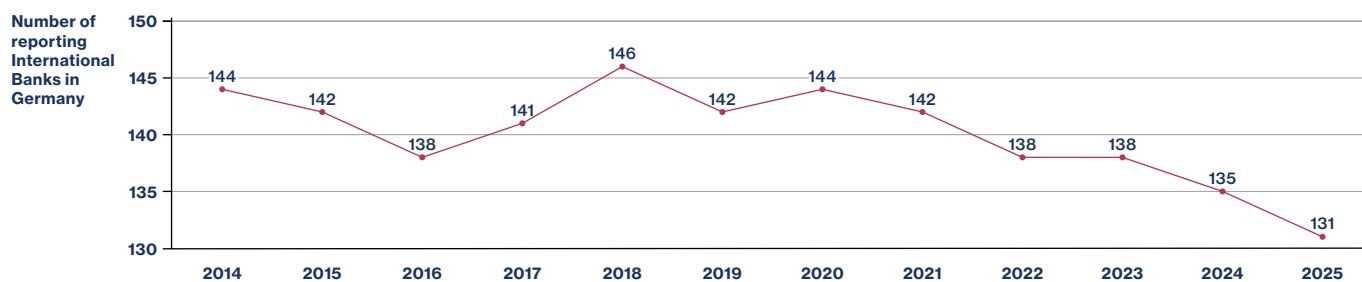
Number of Branches of EEA Financial Institutions (Non-Banks) in Germany

The number of domestic branches of EEA securities institutions remains at the post-Brexit level.
The number of branches of EEA capital management companies continues to grow.



Number of BISTA Reports and Balance Sheet Totals of International Banks in Germany as of Reporting Month December

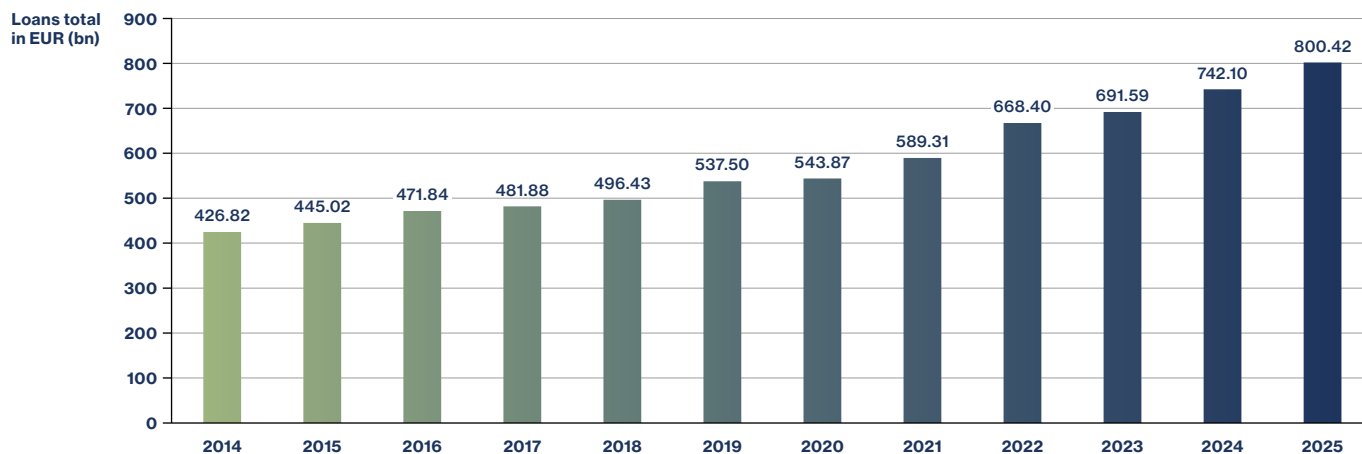
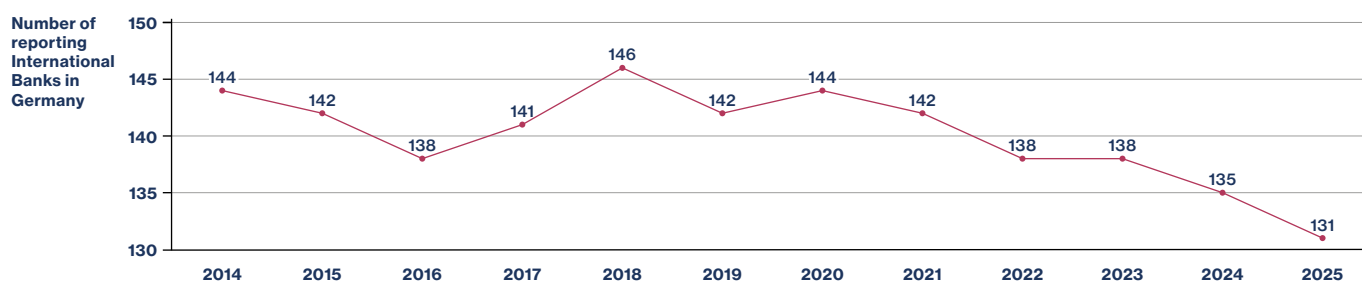
The number of reporting international banks has fallen slightly; growth in aggregate balance sheet totals has continued.



Source: Deutsche Bundesbank

Number of BISTA Reports and Loans to Non-Banks (Non-MFIs) of International Banks in Germany as of Reporting Month December

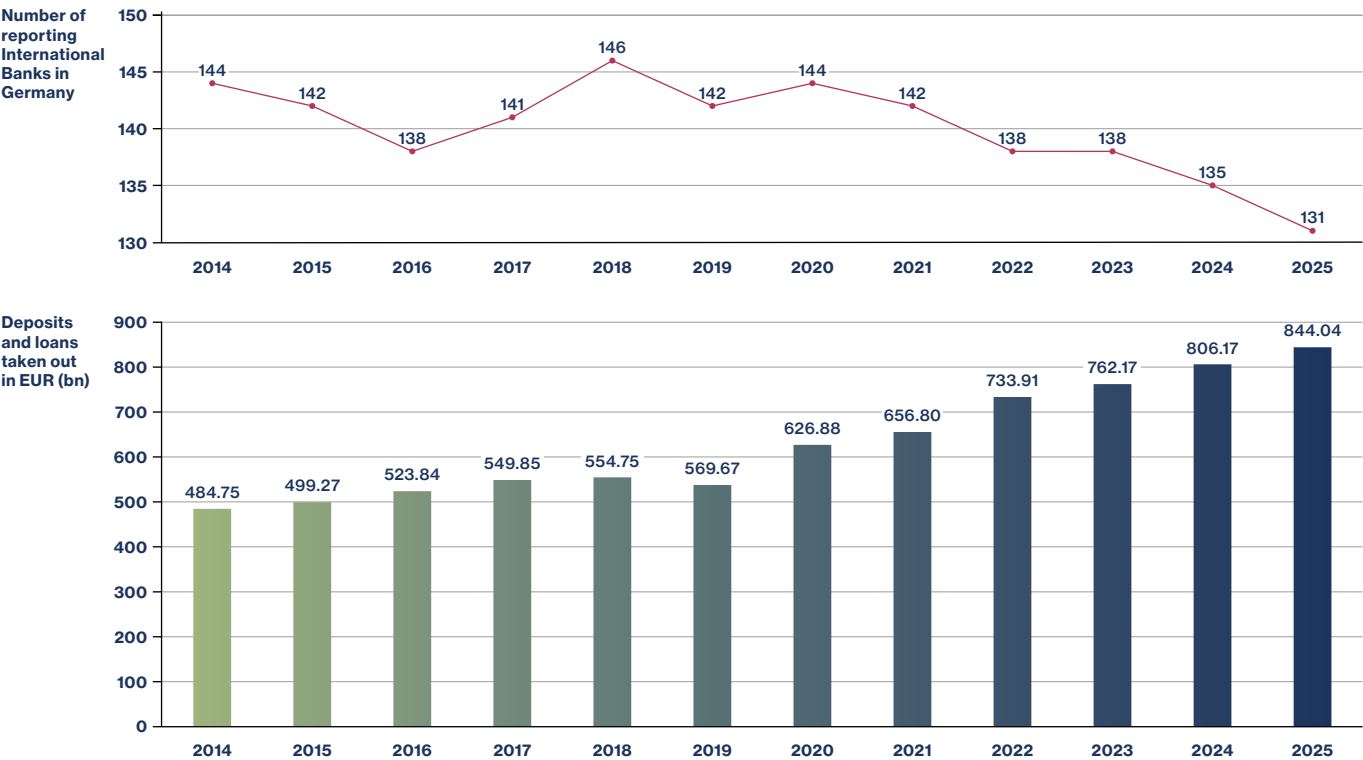
Loans from reporting international banks to non-banks have continued to rise recently, continuing a long-standing trend.



Source: Deutsche Bundesbank

Number of BISTA Reports from International Banks Compared with Deposits and Loans Taken out by Non-Banks of Reporting Month December

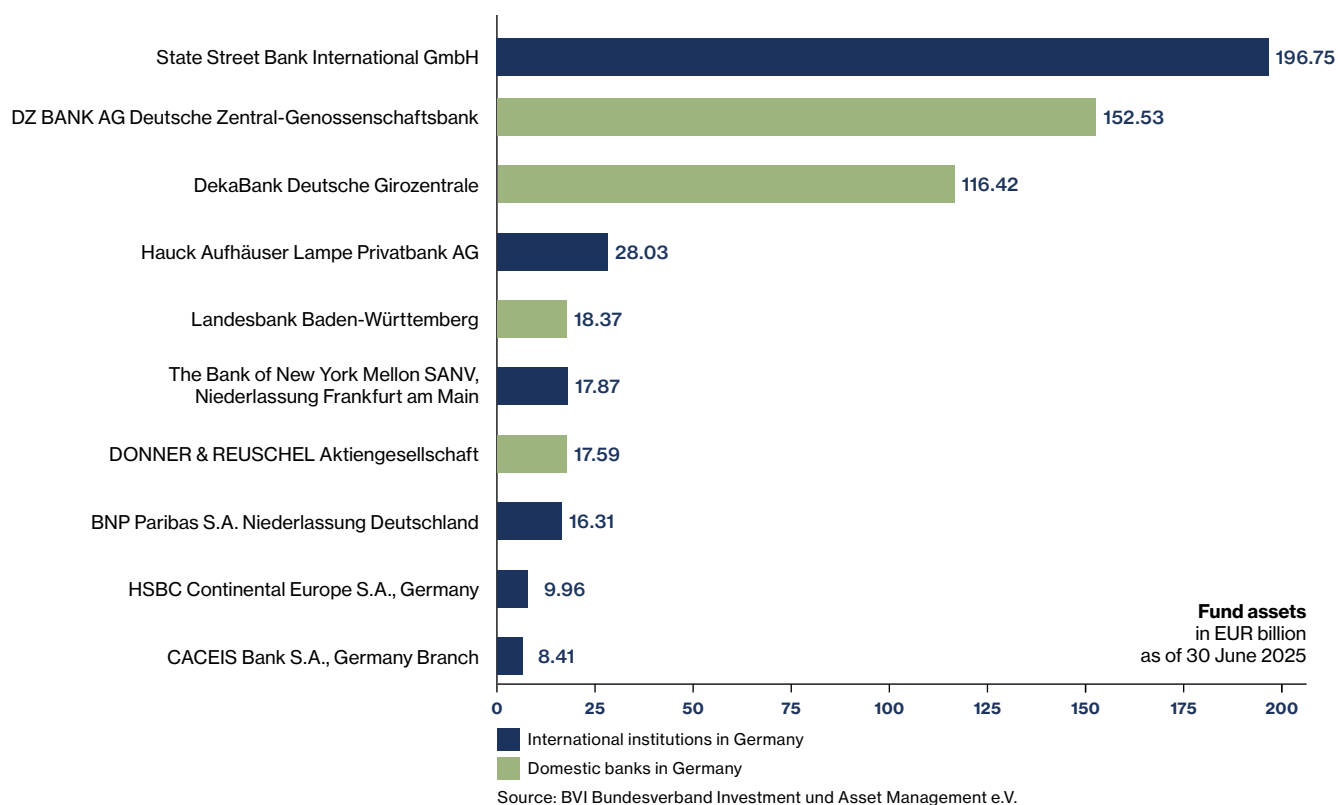
The steady growth on the liabilities side of international banks in Germany has continued in recent years.



Source: Deutsche Bundesbank

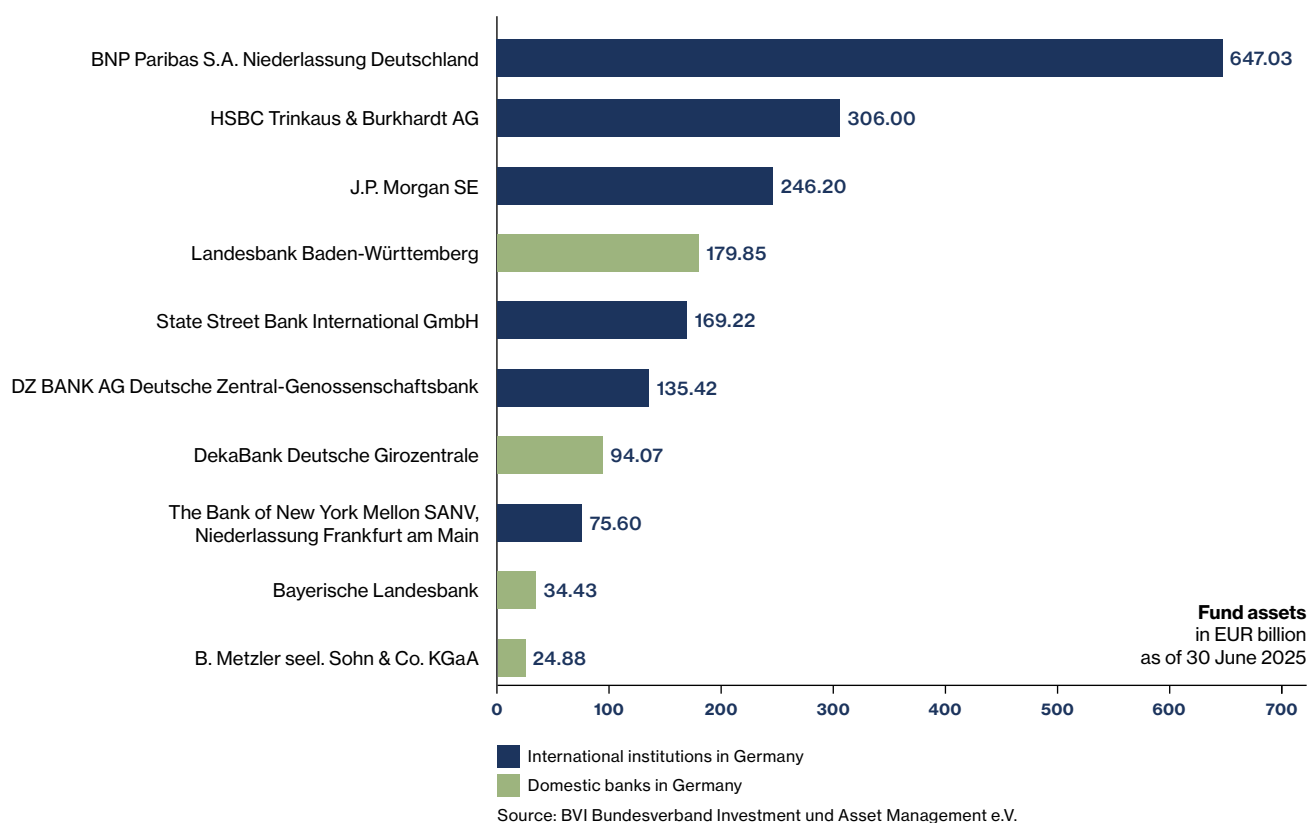
Depositories of Securities Funds (Public Funds)

As in previous years, a foreign bank occupied the top position in the area of custody services for public securities funds.



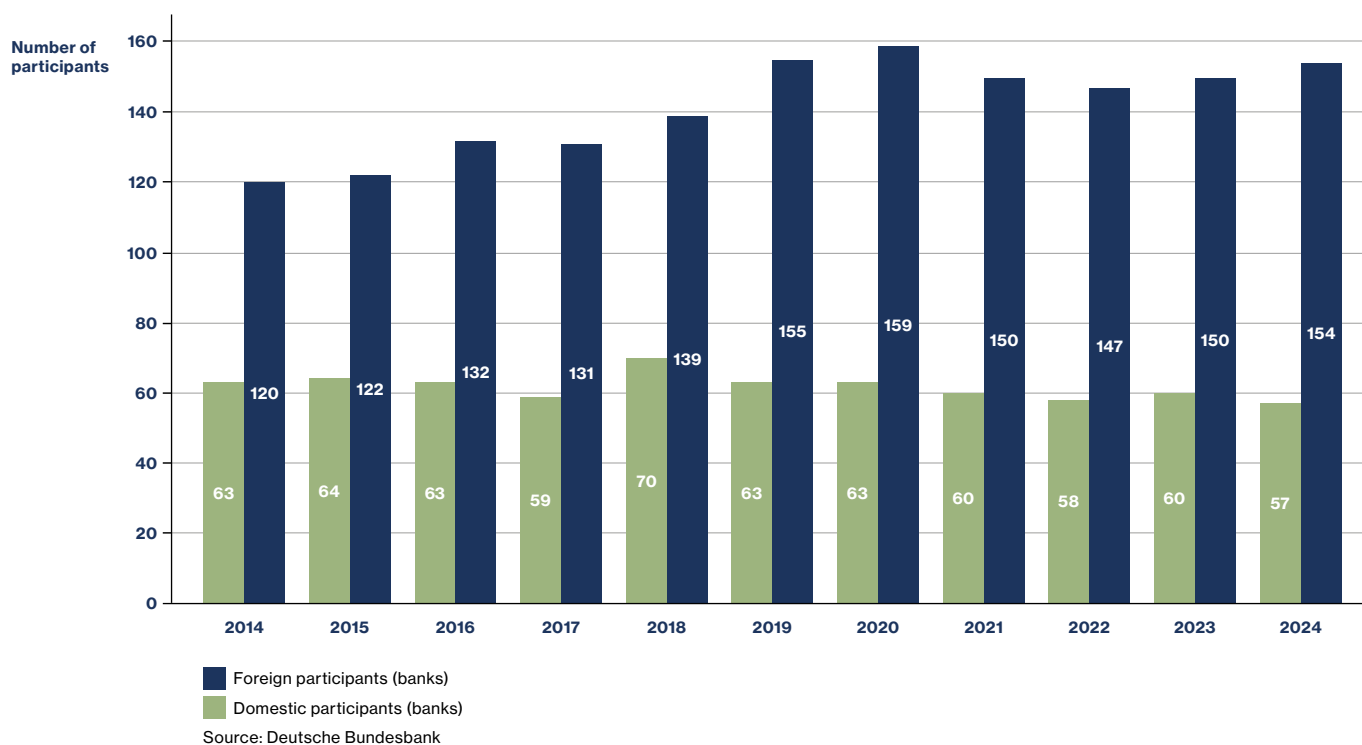
Depositories of Securities Funds (Special Funds)

As in previous years, foreign banks dominate the top ten in the area of custody services for special securities funds.



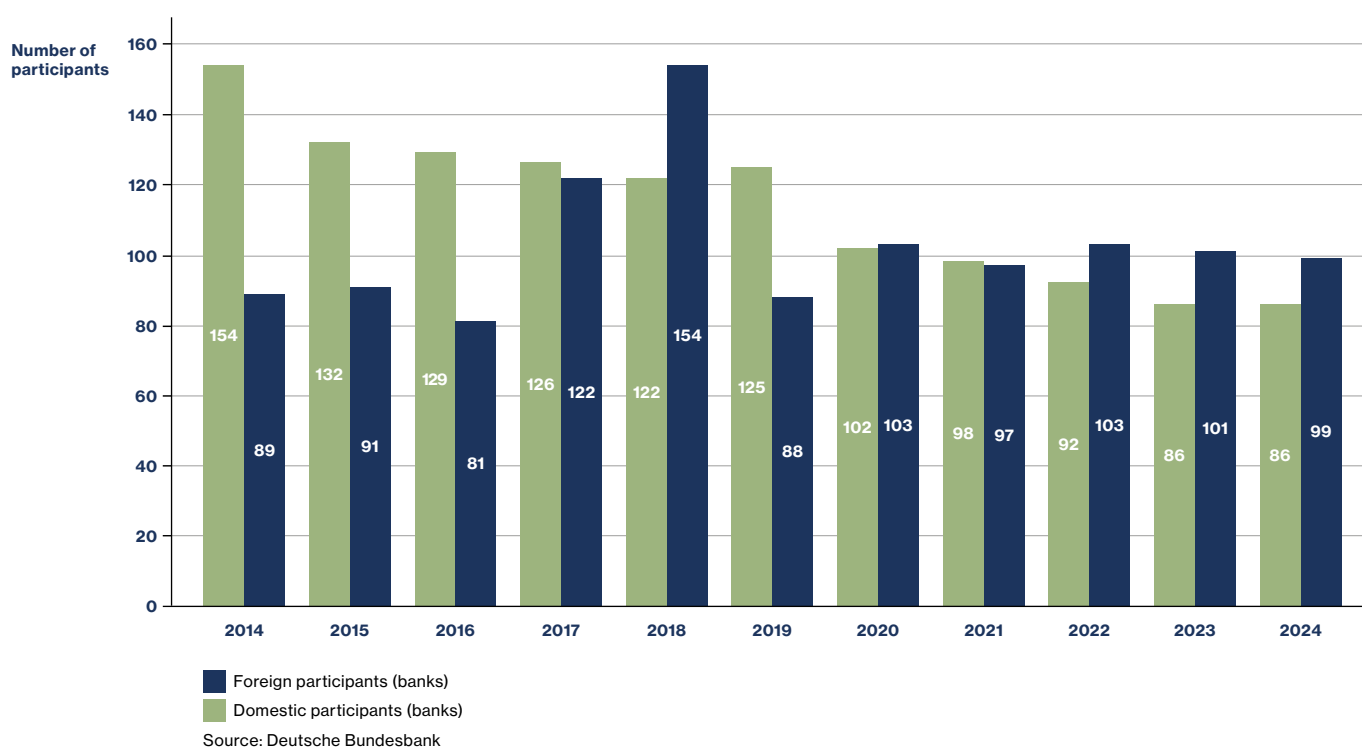
Clearing Members of the Central Counterparty (CCP) Eurex Clearing AG

The international nature of the local financial centre is reflected in the consistently high number of foreign participants (banks) at Eurex Clearing.



Members of the Central Securities Depository (CSD) Clearstream Banking AG

The ratio of domestic to foreign participants (banks) has remained balanced in recent years.





VIB SERVICES

Seminars and Events

Information and Updates

Publications

Expert Panel

Tax Policy Group



Knowledge Transfer and Exchange at the Highest Level

In 2025, the Association of International Banks in Germany (VIB) once again offered a diverse range of seminars for its members. A total of 16 seminars were organised, which were held in various formats – online or in-person events.

Tailored Content for International Financial Institutions

The VIB seminars are specifically designed to address the needs and questions of international financial institutions operating in Germany. Notably, the high quality of the speakers that the VIB is able to attract is a key highlight:

- **Top-tier experts**, from the VIB expert panel, from supervisory and tax authorities as well as government ministries
- **Practitioners and professionals** from renowned law firms, auditing firms, consulting companies, and IT service providers

These distinguished speakers deliver up-to-date and practically relevant knowledge and are available for discussions and direct exchange with participants. Seminar handouts, recording from online seminars to watch another time, thoughtful organisation, and professional support – both online and on-site – complete the offering.

The seminars not only provide a platform for knowledge transfer but also promote dialogue within the industry:

- Current topics affecting many institutions are discussed – of course, while taking confidentiality and antitrust regulations into account.
- Participants have the opportunity to submit suggestions for improvement and critical comments on the existing regulatory framework, which the VIB team can then address.

Additionally, VIB training sessions and informal „Management Forums“ complement the seminar offer. These create space for conversations between member institutions, external experts, and VIB speakers.

Diverse Topics and Targeted Professional Development

A key focus of the seminars is to meet the professional development needs of the member institutions, especially for employees in specialised functions.

Seminar topics for 2025 included, among others:

- Human Resources – Update 2025
- International Banks in Germany (in English)
- The Implementation of CRD VI in Germany (in English)
- Betriebsprüfungssymposium
- Datenschutz-Update 2025
- Update Zahlungsverkehr

Expand your Expertise

Seminars planned for 2026 include:

- **Human Resources – Update 2026**
- **ESG-Forum 2026**
- **International Banks in Germany (in Englisch)**
- **Jahrestagung zur Verhinderung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Sanktionsumgehung in international tätigen Banken und Finanzinstituten**
- **KESSt Update**
- **MaRisk-Novelle**
- **Bankenaufsicht 2027**
- **Dormant Accounts**

Flexible Booking System

- **Up-to-date overview:**
All seminars, invitations, programs and registration options can be found at <https://vib.network/seminars/?lang=en>
- **Free reservation:**
Reserve your place early – without obligation or commitment.
- **Automatic notification:**
Once the specific program details are confirmed, you will receive an invitation by email.



Additionally, sign up for the general seminar distribution list to stay regularly informed about upcoming events.

Take advantage of the VIB seminars to expand your expertise, exchange best practices, and benefit from the knowledge of leading experts!

VIB Inhouse Training Programs

Practical Knowledge for Executives and Employees

In 2025, the Association of International Banks in Germany (VIB) conducted several bespoke inhouse training sessions, designed for individuals or smaller groups, including senior executives, supervisory board members, and staff from member institutions.

These sessions proved particularly valuable in scenarios where new employees from abroad joined German institutions and required a rapid introduction to the German financial market. Compact, practice-oriented training programs were also offered, tailored to meet the specific needs of the institutions while staying up to date with the latest developments.

Building on its experience, the VIB continuously develops its offerings:

Flexible Formats and Customised Content

The training sessions can be delivered in either German or English and can be conducted on-site at your premises or virtually, depending on your preference.

The trainings offered by VIB cover a wide range of practise-relevant topics. A selection is provided below:

1. **Prevention of Money Laundering and Terrorist Financing**
2. **Banking in Germany (for Expatriates and Executives)**
3. **Corporate Governance Training for Executives**

Contact

The VIB team is always available to answer your questions or consider your suggestions.

Contact us via email:

verband@vib.network

Leverage VIB's training programs to prepare yourself and your employees for the demands of the banking industry.



Exchange for Solutions in the Financial Sector

The Association of International Banks in Germany (VIB) regularly organises working groups on a wide range of topics, as well as issue-specific ad hoc working groups. These groups consist of representatives from the VIB member institutions. When necessary, external experts with specialised knowledge, as well as representatives from the relevant regulatory and supervisory authorities or tax administrations, are involved. The goal is to analyse complex regulatory and tax issues through constructive exchange, develop solutions, and feed these into the decision-making processes of policy and administration, while taking into account the shared interests of the VIB members.



You can find an overview of the working groups and their topics via the following link:

<https://vib.network/anmeldung-zu-den-arbeitsgruppen-und-verteilern/?lang=en>

With the password **AGUe-Verteiler-VIB** you can complete the registration form and select the working groups relevant to you.

The VIB expands its offering of working groups as needed to address new topics in a timely manner. Of course, we ensure that all working groups work in a competitively neutral manner and in accordance with antitrust law.

Overview of Existing Working Groups

Working Groups in the Compliance and Legal Affairs Division

- Asset Management
- Compliance
- Data Protection
- Global Custodians/Depositories
- Capital Markets/Exchanges
- MaRisk
- Human Resources
- Legal Affairs/Supervisory Law
- Investment Firms

Working Groups in Financial Crime & Infrastructure

- Administration, Reporting, and Auditing (AMR)
- CRS/FATCA
- Anti-Money Laundering
- IT and Information Security
- Accounting
- Payment Transactions

Working Groups in Taxation

- Investment Tax Law
- Payroll Tax
- Taxes

We warmly invite you to become part of this platform for the exchange of knowledge and experience, to collaboratively shape the challenges of the financial market.



VIB Monthly Update

Your Overview of Current Developments in Banking

The Newsletter “**VIB Monthly Update**” provides a comprehensive overview of the latest developments in regulatory compliance, tax law, banking operations, and reporting requirements. This online publication is released at the beginning of each month and features a user-friendly format that allows you to quickly access the topics most relevant to you.



The “VIB Monthly Update” is available to both members and non-members of the association. You can access the latest issues anytime on the VIB website: <https://vib.network/general-overview-monthly-information/?lang=en>



Subscribe to the VIB Monthly Update

Do you want to stay informed about the latest developments? Subscribe to the Monthly Update free of charge using the following link: <https://vib.network/anmeldung-zur-monats-info/?lang=en>

Exclusive for Members: in-depth Explanations

As a special service for VIB members, the Association’s expert advisors host an exclusive video conference shortly after the Monthly Update is published. This format offers detailed explanations of the content, contextual analysis of developments, and an opportunity for members to ask questions and engage in discussions.

Registered VIB members automatically receive invitations to these video conferences as part of their Monthly Update subscription.

Make the most of the **VIB Monthly Update** to stay well-informed and gain valuable insights into the latest challenges and opportunities in the banking sector.

VIB Compliance Update

Efficiency and Precision for Your Compliance Department

The “**VIB Compliance Update**” is an exclusive service for VIB members, available in both German and English. This comprehensive database contains compliance-relevant legal sources such as laws, regulations, circulars, directives, and guidelines. It is updated monthly by the Association’s specialists and supports the compliance departments of member institutions in monitoring and implementing the applicable regulatory framework in line with MaRisk requirements.

The VIB Compliance Update is specifically tailored to meet the unique needs of international banks operating in Germany. This eliminates the time-consuming and error-prone task of searching through non-banking-specific databases, which are often overwhelmed with irrelevant information. The VIB takes on this task, providing only essential and relevant data, allowing you to focus on the core functions of your compliance department. This tool ensures that your institution meets the high regulatory standards in banking with both efficiency and precision.

In addition, the VIB offers a technical solution in collaboration with **Focus DV GmbH**, enabling seamless data import and the fully audit-proof documentation of subsequent workflow steps.

Interested?

For more information or to subscribe to the VIB Compliance Update, please contact the VIB office via email at verband@vib.network.

Once registered, you will receive a monthly password granting access to this valuable resource.

Your Interests in Focus

Each year, the Association of International Banks in Germany (VIB) prepares numerous position papers addressing legislative proposals and administrative changes at both the EU and national levels. The opinions and positions of member institutions play an active role in shaping these papers.

In addition, the VIB submits responses to changes and consultations initiated by supervisory authorities and tax administrations. These documents reflect the expertise and interests of its members and ensure the industry's perspectives are represented in political and regulatory processes.



A comprehensive and up-to-date overview of all position papers is publicly accessible on the VIB website:

<https://vib.network/general-overview-position-papers/?lang=en>

VIB Handbooks –

Practical Knowledge for the Banking Sector

The VIB offers its members and external stakeholders a range of professional publications, delivering valuable insights into complex regulatory and tax topics.

Banking Business in Germany

The 7th edition of the VAB's flagship publication, **Banking Business in Germany**, was released in October 2023, in collaboration with PricewaterhouseCoopers GmbH. This essential guide is designed for banks operating or planning to establish operations in Germany. The edition 2023 has been fully revised and expanded to include new topics such as:

- **ESG Reporting**
- **Payment provisions of the PSD-2 Directive**
- **Crypto assets**

Authored by experts from the VIB and PwC, this book is unique in the market, offering comprehensive insights into registration processes and the legal and tax frameworks in Germany – all in English. A printed version is available upon request.

Additional VIB Publications

The VIB's team of experts, in collaboration with renowned partners, has developed further publications distinguished by their practical focus and diversity of topics, including:

- **„Remote Work at Foreign Banks“**
in partnership with Deloitte, Flyer, August 2022
- **„VAT in Foreign Banks Operating in Germany“**,
First Edition, December 2022
- **„Impact of ESG Factors and ESG Risks
on Credit Institutions and Investment Firms“**
in partnership with GSK Stockmann, First Edition,
April 2023
- **„Compensation Systems“**, in partnership with
Allen & Overy, Fourth Edition, September 2024
- **„Withholding Tax at International Banks in Germany“**,
First Edition, December 2025

These publications are available to VIB members as well as external stakeholders. With these resources, the VIB supports the banking sector in navigating complex topics efficiently and effectively.

For further information or to place an order, please contact the VIB office.

Stay Informed with First-Hand Updates

Your Interests in Focus with LinkedIn & Podcasts



The Association of International Banks in Germany (VIB) is actively engaging with the professional community on the social media platform **LinkedIn**. Through this channel, we regularly share updates on our events, activities, and key topics from the banking and financial sectors.

Stay up to date by following us here:

<https://linkedin.com/company/verband-internationaler-banken>



We look forward to welcoming you to our network!

In 2025, we continued a podcast series focusing on **banking regulation**, hosted by Dr Andrea Fechner. This series features interviews with distinguished experts from the VIB Advisory Board. These podcasts are available on our website at



<https://vib.network/podcasts-bankenregulierung/>

In the field of taxation, our podcast „**Tax is in the Air**“ offers an in-depth examination of specific tax topics, such as tax compliance, supplemented by practical reports from selected external experts. You can find these podcasts on our VIB website at



<https://vib.network/podcasts-steuern/>

We warmly invite you to explore these resources and welcome your feedback, suggestions, and ideas for improvement!



Expert Panel

The VIB Expert Panel, consisting of external consultants, supports the work of the VIB. The experts contribute their practical experience and engage in professional dialogue with the VIB. The expertise of all stakeholders in the financial centre is indispensable in order to be able to keep VIB member institutions accurately informed about current developments at all times.

Further information on the VIB Expert Panel can be found on our website:



Banking, Markets, Compliance and Law

https://vib.network/experten_bmcr/?lang=en



Taxation at International Banks

https://vib.network/experten_stbk/?lang=en

Banking Supervision and Governance



Dr Alexander Behrens
Allen Overy Shearman Sterling LLP



Dr Andreas Dehio
Linklaters LLP



Dr Anna Izzo-Wagner
LL.M. Eur.
Waldeck Rechtsanwälte
PartmbB



Dr Jens H. Kunz, LL.M. (UT Austin)
Noerr
Partnerschaftsgesellschaft mbB



Bank Management and Reporting



Alexander Kregiel
msg for banking ag



Sebastian Glaab
Annerton
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Michael Peters
FTI Consulting Deutschland GmbH



Dr Richard Reimer
Hogan Lovells International LLP



Data Protection and Investigations



Dr Julia Sophia Habbe
White & Case LLP



Dr Moritz Pellmann, LL.M. (London)
Freshfields PartG mbB



Dr Verena Ritter-Döring
Taylor Wessing
Partnerschaftsgesellschaft mbB



Dr Lars Röh
lindenpartners
PartmbB



ESG – Sustainable Investments

Financial Markets and Investment Services



Woldemar Häring
White & Case LLP



Dr Caroline Herkströter
DLA Piper UK LLP



Dr Jochen Seitz
Hogan Lovells International LLP



Rafik Ahmad
Flick Gocke Schaumburg



HR, Labour Law and Remuneration



Dr Hans-Hermann Aldenhoff
Simmons & Simmons LLP



Dr Michael R. Fausel
BLUEDEX Labour Law



Dr Lars Hinrichs
Deloitte Legal
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Dr Hans-Peter Löw
DLA Piper UK LLP



**Michael Magotsch,
LL.M. (Georgetown)**
RIMÓN FALKENFORT



Credit, Syndications and Secondary Markets



Dr Simon G. Grieser
Deloitte Legal
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Dr Martin Heuber, LL.M. (London)
Mayer Brown LLP



Investment Firms and Market Integrity



Dr Tobias Bauerfeind
Ashurst LLP



Dr Hendrik Pielka
Waldeck Rechtsanwälte PartmbB



Payment Services and Payments



Christian Bruck
BearingPoint GmbH



Dr Mario Reichel
PPI AG



International Employee Taxation



Ludmilla Maurer
Baker McKenzie
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



International Tax Law



Dr Christian Hundeshagen
Linklaters LLP



Marc Roth-Lebeau
EY Tax GmbH
Steuerberatungsgesellschaft



Investment Tax Law



Dr Stephan Georg Behnes
Baker McKenzie
Rechtsanwaltsgesellschaft mbH



Alexander Hagen
Clifford Chance Partnerschaft
mit beschränkter Berufshaftung



Dr Jann Jetter
Morgan, Lewis & Bockius LLP



Dr Steffen Neumann
WTS GmbH



Capital Gains Tax



Dr Sebastian Adam
Hengeler Mueller Partnerschaft
von Rechtsanwälten mbB



Florian Lechner
Allen Overy Shearman Sterling LLP



Dr Matthias Link, LL.M. (Columbia Univ.)
PricewaterhouseCoopers GmbH
WPG



Tobias Michaelis
WTS GmbH



Taxes for Real Estate and Alternative Investments



Dr Petra Eckl
GSK STOCKMANN
Partnerschaftsgesellschaft mbB



Tax Compliance and Criminal Tax Law



Dr Markus Adick
ADICK LINKE Rechtsanwälte
PartG mbB



Dr Marcus Geuenich
EY Law GmbH



Martin Seevers
ADVANT Beiten



Value Added Tax



Benjamin Bergau
Grant Thornton Wirtschafts-
prüfungsgesellschaft AG



Nils Bleckmann
WTS GmbH



Sebastian Kratz
EY Tax GmbH
Steuerberatungsgesellschaft



Dr Tanja Walter-Yadegardjam
Freshfields PartG mbB



Transfer Prices



Andreas Persch
EY Tax GmbH
Steuerberatungsgesellschaft



Tax Policy Group

The members of the VIB Tax Policy Group support the work of our Association. They contribute their practical experience and engage in close professional dialogue with us. They support us in the tax department's ongoing projects and in recruiting new members for the VIB. They promote networking within the tax department and increase the visibility of VIB's activities in tax law.



Jan Becher

Global Tax Advisory Germany |
Tax Advisor (Syndikus)
The Bank of New York Mellon SA/
NV Niederlassung Frankfurt



Daniel Beckert

Head of Tax Germany | Tax Advisor
J.P. Morgan SE



Franz Schober

Tax Manager Wealth & Products
BNP Paribas S.A. Niederlassung
Deutschland



Further information on the VIB Tax Policy Group
can be found on our Website:

<https://vib.network/tax-policy-group>

Office Team

The Office Team is available to assist members and anyone interested in VIB's topics. Please contact us via the central office phone or by email.



Dr. Andreas Prechtel
Managing Director
andreas.prechtel@vib.network



Wolfgang Vahldiek
Deputy Managing Director
Director and Head of Legal Affairs
Head of Business Development
wolfgang.vahldiek@vib.network



Markus Erb
Authorized Representative
Director Tax and Finance
markus.erb@vib.network



Andreas Kastl
Direktor
Director Anti-Financial Crime (AFC)
and Bank Infrastructure
andreas.kastl@vib.network



Nina Weidinger
Division Manager Legal Affairs
Attorney-at-Law
(In-house lawyer)
nina.weidinger@vib.network



Dr. Leonie Dietrich
Officer Legal Affairs
Attorney-at-Law
(In-house lawyer)
leonie.dietrich@vib.network



Sebastian Emmel-Müller
Officer Legal Affairs
Attorney-at-Law
(In-house lawyer)
sebastian.emmel-mueller@vib.network



Melanie Centner-Wappler
Manager Operations
Head of HR, IT and Innovation
melanie.centner-wappler@vib.network



Iris Meurers
Senior Associate
Managing Director's Office
iris.meurers@vib.network



Fidan Capar
Associate
Tax and Finance
fidan.capar@vib.network



Julia Balzer
Associate
Members and Marketing
julia.balzer@vib.network



Kim-Lea Sandhofen
Associate
Events and Publications
kim-lea.sandhofen@vib.network

Board

Overview of the VIB Board of Directors who were Elected by the Members on 1 July 2025.



Tobias Vogel
Chairman

Chief Executive Officer,
UBS Europe SE & Head of
Wealth Management Europe
UBS Europe SE



Jessica Kaffrén
Vice Chairwoman

Member of the Management Board,
Head of Operations,
Outsourcing and Technology
J.P. Morgan SE



Guido H. Zoeller
Vice Chairman

Member of the
General Management
Committee, Paris, and
Group Country Head
Germany & Austria
Société Générale S.A.



Frank Schönherr
Treasurer

Group Senior Country Officer
Germany
Crédit Agricole Corporate and
Investmentbank Deutschland



Jürgen Baudisch

CEO & Country Head
SEB Germany
SEB AB Frankfurt Branch



Dr Niklas Dieterich

Member of the Executive Board,
COO, CFO
SMBC Bank EU AG



Dr Carsten Esbach

Chief Operating Officer
Germany & Austria
BNP Paribas S.A.
Niederlassung Deutschland



Thomas Falk

Member of the Management Board,
CFO, CRO
Bank Julius Bär
Deutschland AG



Stefan Hafke
Citi Country Officer &
Head Banking
Germany/Austria
Citigroup Global Markets
Europe AG



Eddy Henning
Member of the
Management Board/
Head of Wholesale Banking
Germany/Austria
ING Germany



Michael Holmes
Chief Financial Officer
Goldman Sachs
Bank Europe SE



Christopher F. Porter
Managing Director &
Regional Executive – Germany,
Switzerland, CEE & Israel
The Bank of New York Mellon –
Frankfurt Branch



Peter Rosenberger
Managing Director
China Construction
Bank Corporation
Niederlassung Frankfurt



Nicolo Salsano
Chief Executive Officer Europe
Chairman of the Management Board
Standard Chartered
Bank AG



Gamze Yalçın
Chief Executive Officer
İşbank AG



Association of International Banks in Germany
Weißfrauenstr. 12-16 | 60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 69 975850 0 | Fax: +49 69 975850 10
Web: www.vib.network | E-Mail: verband@vib.network



VIB@YouTube

<https://www.youtube.com/@internationalbanksingermany>



VIB@LinkedIn

<https://linkedin.com/company/verband-internationaler-banken>



Podcast Bankenregulierung

<https://vib.network/podcasts-bankenregulierung>



Podcast Steuern

<https://vib.network/podcasts-steuern>

Editorial deadline: 01.01.2026

Concept

LUPENREIN DESIGN

Marc Roshan Khan

www.lupenrein.design

Photo credit

AdobeStock – stock.adobe.com

Print

Bulich Druck GmbH

